



2. Demokratiebericht

Politische und demokratische
Lebenswelten der nordrhein-
westfälischen Bevölkerung
in 2023

Impressum

Herausgeber und Redaktion
Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
im Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
www.politische-bildung.nrw.de
November©2023

Lektorat
Textklinik GmbH

Gestaltung
Werbeagentur von morgen GmbH

Wissenschaftliche Begleitung:
Universität Duisburg-Essen,
NRW School of Governance,
Herr Prof. Dr. Blätke und Frau Prof. Dr. Pickel

Vorwort

Stärkung der Demokratie durch politische Bildung in Nordrhein-Westfalen

Gonca Türkeli-Dehnert,
Staatssekretärin im
Ministerium für Kultur
und Wissenschaft des
Landes Nordrhein-
Westfalen



Liebe Leserinnen und Leser,

die Stärkung und Weiterentwicklung der Demokratie ist eine essentielle Aufgabe, der wir uns in Nordrhein-Westfalen mit großem Engagement widmen. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen unsere Demokratie von außen und von innen angegriffen wird: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Hamas-Terror gegen Israel, Desinformationskampagnen, Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Islamismus und Extremismus jeglicher Art sind nur einige Beispiele dafür, dass unsere Demokratie tagtäglich verteidigt werden muss.

Politische Bildung – als Grundstein der Demokratiebildung – trägt maßgeblich dazu bei, dass Bürgerinnen und Bürger die notwendigen Kompetenzen und das Verständnis entwickeln, um aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen und unsere Demokratie zu stärken.

Demokratie darf nie stehen bleiben. Sie ist, wie Alt-Bundespräsident Walter Scheel es einmal formuliert hat, „immer auf dem Wege zu sich selbst. Sie ist nie fertig.“ Im Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen legt die Landesregierung deshalb hiermit zum zweiten Mal den „Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen“ vor.

Dieser Bericht soll nicht nur eine Momentaufnahme sein, sondern vielmehr ein Kompass, der uns den Weg weist, wie wir unsere Demokratie und die politische Bildung weiterentwickeln können, um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Er zeigt auf, was bereits gut funktioniert und wo Verbesserungsbedarf besteht.

Es ist gut, dass die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen (66 Prozent) die Demokratie als Regierungsform unterstützt. Dass aber gut ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger die Demokratie nicht in vollem Umfang unterstützen, ist zugleich ein Warnzeichen. Hier gilt es, genauer hinzusehen und Ange-

bote für die Gruppen zu schaffen, die eine höhere Parteien- und Politikerverdrossenheit angeben. Dies sind zum Beispiel Menschen mit niedrigerem sozioökonomischem Status, Menschen mittleren Alters sowie Menschen ab 30, die häufig soziale Medien nutzen.

Dabei ist es ein großes Pfund, dass sich insgesamt gut 83 Prozent der Menschen in Nordrhein-Westfalen vorstellen können, an Angeboten politischer Bildung teilzunehmen. Diese Offenheit bietet Chancen, die Mehrheit der Bevölkerung gezielt anzusprechen und in politische Bildungsmaßnahmen einzubeziehen.

Der Bericht ermutigt uns auch, mit Angeboten der politischen Bildung noch mehr als bisher dahin zu gehen, wo die Menschen sind: in ihren Alltag, in Schule und Freizeit, in Online- und Offline-Communities. Es gilt, niederschwellige und aufsuchende Angebote vor Ort, etwa Demokratiewerkstätten im Quartier, Kooperationen mit Sportvereinen, Weiterbildungseinrichtungen, „Dritten Orten“ und weiteren Kultureinrichtungen genauso auszuweiten wie digitale Angebote in Form von Podcasts, Videos und Apps. Nur so erreichen wir die Menschen von jung bis alt, mit oder ohne Migrationsbiographie, ganz direkt in ihrem Lebensumfeld.

Allen, die an der Erstellung dieses Berichts mitgewirkt haben, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. Ich bin überzeugt, dass dieser zweite Demokratiebericht eine gute Grundlage für eine breite gesellschaftliche Debatte zur Zukunft der politischen Bildung und der Demokratie in Nordrhein-Westfalen sein wird.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und erkenntnisreiche Lektüre!

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Zusammenfassung der Ergebnisse

Um die Demokratie gezielt zu stärken, hat der nordrhein-westfälische Landtag die Landesregierung 2019 beauftragt, einen regelmäßigen Demokratiebericht als Instrument einer Weiterentwicklung der Demokratiebildung sowie der politischen Bildung vorzulegen.

Vor dem Hintergrund der historisch niedrigen Wahlbeteiligung bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022 wurde das Thema „Wahlen und politische Beteiligung“ als Fokusthema für diesen zweiten Demokratiebericht ausgewählt. Konkret wurde im Rahmen einer repräsentativen Umfrage sowohl nach den Motiven für die Beteiligung als auch nach Motiven für die Nichtbeteiligung an der Wahl gefragt. In der Befragung wurde ein besonderer Schwerpunkt auf Jugendliche und junge Erwachsene gelegt.

Zusammenfassend gibt es drei konkrete Schwerpunkte des Berichts:

- Politisches Interesse und Einstellungen zur Demokratie
- Politische Beteiligung mit dem Fokus auf Wahlen und Gründen der Nichtwahl
- Kenntnis, Nutzen und Erwartungen an Angebote der politischen Bildung

Daraus ergeben sich zwei Leitfragen:

- a) Wie kann aufsuchende und auf Teilhabe abzielende politische Bildung weiterentwickelt werden?
- b) Mit welchen Formaten und Anreizen können Menschen erreicht werden, die sich bislang zu wenig oder gar nicht von den Angeboten politischer Bildung angesprochen fühlen?

Es geht um Impulse und Anreize für Formate und Wege der Ansprache, die auch gerade jene Menschen erreichen, die sich bisher zu wenig und teilweise auch gar nicht von politischer Bildung angesprochen fühlen.

Grundlage des Berichts ist eine repräsentative Umfrage unter der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ab 14 Jahren. Die sehr jungen Menschen ab 14 Jahren wurden mit einbezogen, da bereits heute das Mindestalter für Kommunalwahlen 16 Jahre beträgt und im aktuellen Koalitionsvertrag die Senkung des Mindestalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre vereinbart wurde. Insgesamt wurden 3.149 Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen befragt. Darunter waren 502 Personen im Alter von 14 bis 18 Jahren. 1.250 Befragte wurden mithilfe computer-

gestützter Telefoninterviews, weitere 1.899 mithilfe eines repräsentativen Online-Panels befragt. Die durchschnittliche Befragungsdauer betrug 35 Minuten bei den telefonischen Interviews beziehungsweise 30 Minuten bei den Online-Befragungen. Die Interviews wurden vom 16. März bis 6. April 2023 und vom 23. Mai bis 5. Juni 2023 geführt. Dieser Umstand ist insbesondere für die Themenbenennung durch die Befragten von Relevanz.

Die wesentlichen Erkenntnisse dieser Befragung werden hier vorab kurz zusammengefasst:

Schwerpunkt 1: Politisches Interesse und Einstellungen zur Demokratie

Interesse am politischen und gesellschaftlichen Geschehen und Vertrauen in die Demokratie sind die Grundlage für politische Beteiligung und Teilhabe. Sie sind damit auch die Basis unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung, die auf der Beteiligung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger aufbaut.

- **Die überwiegende Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist zufrieden mit der Demokratie. Aber: Ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger unterstützt die Demokratie nicht vollumfänglich.**

Die Demokratie erfreut sich in Nordrhein-Westfalen einer breiten Anerkennung und Zustimmung seitens der Bürgerinnen und Bürger. Die überwiegende Mehrheit (66 %) der in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen zeigt eine klare Präferenz für das demokratische System und zieht es anderen politischen Systemen vor. Gleichzeitig muss allerdings festgestellt werden, dass ein nicht unerheblicher Anteil der Bürgerinnen und Bürger (33 %) die Demokratie nicht in vollem Umfang unterstützt.

- **Die persönliche sozioökonomische Situation ist ein wichtiger Faktor für die Einstellung zur Demokratie.**

Personen mit höherem sozioökonomischem Status haben tendenziell eine positivere Einstellung zur Demokratie. Sie verfügen in der Regel über höhere formale Bildungsabschlüsse, leben in wirtschaftlich stabileren Verhältnissen und haben leichteren Zugang zu Ressourcen. Damit ist eine höhere Wahrscheinlichkeit verbunden, dass sie

sich politisch engagieren. Dadurch sehen sie die Demokratie oft als ein System, das ihre Interessen schützt und fördert. Hingegen neigen Personen mit niedrigerem sozioökonomischem Status dazu, eine skeptischere Haltung zur Demokratie einzunehmen. Dies kann auf eine gefühlte politische Machtlosigkeit zurückgeführt werden, die mit begrenztem Zugang zu Bildung, finanziellen Ressourcen und politischem Einfluss einhergeht.

Dieses Gefühl, im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft benachteiligt zu sein oder ungerecht behandelt zu werden, hat weitreichenden Einfluss auf die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der Politik und auf ihre Einstellungen zur Demokratie. Je benachteiligter sich Menschen fühlen und je weniger sie sich als Teil der Gemeinschaft wahrnehmen, desto wahrscheinlicher stellt sich ein Gefühl der Unzufriedenheit mit ihren Lebensbedingungen ein. Das überträgt sich auch auf die Einstellung zur Demokratie und kann bis zur Ablehnung des demokratischen Systems führen.

- **Menschen mittleren Alters (30- bis 44-Jährige) weisen die höchste Parteien- und Politikerverdrossenheit auf.**

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Politikverdrossenheit und Skepsis gegenüber Institutionen in Nordrhein-Westfalen am stärksten bei Menschen mittleren Alters, der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen, ausgeprägt ist. Ein Viertel (26 %) der Personen in dieser Altersgruppe befürwortet eine Abschaffung des Mehrparteiensystems. Im Vergleich ist etwa jede siebte Person unter den sehr jungen und jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren (12 %) und zwischen 19 und 29 Jahren (14 %) unter bestimmten Umständen der Einführung einer Diktatur gegenüber nicht abgeneigt.

- **Menschen ab 30 Jahren, die häufig soziale Medien nutzen, sind kritischer gegenüber politischen Institutionen eingestellt als Konsumentinnen und Konsumenten traditioneller Medien.**

Besonders misstrauisch gegenüber politischen Institutionen sind Menschen ab 30 Jahren, die häufig soziale Medien wie Facebook, Twitter und YouTube nutzen oder sich gar nicht aktiv über das politische Geschehen informieren. Demgegenüber bestärkt der Konsum traditioneller Medien wie linearen Fernsehens, Radio und Zeitungen sowie speziell des sozialen Mediums Instagram eher das Vertrauen in politische Institutionen. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass ein Informationskonsum über

soziale Medien das Vertrauen in Politik und Demokratie negativ beeinflusst. Vertrauenswürdige und zuverlässige Informationsquellen zu identifizieren erfordert daher digitale Medienkompetenz.

- **Die Demokratie findet unter sehr jungen Menschen (14- bis 18-Jährige) große Zustimmung.**

Die erhobenen Daten zeigen, dass die Gruppe der sehr jungen Menschen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren überdurchschnittlich positiv zur Demokratie eingestellt ist. Nahezu alle jungen Menschen (94 %) sind davon überzeugt, dass die Demokratie als politisches System am besten zu unserer Gesellschaft passt. Groß ist auch die Zufriedenheit mit dem politischen System, sowohl damit, wie es im Grundgesetz verankert ist (85 %), als auch, wie es sich tatsächlich darstellt (78 %).

Gleichzeitig ist festzustellen, dass etwas mehr als die Hälfte (53 %) der Befragten zwischen 14 und 18 Jahren der populistischen Aussage zustimmt, dass die Herrschenden und Mächtigen gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung handeln. Darüber hinaus äußert gut ein Drittel (36 %) der befragten sehr jungen Menschen die Auffassung, in Deutschland sei die freie Meinungsäußerung nicht mehr ohne negative Konsequenzen möglich.

Dies verdeutlicht, dass trotz der positiven Grundstimmung bei den sehr jungen Menschen Bedenken hinsichtlich der Handlungen der Machtausübenden und der Meinungsfreiheit in der Gesellschaft bestehen. Umso wichtiger ist es, diese sehr jungen Menschen und künftigen Erstwählerinnen und Erstwähler ernst zu nehmen und ihnen gleichzeitig konkrete Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen und zu bieten, wie sie sich selbst wirksam für ihre Interessen und Belange einsetzen können.

- **Menschen mit Migrationsbiographie interessieren sich stärker für Politik als Menschen ohne Migrationsbiographie.**

Menschen mit Migrationsbiographie sind vergleichsweise interessierter am politischen Geschehen als Menschen ohne Migrationsbiographie. Mit 81 % ist der Anteil derjenigen, die sich allgemein für Politik interessieren, in dieser Gruppe um fünf Prozentpunkte höher als bei den Menschen ohne Migrationsbiographie. In allen Bereichen, insbesondere in Bezug auf die Politik in Deutschland (89 %/85 %) und Europa (78 %/73 %), bekunden sie ein erhöhtes Interesse. Dennoch zeigt sich, dass Menschen mit Migrationsbiographie (22 %) etwas häufiger

das Gefühl haben, nicht den ihnen zustehenden Lebensstandard erreicht zu haben, im Vergleich zu Menschen ohne Migrationsbiographie (17 %). Des Weiteren ist der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie zufrieden sind, bei den Menschen mit Migrationsbiographie geringer (78 %/84 %), was darauf hinweisen könnte, dass sich viele Menschen mit Migrationsbiographie in der repräsentativen Demokratie Deutschlands nicht angemessen vertreten fühlen. Auch vertrauen sie den etablierten politischen Institutionen, etwa dem Landtag, weniger (63 %) als Personen ohne Migrationsbiographie (73 %).

Das ist Herausforderung und Chance zugleich für politische Bildung. Politisches Engagement von Menschen mit Migrationsbiographie sollte gefördert werden. Auf diese Weise kann durch mehr Teilhabe das Zugehörigkeitsgefühl erhöht werden.

Schwerpunkt 2: **Politische Beteiligung mit dem Fokus auf Wahlen und Gründen der Nichtwahl**

Die Befragung zeigt, dass sich bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler nicht (mehr) mit politischen Themen auseinandersetzen und zugleich zutiefst unzufrieden sind. Es ist unwahrscheinlich, dass sie ohne weitere Anstrengungen und gezielte Maßnahmen bereit sind, sich (wieder) verstärkt der Demokratie und ihren Werten zuzuwenden. Es scheint daher dringend geboten, Strategien zu entwickeln, die das Vertrauen in die politischen Prozesse wiederherstellen, um die betroffenen Menschen wieder ins demokratische Gefüge zu integrieren.

- **Das verfügbare Einkommen korreliert mit der Wahlbeteiligung.**

Der sozioökonomische Status wird in der Literatur regelmäßig als Faktor beschrieben, der das Wahlverhalten beeinflusst. Auch in Nordrhein-Westfalen lässt die sozialräumliche Betrachtung der Wahlbeteiligung auf einen Zusammenhang zwischen Wohlstand/Bildung und Wahlverhalten schließen. Ein höheres verfügbares Einkommen pro Einwohnerin und Einwohner scheint mit einer höheren Wahlbeteiligung zu korrelieren. Dies unterstreicht a) die Bedeutung sozioökonomischer Faktoren für die politische Teilhabe, b) die Wichtigkeit von aufsuchender politischer Bildung und c) die Notwendigkeit, Bedeutung von politischer Beteiligung bei und jenseits von Wahlen zu vermitteln. Das gilt in besonderer Weise für sozial marginalisierte Wahlkreise.

- **Die Wahlbeteiligung bei den 18- bis 20-Jährigen ist stark eingebrochen.**

Mit zunehmendem Lebensalter steigt die Wahrscheinlichkeit, an Wahlen teilzunehmen. Die Wahlbeteiligung von älteren Menschen ist höher im Vergleich zu jüngeren Generationen.

Besonders besorgniserregend ist der drastische Einbruch der Wahlbeteiligung bei der jüngsten Altersgruppe, den 18- bis 20-Jährigen. In den Jahren 2012 und 2017 lag ihre Wahlbeteiligung bei 50,2 % beziehungsweise 54,4 %, aber 2022 fiel sie auf nur noch 40,7 %. Ebenfalls gab es vergleichbare starke Einbrüche bei den mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 49 Jahren mit Rückgängen von über zehn Prozentpunkten.

Diese Entwicklungen unterstreichen die Notwendigkeit, gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung bei jungen und mittleren Altersgruppen zu ergreifen, um die demokratische Teilhabe über alle Altersgruppen hinweg zu fördern und sicherzustellen. Ebenso gilt es, die sehr jungen Menschen von 14 bis 18 Jahren als (künftige) Erstwählerinnen und Erstwähler abzuholen. Die hohe Motivation, zur Wahl zu gehen, könnte diese Bemühungen erleichtern. Hätten sie bei der Landtagswahl 2022 schon wählen dürfen, gaben knapp zwei Drittel (59 %) an, dass sie „auf jeden Fall“ zur Wahl gegangen wären.

- **Menschen mit höherer Bildung wählen häufiger als Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.**

Die vorliegenden Daten zeigen, dass der Anteil der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei den Befragten mit mindestens Abitur mit 12 % signifikant niedriger ist als bei den Befragten mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (18 %). Dies legt nahe, die politische Bildung gerade in der nicht gymnasialen Bildung zu intensivieren.

- **Unzufriedenheit und Misstrauen bei Nichtwählerinnen und Nichtwählern.**

Bei bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern sind 59 % mit der Demokratie zufrieden, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, und sogar nur 43 % sind mit der alltäglich erlebten Demokratie zufrieden. Im Gegensatz dazu sind Wählerinnen und Wähler deutlich zufriedener mit den demokratischen Abläufen (74 %).

31 % der Nichtwählerinnen und Nichtwähler prägt außerdem ein mangelndes Vertrauen in die Politik und das politische Personal. Die Gruppe begründet ihre Wahlenthaltung mit Zweifeln an der Funktionsfähigkeit und an der Legitimität von Wahlentscheidungen und einem Misstrauen gegenüber Politikerinnen und Politikern.

Es wird ebenfalls deutlich, dass nur noch knapp die Hälfte (49 %) der Nichtwählerinnen und Nichtwähler sich ausschließlich als Demokratinnen und Demokraten betrachten, die die Legitimität der Demokratie anerkennen, während dieser Anteil bei den Wählerinnen und Wählern mit 69 % deutlich höher ist.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass das Vertrauen in die politischen Prozesse und das politische Personal gestärkt werden muss, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und die Legitimation demokratischer Wahlentscheidungen zu erhalten und zu stärken.

- **Menschen, die häufiger einsam sind, nehmen seltener an Wahlen teil.**

Die Umfrageergebnisse legen einen Zusammenhang zwischen sozialer Isolation und politischer Teilhabe nahe. Vor allem vor dem Hintergrund der gestiegenen Einsamkeit während der COVID-19-Pandemie sollte dieser Befund als Warnsignal gesehen werden. Die Förderung demokratischer Teilhabe und Bekämpfung sozialer Isolation bedarf besonderer Aufmerksamkeit.

Schwerpunkt 3: **Kenntnis, Nutzen und Erwartungen an Angebote der politischen Bildung**

Die Erwartungen der Menschen an politische Bildungsangebote sind hoch. Sie haben den Anspruch, dass ihnen Wissen über politische Prozesse und Themen vermittelt wird. Gleichzeitig wollen sie durch Bildung in die Lage versetzt werden, aktiv an politischen Diskussionen teilzunehmen und politische Entscheidungen mit zu beeinflussen. Politische Bildung soll dazu beitragen, die Qualität des öffentlichen Diskurses zu verbessern, die politische Teilhabe zu befördern und die Demokratie insgesamt zu stärken.

Politische Bildungsangebote müssen sich aktuellen Bedürfnissen und Herausforderungen der Gesellschaft anpassen.

- **Großer Wunsch nach mehr aktueller Politik im Unterricht.**

Obwohl die große Mehrheit (80 %) der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen angibt, in der Schule viel über die Demokratie in Deutschland und ihre Funktionsweise gelernt zu haben, wünscht sich dennoch eine ebenso große Mehrheit (77 %) mehr aktuelle politische Themen im Unterricht. Dieser Wunsch ist bei Personen, die kein Abitur oder Studium anstreben oder abgeschlossen haben, mit 81 % noch verbreiteter als bei den (angehenden) Abiturientinnen und Abiturienten (76 %). Dies legt nahe, die politische Bildung insbesondere in nicht gymnasialen Schulformen mit aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft zu intensivieren.

- **Ungleichheiten des Umfangs der politischen Bildung an den unterschiedlichen Schulformen.**

Wie bereits festgestellt, besteht ein klarer Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und dem Interesse am politischen Geschehen sowie der Akzeptanz der Demokratie als politisches System. 83 % der Befragten mit höchstem Bildungsabschluss (Abitur/Studium) geben an, sich für Politik zu interessieren. Bei Menschen mit geringerer formaler Bildung sind es nur 73 %. Je höher also der Bildungsabschluss der Befragten ist, desto stärker ist ihr Interesse am politischen Geschehen und desto positiver bewerten sie die Demokratie (96 %/89 %).

Auch darin zeigt sich eine ungleiche Verteilung der politischen Bildung in den unterschiedlichen Schulformen, die es aufzulösen gilt. Denn diese Unterschiede im politischen Bildungsangebot spiegeln sich in den demokratie-relevanten Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler wider.

- **Es besteht ein großes Interesse an den Angeboten der politischen Bildung – auch bei Menschen mit Migrationsbiographie.**

Die Ausgangslage der politischen Bildung zur Ansprache der Bevölkerung über verschiedene Themen erscheint vielversprechend. Eine große Mehrheit (83 %) der Menschen in Nordrhein-Westfalen kann sich vorstellen, an Angeboten politischer Bildung teilzunehmen. Diese Offenheit der Befragten bietet Chancen, die Mehrheit der Bevölkerung gezielt anzusprechen und in politische Bildungsmaßnahmen einzubeziehen.

Positiv zu bewerten ist, dass auch die Menschen mit Migrationsbiographie ein breites Interesse an Angeboten politischer Bildung äußern. Dies bietet die Gelegenheit, durch politische Bildung eine aktive Integration zu fördern.

- **Junge Menschen bevorzugen digitale Angebote.**

Die Erhebung zeigt, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl von Möglichkeiten nutzen, um sich über politische und gesellschaftliche Themen zu informieren. Am häufigsten äußern sie den Wunsch, an Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen oder Lesungen teilzunehmen (52 %). Podcasts, Filme oder Videos sowie Bücher werden von knapp der Hälfte der Befragten (jeweils 48 % bzw. 46 %) als geeignete Informationsquellen betrachtet. Digitale Angebote wie Apps (44 %) sind ebenso beliebt wie Exkursionen und Ausflüge (41 %).

Anders sieht dies bei den unter 30-Jährigen aus: Sie bevorzugen digitale und interaktive Angebote, die zeitlich flexibel genutzt werden können. Auch finden interaktive Angebote mit Event-Charakter, ob digital oder analog, bei jungen Menschen unter 30 Jahren großen Zuspruch.

- **Die 14- bis 18-Jährigen informieren sich vor allem über soziale Medien zu politischen Themen und Entscheidungen.**

Die 14- bis 18-Jährigen interessieren sich bei politischer Bildung für Themen, die ihren Alltag und ihre Zukunft betreffen, wie Bildung, Umwelt und Klimaschutz. Die Befragung zeigt, dass sich knapp drei Viertel (71 %) vor allem über soziale Medien über politische Themen und Entscheidungen informieren. Als häufigste Quelle politischer Information dienen zwei Dritteln dieser Gruppe YouTube und Instagram, 49 % der jugendlichen Befragten informieren sich über Tiktok.

Die politische Bildung muss angesichts dieses Medien-nutzungsverhaltens ihr Angebot auch in die digitalen Räume verlegen oder zumindest dort präsentieren. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Erwerb digitaler Medienkompetenz zentral zur politischen Bildung gehört.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Literaturverzeichnis

Abbildungs-
verzeichnis

Politische
Bildungsangebote

Fragebogen

Inhaltsverzeichnis

1	Auftrag, Fokus und Struktur des zweiten Demokratieberichtes für Nordrhein-Westfalen	12
1.1	Der Auftrag	12
1.2	Die Umsetzung	13
1.3	Das Ziel	15
1.4	Die Schwerpunkte und das Fokusthema	16
1.5	Aufbau des Berichtes	18
2	Aktuelle Entwicklungen und Trends im Umfeld politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen	19
2.1	Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Trends	19
2.2	Politischer Wandel	23
2.3	Fazit: herausfordernde Zeiten mit veränderten Anforderungen an politische Bildung	25
3	Ergebnisse der repräsentativen Befragung zu Demokratie, Teilhabe und Wahlen sowie Partizipation an politischer Bildung	26
3.1	Methodisches Vorgehen	27
3.2	Politisches Interesse, Politische Kultur und Einstellungen zur Demokratie	29
3.2.1	Lebenszufriedenheit	30
3.2.2	Politisches Interesse und politische Herausforderungen	35
3.2.3	Politische Kultur und Einstellungen zu Demokratie	41
3.2.4	Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zur politischen Gemeinschaft	57
3.2.5	Vertrauen in politische Institutionen und Akteurinnen und Akteure	63
3.2.6	Zufriedenheit mit den politischen Akteurinnen und Akteuren	67
3.2.7	Bedeutung der politischen Einstellungen für die politische Kultur und die Demokratie in Nordrhein-Westfalen	69

3.3 Politische Partizipation mit dem Fokus Wahl und Nichtwahl	80
3.3.1 Politische Partizipation im Überblick	82
3.3.2 Wahl und Nichtwahl	86
Exkurs: Wahlberechtigung und hypothetische Wahlbeteiligung	97
3.3.3 Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung	111
3.4 Kenntnis, Nutzen und Erwartungen an Angebote der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen	113
3.4.1 Selbsteinschätzung zur erworbenen Demokratiekompetenz in der Schule	114
3.4.2 Politische Selbstwirksamkeit und politische Partizipation	119
Exkurs: Wie junge Menschen zu Demokratie und Politik stehen	121
3.4.3 Interesse an allgemeinen Themen und politischer Bildung	127
Exkurs: Erreichbarkeit von Menschen mit fragilen demokratischen Grundüberzeugungen	136
4 Ableitungen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung	138
Literaturverzeichnis	145
Abbildungsverzeichnis	149
Politische Bildungsangebote der für politische Bildung zuständigen Ressorts der Landesregierung	150
Fragebogen der repräsentativen Umfrage	166

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

1

Auftrag, Fokus und Struktur des zweiten Demokratieberichtes für Nordrhein-Westfalen

1.1 Der Auftrag

Die Demokratie lebt davon, dass Menschen sie gestalten, indem sie sich in kontroverse Debatten einmischen, für ihre Interessen einsetzen und so an Gesellschaft und Politik teilhaben.

Dieser kontroverse Diskurs, der die Demokratie prägt, braucht mündige Bürgerinnen und Bürger, die ihrer Rolle als Mitglied der Gesellschaft und der damit verbundenen Verantwortung nachkommen. Demokratie ist Staatsform und Haltung zugleich. Das gilt jedoch nicht voraussetzungslos. Denn ein demokratischer Wertekanon vermittelt sich nicht von alleine. Es bedarf eines kontinuierlichen Ringens um diese Staatsform, damit eine demokratische Kultur und ein zivilgesellschaftliches Engagement lebendig und dynamisch bleiben.

Ziel der politischen Bildung ist es, dies zu ermöglichen. Politische Bildung ist Demokratiebildung und damit ein Stützpfiler der Demokratie.

Politische Bildung vermittelt das nötige Wissen und die Fähigkeiten, um sich aktiv in politische Prozesse einbringen zu können. Der Soziologe Oskar Negt drückte dies folgendermaßen aus: „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“ (Negt, 2004).

Zentral ist dabei, dass Demokratiebildung über die reine Vermittlung von Wissen über Politik und aktuelle Themen hinausgehen muss. Es geht um die Herausbildung einer eigenen politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit, also darum,

den eigenen Standpunkt zu finden und dafür einzutreten. Dazu gehören ebenso methodische Kompetenzen, wie sich selbst zu informieren, zu orientieren und politisch weiterzubilden.

Auf der Basis von Grund- und Menschenrechten muss Demokratiebildung alltags- und praxisorientiert auf die Herausbildung einer demokratischen Haltung abzielen.

Wie dies in Nordrhein-Westfalen aussieht, d. h. welche Rahmenbedingungen vorliegen und wo es konkrete Handlungsbedarfe gibt, darüber soll ein regelmäßiger „Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung“ Aufschluss geben. Der nordrhein-westfälische Landtag hat die Landesregierung im Mai 2019 mit einem fraktionsübergreifenden Antrag (Drucksache 17/6245) von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit der Erstellung eines solchen Berichts beauftragt, um die Demokratiebildung in Nordrhein-Westfalen zu stärken und auszubauen (Landtag NRW, 2019). Die Landeszentrale für politische Bildung hat diesen Auftrag federführend übernommen.

1.2 Die Umsetzung

Das Vorhaben, den Demokratiebericht fortzuschreiben und seine Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der politischen Bildung zu nutzen, hat auch die neue Landesregierung 2022 in ihrem Koalitionsvertrag „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ bestärkt (CDU NRW/Bündnis 90/Die Grünen NRW, 2022).

Der erste Demokratiebericht wurde im Oktober 2021 veröffentlicht und stieß insbesondere bei den Einrichtungen und Akteurinnen und Akteuren der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen auf ein großes Interesse und einen breiten Diskussionsbedarf der Handlungsempfehlungen.

Dieser zweite Demokratiebericht schließt daher inhaltlich an offene Fragen des ersten Demokratieberichts an. Insofern erscheint es sinnvoll, ausgewählte Themen und Fragestellungen aus dem ersten Demokratiebericht zu übernehmen, um einen Vergleich zu aktuellen Entwicklungen und Bedarfen ziehen zu können. Daraus können dann neue Herausforderungen und Aufgaben abgeleitet werden. Er nimmt zudem neue, aktuelle Fragestellungen zu Demokratie, Teilhabe und Wahlen sowie zur Partizipation an politischer Bildung in den Blick.

Als Bestandsaufnahme der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen wurden für den ersten Demokratiebericht die Rahmenbedingungen der politischen Bildung und eine Übersicht über die Landschaft der Akteurinnen und Akteure politischer Bildung zusammengetragen. Diese Darstellung behält weiter ihre Gültigkeit. Die Rahmenbedingungen sind weitgehend stabil geblieben. Politische, gesetzgeberische und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die zu kleineren Perspektivwechseln und Umgestaltungen geführt haben, werden zu Beginn des Berichtes nachgezeichnet. Relevante Änderungen und Neuerungen bei konkre-

ten Ansätzen und Angeboten bei den für Bildungsfragen zuständigen Ressorts und den mit der Landeszentrale für politische Bildung kooperierenden Ressorts wurden dem Auftrag des Landtags entsprechend über eine Ressortabfrage aktualisiert. Um entsprechende Beiträge gebeten wurden

- das Ministerium für Schule und Bildung für die Schulen,
- das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration zu frühkindlicher Bildung (Kitas), zu Jugend- und Familienbildung und dem Umgang mit Flucht und Migration als Herausforderung in der Bildungsarbeit,
- das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die berufliche Bildung sowie spezielle Bildungsangebote für Menschen mit Beeinträchtigungen,
- das Ministerium des Innern,
- das Ministerium der Justiz und auch
- die anderen Fachbereiche des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft für Hochschulen und Forschung, für die kulturelle Bildung und die Lehrerbildung.

Das Ergebnis dieser Zusammenstellung findet sich im Anhang und ist als Ergänzung und Fortschreibung des Status quo der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen zu verstehen, wie er bereits im ersten Demokratiebericht umfassend dargestellt wurde.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Ein elementarer Bestandteil des Berichts ist, wie schon beim ersten Demokratiebericht, eine repräsentative Umfrage. Mit ihr werden Einstellungen und Interessen der Menschen gegenüber politischer Partizipation und Demokratie sowie der Bereitschaft zur Demokratiebildung und Demokratiefähigkeit abgefragt. Darüber hinaus geht es auch um die Identifizierung von Themen und Herausforderungen, mit denen sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen.

In diesem Zusammenhang wird auch nach aktuellen Themen und zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen gefragt, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig beschäftigen oder die in ihrem Alltag von besonderer Bedeutung sind. Gerade diese in den Augen der Bürgerinnen und Bürger wichtigen Themen und aktuellen Herausforderun-

gen für Demokratie, Politik und Gesellschaft spielen für die politische Bildung eine große Rolle. Sie geben eine thematische Richtung für die Angebote vor, denn bereits der erste Demokratiebericht hat gezeigt, dass politische Bildung eng an den Themen und Interessen der Menschen ausgerichtet sein muss, um diese zu erreichen.

Die mit dem ersten Demokratiebericht begonnene Bestandsaufnahme und Analyse der Interessen, Einstellungen und Bereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen in Bezug auf Demokratie, Wahlen und politische Bildung wird hier fortgeführt und weiterentwickelt. Damit wird die Grundlage für einen regelmäßig fortzuführenden, sich fest etablierenden Demokratiebericht für Nordrhein-Westfalen geschaffen.



1.3 Das Ziel

Ziel ist es, auch mit dem zweiten Demokratiebericht einen Beitrag zu Fragen, Chancen und Herausforderungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen zu leisten. Konkret geht es darum, aufzuzeigen, wie aufsuchende und auf Teilhabe abzielende politische Bildung weiterentwickelt werden kann.

Grundlage dafür sind Erkenntnisse über Angebotsformate und Wege der Ansprache, die auch gerade jene Menschen erreichen, die sich bisher nicht von politischer Bildung angesprochen fühlen bzw. nicht angesprochen wurden. Idealerweise münden diese Erkenntnisse in Empfehlungen, die der zweite Demokratiebericht den Akteurinnen und Akteuren und Einrichtungen der politischen Bildung als unterstützende Informationen bieten kann.

Die übergreifende Kernfrage lautet:
Welche Bedarfe gibt es zur Weiterentwicklung bestehender Angebote und zur Entwicklung neuer Angebote der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen, um einen Beitrag zur demokratischen Werteentwicklung in der Gesellschaft zu leisten sowie zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe beizutragen?

Dazu hat der erste Demokratiebericht bereits die Vielfalt der Akteurinnen und Akteure, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen dargestellt sowie erste Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Darauf aufbauend soll der zweite Demokratiebericht zentrale Erkenntnisse und Herausforderungen für unsere Demokratie und unser gesellschaftliches Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen vertieft in den Blick nehmen.

1.4 Die Schwerpunkte und das Fokusthema

Eine wesentliche Erkenntnis des ersten Demokratieberichtes war, dass Demokratie viel mehr als Staatsform und viel weniger als Lebensform wahrgenommen und verstanden wird.

Daraus ergab sich die Hypothese, je stärker die eigene demokratische Haltung in den Mittelpunkt der Befragung rückt, etwa im Hinblick auf Kompromissfähigkeit und Toleranz, desto niedriger ist die Zustimmung der Befragten (Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2021).

Für unsere Demokratie und die zielgerichtete politische Bildung ist es von großem Interesse, ob sich dies so weiter bestätigt, um dann entsprechend die Angebote der politischen Bildung auszurichten. Ein konkreter Anknüpfungspunkt ist daher sowohl das erwähnte Verständnis der Menschen in Nordrhein-Westfalen von Demokratie und den einzelnen Dimensionen des Demokratiebegriffs als auch ihr Verhältnis zum und ihr Vertrauen in das demokratische Zusammenleben.

Ein weiterer zentraler Befund war, dass 84 % der Menschen in der Befragung im Rahmen des ersten Demokratieberichts grundsätzlich mit der Demokratie als politischer Ordnung und den eigenen Lebensumständen im Allgemeinen zufrieden sind. Auch wurde das Interesse am politischen Geschehen in Nordrhein-Westfalen von 75 % der Befragten als sehr groß angegeben.

Demgegenüber steht jedoch die Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl 2022, die lediglich bei 55 % lag.

Aus dem aktuellen Anlass der historisch niedrigen Wahlbeteiligung bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022 und der grundlegenden Bedeutung von Teilhabe über Wahlen für unsere Demokratie ist das Thema Wahlen und politische Beteiligung als Fokusthema für diesen Demokratiebericht ausgewählt worden. Konkret wird im Rahmen der repräsentativen Umfrage nach den Motiven der Wahlbeteiligung und auch der Nichtwahl sowie nach den Beweggründen für und gegen politische Beteiligung unterschiedlicher Art gefragt. Besonders in den Blick genommen wird die Gruppe der bekennenden Nichtwählenden. Denn die Ergebnisse der Befragung im Rahmen des ersten Demokratieberichtes zeigten eine mehrheitliche Zufriedenheit mit dem politischen System und den Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen – auch bei Nichtwählenden. Es stellt sich daher die Frage nach den Motiven von Nichtwählerinnen und -wählern. Es gilt bei signifikantem politischem Interesse herauszufinden, warum sich dies nicht auch auf die Beteiligung niederschlägt.

Wie haben sich das Interesse am politischen Geschehen oder die Zufriedenheit mit dem politischen System verändert, sodass diese nicht mehr hinreichend mit politischer Beteiligung korrelieren? Und mit welchen Maßnahmen, Angeboten, Themen oder anderen Faktoren können gerade auch Nichtwählende zur Beteiligung an Wahlen sowie insgesamt zu politischer Partizipation und demokratischer Teilhabe motiviert werden? Gerade für die politische Bildung ist es wichtig zu erfahren, welche Maßnahmen sinnvoll sein können, um Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Beteiligung zu motivieren.

In Anlehnung an und in Verbindung mit der Frage, wie politische Bildung die Menschen für Demokratie und ihre Angebote zur Demokratieförderung begeistern kann, wird einer weiteren Erkenntnis des ersten Demokratieberichts hier vertiefend nachgegangen: der geringen Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Bildungsangeboten. So gaben beispielsweise 69 % an, weder an einem Seminar teilgenommen zu haben noch sich dies vorstellen zu können. Hier soll es daher darum gehen, mehr über Formate der Ansprache und Themen der Angebote zu erfahren, die die Menschen interessieren. So könnten daraus gegebenenfalls entsprechende Angebote abgeleitet werden, die zu einer Teilnahme anregen. Konkret wird der Frage nachgegangen, für welche Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich die Menschen interessieren und inwiefern sie sich vorstellen können, ein entsprechendes politisches Bildungsangebot zu nutzen. Wie schon der erste Demokratiebericht zeigte, ist es die Aufgabe der politischen Bildung, gerade diejenigen zu erreichen, die einen Bedarf an politischer Bildung nicht erkennen oder die kein eigenes Interesse bekunden.

Zusammenfassend ergeben sich folgende drei Schwerpunkte für den zweiten Demokratiebericht:

- **Politisches Interesse und Einstellungen zur Demokratie**
- **Politische Beteiligung mit dem Fokus auf Wahlen und Gründen der Nichtwahl**
- **Kenntnis, Nutzen und Erwartungen an Angebote der politischen Bildung**

1.5 Aufbau des Berichtes

Auftrag, Ziel und Schwerpunkte des zweiten Demokratieberichtes

Einführend wurden der Entstehungshintergrund, die Erwartungen und Wünsche sowie die gewählten Schwerpunkte des zweiten Demokratieberichtes erläutert.

Aktuelle Entwicklungen und Trends im Umfeld politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen

Der erste inhaltliche Teil des Berichts skizziert aktuelle Entwicklungen und Trends, die sich im Umfeld und mit Bezug zur politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen in den letzten zwei Jahren gezeigt haben. Damit einhergehend werden auch sich teilweise verändernde Anforderungen an politische Bildung aufgezeigt.

Ergänzt wird dieser Teil des Berichts durch einen umfassenden Anhang (Anhang „Politische Bildungsangebote der für politische Bildung zuständigen Ressorts der Landesregierung“), der die konkreten Angebote staatlich verantworteter politischer Bildung gebündelt darstellt. Dabei umfasst diese Liste nur solche Angebote, die sich gegenüber dem ersten Bericht verändert haben oder neu entstanden sind. Insofern ist diese Liste als Fortschreibung des ersten Demokratieberichtes zu verstehen.

Ergebnisse der repräsentativen Befragung zu Demokratie, Teilhabe und Wahlen sowie Partizipation an politischer Bildung

Die Ergebnisse der explizit für diesen Bericht durchgeführten repräsentativen Befragung der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens ab 14 Jahren und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Demokratie und die politische Bildung werden im zweiten Teil des Berichts dargestellt und analysiert. Ein besonderer Fokus wird dabei auf das Schwerpunktthema dieses Berichtes – Wahlen, Wahlbeteiligung und Nichtwahl – gelegt.

Die in diesem Kapitel präsentierten Ergebnisse zeigen auch, an welchen Stellen politische Bildung ansetzen kann, um die Menschen im Land noch besser zu erreichen und für die Angebote politischer Bildung zu gewinnen. Ebenso werden hier aber auch Grenzen politischer Bildung aufgezeigt, die sich durch die Erkenntnisse aus der Befragung ergeben.

Ableitungen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung

Die sich aus der Befragung erschließenden Impulse, wie sich politische Bildung mit Blick auf die Interessen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger partizipationsorientiert weiterentwickeln lässt, werden abschließend zusammengefasst.

2

Aktuelle Entwicklungen und Trends im Umfeld politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen

Der gesamtgesellschaftliche und politische Rahmen, in dem sich politische Bildung bewegt, unterliegt stetigen Veränderungen. Aktuelle Phänomene und Trends nehmen Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse und politische Entscheidungen. Dabei gehen diese teilweise mit neuen Anforderungen an politische Bildung einher. Außerdem bilden sie gleichzeitig die Themen ab, die die Menschen im Land beschäftigen, und liefern konkrete Anknüpfungspunkte für Inhalte, mit denen politische Bildung umgehen muss.

2.1 Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Trends

Mit einer kurzen Skizzierung aktueller Entwicklungen und Trends werden auch die damit verbundenen Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, auf die Gesellschaft als Gemeinschaft und auf die politische Bildung Nordrhein-Westfalens insgesamt umrissen. Dies dient der Einordnung gesellschaftlicher sowie politischer Dynamiken und Diskurse, unter deren Einfluss die repräsentative Umfrage durchgeführt wurde und schließlich dieser Bericht entstanden ist.

Ende der Corona-Pandemie

Ungefähr drei Jahre dominierte die Corona-Pandemie mit unterschiedlichen Ausprägungen den Alltag und das Leben der Menschen. Die Weltgesundheitsorganisation erklärte die Infektionskrankheit COVID-19 im März 2020 zur weltweiten Pandemie. Bereits im Februar 2020 wurde das Corona-Virus in Nordrhein-Westfalen erstmals nachgewiesen und verbreitete sich in den folgenden Wochen

und Monaten rasant (Landesregierung NRW, 2020). Die Bundesregierung hatte, in Abstimmung mit Expertinnen und Experten des Robert Koch-Institutes und den Länderregierungen, Maßnahmen zur Prävention von Infektionen und zur Isolation Infizierter beschlossen: von der Maskenpflicht über Ausgangssperren und Quarantänepflichten bis hin zu weitreichenden Kontaktbeschränkungen in allen Lebensbereichen. Die Einschränkungen gingen dabei jedoch mit ungleichen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

**2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends**

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Auswirkungen auf die Menschen in unterschiedlichen Lebens- bzw. Arbeitssituationen und Gesellschaftsschichten einher: Homeoffice und Homeschooling, Kurzarbeit oder Doppelschichten im Gesundheits- und Pflegebereich sind nur einige Beispiele. Für Unternehmen und auch Freiberufler und Freiberuflerinnen, für die Kunst- und Kulturbranche und auch für die Träger politischer Bildung gab es Entschädigungen und Ausgleichszahlungen aus staatlichen Rettungsschirmen.

Im April 2023 erklärte der zuständige nordrhein-westfälische Gesundheitsminister die Corona-Pandemie für beendet. Auch die WHO hob den globalen Gesundheitsnotstand im Mai 2023 auf.

Die repräsentative Umfrage für diesen Bericht fand insofern unmittelbar nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der damit verbundenen letzten Beschränkungen statt.

Es stellt sich die Frage, was von Corona bleibt. So hat die Corona-Pandemie digitale Entwicklungen vorangebracht, die einige neue Formate in vielen Lebensbereichen etablierten, so etwa in der Bildung. Diesen Schub zu nutzen setzt jedoch voraus, dass die individuellen technischen Möglichkeiten und Fähigkeiten gegeben sind oder erlernt werden können. Wie dies für alle Menschen ermöglicht werden kann, wird eine der Herausforderungen der nächsten Jahre sein (Kerres, 2023).

Außerdem haben sich Diskussionen verstärkt ins Netz verlagert und die Vervielfachung von Informations- und Nachrichtenquellen den Bedarf an Angeboten zur Sensibilisierung im Umgang mit Nachrichten und Falschinformationen im Netz erkennen lassen. Beispielsweise haben Fake News und Verschwörungsmythen im Kontext der öffentlichen Debatte über die Entstehung und den Umgang mit dem Corona-Virus oder der Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine gezeigt, wie

wichtig Medienkompetenz ist. Sie ist die Grundlage für die fundierte Herausbildung einer politischen Meinung auf Basis von Informationen, die eigenständig zu beurteilen sind (Florack, 2021). So sind Medienkompetenzbildung und digitale Demokratiebildung zu einem wichtigen Aufgabenbereich der politischen Bildung geworden, die selbst neue digitale und hybride Wege entwickelt hat, Menschen zu erreichen.

Ukraine-Krieg

Am 24. Februar 2022 hat der russische Präsident Wladimir Putin internationales Völkerrecht gebrochen und einen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die dort lebenden Menschen entfesselt. Damit findet in unserer europäischen Nachbarschaft ein Krieg statt, der nicht zuletzt auch unsere Grundwerte der Demokratie bedroht.

Anlässlich des Empfangs des ukrainischen Botschafters, Oleksii Makeiev, am 15. November 2022 in Düsseldorf sagte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Russlands Angriffe gelten nicht nur der Ukraine, sondern auch grundsätzlich der Freiheit, dem Frieden und der Demokratie. Putin will Europa spalten. Sein Kalkül ist, unsere Wirtschaft zu schwächen, weil er glaubt, dass er damit unsere Demokratie destabilisiert“ (Landesregierung NRW, 2022).

Viele Menschen, die aus der Ukraine vor dem Krieg fliehen mussten, wurden herzlich in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Allein von Januar bis November 2022 kamen 220.600 Personen aus der Ukraine nach Nordrhein-Westfalen (Landesbetrieb IT.NRW, 2023 b). Löste dies anders als bei der Flüchtlingskrise 2015 kaum gesellschaftlichen Protest aus, wurden und werden die Fragen der militärischen Unterstützung der Ukraine mit Waffen und anderen Kampfmitteln breit diskutiert.

Die in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geltende Richtlinie einer gewaltfreien Außenpolitik wurde politisch und gesellschaftlich in Frage gestellt und erörtert. In welche Richtung sich der Diskurs um die Rolle Deutschlands in internationalen Konflikten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln, bleibt noch offen.

Preisanstieg und Inflation

Die Inflationsrate lag im Januar 2023 laut Statistischem Landesamt bei 8,3 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Preise zum Beispiel für Lebensmittel des täglichen Bedarfs wie Molkereiprodukte und Eier um 37,2 % oder für Speisefette und Speiseöle um 35,1 % gestiegen. Vor allem verteuerten sich bis zum Befragungszeitraum im Frühjahr 2023 auch die Energiekosten für private Haushalte massiv. Gas war einschließlich der Betriebskosten 52 % teurer und Heizöl einschließlich der Betriebskosten 49 % teurer als ein Jahr zuvor (Landesbetrieb IT.NRW, 2023 a).

Die Einstellung von Gaslieferungen aus Russland infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die damit verbundenen starken Preissteigerungen bei Gas und Strom führen für viele Menschen gerade in den unteren Einkommensgruppen, aber auch bei Institutionen und Unternehmen zu großen finanziellen Herausforderungen bis hin zu existenzbedrohenden Belastungen. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen mit vielen energieintensiven Industrien, wie z. B. der Stahlindustrie, trifft dies besonders.

Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen mit mehreren Entlastungsmaßnahmen und -paketen bei der Bewältigung dieser immensen Herausforderung unterstützt. Mit dem Wandel in der Energieversorgung durch den Wegfall von russischem Gas wurde

gleichzeitig der notwendige Transformationsprozess hin zu einer resilienten Energieversorgung mit mehr erneuerbaren und klimaneutralen Energien vorangetrieben.

Ausstieg aus der Braunkohle und Umstellung der Energieversorgung

Nordrhein-Westfalen hat Ende 2022 eine wegweisende Entscheidung für die Energieversorgung im Land und den Klimaschutz getroffen. Der Kohleausstieg wird in Nordrhein-Westfalen um acht Jahre auf das Jahr 2030 vorgezogen. Darauf haben sich das Land, der Energiekonzern RWE und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise und mit der Beteiligung von Umweltschutzorganisationen geeinigt. Dadurch können auf lange Sicht rund 280 Millionen Tonnen Kohle in der Erde bleiben. Drei der bereits abgeschalteten Kohlekraftwerke werden im Rahmen dieser Entscheidung reaktiviert und zwei weitere Kohlekraftwerke bis 2024 weiterbetrieben, anstatt Ende letzten Jahres abgeschaltet worden zu sein. Dieser Schritt wurde notwendig, um die Versorgungssicherheit vor dem Hintergrund ausbleibender Gaslieferungen aus Russland in Anbetracht des Krieges gegen die Ukraine zu gewährleisten (Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2022 b).

Allerdings hat dieser Kompromiss bei vielen Menschen, die sich für den Klimaschutz einsetzen, und insbesondere bei den Klimaschutzbewegungen Fridays for Future und Scientists for Future für erheblichen Protest gesorgt. Aufmerksamkeit erregt hat dabei die damit einhergehende Entscheidung, das von den Bewohnerinnen und Bewohnern seit langem verlassene Dorf Lützerath an der Abbruchkante des Tagebaus Garzweiler wie vorgesehen für den Braunkohleabbau weichen zu lassen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

**2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends**

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Es war seit vielen Jahren ein Symbol der Klimaschutzbewegung in Nordrhein-Westfalen. Ein Eilverfahren gegen die Räumung des Protestdorfes war Anfang Januar 2023 vor dem Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen gescheitert. Die Räumung des Dorfes gestaltete sich schwierig, da sich trotz eines zuvor mehrwöchigen Betretungsverbot mehrere hundert Klimaschutz-Aktivist*innen Zutritt verschafft, Blockaden und Barrikaden errichtet und sich in Gebäuden sowie selbst gebauten unterirdischen Tunneln verschanzt hatten. Die Aktion wurde über Wochen auch medial deutschlandweit verfolgt und diskutiert. Über tausend Ordnungskräfte aus dem gesamten Bundesgebiet mussten anrücken, um das Dorf schließlich zu räumen (Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2023 a).

Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit, Klimaschutz und ein schonender Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sind bereits seit Jahren ein Thema in Gesellschaft und Politik. Aktuelle Ereignisse haben dazu beigetragen, dass diese Themen in der öffentlichen Wahrnehmung als wichtige Anliegen betrachtet werden. Proteste der sogenannten Letzten Generation, die sich für mehr Klimaschutz an Straßen, auf Bahnschienen und sogar Landebahnen auf Flughäfen festkleben, und die mit dem Krieg in der Ukraine einhergehende Energiekrise sind aktuelle Beispiele, die die gesellschaftliche Debatte anheizen. Uneinigkeit besteht indes darüber, mit welchen Mitteln und Maßnahmen auf die Notwendigkeit des Klimaschutzes hingewirkt werden soll und wo die Grenzen legitimen Protestes liegen. Auch findet noch ein politischer und gesellschaftlicher Aushandlungsprozess zur grundsätzlichen Frage statt, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln und Wegen mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Umgang mit natürlichen Ressourcen zu erreichen sind.

In Nordrhein-Westfalen war es insbesondere das Jahrhunderthochwasser 2021, das auch als Flutkatastrophe in die Geschichte einging, das Klimaschutz und Nachhaltigkeit als sehr unmittelbar spürbare und akute Anliegen auf die gesellschaftliche und politische Agenda setzte. Die Naturkatastrophe im Juli 2021 kostete allein in Nordrhein-Westfalen mindestens 47 Menschen das Leben. Heftiger Dauerregen führte zu Überschwemmungen und Hochwasser, die teilweise ganze Straßen über- und unterspülten und Häuser und Brücken wegriß. Es setzte eine große gesellschaftliche Bereitschaft zur Solidarität und Hilfe für die betroffenen Menschen ein. Auch Bund und Land beteiligten sich mit Rettungs- und Hilfsdiensten vor Ort sowie mit finanziellen Soforthilfeprogrammen. Die gigantischen Schäden an privatem Eigentum, aber auch an allgemeiner Infrastruktur wie Mobilfunk- und Stromleitungen, der Gas- und Wasserversorgung und an Bahnstrecken können erst nach und nach behoben werden und sind auch zwei Jahre später nicht völlig behoben (Bundeszentrale für politische Bildung, 2021).

2.2 Politischer Wandel

Die letzten zwei Jahre waren von Veränderungen der Parteienkonstellationen in den Regierungen und in den Parlamenten im Bund wie im Land geprägt. Außerdem zeigten sich zunehmend Protestbewegungen, die auch in der Mitte der Gesellschaft Raum fanden.

Neue Bundesregierung

Am 26. September 2021 wurde der 20. Deutsche Bundestag gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 76,6 %. Mit dem Zweitstimmen-Ergebnis von 25,7 % für die SPD, 24,1 % für die CDU/CSU, 14,8 % für Bündnis 90/Die Grünen, 11,5 % für die FDP und 10,3 % für die AfD als die im Bundestag vertretenen Parteien wurde die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD beendet. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einigten sich auf eine gemeinsame Koalition.

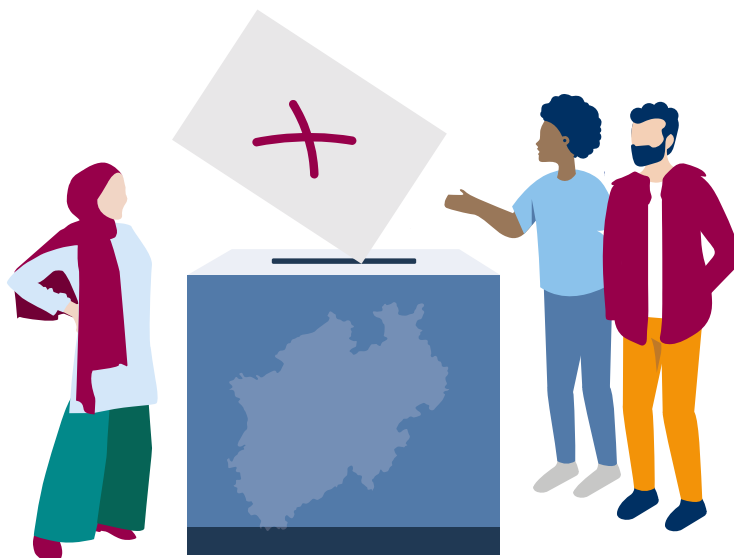
Schwerpunkte im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sind u. a. der Klimaschutz durch mehr erneuerbare Energien und eine neue Sozialreform durch die Einführung eines Bürgergeldes als Ablösung für Hartz IV. Die politische Bildung ist insbesondere von dem Vorhaben eines Demokratiefördergesetzes „zur verbindlichen und langfristig angelegten Stärkung der Zivilgesellschaft“ (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, 2021) und der vorgesehenen strukturellen Stärkung sowie langfristigen finanziellen Absicherung des Förderprogramms „Demokratie leben!“ angesprochen.

Das Demokratiefördergesetz wird gegenwärtig (Stand: November 2023) im Bundestag beraten. Die erste Lesung hat bereits stattgefunden. Erfolgt eine Neuausrichtung oder Neuaufstellung der Förderbedingungen des Bundes für Angebote politischer Bildung, würde dies ggf. mit Konsequenzen für die Strukturen und Rahmenbedingungen der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen einhergehen.

Neue Landesregierung

In Nordrhein-Westfalen wurde am 15. Mai 2022 ein neuer Landtag gewählt. Die Wahlbeteiligung lag nur noch bei 55,5 %, einem historischen Tief. Die Wahl endete (nach Zweitstimmen) mit 35,7 % für die CDU, 26,7 % für die SPD, 18,2 % für Bündnis 90/Die Grünen, 5,5 % für die FDP und 5,2 % für die AfD als im Parlament vertretene Parteien. Damit wurde die Regierung aus CDU und FDP abgelöst und eine neue Koalition aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen gebildet.

Schwerpunkte des Koalitionsvertrages von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind Nachhaltigkeit und Klimaschutz, die Industrieregion Nordrhein-Westfalen, Investitionen in Bildung, Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr und die Bekämpfung organisierter Kriminalität.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle Entwicklungen und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Mit Blick auf die politische Bildung haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, „die politische Teilhabe der Menschen an unserer Demokratie“ weiterzuentwickeln, die Zusammenarbeit von politischer Bildung und Verfassungsschutz in der Präventionsarbeit zu fördern und ein Gremium zur Unterstützung der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung mit Personen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft einzurichten.

Die Landesregierung hat sich darüber hinaus für die 18. Legislaturperiode das Ziel gesetzt, die Kinder- und Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen weiter und nachhaltig zu stärken. Dazu soll das Wahlalter für Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen auf 16 Jahre abgesenkt werden. Auch sollen die Beteiligungsformen vor Ort weiter ausgebaut und zielgruppengerecht ausgestaltet werden. Dafür wird eine Änderung der Gemeindeordnung geprüft. Im Falle der Umsetzung wird es Aufgabe der politischen Bildung sein, gerade für junge Menschen und Erstwählende weitere Angebote zur Demokratiebildung und Befähigung zur Teilhabe zu schaffen.

Versuche der Delegitimierung von Demokratie

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2022 fasst Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus und Antisemitismus als weiterhin konstante Gefahren für die Gesellschaft zusammen. Sie bedrohen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Der Bericht warnte im Frühjahr 2023 vor der Gefahr, dass extremistische Kreise neue Krisenthemen instrumentalisieren, um Menschen zu Protesten und Widerstand auf die Straße zu rufen (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, 2023 b).

Zunehmend lassen sich Phänomene einer „schleichenden“ Radikalisierung von Menschen feststellen, die sich selbst der politischen und gesellschaftlichen „Mitte“ zurechnen. Es geht um „hybride“ Varianten des Extremismus und demokratiegefährdende Gruppierungen, die sich der aktuellen Formen von Protest und Widerstand bemächtigen und diese für eigene Zwecke instrumentalisieren. Konkrete Anknüpfungspunkte sind die ausdrückliche Infragestellung der Gültigkeit und Autorität demokratischer Werte, Normen, Prozesse und Institutionen sowie die Verabsolutierung der eigenen Interessen und Ansichten. Es stellt sich die Frage, inwiefern derartige Entgrenzungen der „Mitte“ zu einer Delegitimierung der staatlich verfassten demokratischen Ordnung und damit letztlich womöglich der Demokratie insgesamt führen können. Nicht selten diskreditieren solche Bewegungen neben der Demokratie auch die politische Bildung. Es heißt dann unter anderem, Angebote seien zu einseitig und würden den Beutelsbacher Konsens¹ missachten, vor allem im Hinblick auf die Betonung der Kontroversität in verschiedenen Bildungsangeboten. Die Extremismusprävention spielt daher im Kontext der politischen Bildung weiter eine bedeutende Rolle.

¹ Demnach sind die wichtigsten Grundsätze der politischen Bildung in der Demokratie, dass sie keine bestimmten Sichtweisen bevorzugen darf (Kontroversitätsgebot/Neutralitätsgebot) und sie nicht indoktrinieren, also auf eine bestimmte Meinung hinwirken darf (Überwältigungsverbot), sondern den Lernenden Raum geben muss, eine eigene Meinung zu entwickeln.

2.3 Fazit: herausfordernde Zeiten mit veränderten Anforderungen an politische Bildung

Ein Blick auf diese aktuellen Entwicklungen und Trends in Gesellschaft und Politik zeigt, dass politische Bildung in einem herausfordernden und sich ständig wandelnden Umfeld stattfindet. Die damit einhergehenden Anforderungen an politische Bildung sind dabei vielschichtig.

Es gilt, für gesellschaftliche Teilhabe und politische Beteiligung als Voraussetzungen unserer Demokratie als Staats- und Lebensform zu werben. Dies muss einerseits niederschwellig sein und gleichzeitig komplexe Themen adäquat behandeln. Außerdem ist politische Bildungsarbeit als notwendige Daueraufgabe langfristig anzulegen und dennoch an aktuellen Themen orientiert zu gestalten.

Die Handlungsempfehlung des ersten Demokratieberichtes, die „Entwicklung von neuen aufsuchenden Formaten und Konzepten der politischen Bildung, die eine demokratische Grundhaltung fördern“ (Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2021), wird hier einmal mehr bestärkt. Dabei muss auch politische Bildung Ressourcen für eine Weiterentwicklung erhalten, um auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren und selbst Resilienz gegenüber Krisen sowie Gegnerinnen und Gegnern der Demokratie zu entwickeln.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

3

Ergebnisse der repräsentativen Befragung zu Demokratie, Teilhabe und Wahlen sowie Partizipation an politischer Bildung

Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung. Politische Bildung trägt dazu bei, diese Beteiligung allen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen.

Im Sinne der Vermittlung und Kultivierung von Demokratiekompetenzen wie Respekt, Kompromissfähigkeit und Selbstwirksamkeit geht es darum, eine demokratische Kultur zu fördern. Politische Bildungsarbeit zeigt auf und macht erfahrbar, wie ein respektvoller und gleichermaßen diverser, inklusiver politischer und gesellschaftlicher Diskurs gestaltet werden kann. Zunächst einmal ist aber Voraussetzung, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen offen für Angebote der politischen Bildung sind. Sind sie dies nicht, ist es notwendig zu wissen bzw. herauszufinden, wie diese Offenheit geschaffen werden kann. Denn wesentlich ist, dass politische Bildung die Bürgerinnen und Bürger überhaupt erreichen kann. Für eine möglichst adressatengerechte Ansprache ist es wiederum notwendig, Interessen und Themen sowie Einstellungen zu Demokratie und Politik zu kennen.

Mithilfe einer repräsentativen Umfrage wurden daher grundlegende Einstellungsmuster und die politischen und demokratischen Lebenswelten der Menschen sowie ihr Interesse und die Bereitschaft zur politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen untersucht. Die Umfrage und ihre Methodik werden hier unter 3.1 beschrieben.

Zunächst wird hier das Erkenntnisinteresse in Bezug auf Demokratie und politische Bildung erläutert und die Frage kurz vorgestellt. Dann werden die empirischen Ergebnisse beschrieben und damit auch Unterschiede entlang verschiedener soziodemografischer Merkmale wie Alter oder Bildungsstand erläutert. Sie zeigen auf, welche Themen die Menschen interessieren, wo sie Handlungsbedarf für Gesellschaft und Politik sehen, wie sie selbst partizipieren und wie politische Bildung sie erreichen kann. Einen Schwerpunkt bildet die systematische Analyse der für die Demokratie relevanten Einstellungen.

Zusammengefasst werden diese mit einer Identifikation und Charakterisierung von Demokratietypen. Dabei erfolgt auf Basis der jeweiligen Erkenntnisse dann auch die Ableitung von Maßnahmen, wie die Demokratie und das demokratische Zusammenleben durch politische Bildung ggf. unterstützt werden können.



Ansatz zur
Weiterentwicklung
politischer Bildung

wesentliche
Erkenntnisse des
Demokratieberichts

3.1 Methodisches Vorgehen

Wesentliche Grundlage dieses zweiten Berichts ist eine repräsentative Befragung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ab 14 Jahren.

Das Mindestalter von 14 Jahren begründet sich durch das gegenwärtig für Kommunalwahlen geltende Mindestalter von 16 Jahren und die Tatsache, dass der aktuelle Koalitionsvertrag vorsieht, auch das Mindestalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Um Jugendliche durch Angebote außerschulischer politischer Bildung sinnvoll auf die Teilnahme an Wahlen vorbereiten zu können, sollte damit frühzeitig begonnen werden.

Ziel der Befragung war, Einschätzungen zur Demokratie, zu Lebensverhältnissen, zu zentralen gesellschaftlichen Themen und Herausforderungen sowie zur Beteiligung an Demokratie und zur Bereitschaft zur politischen Bildung und Demokratiebildung zu ermitteln. Für die wissenschaftlich fundierte Erarbeitung eines Forschungsdesigns und eines Fragebogens für diese repräsentative Umfrage, die Analyse und Einordnung der Umfrageergebnisse sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Angebote der politischen Bildung, ist eine wissenschaftliche Begleitung – Universität Duisburg-Essen, NRW School of Governance, Herr Prof. Dr. Blätte und Frau Prof. Dr. Pickel – beauftragt worden. Für die repräsentative Befragung wurde das unabhängige Meinungsforschungsinstitut forsa herangezogen, das die Umfrage mit entsprechend geschultem Personal und der dafür notwendigen technischen Ausstattung durchgeführt sowie die Ergebnisse zur inhaltlichen Auswertung aufbereitet hat.

Gemeinsam mit der wissenschaftlichen Begleitung ist dann zunächst ein Fragebogen zu im Vorfeld festgelegten Themen-

bereichen und Metafragen (siehe Kapitel 1.3) entwickelt worden. Dieser findet sich im Anhang. Die Auswahl der Fragen und Indizes basierte auf Fragen, die aus dem ersten Demokratiebericht zu wiederholen waren, sowie auf Fragen aus etablierten Befragungen, die das Erkenntnisinteresse des Demokratieberichtes adressieren bzw. dafür angepasst wurden.

In der Befragung wurden überwiegend Bewertungsskalen von 1 bis 6 verwendet, wobei 1 z. B. „sehr gut“ oder „sehr zufrieden“ bedeutet und 6 z. B. „sehr schlecht“ oder „überhaupt nicht zufrieden“. Mit den Zahlen 2 bis 5 konnten die Befragten ihre Meinung jeweils abstimmen. Diese an Schulnoten angelehnte Bewertungsskala wurde zur einfacheren Interpretation der Ergebnisse im Folgenden in der Regel zu einer dichotomen Variablen (Variable mit zwei Ausprägungen) zusammengefasst, z. B. „(etwas) gut“ oder „(etwas) zufrieden“ (Werte 1 bis 3) sowie „(etwas) schlecht“ bzw. „(eher) nicht zufrieden“ (Werte 4 bis 6). Diese Vereinfachung muss bei der Interpretation beachtet werden, zumal z. B. bei einem Wert von 3 keinesfalls mehr von „großer“ Zufriedenheit oder ausschließlich positiver Bewertung ausgegangen werden kann.

In der Auswertung wurde dabei zum Teil mit Regressionsanalysen gearbeitet. Eine Regressionsanalyse berechnet den Einfluss mehrerer unabhängiger Variablen (UV) – hier: Alter, Bildung, Geschlecht, Selbstwirksamkeit, relative Deprivation (siehe Infobox „Relative Deprivation“, Kapitel 3.2.1, S. 34) – auf eine abhängige Variable (AV) – hier: Einstellungen zur Demokratie und zur politischen Gemein-

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der repräsentativen Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

schaft – unter Berücksichtigung des Einflusses der anderen UVs und der UVs untereinander. Es handelt sich um lineare Zusammenhänge im Sinne von: je höher der Wert der UV, desto höher der Wert der AV. Da man diese Analyse nicht auf der Basis von Kreuztabellen herstellen kann, gibt es für einige Aussagen im Bericht keine Angaben mit Prozentanteilen.

Insgesamt hat forsa 3.419 Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ab 14 Jahren befragt. Darunter waren 502 14- bis 18-Jährige sowie 1.013 Bewohnerinnen und Bewohner des Ruhrgebiets (in den Grenzen des RVR). 1.250 Befragte wurden mithilfe computergestützter Telefoninterviews und weitere 1.899 mithilfe des repräsentativen Online-Panels forsa omninet befragt. Als Repräsentativitätsfaktoren wurden zuvor festgelegt: Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss und Migrationsbiographie². Die durchschnittliche Befragungsdauer betrug 35 Minuten bei den telefonischen Interviews bzw. 30 Minuten bei den Online-Interviews.

Die Befragung hat dabei in zwei Phasen stattgefunden. Die Hauptbefragung wurde vom 16. März bis 6. April 2023 durchgeführt. Bedingt durch die Tatsache, dass im Rahmen der Hauptbefragung erforderliche Fallzahlen für Personen mit Migrationsbiographie und für die Gruppe der Nichtwähler und Nichtwählerinnen noch nicht erreicht wurden, wurde eine Nacherhebung notwendig. Diese wurde vom 23. Mai bis 5. Juni 2023 durchgeführt:

Der Anteil der Menschen mit Migrationsbiographie lag nach der Hauptbefragung zunächst nur bei 8 %, wohingegen dieser Anteil in der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen laut Mikrozensus 2022 bei insgesamt 31,1 % liegt. In einer für die

deutschsprachige Bevölkerung repräsentativen Studie kann allerdings nur der Anteil der deutschsprachigen Migranten und Migrantinnen, bei denen zumindest auch deutsch im Haushalt gesprochen wird, als Referenzwert herangezogen werden. Dieser liegt in Nordrhein-Westfalen nach Auskunft von Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistischem Landesamt bei 25,3 %. Mit der durchgeführten Nachbefragung konnte der entsprechende Anteil an der Gesamtstichprobe auf rund 18 % erhöht werden.

Außerdem war der Anteil der Befragten, die sich als Nichtwählerinnen und Nichtwähler bekannten, mit nur 8 % ebenfalls zunächst zu gering für eine fundierte Analyse und eine Erklärung durch Variablen wie Bildungsabschluss, Parteineigung, Deprivation (siehe Infobox „Relative Deprivation“, Kapitel 3.2.1, S. 34) und Migration. Zudem liegt der Anteil in der Bevölkerung offensichtlich deutlich darüber, da an der letzten Landtagswahl 2022 nur 55 % der wahlberechtigten Menschen in Nordrhein-Westfalen teilgenommen haben. Durch das Vorziehen an den Beginn der Befragung und eine Anpassung der Frageformulierung zur Nichtwahl konnte so mit einer auf bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler beschränkten Nachbefragung der Anteil an der Gesamtstichprobe immerhin auf 16 % erhöht werden. Dies entspricht immer noch nicht der tatsächlichen Wahlbeteiligung bei der letzten Landtagswahl. Angesichts des grundsätzlichen methodischen Problems in der Wahlforschung, dass sich nur die wenigsten Nichtwählenden auch zu ihrer Nichtwahl bekennen, kann dies jedoch als belastbare Fallzahl für die hier durchzuführenden Analysen zu den Nichtwahlmotiven angesehen werden.

² Als Personen mit Migrationshintergrund gelten nach §4 Abs. 1 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW vom 14. Februar 2012 (Ministerium des Innern NRW, 2023 a) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder im Ausland geborene und nach 1949 zugewanderte oder Personen, bei denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist.

Die beiden Teilstichproben, CATI und online, wurden über eine Mixed-Mode-Gewichtung (Internetnutzung) zu einer Gesamtstichprobe zusammengeführt und diese wurde anschließend anhand der Struktur der Bevölkerung im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen insgesamt nach Alter, Geschlecht, Region und Bildungsstand gewichtet (inkl. Ausgleich der Disproportionalität nach Alter und Region). Grundlage der Gewichtung waren die amtliche Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes per 31. Dezember 2021 bzw. die Daten des Mikrozensus 2021. Die Ergebnisse der gewichteten Stichprobe sind repräsentativ für die Bevölkerung ab 14 Jahren in Nordrhein-Westfalen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall ± 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung ab 14 Jahren in Nordrhein-Westfalen übertragen werden.

3.2 Politisches Interesse, Politische Kultur und Einstellungen zur Demokratie

Dieses Kapitel widmet sich der politischen Kultur Nordrhein-Westfalens.

Sie besteht aus dem politischen Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie aus vielen einzelnen Einstellungen zu politischen und gesellschaftlichen Aspekten – der Demokratie, der politischen Gemeinschaft, politischen Institutionen, den Parteien und Politikerinnen und Politikern – sowie Aspekten des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Politische Bildung und politische Erfahrungen im Lebensverlauf sind grundlegend für positive Einstellungen der Menschen zur Demokratie. Dies setzt allerdings eine Hinwendung zum demokratischen politischen System voraus und dass die Bürgerinnen und Bürger sich zumindest gelegentlich für politische Inhalte und Verfahren interessieren.

3.2.1 Lebenszufriedenheit

Persönliche Lebenszufriedenheit und Lebenszufriedenheit in Nordrhein-Westfalen

Positive Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie, ihren politischen Institutionen und den Akteurinnen und Akteuren sind ausschlaggebend für die Stabilität der Demokratie. Grundlegend dafür ist eine Zufriedenheit mit den persönlichen und den Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen. Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger ist somit wichtig für die Stabilität des demokratischen politischen Systems und die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (Easton, 1965).

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wurden deshalb gefragt: „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer persönlichen Lebenssituation?“

**87 %
sind mit ihrer persönlichen
Lebenssituation zufrieden**

**73 %
sind mit Lebensbedingungen
und Lebensverhältnissen in NRW
zufrieden**

Ein Viertel der Befragten ist mit den persönlichen Lebensbedingungen und mehr als ein Drittel mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen gerade so zufrieden.

Weniger zufrieden sind dabei Menschen mittleren Alters zwischen 45 und 59 Jahren, Menschen mit niedrigerer formaler Bildung oder Fachhochschulabschluss. Etwa ein Drittel der Befragten in jeder dieser Gruppen äußert Unzufriedenheit

mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen. Diejenigen, die die Demokratie nicht unterstützen mögen (Details siehe „Einstellungstypen“, Kapitel 3.2.7, S. 72, sind auch häufig mit ihren persönlichen Lebensverhältnissen besonders unzufrieden. Zudem bewerten sie die Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen schlechter als andere Bevölkerungsgruppen. So geben 76 % von ihnen an, weniger oder gar nicht zufrieden zu sein.

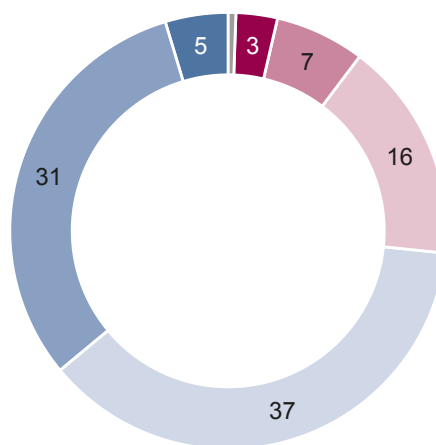
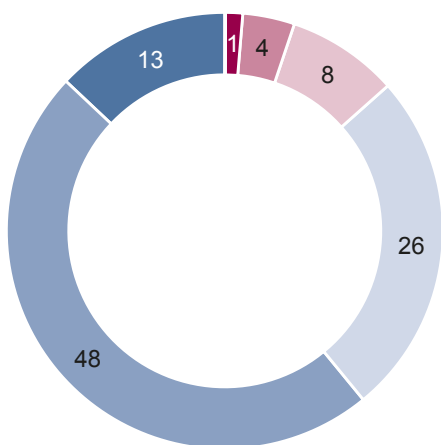
Einordnung

Es zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der persönlichen Lebenszufriedenheit und der Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen des Landes insgesamt:

Diejenigen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden sind, sind auch überdurchschnittlich häufig mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen zufrieden.

Mit ihrer persönlichen Lebenssituation sind alles in allem

Mit den heutigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen sind alles in allem



1 sehr zufrieden 2 3 4 5 6 überhaupt nicht zufrieden W. n./K. A.

Abbildung 1: Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation

Umgekehrt sind auch diejenigen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation nicht zufrieden sind, überdurchschnittlich häufig auch nicht mit den Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen zufrieden. Dies bedeutet nicht zuletzt, dass die Lebenszufriedenheit auch von äußeren Bedingungen abhängig gemacht wird, die man selbst kaum verändern kann oder will.

Als stärkster Erklärungsfaktor für die Zufriedenheit mit den persönlichen und den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen zeigt sich die wahrgenommene relative Deprivation (siehe Infobox „Relative Deprivation“, Kapitel 3.2.1, S. 34):

Je benachteiligter gegenüber anderen sich die Menschen fühlen, desto unzufriedener sind sie auch mit ihren Lebensbedingungen. Die formale Bildung hingegen hat einen positiven Einfluss auf das Lebensgefühl. Menschen mit höherer Bildung haben auch meist ein höheres Einkommen und ihre Lebensbedingungen sind auch oft besser – auch wenn man die Lebensbedingungen in objektiven Kennzahlen bestimmt (z. B. über das Haushaltseinkommen). Eine Migrationsbiographie beeinflusst die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen hingegen nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht.

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Gegenüber dem ersten Demokratiebericht für Nordrhein-Westfalen gibt es bei der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation nur einen marginalen Rückgang um einen Prozentpunkt (88 %, 2020) und um 9 Prozentpunkte (82 %, 2020) bei der Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen.



Gefühl der Deprivation

Um zu erfahren, wie zufrieden die Einwohnerinnen und Einwohner von Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern sind, wurden sie gebeten, ihre persönliche Lebenslage im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, einzuordnen und anzugeben, inwiefern sie glauben, persönlich den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten.

**80 %
empfinden ihren Anteil am Lebensstandard im Land als gerecht.**

Die große Mehrheit der Befragten (80 %) glaubt, dass sie persönlich einen (eher) gerechten Anteil am Lebensstandard erhält. 18 % hingegen sind der Ansicht, dass sie im Vergleich zu anderen in Deutschland (sehr viel) weniger als den gerechten Anteil erhalten.

Als gerecht empfinden insbesondere die 14- bis 18-Jährigen, die Befragten mit Abitur oder Studium sowie die Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen ihren Anteil am Lebensstandard. In der Gruppe der 45- bis 59-Jährigen ist das Gefühl, zu kurz zu kommen, am weitesten verbreitet (22 %). Einen ähnlich hohen Wert (23 %) erreichen die Bevölkerungsgruppen mit mittlerer formaler Bildung. Menschen mit Migrationsbiographie haben etwas häufiger (+5 Prozentpunkte) das Gefühl, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen, als Menschen ohne Migrationsbiographie. Als weniger gerecht erachten ihren Anteil insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger der AfD und diejenigen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation insgesamt nicht zufrieden sind.

Im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben, sind

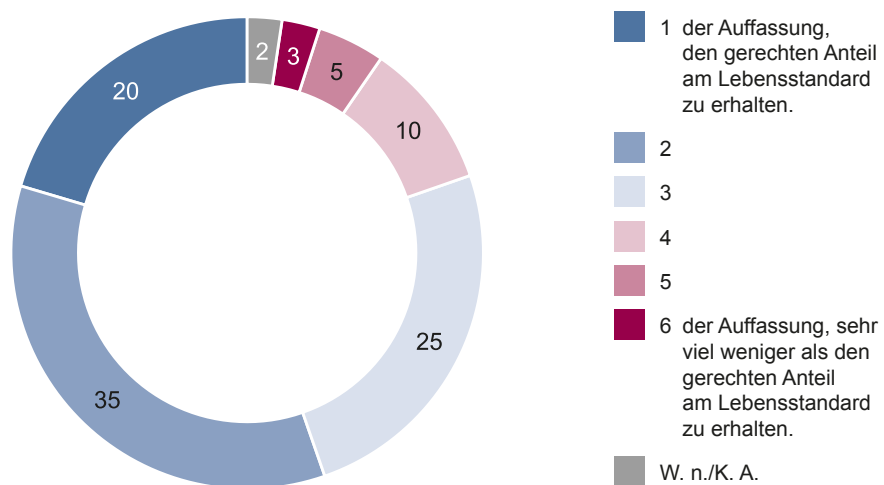



Abbildung 2: Vergleich des eigenen Lebensstandards


Einordnung

Die bei einem kleinen Teil der Bevölkerung vorherrschende Unzufriedenheit mit der eigenen Position in der Gesellschaft, mit den Schwierigkeiten, selbst gesteckte Ziele zu erreichen, und dem Gefühl, gegenüber anderen zu kurz zu kommen (siehe Infobox „Relative Deprivation“, Kapitel 3.2.1, S. 34), speist sich demnach aus dem Vergleich zu anderen, die scheinbar etwas bekommen, von dem man glaubt, es stünde einem selbst zu (Wagner et al., 2000). Sie hat Auswirkungen auf nahezu alle politischen Einstellungen und das politische Verhalten.


Relative Deprivation tritt häufig im Kontext eines sozialen Dominanzgefühls auf, das die Gesellschaft hierarchisiert. Menschen, die diese Einstellungen haben, sehen sich in der Gesellschaft „oben“ verortet, während andere Menschen oder Gruppen zu Recht „unten“ platziert sind (Pratto et al., 1994). Die relative Deprivation hat dann auch das Potential, die Gesellschaft zwischen „Privilegierten“, das sind oftmals Wohlhabende oder über mehrere Generationen hier verwurzelte Menschen, und „Deprivierten“ bzw. weniger privilegierten Menschen wie Geflüchteten, Zuwanderinnen und Zuwanderern oder aus Gründen wie Armut und Arbeitslosigkeit³ sozio-ökonomisch schlechter gestellten Menschen zu spalten. Dies droht dann, wenn sich diese Gruppen als Konkurrenten um rare Güter oder gesellschaftliche Positionen sehen und sich deshalb im Vergleich zueinander benachteiligt fühlen.

 **Politische Bildung kann dazu beitragen, der gesellschaftlichen Spaltung und der vermeintlich negativen Sicht auf die Unterschiede entgegenzuwirken: Dazu muss sie aufzeigen und erlebbar machen, dass die plurale Demokratie gerade von der Vielfalt der Menschen profitiert.**

Jeder Mensch bringt etwas anderes in die Gesellschaft ein, auf das die Gesellschaft angewiesen ist; Ärztinnen und Ärzte, die Leben retten, ebenso wie Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer, die uns mit den Dingen des täglichen Bedarfs versorgen, oder die Straßenreinigung, die uns von unserem Abfall befreit. Gleichzeitig sind die Lebensverhältnisse der Menschen in Nordrhein-Westfalen verschieden. Vom grundsätzlich hohen Bildungsertrag und Wohlstand profitieren nicht alle. Diese Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen basieren weitgehend auf den in einer Demokratie akzeptierten kulturellen Differenzen und Unterschieden beim wirtschaftlichen Ertrag der Ausbildung und Arbeit.

 **Eine zentrale Chance, die die Demokratie in diesem Zusammenhang bietet, ist es, die eigene Situation zu verändern.**

Demokratie eröffnet die Möglichkeit, an der Gestaltung unserer Gesellschaft über Teilhabe und jenseits von Wahlen mitzuwirken und damit auch die eigenen Lebensbedingungen im positiven Sinne zu beeinflussen.

 **Einerseits ist dafür zu werben. Andererseits ist aber auch durch politische Bildung und die Befähigung zur Teilhabe an Gesellschaft durch Beteiligungsmöglichkeiten für mehr Chancengleichheit zu sorgen, da diese nicht durchgängig gegeben ist und Unterschiede bei den Möglichkeiten, selbst gesteckte Lebensziele zu erreichen, bestehen.**

³ Langzeitarbeitslose gehören neben Asylsuchenden zu der am meisten abgelehnten Personengruppe in Deutschland (Zick, 2021: 192).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Infobox: Relative Deprivation

Relative Deprivation hängt mit verschiedenen sozioökonomischen Eigenschaften von Individuen zusammen, die ihnen das Gefühl geben, „persönlich im Vergleich zu anderen weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen“. Dieses Gefühl entsteht aus der subjektiv wahrgenommenen Relation zum Lebensstandard der Mitbürgerinnen und Mitbürger und muss daher nicht mit den objektiven Gegebenheiten, wie etwa einer tatsächlichen wirtschaftlichen Deprivation (d. h., sich bestimmte grundlegende Ausgaben wie Reparaturen, Haushaltsgroßgeräte, Urlaub oder Mobilität nicht leisten zu können), übereinstimmen. Das Gefühl der relativen Deprivation ist geprägt durch

- die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage: Je besser die eigene wirtschaftliche Lage bewertet wird, desto geringer fällt das Gefühl aus, im Vergleich zu anderen nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen.
- die subjektive Schichtzugehörigkeit: Menschen, die sich selbst als Angehörige einer höheren sozialen Schicht beschreiben, glauben seltener, gegenüber anderen zu kurz zu kommen.
- das Familiennettoeinkommen: Je höher das angegebene Familiennettoeinkommen ist, desto eher haben Menschen das Gefühl, im Vergleich zu anderen den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen.
- die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland: Menschen, die die gesamtwirtschaftliche Lage positiv einschätzen, sagen auch häufiger, dass sie im Vergleich zu anderen den gerechten Anteil am Lebensstandard bekommen.
- die Bildung: Menschen mit einem gehobenen Schulabschluss fühlen sich ebenfalls weniger relativ depriviert.

Relativ Deprivierte sind Menschen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage nicht zuletzt aufgrund des niedrigen Familieneinkommens und der eher geringen schulischen Bildung als angespannt beschreiben. Sie fühlen sich eher niedrigeren sozialen Schichten zugehörig, und ihre Lebenslage ist oft auch tatsächlich schlechter als die vieler anderer Menschen in Deutschland. Sie halten auch die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland für kritisch.

Das Gefühl der relativen Deprivation hat wiederum Effekte auf nahezu alle politischen Einstellungen und das politische Verhalten. Es wirkt sich beispielsweise negativ auf die Wahlteilnahme aus: Je stärker Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, im Vergleich zu anderen nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sie sich an Wahlen beteiligen. (Daten aus Decker et al., 2022)

3.2.2 Politisches Interesse und politische Herausforderungen

Politisches Interesse ist eine wesentliche Grundlage für die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Sich in den politischen Willensbildungsprozess einzubringen, setzt voraus, das politische Geschehen zu verfolgen und ein Mindestmaß an Interesse aufzubringen.

Politisches Interesse gibt also auch darüber Auskunft, wie wichtig den Menschen das politische Geschehen ist. Wie viel Aufmerksamkeit sind sie bereit, der Politik zu schenken? Van Deth bezeichnet politisches Interesse auch als „politische Neugier“ der Bürgerinnen und Bürger. Aus dieser Neugier kann ein politisches Verhalten folgen, es können aber auch nur bestimmte Einstellungen erzeugt werden (Van Deth, 2013).

Politisches Interesse trägt demnach auch dazu bei, ob Menschen politische Einstellungen entwickeln, die Konsequenzen für ihr politisches Verhalten haben. Nehmen sie zum Beispiel an Wahlen oder Demonstrationen teil, initiieren oder unterschreiben sie Petitionen, oder engagieren sie sich in gesellschaftlichen Organisationen und stärken sie die demokratischen Grundstrukturen in Nordrhein-Westfalen?

Allgemeines Interesse an Politik

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wurden gefragt, „wie stark sie sich ganz allgemein für Politik interessieren“.

77 %

der Menschen in NRW interessieren sich für das politische Geschehen im Land

Dabei zeigen Männer ein stärkeres Interesse als Frauen, ältere Menschen (60 Jahre und älter) ein stärkeres als junge Menschen, Abiturientinnen und Abiturienten und Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein stärkeres als Menschen mit formal niedrigerer Bildung. Menschen mit Migrationsbiographie interessieren sich stärker für Politik als Menschen ohne Migrationsbiographie, die mit ihrem An-

teil am Lebensstandard Unzufriedenene etwas mehr als Zufriedene (siehe hierzu Infobox „Relative Deprivation“, Kapitel 3.2.1, S. 34) und Anhängerinnen und Anhänger der AfD deutlich stärker als die Anhängerinnen und Anhänger jeder anderen Partei. Hingegen interessieren sich die Anhängerinnen und Anhänger der SPD und der FDP im Vergleich zu den Anhängerinnen und Anhängern anderer Parteien eher weniger stark für Politik.

Politisches Interesse ist dabei nicht nur auf eine politische Ebene, etwa das eigene Bundesland oder die gesamte Bundesrepublik Deutschland, beschränkt, es lässt sich vielmehr der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen politischen Ebene zuordnen.

Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Zusammenfassung der Ergebnisse
- 1 Auftrag, Fokus und Struktur
- 2 Aktuelle Entwicklungen und Trends
- 3 Ergebnisse der repräsentativen Befragung**
- 4 Ableitungen zur Weiterentwicklung

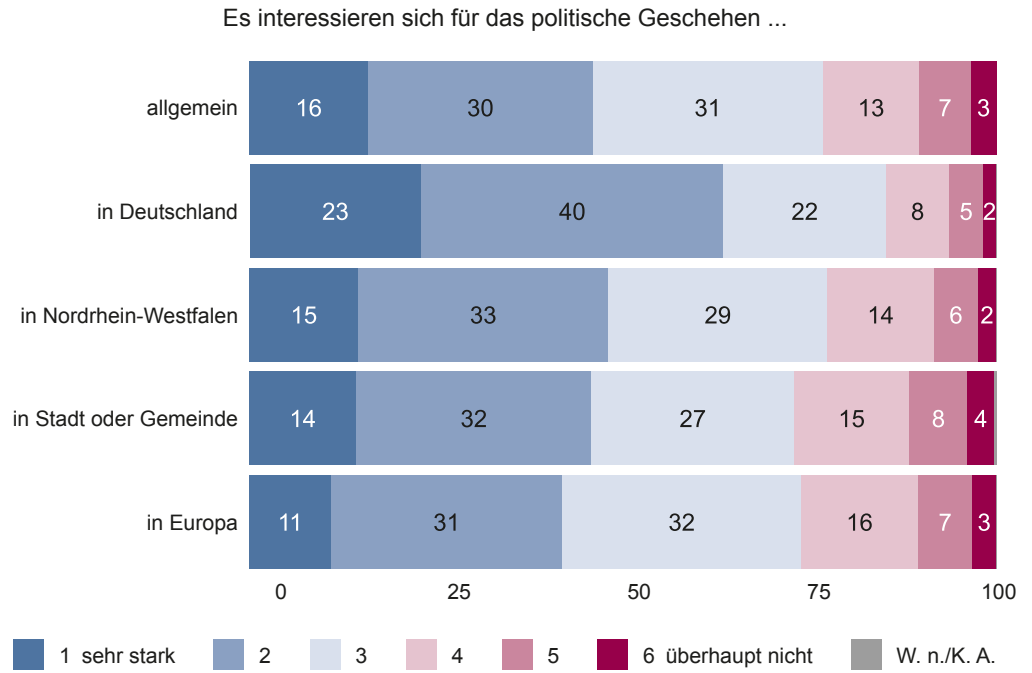


Abbildung 3: Interesse für das politische Geschehen nach Ebene

Wir haben die Menschen deshalb gefragt, wie stark sie sich für das politische Geschehen auf jeder dieser politischen Ebenen interessieren.

Das besondere politische Interesse der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen richtet sich zunächst auf die nationale Politik in Deutschland (85 %). Für sie interessieren sich sogar mehr Menschen als für allgemeine politische Belange. Was in der Politik in Nordrhein-Westfalen passiert, wollen 77 % der Befragten wissen, für Europapolitik interessieren sich 74 %, für die Politik in ihrer Stadt und Gemeinde immer noch 73 %. Etwa ein Viertel der Befragten mag sich weder allgemein noch

auf irgendeiner politischen Ebene mit Politik auseinandersetzen.

Auch für das politische Geschehen auf unterschiedlichen politischen Ebenen interessieren sich Männer stärker als Frauen – außer auf Gemeindeebene. Im Nahbereich konkreter lokaler Themen und möglicher direkter politischer Erfahrung interessieren sich Frauen genauso häufig für das politische Geschehen wie Männer. Ältere Bürgerinnen und Bürger (60 Jahre und älter) interessieren sich demgegenüber für alle politischen Ebenen mehr als jüngere, die Differenz fällt aber im Gemeindebereich noch deutlich höher aus.

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:


Das allgemeine politische Interesse ist konstant geblieben. In der Befragung 2020 gaben 76 % der Menschen an, sich stark oder sehr stark für das politische Geschehen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen zu interessieren. Allerdings war das Interesse an der Landespolitik damals etwas höher (78 %) als das Interesse an der Bundespolitik (76 %).



Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen richten ihr politisches Interesse eher auf Deutschland und Europa, Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen eher auf Nordrhein-Westfalen und den politischen Nahbereich in Stadt oder Gemeinde.

Menschen mit Migrationsbiographie bekunden ein etwas höheres Interesse als Menschen ohne Migrationsbiographie insbesondere für die Bereiche „Politik in Deutschland“ und „Politik in Europa“. Viele Menschen mit Migrationsbiographie fühlen sich in der repräsentativen Demokratie in Deutschland nicht adäquat vertreten.

Die politische Bildung sollte dieses Interesse nutzen und ihre Angebote vermehrt gezielt auch auf Menschen mit Migrationsbiographie ausrichten.

 **So können Programme der politischen Bildung Ansatzpunkte in Maßnahmen für ein Empowerment sein, das politische Selbstwirksamkeit fördert und Menschen mit Migrationsbiographie befähigt, sich in politischen Parteien zu betätigen.**

Parteien sind in ihrer maßgeblichen Rolle für die Rekrutierung des politischen Führungspersonals (Bouju, 2022) ihrerseits von großer Bedeutung, da sie die Repräsentation der Menschen mit Migrationsbiographie unmittelbar verbessern können.


Die Interessenlage der Parteianhängerinnen und -anhänger zeigt, dass die Anhängerinnen und Anhänger der CDU sich auf Deutschland und Nordrhein-Westfalen ausrichten, von Bündnis 90/Die Grünen auf Deutschland und Europa, der FDP auf Deutschland, der AfD auf Deutschland und Nordrhein-Westfalen und der SPD besonders auf Deutschland. Letztere zeigen aber unter allen Parteianhängerinnen und Parteianhängern das größte Interesse für die anderen politischen Ebenen.

Einordnung


Angesichts dieser Interessenlagen kann zweierlei konstatiert werden:

- a) Die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens orientieren sich zunächst an der nationalen Politik und dann an der Politik in Nordrhein-Westfalen.
- b) Das politische Interesse und Engagement auf regionaler und nationaler Ebene ist von dem auf lokaler Ebene zu unterscheiden.

Für die politische Bildung bedeutet dies, dass die Ansprache der Politikinteressierten alle drei politischen Ebenen adressieren muss und jede Ebene mit ihren politischen Besonderheiten hervorheben sollte.

 **Vor allem die lokale Ebene bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten für Politikinteressierte, die sich nicht dauerhaft im politischen Betrieb engagieren wollen.**

Jugendliche können hier im Anschluss an einen projektorientierten Ansatz schulischer Bildung (Kolleck, 2022: 66) durch die Förderung eigener Projekte und Anleitung zu ihrer Umsetzung positive Erfahrungen mit politischer Partizipation erwerben. Die Prinzipien der schulischen Bildung (Kolleck, 2022: 64) – Bildung über Demokratie, Bildung durch Demokratie und Bildung für Demokratie – können auf lokaler Ebene besonders gut angewandt werden.

 **Nicht nur Jugendliche, sondern auch erwachsene Personen, die sich eher für konkrete Themen vor Ort interessieren und sich wohl lieber im politischen Nahbereich engagieren, können sich in ihrer Gemeinde oder Stadt leichter einbringen, wenn ihnen die Wege hierzu vermittelt werden. Die Befunde sind aus verschiedensten Untersuchungen bekannt, müssen aber erfolgreicher ihren Weg in die politische Bildung finden.**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse


1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Dazu kann die praxisorientierte schulische Bildung eine wesentliche Grundlage schaffen, auf der aufgebaut werden kann. So entstanden in den letzten Jahren immer mehr außerschulische Angebote für jüngere und auch ältere Menschen, die ein Vorbild für weitere Angebote sein können:

 Das sind z. B. Jugendparlamente, die politische Verfahren anhand konkreter Themen verständlich erlebbar und Beteiligungs- sowie Einflussmöglichkeiten erfahrbar machen. Ein anderes Beispiel sind die „Dritten Orte“, die aus lokalen Initiativen entstehen und Raum für Kultur, Bildung und Begegnung schaffen. Sie vernetzen verschiedene lokale Angebote und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie zu ehrenamtlichem Engagement und identitätsstiftender Verantwortungsübernahme einladen⁴.

Wichtigste Probleme in Nordrhein-Westfalen und Deutschland

Was sehen die Menschen in Deutschland bzw. in Nordrhein-Westfalen als die wichtigsten Probleme an? Dazu wurde ihnen mit einer offenen Frage die Gelegenheit gegeben, ohne Vorgaben die drei wichtigsten Themenfelder zu nennen, die

sie als besondere Herausforderungen für Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen ansehen. Hierzu gaben die meisten Befragten eine große Bandbreite an Problemfeldern an.

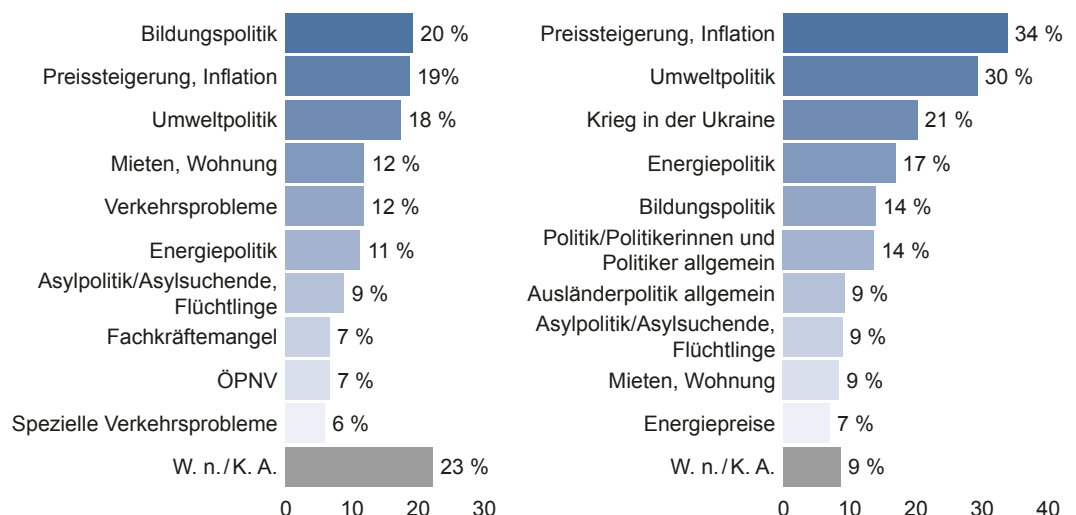


Abbildung 4: Wichtigstes Problem (Top 10) in Nordrhein-Westfalen (links) und Deutschland (rechts)

4 Das Programm „Dritte Orte“ des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen fördert kulturelle Einrichtungen in kommunaler, frei-gemeinnütziger oder kooperativer Trägerschaft, die gemeinsam mit weiteren Institutionen, Vereinen oder Initiativen die Schaffung bzw. Weiterentwicklung eines „Dritten Ortes“ für die Region voranbringen wollen. Weitere Informationen unter: <https://www.mkw.nrw/kultur/foerderungen/dritte-orte>

Bezogen auf Nordrhein-Westfalen wird im Befragungszeitraum (April bis Juni 2023) ein recht breites Spektrum an Problemen genannt.

Die größten Herausforderungen werden im Bereich Bildung (20 %) gesehen, gefolgt von den Themen Preissteigerung und Inflation (19 %), Umweltpolitik (18 %), Lage am Wohnungsmarkt (12 %), allgemeine Verkehrsprobleme (12 %) und Energiepolitik (12 %). Die Migrationspolitik bzw. die Integration von Geflüchteten (9 %) folgt erst an siebter Stelle der wahrgenommenen Probleme in Nordrhein-Westfalen.

Anders als bei den Problemlagen in Deutschland (9 %) mag fast jede vierte befragte Person (23 %) kein spezielles Problem für Nordrhein-Westfalen nennen.

Erkennbar ist auch, dass im Mai und Juni 2023 migrationsbezogene Themen erst an nachgeordneter Stelle der größten Probleme in Nordrhein-Westfalen und Deutschland angeführt werden.

Die Problemlagen, die für Deutschland und Nordrhein-Westfalen beschrieben werden, sind sich mit Ausnahme von Krieg und Unmut über Parteien sowie

Politikerinnen und Politiker (nur Deutschland) und Verkehr und Wohnen (nur Nordrhein-Westfalen) recht ähnlich. Die Werte sind für Nordrhein-Westfalen durchgehend niedriger – außer für den Bildungsbereich.

Im Ruhrgebiet werden etwas häufiger Verkehrsprobleme sowie die migrationsbezogenen Themen als herausfordernd angesehen als im Rest des Landes.

Die Einschätzung der Problemlagen unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Altersgruppen: Jüngere Bevölkerungsgruppen sorgen sich eher um Bildungs- und Umweltpolitik sowie um Armut und soziale Ungleichheit in Deutschland. Asylpolitik bzw. die Integration von Geflüchteten erreicht erst ab einem Alter von 30 Jahren einen Platz unter den zehn wichtigsten Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen. Je älter die Befragten sind, umso problematischer nehmen sie dieses Thema wahr. Junge Menschen wenden sich demnach eher zukunftsorientierten und grundlegenden gesellschaftlichen Problemen zu, ältere eher dem Wohlerhalt oder migrationsbezogenen Bereichen.

Bürgerinnen und Bürger mit formal mittlerer oder höherer Bildung beanstanden vorrangig die Bildungspolitik.

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Im **ersten Demokratiebericht** dominierte noch die Bewältigung der Corona-Pandemie die wahrgenommenen Herausforderungen in Deutschland (41 %) und Nordrhein-Westfalen (21 %), gefolgt vom Klimawandel (26 %/14 %), von der wirtschaftlichen Stabilität (25 %/13 %) und der Migration (9 %/16 %). Alle drei Themen außer der Corona-Pandemie bleiben virulent. Für Nordrhein-Westfalen wurde als dritte Herausforderung Bildung und Schulen (13 %) genannt. Dieses nordrhein-westfälische Dauerthema (Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2021: 47) bleibt also weiterhin aktuell, es wird mit 22 % der Angaben sogar deutlich häufiger angeführt als noch 2021. Politische Bildung an Schulen bildet hierbei eine besondere Herausforderung innerhalb des Problemfelds Bildung, wie dieser Bericht in Kapitel 3.4.1, S. 114 zeigt.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Wie auch bei der Frage nach den bundesweiten Problemlagen wird der Bereich Umwelt häufiger von Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen genannt. Menschen mit niedrigerer formaler Bildung (22 %) oder Fachhochschulreife (25 %) sehen die Preissteigerungen bzw. Inflation als größte Herausforderung für Nordrhein-Westfalen an.

Befragte, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation eher unzufrieden sind, nennen dieses Problem ebenfalls zuerst und als einzige Gruppe „Politik und Politikerinnen und Politiker“ als besonderes Problem in Nordrhein-Westfalen. Die Zufriedenen hingegen bemängeln eher die Bildungs- und Umweltpolitik im Land.

Die relative Deprivation (siehe hierzu Infobox „Relative Deprivation“, Kapitel 3.2.1, S. 34) hat einen erheblichen Einfluss auf die Problemwahrnehmung in Nordrhein-Westfalen: Menschen, die glauben, ihren gerechten Anteil am Lebensstandard nicht zu bekommen, geben deutlich häufiger als diejenigen, die sich nicht benachteiligt fühlen, Probleme mit der Preissteigerung bzw. Inflation (+8 Prozentpunkte), migrationsbezogene Themen (+6 Prozentpunkte), Probleme mit der Kriminalität bzw. Sicherheit (+4 Prozentpunkte) oder mit der Armut in Deutschland (+6 Prozentpunkte) an und äußern häufiger Unmut über die Politik bzw. Politikerinnen und Politiker (+7 Prozentpunkte). Weniger wichtig erscheinen ihnen Verkehrsprobleme (–13 Prozentpunkte), die Bildungspolitik (–10 Prozentpunkte) und die Umweltpolitik (–9 Prozentpunkte).

Menschen mit Migrationsbiographie unterscheiden sich lediglich in zwei Punkten von Personen ohne diese Prägung: Sie schildern häufiger Wohn- und Mietprobleme (14 %) und Probleme mit der allgemeinen Ausländerpolitik (9 %) als die „einheimische“ Bevölkerung.

Auch die Anhängerinnen und Anhänger der verschiedenen Parteien differieren in der Wahrnehmung der Herausforderungen für Nordrhein-Westfalen: Probleme im Bereich des Verkehrs werden insbesondere von den Anhängerinnen und Anhängern der FDP sowie von Bündnis 90/Die Grünen und deutlich seltener von denen der AfD angeführt. Letztere sehen auch seltener als die Anhängerinnen und Anhänger der anderen Parteien die Bildungspolitik als problematisch an, dafür bemängeln sie deutlich häufiger migrationsbezogene Themen sowie die allgemeine Kriminalität bzw. mangelnde Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Der Bereich Umwelt wird vor allem von den Anhängerinnen und Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen als Problem gesehen.

Einordnung

Wie im ersten Demokratiebericht für Nordrhein-Westfalen haben die Bürgerinnen und Bürger eine Vorstellung von der Kompetenzverteilung zwischen Land und Bund und weisen Nordrhein-Westfalen die Aufgabe zu, die Probleme im Bildungsbereich zu lösen. Probleme des täglichen Erlebens bzw. des Nahbereichs (Verkehr und Wohnen) finden sich ebenfalls als Landesaufgabe, wohingegen Krieg und Parteien als Aufgabe auf Bundesebene lokalisiert werden.

Betrachtet man die migrationsbezogenen Themen differenzierter und unterscheidet sie in Probleme der Ausländerpolitik allgemein und Probleme der Asylpolitik und Geflüchteten, also thematisch ähnliche Politikfelder, dann wird deutlich, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Komplexität dieser Fragen erfassen. Im Vergleich zu der Bildungspolitik oder der Inflation und den Preissteigerungen sowie der Umweltpolitik sind sie jedoch von nachrangiger Bedeutung. Für Menschen mit Migrationsbiographie stellt die „allgemeine Ausländerpolitik“ allerdings eine Herausforderung dar, die vielschichtig ist: Sie betrifft formale Bereiche wie das

Aufenthaltsrecht oder die Anerkennung von Abschlüssen und persönliche bzw. gesellschaftliche Bereiche wie die wahrgenommene Diskriminierung bei der Wohnungs- und Jobsuche, im Alltag oder mitunter auch in Institutionen.

Auch die Problemwahrnehmung der Befragten in Nordrhein-Westfalen legt eine Spaltung der Gesellschaft in eine Gruppe mit ihrem Leben sowie ihrem Lebensstan-

dard zufriedener und eine Gruppe unzufriedener Menschen offen. Die Unzufriedenen und sich benachteiligt Fühlenden sind die einzige Gruppe, die in hohem Maße Politiker- und Parteienverdrossenheit zeigt. Alle Themen der rechtspopulistischen politischen Strömungen werden von ihnen als bedeutsamer wahrgenommen als von den zufriedenen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

3.2.3 Politische Kultur und Einstellungen zu Demokratie

Die Demokratie ist das politische System, das seinen Bürgerinnen und Bürgern eine breite Entfaltungsmöglichkeit, die Verfolgung eigener Interessen und Vorlieben, die Erhaltung und Pflege ihrer Kultur und Religion und eine echte Auswahl zwischen politischen Führungskräften unterschiedlicher politischer Ausrichtungen ermöglicht.

Innerhalb demokratischer Regeln und Verfahren ist es die Aufgabe der politischen Verantwortlichen die Menschen in Nordrhein-Westfalen durch gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Krisen zu leiten. Der gesellschaftliche Zusammenhalt soll dabei nicht verloren gehen und die Menschen sollen sich als Teil der demokratischen politischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen fühlen. Damit dies auch weiterhin gelingen kann, braucht es eine demokratisch geprägte politische Kultur. Das bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens positive Einstellungen gegenüber der Demokratie als solcher, der politischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen, den demokratischen Institutionen und Verfahren und den politischen Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern entwickeln

und beibehalten sollten. Die politische Kultur wird meist auf nationaler Ebene bestimmt, sie kann aber regional bzw. nach Bundesländern variieren (Werz/Koschkar, 2016).

Die wichtigsten Voraussetzungen für die Stabilität der demokratischen politischen Ordnung sind die Überzeugung von der Demokratie als der für unsere Gesellschaft am besten geeigneten politischen Ordnung (Legitimität) und ein Demokratieverständnis, das die zentralen Eigenschaften und Werte einer Demokratie teilt. Sie bilden als langfristige, kaum auf aktuelle politische oder wirtschaftliche Leistungen bezogene Orientierungen das Fundament einer dauerhaften Demokratie (Pickel, 2016).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Infobox: Was ist politische Kultur?

Widerspiegelung des politischen Systems in den Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger

Die politische Kulturforschung beschäftigt sich mit der subjektiven Seite von Politik. Im Zentrum ihrer Analysen stehen die gemeinsamen Überzeugungen, Werte und Einstellungen, die eine Gesellschaft in Bezug auf politische Institutionen, Prozesse, Akteurinnen und Akteure sowie die Strukturmerkmale der Demokratie teilt (Almond/Verba, 1963: 12 f.).

Eigenschaft von Kollektiven

Die politische Kultur hat einen kollektiven Charakter. Sie setzt sich zwar aus den politischen Einstellungen, Werten oder Überzeugungen von Menschen zusammen, doch ihre Aussagen beziehen sich nicht auf einzelne Individuen, sondern auf Gesellschaften, Länder oder auch Regionen (Elkins/Simeon, 1979: 129). Um solche Aussagen treffen zu können, werden die Einstellungen der einzelnen Bürgerinnen und Bürger zu Kollektiven zusammengefasst (hier Nordrhein-Westfalen). Auf Grundlage repräsentativer Bevölkerungsumfragen können so zum Beispiel Aussagen über die Zustimmungssanteile zu relevanten Fragestellungen (z. B. der Anteil von Bürgerinnen und Bürgern, die mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind) getroffen werden.

Kongruenz von Kultur und Struktur: Stabilität der Demokratie in Krisenzeiten

Die politische Kultur eines Kollektivs ist ein wichtiger Faktor für die Stabilität und Funktionsweise einer politischen Ordnung. Denn nur wenn die Staats-

bürgerinnen und -bürger die Grundprämissen der Demokratie und ihre Regeln akzeptieren sowie auf dem Boden dieser Grundüberzeugungen kontroverse politische Meinungen gewaltfrei diskutieren, ist das langfristige Überleben der Demokratie gesichert.

Die politische Kulturforschung untersucht, ob die politischen Einstellungen der Gesellschaft mit der Gestalt des politischen Systems übereinstimmen (Korrespondenz von Struktur und Kultur). Sie können sich positiv oder negativ auf den Erhalt und die Stabilität des Systems auswirken. Mangelnde Übereinstimmungen dagegen lassen ein längerfristiges Überleben des Systems zumindest fraglich erscheinen. Dies gilt vor allem in Zeiten wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Krisen. Für mangelnde Übereinstimmungen zwischen politischer Kultur und politischer Struktur können eine ganze Reihe von Faktoren ausschlaggebend sein:

- a) Langfristige historisch-kulturelle Entwicklungslinien wie Traditionen, geschichtliche Ereignisse oder nationale Polarisierungen haben ein Verständnis der politischen Wirklichkeit erzeugt, das nicht mit der Demokratie übereinstimmt (z. B. Präferenzen für eine Autokratie).
- b) Ökonomische Krisen verändern die Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber ihrem System (z. B. Reaktion auf eine ökonomische Krise und der Wunsch nach einem „starken Mann“ oder nach einem früheren Systemtyp, der effektiver erscheint).
- c) Politische Determinanten, also die Bewertungen des politischen Prozesses und politischer Akteurinnen und Akteure, führen zu einer ablehnenden Sicht auf das politische System

und können zu einer schleichenden Abwendung der Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie führen.

- d) Psychische Prägungen können sowohl individuell als auch massenpsychologisch bedingt sein und führen zu Veränderungen der Wahrnehmung der Demokratie.

Politische Unterstützung

Für eine genauere Differenzierung der Einstellungen, Orientierung und Werte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber politischen Aspekten – den politischen Institutionen, Prozessen und Akteurinnen und Akteuren – liefert das Konzept der politischen Unterstützung von David Easton einen guten Ausgangspunkt. Ein Verdienst von Easton ist ferner seine Unterscheidung zwischen der diffusen und der spezifischen Unterstützung (Easton, 1965: 136). Die diffuse Unterstützung stellt eine langfristige Orientierung gegenüber den politischen Aspekten dar und bezieht sich auf Institutionen und Prozesse

- der politischen Gemeinschaft, das sind alle Menschen, die auf einem bestimmten Territorium leben, in unserem Fall im Bundesland Nordrhein-Westfalen,
- des politischen Systems als solches sowie der Demokratie in Deutschland und Nordrhein-Westfalen und
- des Vertrauens in politische Institutionen wie den Bundestag oder das Landesparlament, das Bundesverfassungsgericht und Parteien und Politikerinnen und Politiker.

Die spezifische Unterstützung entspricht einer kurzfristig und rasch veränderbaren Unterstützung

- von politischen Akteurinnen und Akteuren wie dem Bundeskanzler oder den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, anderen Politikerinnen und Politikern und Parteien sowie
- der politischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Demokratie, also der Ergebnisse politischer Entscheidungen.

Soll die Demokratie langfristig erhalten bleiben, dann müssen die Bürgerinnen und Bürger sie als legitim anerkennen, d. h., sie müssen davon überzeugt sein, dass die Demokratie dasjenige System ist, das für unsere Gesellschaft am angemessensten ist (Lipset, 1981). Die Demokratie in Deutschland bzw. Nordrhein-Westfalen gilt dann als legitim, wenn die (politischen) Werte der Bürgerinnen und Bürger mit den Werten übereinstimmen, die das demokratische politische System verkörpert. Genießt die Demokratie die (diffuse) Unterstützung (Legitimität und Vertrauen) von mindestens 70 % der Menschen, die in ihr leben, und treten nicht mehr als 15 % aktiv für ein alternatives politisches System ein, so kann die Demokratie auch Krisenzeiten der spezifischen Unterstützung (Effektivität und Leistungsbewertung) überdauern (Diamond, 1999: 65). Eine politische Kultur, die neben demokratischen Überzeugungen durch einen hohen Anteil an positiven Einstellungen zu autoritären Systemen charakterisiert ist, kann hingegen zu Instabilität und Konflikten führen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Demokratieverständnis

Um beurteilen zu können, welche Vorstellung die Menschen in Nordrhein-Westfalen von Demokratie haben und ob diese Vorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland nahekommen, haben wir uns das Demokratieverständnis der Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens

genauer angesehen: Was genau verstehen die Menschen in Nordrhein-Westfalen überhaupt unter „Demokratie“? Was gehört für sie dazu? Und reichen demokratische Grundprinzipien auch über die politische Lebenswelt hinaus und werden als Lebensform beschrieben?

Infobox: Dimensionen des Demokratieverständnisses

Die Bürgerinnen und Bürger beantworten die Fragen zu ihren Demokratievorstellungen nicht ohne Kontext: Manchen sind die grundsätzlichen Strukturen und Verfahren wichtiger, anderen die freiheitlichen Möglichkeiten in einer demokratischen Gesellschaft. Diese (spontane) Bündelung von bedeutsamen Eigenschaften einer Demokratie, die von den Befragten vorgenommen wird, spiegelt Zuordnungen wider, die mit wissenschaftlichen Konzepten übereinstimmen: Kompromissfähigkeit und eine offene Austragung von Konflikten werden dem verfassungsrechtlichen Demokratiekonzept zugewiesen und deuten auf eine Vorstellung von einem offenen und kommunikativen Charakter der Demokratie hin. Meinungs- und Pressefreiheit bilden zusammen mit der Chancengleichheit und dem Respekt vor Andersdenkenden eine lebensweltliche Vorstellung von Demokratie, die den Charakter der Gesellschaft beschreibt. Die nicht demokratischen Vorstellungen bilden eine eigene Dimension, die sich gut von demokratischen Vorstellungen abgrenzen lässt.

Auf diese grundsätzliche Unterscheidung kann politische Bildung aufbauen und sie in erklärende Zusammenhänge der Bedeutung von Demokratie, ihrer verfassungsrechtlichen Grundlagen und ihrer lebensweltlichen Vorteile einbauen. Dabei sind klare Differenzierungen zwischen Demokratie und Nichtdemokratie sowie das Aufzeigen der Konsequenzen von nicht demokratischen Regelungen und Einschränkungen freiheitlich-demokratischer Grundrechte wichtig. Hierzu ist ein Blick in die internationale Landschaft politischer Systeme hilfreich.

(Die Konzepte wurden mit einer Dimensionsanalyse [Hauptachsenfaktorenanalyse; Promax-Rotation mit Kaiser-Normalisierung; 5 Iterationen] ermittelt. Das Ergebnis liefert eine Einfachstruktur und somit einen guten Beleg für die Dimensionierung der Einstellungen innerhalb der Bevölkerung.)

Dazu haben wir nach der Bedeutung einzelner Aspekte politischer Ordnungen für die Demokratie gefragt: „Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was eine Demokratie ausmacht. Bitte sagen Sie mir bei den folgenden Aspekten jeweils, ob dieser Ihrer Ansicht nach zu einer Demokratie gehört oder nicht.“

Die jeweiligen Statements lassen sich

- einem verfassungsrechtlichen Demokratiekonzept (Machtwechsel durch Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Meinungs- und Pressefreiheit),

- einem lebensweltlichen Demokratiekonzept (Chancengleichheit, Kompromissfähigkeit, offene Konfliktaustragung und Respekt vor Andersdenkenden) und
- nicht demokratischen Vorstellungen von politischen Systemen (starke Führungsperson, die unabhängig vom Parlament regiert, Einschränkung von Minderheitenrechten per Volksabstimmung, grundsätzliche Durchsetzung nationaler Interessen als Ziel der Politik und die Vergabe von hohen Richterämtern durch die Regierungsmehrheit) zuordnen.

Für 98 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen haben die Garantien von Meinungs- und Pressefreiheit die höchste Bedeutung für ein demokratisches politisches System. Die Rechtsstaatlichkeit (97 %) gehört aus Sicht nahezu aller Befragten (unbedingt: 83 %) zu einer Demokratie dazu. Eine deutliche Mehrheit sieht die Möglichkeit von Machtwechseln durch Wahlen (96 %), die Kompromissfähigkeit bei politischen Entscheidungen (96 %), Respekt vor Andersdenkenden

(96 %), das Bestehen von Chancengleichheit (95 %) und das Bestehen einer Gewaltenteilung (92 %) als zu einer Demokratie gehörend an. Für 90 % der Befragten gehört es grundsätzlich auch zu einer Demokratie, dass Konflikte offen ausgetragen werden.

Geteilter Meinung ist die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens über die Durchsetzung „nationaler Interessen als ein grundsätzliches Ziel der Politik“. Dass die innere und äußere Sicherheit Deutschlands sowie die Bewahrung des Wohlstands (unbedingt) Bestandteil einer Demokratie ist, erfährt bei der Hälfte der Menschen eine starke Zustimmung (52 %). Ein weiteres Viertel ist davon noch schwach überzeugt (27 %).

Über die Möglichkeit der Regierungsmehrheit, hohe Richterämter, z. B. am Bundesverfassungsgericht, besetzen zu können, sind die Bürgerinnen und Bürger geteilter Meinung: Für 50 % der Befragten ist dies mehr oder minder ein Bestandteil einer Demokratie, für 44 % nicht.

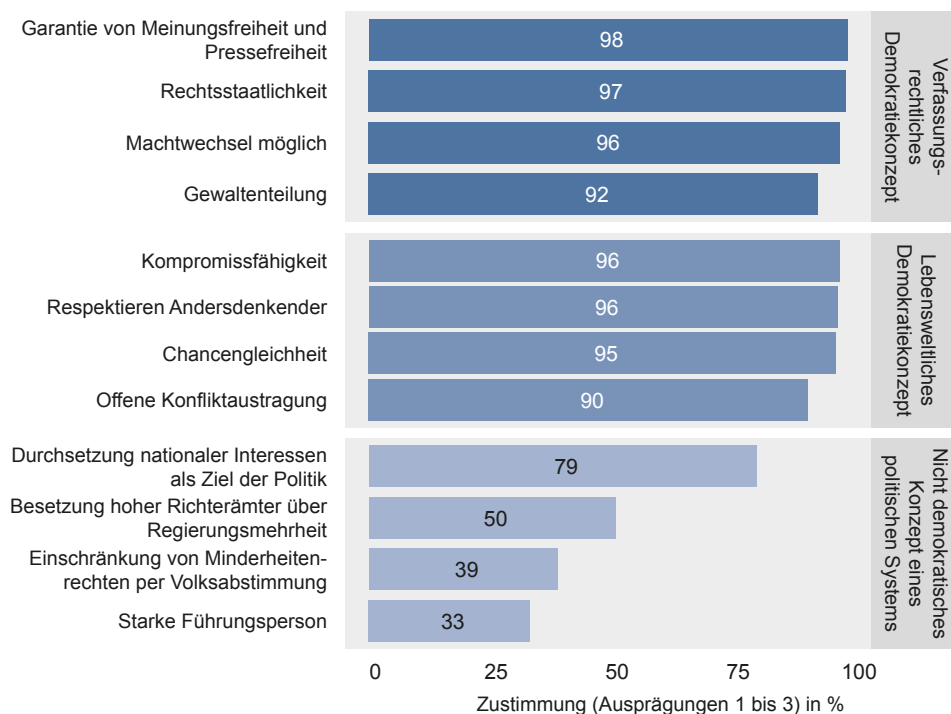


Abbildung 5: Bestandteile einer Demokratie

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Jeweils aus Sicht einer Mehrheit der Befragten ist es kein bzw. auf keinen Fall Bestandteil der Demokratie, dass Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung eingeschränkt werden können (58 %) oder dass es eine starke Führungsperson im Land gibt, die sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss (64 %). Diese letzten vier Einstellungen spiegeln Systemelemente wider, die nicht zu einer Demokratie gehören.

Interessant ist auch, wie sich die Demokratievorstellungen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verteilen:

Zwischen den verschiedenen Altersgruppen herrscht weitgehend Einigkeit hinsichtlich der Aspekte, die eine Demokratie ausmachen. Einzig das Ziel der Durchsetzung „nationaler Interessen“ wird von den 14- bis 29-Jährigen mit 83 % überdurchschnittlich betont im Vergleich zur Gesamtheit der Befragten (79 %). Die Entscheidung über die Besetzung hoher Richterämter durch die Regierungsmehrheit wird von den 14- bis 18-Jährigen mit 57 % gegenüber 50 % über alle Altersgruppen ebenfalls überdurchschnittlich betont. Die Einschränkung von Minderheitenrechten per Volksabstimmung wird von den 19- bis 29-Jährigen und die starke Führungspersonlichkeit, die sich nicht um parlamentarische Mehrheiten

kümmern muss, von den 14- bis 29-Jährigen noch seltener als von den anderen Altersgruppen als Bestandteil einer Demokratie gewertet.

Befragte mit formal niedriger oder mittlerer Bildung sind häufiger als Befragte mit Abitur bzw. Studium davon überzeugt, dass es in einer Demokratie ein grundsätzliches Ziel der Politik sei, „nationale Interessen“ durchzusetzen, dass Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung eingeschränkt werden können und dass es eine starke Führungsperson im Land geben solle. Etwas seltener als formal höher Gebildete identifizieren sie Gewaltenteilung als einen Aspekt der Demokratie.

Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Anteil am Lebensstandard weniger zufrieden sind (relativ Deprivierte; siehe Infobox „Relative Deprivation, Kapitel 3.2.1, S. 34), sehen alle Bestandteile der Demokratie als etwas weniger bedeutsam an als die Zufriedenen; besonders deutlich wird die Differenz bei der Einstellung zu den Minderheitenrechten: 49 % der relativ Deprivierten sehen es als Bestandteil der Demokratie an, dass diese durch Volksentscheide eingeschränkt werden können. Das sind 12 Prozentpunkte mehr als bei den nicht Deprivierten.

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Das Ergebnis fällt etwas anders aus als noch im ersten Demokratiebericht für Nordrhein-Westfalen: Die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform war in der Befragung 2020 für den ersten Demokratiebericht deutlich höher als zur Demokratie als Lebensform. Die beiden Berichte sind in diesem Punkt jedoch nur eingeschränkt vergleichbar: Zwar wurden acht identische Statements für die Dimensionierung von Demokratie als Staats- und als Lebensform verwendet, im vorliegenden zweiten Bericht wird aber zusätzlich überprüft, ob und wie sich demokratische mit autokratischen Vorstellungen mischen. Dies ist im Bevölkerungsdurchschnitt nicht der Fall.



Zu den Überzeugungen der Anhängerinnen und Anhänger einzelner Parteien passt auch die ideologische Prägung der Vorstellung von Demokratie: Das Primat nationaler Ziele in der Politik und die Möglichkeit, Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung einzuschränken, geben insbesondere diejenigen als Bestandteile einer Demokratie an, die sich im rechten politischen Spektrum verorten.

Einordnung

Die Menschen in NRW haben ein umfassendes Demokratieverständnis.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen verfügen über ein Demokratieverständnis, das über freie und faire Wahlen und die Gewährung von Meinungsfreiheit hinausgeht. Eine offene Konfliktaustragung erscheint der großen Mehrheit der Befragten als bedeutsam für eine Demokratie. Genau dieser Aspekt sorgt für eine Transparenz und Nachvollziehbarkeit demokratischer Willensbildung. Zieht man jedoch die recht hohe Zustimmung zu einem Einparteiensystem hinzu (Kapitel 3.2.7, S. 70), dann scheinen sich viele Bürgerinnen und Bürger nach Harmonie und geräuschloser Politik zu sehnen. Darin kommt ein Überdruß an Streitigkeiten zwischen den Parteien zum Ausdruck.

Beide demokratischen Konzepte – Demokratie als Verfassungs- und Demokratie als lebensweltliches Konzept – werden als nahezu gleich wichtig empfunden.

Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sind dabei in der Lage, nicht demokratische von demokratischen Systemelementen zu unterscheiden:

Demokratie als verfassungsrechtliches Konzept findet weit verbreitete Zustimmung.

Allerdings ist auch hier zu bemerken, dass fast jeder fünften Person in Nordrhein-Westfalen die Bedeutung von Gewaltenteilung, der wechselseitigen horizontalen Kontrolle von Exekutive, Legislative und Judikative sowie der vertikalen Kontrolle von Bürgerinnen und Bürgern der lokalen, regionalen und nationalen politischen Ebene nicht mehr bewusst ist.

Betrachtet man die Ergebnisse des Demokratieverständnisses, dann kann die Bedeutung der Dimension Demokratie als lebensweltliches Konzept ambivalent gelesen werden:

Einerseits enthält es sozial gerechte Vorstellungen von Chancengleichheit und Respekt vor Andersdenkenden. Dem freiheitlichen Element schlechthin, der Meinungs- und Pressefreiheit, wird die höchste Bedeutung in der Demokratie zugeschrieben.

Bei einem Teil der Bürgerinnen und Bürger spricht dies für ein offenes und pluralistisches Demokratieverständnis. Andererseits kommt hier bei einem anderen Teil der Bürgerinnen und Bürger ein Demokratieverständnis zum Ausdruck, das als selbstbezogen aufgefasst werden kann:

Die eigenen Chancen sollten über andere gestellt werden, die eigene Meinung sollte frei zum Ausdruck kommen und der eigenen andersdenkenden Minderheit sollte Respekt gezollt werden. Dieses Verständnis widerspricht demokratischen Haltungen und kann eine Spaltung der Gesellschaft verstärken.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Tiefergehende Analysen der Befragungsdaten, die mehrere Aspekte verbinden, zeigen, dass v. a. Menschen mit niedrigerer formaler Bildung und hoher Unzufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation und dem Leben in Nordrhein-Westfalen mehr Raum für sich in der politischen Gemeinschaft fordern. Problematisch ist, dass sich besonders viele junge Menschen darunter befinden.

Denn Empathie, Respekt vor der Freiheit der anderen, vor Andersdenkenden und vor der Menschenwürde, Toleranz und Wertschätzung gegenüber Minderheiten sowie die offene Konfliktaustragung mit grundsätzlicher Kompromissfähigkeit machen das gesellschaftliche Zusammenleben in einer Demokratie aus. Konflikte sind auszuhalten, die Umsetzung demokratischer Verfahren und Prinzipien ist Gegenstand eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses. Dies sind keine einfachen Fähigkeiten oder nebenbei zu erwerbenden Einstellungen, sie sind komplex, benötigen eine hohe politische Kompetenz und nicht zuletzt Ressourcen, um sie zu praktizieren.

Einige aktuelle Entwicklungen, die teils auch Eingang in den gesellschaftlichen Diskurs finden, fördern hingegen ein selbstbezogenes Verständnis von Demokratie als lebensweltlichem Konzept: Verschwörungsgläubigkeit, populistische Einstellungen, lediglich ein Duldungsverständnis gegenüber Minderheiten, die Überzeugung, man könne in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern, und die Wahrnehmung, gegenüber anderen nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten (Kapitel 3.2.7, S. 72).

Es ist ferner festzustellen, dass antidemokratische Vorstellungen Eingang in das Verständnis von Demokratie finden: Wesentliche demokratische Prinzipien sind den meisten Menschen zwar bewusst, ein


Viertel kann sich jedoch auch vorstellen, das Mehrparteiensystem zugunsten eines Einparteiensystems (Fragetext: „... eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“) aufzugeben. 32 % der Befragten in Nordrhein-Westfalen würden eine starke Führungsperson in der Demokratie mehr oder minder akzeptieren, die sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss. Das würde bedeuten, dass sich ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger vorstellen kann, basale Regeln der Demokratie, die Machtkontrolle der Legislative über die Exekutive, aufzuheben. Gleichzeitig sind jedoch mehr als drei Viertel der Menschen davon überzeugt, dass die Gewaltenteilung und auch die Rechtsstaatlichkeit unbedingt zur Demokratie gehören.

Es scheint, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der Bedeutung und des Ausmaßes nicht demokratischer Elemente politischer Systeme nicht bewusst sind. Eine andere mögliche Erklärung ist ein Überdruß an politischer Auseinandersetzung z. B. über geeignete Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung und zum Klimaschutz oder über die Frage von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete im Fall der Ukraine.

Für die politische Bildung hat dies unmittelbare Folgen:


Beispiele in Europa – insbesondere in Ungarn und Polen – zeigen, wie die Grundfunktionen der horizontalen Gewaltenteilung abgeschafft werden. Die Aufweichung der Gewaltenteilung ist in den europäischen Ländern, die sich in Richtung einer illiberalen Demokratie entwickeln, eine der ersten Maßnahmen, um die Kontrolle der Regierung über die übrigen politischen Gewalten, Institutionen und die Bevölkerung zu stabilisieren. Diese Länder gelten politischen Strömungen, die an den Grundfesten unserer Demokratie rütteln, als Vorbilder und werden als nachahmenswert verkauft.

Dieser Werbung für illiberale Demokratien muss die politische Bildung durch Information sowie durch Aufzeigen der politischen und besonders der persönlichen Konsequenzen entgegenwirken. Dazu können beispielsweise die Lektüre und Diskussion der Folgen von Versprechungen in Wahlprogrammen gehören. Dabei sollte auch eindeutig benannt werden, wann der Raum der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch rechte und linke Ideologien verlassen wird (Gille, 2022; Kuhn, 2022).

 Auch zeugen gerade aktuelle Flucht- und Migrationsbewegungen aufgrund instabiler politischer Systeme und autokratischer Regierungsformen – einhergehend mit Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender – von den Konsequenzen. Daran kann politische Bildung anknüpfen, um aufzuklären und zu sensibilisieren. Menschen, die sich benachteiligt fühlen, ist oft nicht bewusst, dass sie selbst möglicherweise auch zu einer Minderheit gehören, deren Rechte in einer illiberalen Demokratie bedroht wären. Die Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, sind in gewisser Weise besondere Zeitzeuginnen und -zeugen, die ihre Erfahrungen mit Gefahren und Folgen nicht demokratischer Strukturen und Systeme lebhaft teilen können. Gleichzeitig können sie im Austausch viel über unser politisches und gesellschaftliches System und die dafür wichtigen und notwendigen Werte und Regeln unseres Zusammenlebens lernen.

Für die politische Bildung bedeutet dies, dass das Bewusstsein für die Bedeutung der Gewaltenteilung, von Minderheitenrechten und internationaler Solidarität zu schärfen ist. Die schulische Bildung, gerade auch an Haupt-, Real- und Gesamtschulen (Kenner/Lange, 2022),

hat gute Ausgangsbedingungen, dies zu vermitteln. Es geht um die grundständigen Kenntnisse der Institutionen und ihrer Funktionen in der Demokratie sowie das Bewusstsein für die eigene Rolle und Einflussmöglichkeiten (Feurich/Förster, 2022). Allein die Vermittlung der Funktionsweisen politischer Institutionen schafft jedoch noch keine praktischen demokratischen Fähigkeiten und kein politisches Selbstbewusstsein. Wer die Verfahren kennt, muss sie auch anwenden können.

 Schulische politische Bildung hat einen Sozialisationsauftrag: Demokratie muss nicht nur intensiver gelehrt werden, sie muss auch intensiver erlebt werden. Beispiele, an die angeknüpft werden kann bzw. die sich zur Ausweitung anbieten, sind z. B. der jährliche Jugendlandtag des nordrhein-westfälischen Landtags oder auch die europapolitischen Planspiele „Europoly für Grundschulen“ und „SOS Europa. Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU“ für weiterführende Schulen, die die Landeszentrale in Kooperation mit Einrichtungen politischer Bildung anbietet.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Einstellungen zur Demokratie

Die Demokratie ist als politisches System die strukturelle Basis unseres gesellschaftlichen und politischen Zusammenlebens. Es gilt daher herauszufinden, wie es um diese Basis derzeit bestellt ist: Wie sind die Menschen in Nordrhein-Westfalen gegenüber der Demokratie als unserem politischen System bzw. der Demokratie als unserer Staatsform ein-

gestellt und welche demokratisch-politischen Werte und Normen teilen sie? Im Unterschied zum vorherigen Abschnitt geht es hier nicht um das Verständnis von Demokratie und das, was sie ausmacht, sondern darum, wie zufrieden die Menschen persönlich mit der Demokratie als politischem System unserer Gesellschaft sind.

Einstellungen zur Demokratie als politischem System für unsere Gesellschaft

Die Ansicht, „die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt“, zeigt eine grundlegende Übereinstimmung der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen mit den Werten und Normen der Demokratie („diffuse Unterstützung“ = Legitimität der Demokratie, siehe Infobox „Was ist politische Kultur?“, Kapitel 3.2.3, S. 42). Das bedeutet, die Demokratie wird als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Nordrhein-Westfalen allgemein anerkannt. Es gibt also einen demokratischen Grundkonsens.

**91 %
Zustimmung zur Demokratie als
System, das am besten zu unserer
Gesellschaft passt.**

Die übergroße Mehrheit von 91 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist der Ansicht, die Demokratie sei das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt, lediglich 8 % sind (eher) gegenteiliger Meinung.

Bei der Anerkennung von „Demokratie als politischem System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt“ bestehen kaum Unterschiede zwischen den Alters- und Bildungsgruppen. Feststellbar ist nur eine höhere bedingungslose Zustimmung bei den mindestens 60-Jährigen und den Abiturientinnen und Abiturienten. Menschen, die glauben, im Vergleich zu anderen nicht ihren gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten (relative Deprivation), sind wesentlich weniger von der Angemessenheit der Demokratie für unsere Gesellschaft überzeugt als Menschen, die glauben, ihren gerechten Anteil zu erhalten (79 % zu 94 %). Von der Demokratie als dem am besten zu unserer Gesellschaft passenden politischen System sind nur 38 % der relativ Deprivierten voll und ganz überzeugt, bei den nicht Deprivierten sind es 62 %.

Ebenfalls kritischer gegenüber der Angemessenheit der Demokratie für unsere Gesellschaft äußern sich die Befragten, die angegeben haben, unter den im Landtag vertretenen Parteien am ehesten der AfD zuzuneigen (fortlaufend als „Anhängerrinnen und Anhänger der AfD“ bezeichnet):

Demokratie als das politische System,
das am besten zu unserer Gesellschaft passt

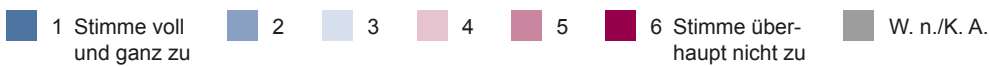
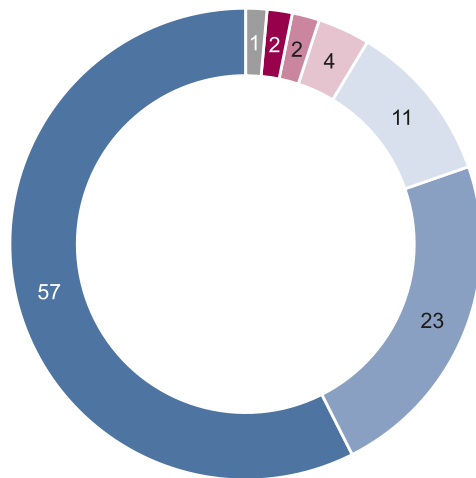


Abbildung 6: Zustimmung zur Demokratie als dem am besten geeigneten politischen System für unsere Gesellschaft

Jede vierte Person von ihnen ist nicht von der Angemessenheit der Demokratie für unsere Gesellschaft überzeugt. Dabei zeigen die Ergebnisse hier zudem einen engen Zusammenhang zwischen der Sympathie für die AfD und dem Gefühl der relativen Deprivation.

Einordnung

Allgemein gesagt wird die Demokratie in Nordrhein-Westfalen von der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger anerkannt. Sie möchten offenbar in keinem anderen politischen System leben. Die politische Unter-

stützung für die Demokratie wäre demnach so groß, dass sie auch in Krisenzeiten nicht gefährdet wäre, weil der demokratische Grundkonsens nicht gefährdet ist.

Dieses Ergebnis muss jedoch im Kontext des Demokratieverständnisses (vorheriger Abschnitt) beurteilt werden: Es haben nicht alle das gleiche Verständnis von Demokratie. Der einen Person sind Freiheitsrechte wichtiger, der anderen politische oder wirtschaftliche Gleichheit. Wieder andere sind bereit, unter Umständen auch Einschränkungen demokratischer Rechte zu akzeptieren.

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Die Zustimmung zur Demokratie als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Nordrhein-Westfalen ist gegenüber der Befragung im Jahr 2020 für den ersten Demokratiebericht stabil geblieben.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse


1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung


Eine eindeutige Unterstützung der Demokratie auch in Krisenzeiten gewähren aber nur diejenigen Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, die gleichzeitig mit ihrer Zustimmung zur Demokratie alle Einschränkungen demokratischer Rechte, z. B. in einer Diktatur, ablehnen (siehe hierzu die Analyse am Ende des Kapitels 3.2.7 „Alternativen zur Demokratie“, S. 69). Die Akzeptanz von dauerhaften Einschränkungen ermöglicht im Zweifelsfall eine Beseitigung der Demokratie mit demokratischen Mitteln.

 **Politische Bildung muss diesen Kontext herstellen und vermitteln. Die Akzeptanz der Einschränkung demokratischer Rechte auf Dauer verlässt den demokratischen Grundkonsens, der Grundlage unserer Gesellschaft ist. Konkrete Anregungen dazu finden sich im vorherigen Abschnitt (Kapitel 3.2.3, „Demokratieverständnis“ – Einordnung, S. 44).**


Abiturientinnen und Abiturienten, deren schulischer Werdegang mehr und kompetenzorientierten Unterricht beinhaltet, sind deutlich stärker von der Demokratie überzeugt als Menschen mit geringerer Bildung.

Die Bildungserträge in Form gehobener Einkommen und eines gehobenen Lebensstandards sind in der letztgenannten Gruppe auch geringer, die Unzufriedenheit mit dem Erreichbaren ist größer.

Eine zunehmende wahrgenommene soziale Ungleichheit wirkt positiven Einstellungen zur Demokratie ebenso entgegen wie eine geringer ausgeprägte Kenntnis und kompetenzorientierte Einübung demokratischer Normen und Werte.

 **Eine Vertiefung der politischen Grundbildung in allen Schulformen zeigt sich darin als dringend geboten.**

Politische Bildung muss den Menschen vermitteln, dass sie selbst Einfluss auf die eigene Lebenssituation haben, wenn sie sich in demokratischer Weise an der politischen Willensbildung beteiligen (Roth, 2022).

 **Gerade auch außerschulische Lernorte und Bildungsnetzwerke können unterschiedliche Lebenslagen vermitteln und Blickrichtungen auf die Mitglieder der pluralistischen Gesellschaft verändern (Kolleck, 2022).**

Auf diese Weise stärkt politische Bildung die Demokratie und ihren Rückhalt in der Bevölkerung.

Zufriedenheit mit der Demokratie im Grundgesetz

Die Bürgerinnen und Bürger unterstützen die Demokratie in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen, wenn sie mit der Umsetzung der demokratischen Werte und Normen zufrieden sind, sie sich also darauf verlassen können, dass die demokratischen Regeln institutionell verankert sind und befolgt werden.

Die Zufriedenheit mit der Umsetzung der demokratischen Werte und Normen in Deutschland kann über eine Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie im Grundgesetz verankert ist, abgebildet werden. Sie bezieht sich auf die Erwartungssicherheit, mit der demokratische Werte und Normen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden (diffuse Unterstützung,

siehe Infobox „Was ist politische Kultur?“, Kapitel 3.2.3, S. 42). Wir haben gefragt, ob die Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie in Deutschland allgemein, also mit unserem gesamten politischen System, so wie es im Grundgesetz festgelegt ist, zufrieden sind.

82 %
Zufriedenheit mit der Demokratie als politischem System wie im GG verankert.

82 % der Befragten sind mit der Verwirklichung der demokratischen Werte und Normen zufrieden, die meisten (43 %) würden die Umsetzung mit „gut“ bewerten. 17 % der Befragten in Nordrhein-Westfalen halten das Grundgesetz in der bestehenden Form für keine gute Grundlage der Demokratie, 4 % sind völlig unzufrieden damit.

Die höchste Zufriedenheit äußern die Jüngsten, die unter 30-Jährigen und die Ältesten, die über 60-Jährigen.

Deutlich unzufriedener als der Bevölkerungsdurchschnitt sind hingegen Menschen mit Migrationsbiographie sowie Menschen, die sich benachteiligt fühlen und mit den eigenen und den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen unzufrieden sind.

Einordnung

Es zeigt sich, dass sich eine private bzw. ökonomische Unzufriedenheit negativ auf die Zufriedenheit mit der Demokratie als Grundlage unseres Zusammenlebens auswirkt.

Wenn Menschen mit ihrem Leben in Nordrhein-Westfalen unzufrieden sind, dann sind sie auch mit der Demokratie unzufriedener. Im Umkehrschluss glauben Menschen, die mit ihren persönlichen Lebensbedingungen nicht zufrieden sind oder empfinden, nicht den gerechten Anteil am hiesigen Lebensstandard zu erhalten, dass sich ihre Lebensbedingungen zum Positiven verändern, wenn sich unser politisches System verändert.

Mit der Demokratie in Deutschland allgemein, also mit unserem gesamten politischen System, so wie es im Grundgesetz festgelegt ist, sind

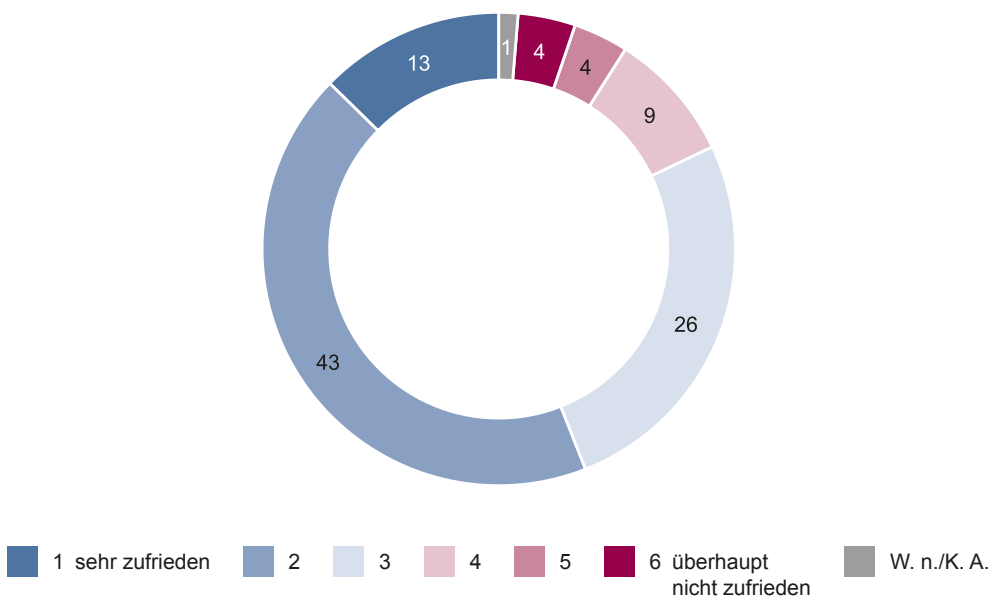


Abbildung 7: Zufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung



Dabei ist es die Demokratie, die allen Bürgerinnen und Bürgern über politische Teilhabe politische Mitwirkung und Einflussnahme letztlich auch auf die eigenen Lebensbedingungen ermöglicht. Politische Bildung kann das mit Konzepten des erfahrungsbasierten Lernens im kleinen Rahmen in Form von Planspielen oder der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an Angeboten und Formaten zeigen und niederschwellig erfahrbar machen. Sie kann darüber politische Kompetenzen fördern, damit Bürgerinnen und Bürger sich dann selbst in der realen Welt einbringen können. Niederschwellig und anknüpfend an das persönliche Lebensumfeld kann die Heranführung an Bürgerforen oder Ehrenämter in Gemeinden und Kommunen ein erster Schritt sein. Es geht um die Erfahrung, dass über Partizipation auch die eigene Lebenssituation beeinflusst und mehr Zufriedenheit geschaffen werden kann.

Denn im Gegenteil würde eine Einschränkung grundlegender demokratischer Rechte die Wahl- und Einflussmöglichkeiten zur Verbesserung von Lebensbedingungen beschneiden. Ein auf die Kompetenzen und Fähigkeiten bezogener fortgeschrittener Ansatz ist die Befähigung und Anregung zur Auseinandersetzung mit Partei- und Wahlprogrammen. Sie kann z. B. einen Zugang zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsplänen der Parteien erschließen. Die Bürgerinnen und Bürger können dann selbst prüfen, ob die sachlichen Ausführungen Anlass zur Hoffnung geben, dass die entsprechende Partei zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger beiträgt.

Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis in Deutschland

Die Zufriedenheit mit der Demokratie bildet die Bewertung der demokratischen Praxis, also der gelebten Demokratie, ihrer Werte und Normen im Alltag der Bürgerinnen und Bürger ab. Sie speist sich aus der grundsätzlichen Anerkennung der Demokratie (diffuse Unterstützung, siehe Infobox „Was ist politische Kultur?“, Kapitel 3.2.3, S. 42). Noch stärker geht sie auf aktuelle Erfahrungen mit den politischen Prozessen und deren Ergebnissen ebenso wie mit dem Auftreten und dem Erfolg von Regierungen und Politikerinnen und Politikern (auch spezifische Unterstützung, siehe Infobox „Was ist politische Kultur?“, Kapitel 3.2.3, S. 42) zurück. Demokratiezufriedenheit kann als leistungsorientierte Gesamtbewertung der aktuellen Demokratie betrachtet werden und ist kurzfristigen Schwankungen

unterworfen. Sie reagiert hierbei responsiv auf Krisen und deren Management und die über die allgemeine Medienberichterstattung vermittelte Stimmung, aber auch auf die Kommunikation in Filterblasen und in den sozialen Medien. Man könnte die Demokratiezufriedenheit geradezu als „vergesslich“ bezeichnen, die länger zurückliegende Erfolge kaum in Rechnung stellt und tagesaktuelle Ereignisse mehr oder minder sofort positiv oder negativ bewertet. Über die Legitimität als grundsätzliche Anerkennung der Demokratie und ihre Fähigkeiten, auch mittelfristige Krisenzeiten zu überstehen, sagt die Demokratiezufriedenheit allein wenig aus.

68 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, ein Drittel ist zufrieden

oder sehr zufrieden (siehe Abb. 8). Völlig unzufrieden sind lediglich 6 % der Befragten. Dabei handelt es sich überwiegend um diejenigen, die sich positiv gegenüber nicht demokratischen politischen Systemen äußern.

Dass sie mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie weniger zufrieden sind, geben überdurchschnittlich häufig diejenigen an, die mit den Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen nicht zufrieden sind bzw. ihren Anteil am Lebensstandard als ungerecht ansehen. Häufiger nicht zufrieden sind zudem Menschen mit Migrationsbiographie. Ferner unterscheidet sich die Zufriedenheit zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der verschiedenen Parteien. Die höchsten Zufriedenheitswerte weisen dabei die Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD auf. Nur minimal weniger zufrieden sind die Anhängerinnen und Anhänger der CDU. Weder sehr zufrieden noch sehr unzufrieden sind die meisten der Anhängerinnen und Anhänger der FDP. Anhängerinnen und Anhänger der AfD sind am häufigsten nicht mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert, zufrieden.

Einordnung

Zwei Drittel der Menschen in Nordrhein-Westfalen wollen sich kein anderes politisches System für ihre Gesellschaft vorstellen und sind mit der Gestaltung der Demokratie und ihrer Leistungsfähigkeit zufrieden.

Damit entspricht die Zufriedenheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen mit der Demokratie dem Bundesdurchschnitt 2023. In der mittelfristigen Tendenz hat die Demokratiezufriedenheit seit dem Frühjahr 2019 nur leicht abgenommen (Statista, 2023). Dies bedeutet, dass, entgegen der etwaigen Deutung von Stimmungen v. a. in den sozialen Medien, weder eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger umfangreiche Korrekturen an der Demokratie wünscht, insbesondere nicht in Richtung von Einschränkungen ihrer Rechte, noch dass eine weit verbreitete grundsätzliche Unzufriedenheit mit der Politik der Bundes- oder Landesregierung herrschen würde.

Mit der Demokratie in Deutschland, so wie sie tatsächlich funktioniert, sind

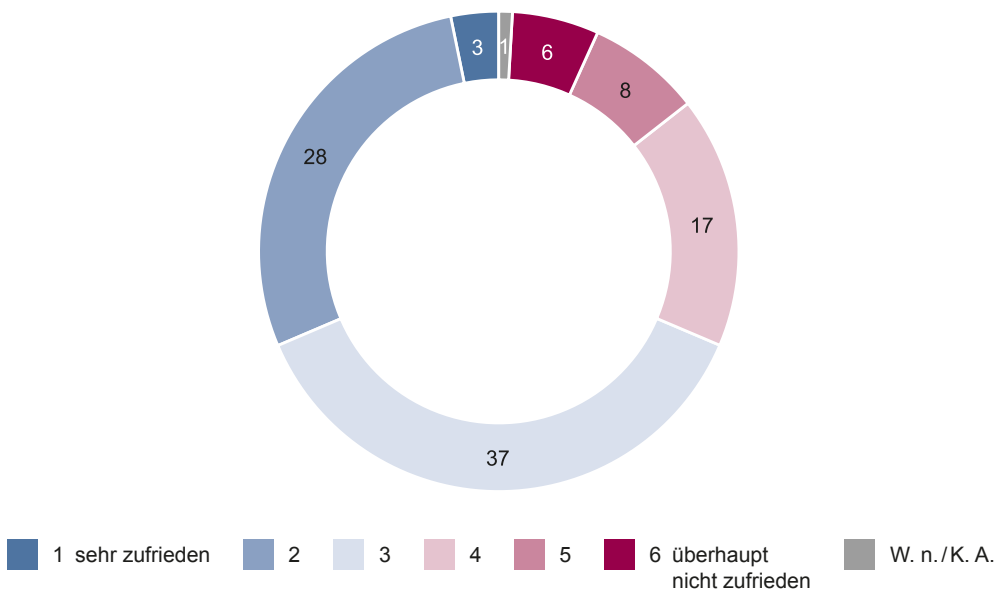


Abbildung 8: Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist gleichwohl ein Seismograph ihrer Leistungsfähigkeit.

Ein Drittel der Befragten in Nordrhein-Westfalen ist aus unterschiedlichen Gründen nicht mit der Demokratie zufrieden.

Für Menschen mit Migrationsbiographie kann das einerseits bedeuten, dass sie sich, meist aufgrund von Diskriminierungserfahrungen, nicht wirklich integriert oder zu wenig im politischen Prozess repräsentiert fühlen.



Politische Bildung kann für die Vorteile der Demokratie werben, indem Eigeninitiative gefördert wird und den Menschen Formen der politischen Teilnahme gezeigt werden, die ihnen zu mehr Gewicht in der politischen Willensbildung verhelfen. Konkrete Vorschläge dazu finden sich schon in den vorausgegangenen Kapiteln zum allgemeinen Interesse an Politik und zum Demokratieverständnis (S. 35 und S. 44).



Und auch bei den Menschen, die mit ihrem persönlichen Lebensstandard unzufrieden sind, kann politische Bildung für die Demokratie werben und die Menschen für die Demokratie (zurück-) gewinnen. Konkrete Vorschläge dazu finden sich auch hier schon im vorausgegangenen Kapitel „Zufriedenheit mit der Demokratie im Grundgesetz“ (S. 54).

Aus dem Modell der Politikkompetenz von Joachim Detjen (Detjen et al., 2012) lassen sich drei verschiedene Ebenen ableiten, die als Ansatzpunkte dienen können:

- Politische Information – wie laufen politische Entscheidungsprozesse ab?
- Politische Urteilsfähigkeit und Kompetenz – wie ist mein Lebensstandard tatsächlich im Vergleich zu anderen?
- Politische Kommunikations- und Handlungsfähigkeit – wie kann ich meine Lebenslage verbessern?

Ein kritischer Umgang mit medialer Berichterstattung, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ebenso wie in Nachrichtenportalen und der Informationsvermittlung durch soziale Medien, adressiert einerseits die Ebene der Information. Andererseits werden damit auch die politische Urteilsfähigkeit und Kompetenz, seriöse Nachrichten von Fake News zu unterscheiden, geschult. Damit wird eine Grundlage für fundierte Entscheidungen der eigenen politischen Kommunikations- und Handlungsfähigkeit gelegt.

3.2.4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zur politischen Gemeinschaft

Die Vorstellungen von Demokratie bilden den Hintergrund, vor dem das Interesse am politischen Geschehen und die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie bewertet werden müssen. Bürgerinnen und Bürger gleichen – wenn auch teilweise unbewusst – ihre Vorstellungen mit dem liberalen Demokratiekonzept, seiner Gestaltung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen sowie dem politischen Verhalten der Akteurinnen und Akteure ab. Fällt die Bilanz negativ aus, dann bleibt auch die Unterstützung der jeweiligen Demokratie aus (Pickel/Pickel, 2015).

Grundlage des Zusammenhalts in einer Gesellschaft und des Zusammenlebens in einer Demokratie sind die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der politischen Gemeinschaft, die Beziehungen zwischen den Individuen in dieser Gemeinschaft und ihre wechselseitige Wahrnehmung (Pickel/Pickel, 2021). Diese Gemeinschaft umfasst alle Menschen, die auf dem Territorium dieser Demokratie, also in unserem Fall in Nordrhein-Westfalen, leben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. In einer Einwanderungsgesellschaft wie in Nordrhein-Westfalen sind Menschen mit Migrationsbiographie ein zuweilen herausgeforderter und doch selbstverständlicher Teil der (politischen) Gemeinschaft. Der Zusammenhalt in einer pluralen politischen Gemeinschaft fußt

a) auf der Anerkennung von Grundprinzipien der freiheitlichen Demokratie, wie sie im Grundgesetz niedergeschrieben sind. Im vorangegangenen Teil war bereits zu erkennen, dass es Teile der Gesellschaft gibt, die diesen Grundkonsens nur noch teilweise oder gar nicht mehr verinnerlicht haben. Ihre Einstellungen sind als Einstieg in eine Polarisierung und Desintegration sowie

eine Aufweichung demokratischer Grundlagen in der Gesellschaft zu sehen. Sie folgen „identitären Vorstellungen einer Gruppenvergemeinschaftung, die durch In- und Exklusion von Zugehörigkeit die Bezugsgruppe des Zusammenhalts festlegt“ (Pickel et al., 2020).

b) Die weitere wesentliche Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist das Gefühl der wechselseitigen Offenheit und der Verbundenheit der Mitglieder der politischen Gemeinschaft untereinander. Im Sinne der Unterstützung der Demokratie ist hierfür ein hoher Grad an sozialer Vernetzung, d. h. Mitgliedschaft in sozialen Vereinen, bedeutsam. Putnam (2000) bezeichnet dies als Sozialkapital. Ohne Vertrauen zwischen den Mitgliedern einer politischen Gemeinschaft ist ein positives Zusammenleben nicht zu erwarten.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Verbänden bzw. Gemeinschaften entstehen und bestehen. Menschen können sich unterschiedlichen regionalen und politischen Ebenen verbunden fühlen und in unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen wie politischen Vereinigungen organisiert sein.

Die Bewältigung der aktuellen Krisenvielfalt fordert auch den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen heraus. Die Menschen sind nicht nur unterschiedlich stark von den verschiedensten Krisen betroffen und haben in unterschiedlichem Maß Möglichkeiten darauf zu reagieren. Es gibt auch Potentiale, die gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen entlang politischer Einstellungen zu polarisieren. Umso relevanter ist es, ob und wie der Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft gewahrt wird.

**79 %
sehen die Gesellschaft immer
weiter auseinanderdriften.**

Dies ist in der Wahrnehmung durch die Bürgerinnen und Bürger aber nur mit Einschränkungen der Fall: 79 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind zumindest teilweise davon überzeugt, dass unsere Gesellschaft mehr oder minder auseinanderfällt (22 % stimmen voll und ganz zu).


Die Menschen mittleren Alters zwischen 30 und 59 Jahren nehmen die Gesellschaft polarisierter wahr als ältere oder jüngere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Menschen, die sich gegenüber anderen zurückgesetzt fühlen (Deprivierte), nehmen unsere Gesellschaft auch häufiger als gespalten wahr (87 %, +9 Prozent-

punkte gegenüber nicht Deprivierten). Diese Wahrnehmung speist sich zum einen aus den unterschiedlichen Beurteilungen des politischen Systems und seiner Akteurinnen und Akteure, zum anderen aus der Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit, von der sich einige besonders betroffen fühlen.

Einordnung

Eine polarisierte Gesellschaft ist eine schlechte Grundlage für eine dauerhaft stabile Demokratie, auch wenn die Unterschiede „lediglich“ subjektiv wahrgenommen werden. Problematisch ist, wenn der subjektive Eindruck, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderfällt, durch eine ideologische und inhaltliche Polarisierung von Parteien verstärkt wird. Über die jeweilige Anhängerschaft und Sympathisantinnen und Sympathisanten wird die Polarisierung in eine gesellschaftliche Konfrontation übersetzt. Dies zeigt sich insbesondere in der Struktur der Zustimmung: Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD sehen eher noch einen gesellschaftlichen Zusammenhalt als die Anhängerinnen und Anhänger der CDU und der FDP. Insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger der AfD sind vom Auseinanderfallen unserer Gesellschaft überzeugt.

Kulturelle Konflikte wie Rassismus oder Ängste vor einer pluralistischen Gesellschaft untergraben die Fundamente der Demokratie zusätzlich.

 **Die politische Bildung kann diesen Wahrnehmungen dadurch begegnen, dass die Heterogenität unserer Gesellschaft ebenso thematisiert wird wie die Tatsache, dass nahezu keine Person in allen Lebensbereichen immer benachteiligt ist, sondern es auch Lebensbereiche gibt, in denen Personen Vorteile genießen können. Lebensumstände sind**

veränderbar, und es ist die Zuwanderungspolitik, die Rahmenbedingungen für eine Versorgung und Verpflichtung der Zugewanderten vorgibt. Dies kann z. B. in Workshops mit hohem Selbstlerncharakter geschehen.

Die Teilnehmenden sollten sich zunächst über ihre Eigenwahrnehmung als möglicherweise Benachteiligte austauschen,

dann einen Input über die unterschiedlichen Lebenslagen in Deutschland bekommen und schließlich selbst recherchieren. Lehrende aus unterschiedlichen Kontexten, aus der sozialen Praxis und aus der Sozialarbeit können die politischen Bildnerinnen und Bildner unterstützen.

Identifikation mit der politischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wurden gefragt, mit welcher der politischen Ebenen und den dort lebenden Einwohnerinnen und Einwohnern sie sich verbunden fühlen.

Die Menschen in NRW fühlen sich vor allem ihrer direkten Lebensumgebung verbunden.

In Nordrhein-Westfalen fühlen sich die Menschen vor allem ihrem Nahbereich, der Gemeinde oder Stadt, in der sie leben, und den dort lebenden Menschen verbunden (80 %). Eine ähnlich große Verbundenheit geben sie für das direkte soziale Umfeld, den Stadt- oder Ortsteil, in dem sie leben, und dessen Einwohnerinnen und Einwohner (79 %) sowie auch für Deutschland (79 %) an. Etwas geringer ist die Verbundenheit mit dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Einwohnerinnen und Einwohnern (73 %). Noch etwas weiter nimmt sie gegenüber Europa (71 %) ab.

53 % der Menschen mit Migrationsbiographie geben zudem auch eine Verbundenheit mit dem Herkunftsland der (Groß-)Eltern an.

Ältere Befragte geben zudem eine stärkere Verbundenheit an als jüngere Befragte.

Einordnung

Die Verbundenheit zu den einzelnen räumlichen Einheiten hängt auch mit den Einstellungen zur Demokratie zusammen und steht im Zusammenhang mit der Identifikation mit der politischen Gemeinschaft: Personen, die eher ein nicht demokratisches Konzept politischer Systeme vertreten, empfinden deutlich weniger Verbundenheit mit allen politischen Ebenen, insbesondere mit Deutschland und der Europäischen Union, mit denen sich nur 56 % bzw. 35 % der Antidemokratinnen und -demokraten (siehe Kap. 3.2.7 „Einstellungstypen“, S. 72) identifizieren. Von den Menschen mit soliden demokratischen Einstellungen identifizieren sich mit diesen Ebenen 85 % (Deutschland) bzw. 77 % (Europäische Union).

Wie bereits bei den Einstellungen zu Demokratie und Autokratie zu beobachten, führt die Wahrnehmung, im Vergleich zu anderen nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten (relative Deprivation), auch dazu, dass sich die betroffenen Personen weniger mit der politi-

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**


4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

schen Gemeinschaft auf allen politischen Ebenen identifizieren können. Sie finden schwerer eine politische Institution oder Person, die ihnen einen Identifikationsanreiz bieten. Am wenigsten leisten dies große räumliche Einheiten wie Deutschland und die Europäische Union.

Je weniger sich die Menschen mit der politischen Gemeinschaft identifizieren, desto mehr wenden sie sich von der Demokratie ab.


Anders gesagt: Die Abwendung von demokratischen Prinzipien geht mit einer Abwendung von der politischen Gemeinschaft einher. Eine Erklärung kann sein, dass politische Erfahrungen häufig mit der politischen Sozialisation im sozialen Umfeld verbunden sind.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass 53 % der Menschen mit Migrationsbiographie auch eine Verbundenheit mit dem Herkunftsland der (Groß-)Eltern angeben. Die Wahrung der Kultur des Herkunftslandes gibt Menschen mit Migrationsbiographie Halt in der Einwanderungsgesellschaft und kann, muss aber nicht, mit einer Identifikation mit politischen Gruppierungen des Herkunftslandes einhergehen. Hier ist Menschen mit Migrationsbiographie auf der Basis der „Herkunftsverbundenheit“ keine eindeutige politische Überzeugung zuzuordnen.

 **Für die politische Bildung ergeben sich hier verschiedene potentielle Ansatzpunkte: Gerade im lokalen politischen Raum, mit dem sich viele Menschen in Nordrhein-Westfalen identifizieren, kann politische Selbstwirksamkeit und Partizipation an konkreten, alltagsnahen Themen stattfinden und eingeübt werden.**

In kommunalen Bürgerräten oder Kinder und Jugendparlamenten geht es oftmals um konkrete Themen des lokalen Zusammenlebens wie sichere Verkehrswege für alle Verkehrsteilnehmerinnen und

-teilnehmer oder Freizeitmöglichkeiten wie Spielplätze und Jugendeinrichtungen. Die Verbundenheit mit der lokalen Ebene kann so genutzt werden, um auch die Verbundenheit mit demokratischen Prinzipien zu stärken und damit die Grundlagen der Demokratie zu festigen.

 **Politische Bildung könnte hier einerseits bei kommunalen Akteurinnen und Akteuren für diese Einbindung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne demokratischer Mitbestimmung werben und Möglichkeiten digitaler Gremienarbeit aufzeigen, um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat zu verbessern. Andererseits kann sie bei Bürgerinnen und Bürgern mit Informationsmaterial wie digitalen Animationsclips ein Bewusstsein dafür schaffen, welche konkreten Einflussmöglichkeiten auf kommunaler Ebene bestehen, und mit interaktiven Workshops auch die aktive Teilnahme erproben lassen. Beispielsweise könnte so die Attraktivität eines kommunalpolitischen Engagements gesteigert werden.**

Junge Menschen, die sich der Themen in ihrem eigenen Umfeld sehr bewusst sind, wie in Kapitel 3.4 herausgearbeitet wird (S. 121), können so schon früh an politische Beteiligungsformen herangeführt und bei einem gesellschaftlichen oder politischen Engagement begleitet werden (Eiperle, 2022).

Ältere Personen identifizieren sich am stärksten mit ihrer näheren Umgebung. Wie die Daten des Demokratieberichts zeigen, sind sie auch in Städten und Gemeinden am stärksten politisch aktiv. In dieser Tätigkeit können sie bestärkt und unterstützt werden. Gleichzeitig bieten sie ein Reservoir an gesellschaftlichen, politischen und partizipativen Erfahrungen, die politische Bildung als Expertenwissen aus der Praxis für sich nutzen und in ihre Arbeit einbinden könnte.

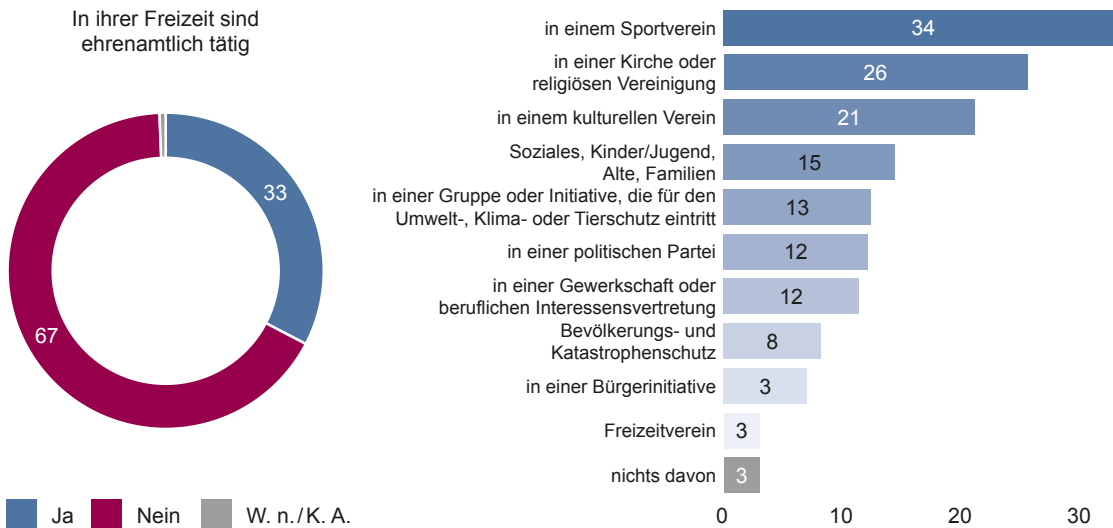


Abbildung 9: Ehrenamtliches Engagement – nach Vereinigungstyp

Zivilgesellschaftliches Engagement

Für Identifikation und Verbundenheit mit einer Gemeinschaft spielen zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. In ihnen wird zwischenmenschliches Vertrauen aufgebaut, und sie können die Entwicklung von politischem Vertrauen unterstützen (Putnam, 1993/2000). Ehrenamtliches Engagement dient, neben der eigentlichen Tätigkeit, somit auch der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Gesellschaft und dem Aufbau von Vertrauen in ihre Mitmenschen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wurden gefragt: „Manche Leute arbeiten ja in ihrer Freizeit ehrenamtlich in einem Verein, einer Partei, einer Bürgerinitiative oder einer anderen Organisation mit. Wie ist das bei Ihnen: Sind Sie in Ihrer Freizeit ehrenamtlich tätig?“

33 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen engagieren sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich in einer Partei, einer Bürgerinitiative, einem Verein oder einer anderen zivilgesellschaftlichen Organisation. Am häufigsten sind die ehrenamtlich Engagierten in einem Sportverein (34 %),

in einer Kirche bzw. einer religiösen Vereinigung (26 %) oder einem kulturellen Verein (21 %) aktiv. 15 % engagieren sich für Soziales (Kinder, Jugend, Alte oder Familien). Nur 12 % wirken in Parteien oder in einer Umwelt-, Klima- oder Tierschutzgruppe mit (13 %) und 7 % in einer Bürgerinitiative.

Soziales Engagement oder Freizeitvereine sind eindeutig beliebter als politische Tätigkeiten.

Der Anteil der ehrenamtlich Aktiven fällt unter den 14- bis 18-Jährigen (ca. –10 Prozentpunkte), den Menschen mit Migrationsbiographie (–7 Prozentpunkte) und denjenigen, die mit ihrer Lebenssituation unzufrieden bzw. depriviert sind (–17 Prozentpunkte), niedriger aus als bei den Älteren, den Befragten ohne Migrationsbiographie und den Zufriedenen. Festzustellen ist außerdem, dass das ehrenamtliche Engagement mit dem formalen Bildungsniveau zunimmt.

Jugendliche und junge Erwachsene finden ihr Ehrenamt häufiger als die Älteren in einem Sportverein oder im kirchlichen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

bzw. religiösen Kontext, während unter den Befragten ab 45 Jahren kulturelle Vereine häufiger genannt werden.

Die ehrenamtliche Arbeit in politischen Parteien oder Gewerkschaften bzw. beruflichen Interessensvertretungen wird von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 18 Jahren deutlich seltener als von den Älteren genannt.


Einordnung

Eine ehrenamtliche Tätigkeit oder eine Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gesellschaftlichen Organisation stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft und fördert ein konstruktives und tolerantes Miteinander (sog. brückenbildendes Sozialkapital). Allerdings tritt dieser Effekt nur dann ein, wenn die Vereine nicht zur Abgrenzung einer „Wir“-Gruppe von „Fremd“-Gruppen oder der Gesellschaft dienen (sog. bindendes Sozialkapital). Dies wäre der Fall, wenn nur Mitglieder einer bestimmten sozialen oder religiösen Gruppe als Mitglieder in zivilgesellschaftlichen Organisationen (ohne Kirchen) geduldet würden und ihre gruppeninterne Bindung dort stärken, andere Personen aber mit negativen Eigenschaften belegt und ausgegrenzt würden (Putnam, 1993). Mit ihrem Engagement in politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien legen die Bürgerinnen und Bürger außerdem den Grundstein für ein soziales Vertrauen und ein Vertrauen in politische Institutionen.

Ein zivilgesellschaftliches Engagement könnte das Gefühl der wechselseitigen Offenheit und der Verbundenheit der Mitglieder der politischen Gemeinschaft untereinander und damit auch die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft durch vertrauensbildende Aktivitäten stärken – nur müssten dann mehr Menschen ehrenamtlich tätig sein.

Unter anderem das Gefühl der Benachteiligung verhindert jedoch oft ein soziales Engagement. Dieser Zusammenhang steht im Einklang mit der Problemwahrnehmung in Nordrhein-Westfalen: Pluralismus und Chancengleichheit in einer offenen Gesellschaft können nur entstehen, wenn grundlegende Probleme, wie das Bestreiten des Lebensunterhalts, gelöst sind. In Nordrhein-Westfalen besonders wahrgenommene Herausforderungen wie Bildung und Verkehr werden als Teil dieser grundlegenden Probleme genannt. Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und dem Leben in Nordrhein-Westfalen hängt eng mit dem Gefühl der relativen Benachteiligung zusammen. Aus dieser Konstellation der Unzufriedenheit erwächst eine Abwehr gegen eine offene Gesellschaft, mit der man sich nicht identifizieren kann. Sie mündet in eine geringe Unterstützung der Demokratie, in eine misstrauische und feindselige Haltung gegenüber Minderheiten und in dem Anspruch an „die Politik“, mehr für Deutschland bzw. für diejenigen zu tun, die sich benachteiligt fühlen.

Politische Bildung kann die Verbundenheit und das Vertrauen, das ein demokratisches zivilgesellschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement schafft, nutzen (Roth, 2022: 287 ff.). Wenn sie ehrenamtliches Engagement unterstützt und fördert, wirkt sie auch für sich selbst.

 **Im Ehrenamt entstehen der Zusammenhalt und das Vertrauen, das politische Bildung fördern will. Außerdem werden gerade in Sportvereinen, in denen die meisten ehrenamtlich engagierten Menschen tätig sind und in denen viele Menschen in ihrer Freizeit aktiv sind, in der Regel jene Werte und Kompetenzen gefördert und erprobt, die auch für unsere Demokratie essentiell sind und auf die politische Bildung hinwirken möchte, wie z. B. Zusammenhalt der Gemeinschaft, friedliche Konfliktlösungen, Toleranz und Vielfalt, Offenheit gegenüber anderen.**

Ferner werden dort Verfahren erprobt, die auch für politische Selbstwirksamkeit über Beteiligung wichtig sind. So verbinden sich die Vorstellungen einer verfassungsrechtlichen und lebensweltli-

chen Demokratie: Wenn Menschen etwas für bestimmte Gruppen erreichen wollen, müssen sie u. a. die Verfahren kennen, die beachtet werden müssen, um z. B. erfolgreiche Förderanträge zu stellen.

3.2.5 Vertrauen in politische Institutionen und Akteurinnen und Akteure

Das politische Vertrauen stellt die Grundlage unserer repräsentativen Demokratie dar. Es spiegelt die Überzeugung der Bürgerinnen und Bürger wider, dass die Politikerinnen und Politiker in ihren Ämtern im Interesse des Gemeinwohls handeln (Fuchs, 2002), und die Erwartungssicherheit, dass Institutionen die demokratischen Normen und Werte umsetzen und dabei ebenfalls gemeinwohlorientiert agieren.

Ein gesundes Misstrauen gegenüber Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern und Institutionen betrachten Pye und Verba als förderlich für ziviles Engagement, blindes Vertrauen in politische Autoritäten als hemmend für die politische Entwicklung (Pye/Verba, 1965: 22 ff.).

Das politische Vertrauen richtet sich auf die Legislative, die Exekutive und die Judikative, die Sicherheitskräfte und die Regierungen auf allen staatlichen Ebenen und orientiert sich an den Rechten und Pflichten, die die politischen Ämter mit sich bringen. Es geht also nicht um die konkreten Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, sondern um die Funktionsfähigkeit der Ämter und der Ämterrollen (Norris, 2011: 24–31).

Vertrauen in politische Institutionen und Akteurinnen und Akteure speist sich einerseits aus Legitimitätsannahmen (diffuse politische Unterstützung, Details in Infobox „Was ist politische Kultur?“, Kapitel 3.2.3, S. 42), die die Demokratie

als beste politische Ordnung und die Umsetzung demokratischer Werte und Normen im Grundgesetz, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen sehen. Andererseits geht es auf längerfristige positive Erfahrungen mit der politischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der politischen Akteurinnen und Akteure, z. B. der Regierung in Nordrhein-Westfalen und des nordrhein-westfälischen Landtags, zurück (siehe Infobox „Was ist politische Kultur?“, Kapitel 3.2.3, S. 42).

Mangelndes Vertrauen wird häufig als Politikverdrossenheit bezeichnet. Tatsächlich hat Politikverdrossenheit aber viele Dimensionen (Pickel, 2002: 90; Maier, 2000). Die wichtigste ist die Parteien- und Politikerverdrossenheit, die ein Misstrauen gegenüber Parteien und Politikerinnen und Politikern abbildet. Sie ist eine Ursache für die Abwendung der Bürgerinnen und Bürger von den etablierten Parteien.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und Struktur

2 Aktuelle Entwicklungen und Trends

3 Ergebnisse der repräsentativen Befragung

4 Ableitungen zur Weiterentwicklung

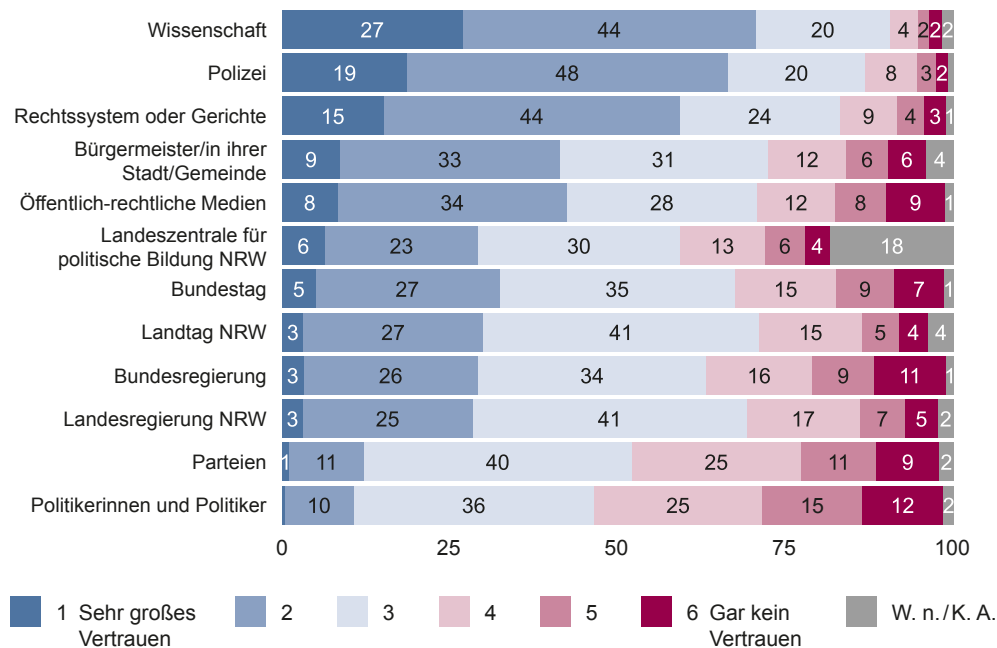


Abbildung 10: Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen

Stattdessen zeigen aktuelle Trends, dass sich Bürgerinnen und Bürger für neue, populistische Gruppierungen begeistern lassen, die Zweifel an der repräsentativen Demokratie säen und vorgeben, im Interesse der einfachen Bevölkerung zu handeln (Pickel et al., 2022).

Um das Vertrauen der Menschen in politische Institutionen beurteilen zu können, wurde ihnen folgende Frage vorgelegt: „Wenn Sie jetzt einmal an die verschiedenen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen in Deutschland denken, bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie den folgenden Gruppen Vertrauen entgegenbringen.“ Die Frage bezieht sich auf drei Ebenen der Demokratie – den Bund, Nordrhein-Westfalen und die lokale Ebene.

Das größte Vertrauen bringen die Befragten derzeit der Wissenschaft (91 %), der Polizei (87 %) und dem Rechtssystem bzw. den Gerichten (83 %) entgegen.

Politischen Institutionen auf Bundesebene – dem Bundestag (67 %), der Bundesregierung (63 %) und den öffentlich-rechtlichen Medien (71 %) – vertrauen mindestens zwei Drittel bis drei Viertel der Befragten.

Drei Viertel der Menschen in NRW vertrauen den politischen Institutionen auf Landesebene.

Die Menschen vertrauen dem nordrhein-westfälischen Landtag (71 %) und der nordrhein-westfälischen Landesregierung (69 %) sowie politischen Institutionen auf lokaler Ebene, also der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister ihrer Stadt bzw. Gemeinde (72 %).

Der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (59 %) vertrauen etwas weniger als zwei Drittel der Befragten – hauptsächlich deshalb, weil sie sie vermutlich nicht kennen („weiß nicht“: 18 %). Parteien vertrauen 52 % und Politikerinnen und Politikern 46 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Einige sozialstrukturelle Eigenschaften wirken sich signifikant auf das politische Vertrauen aus:

Menschen mittleren Alters (30- bis 44-Jährige) bringen politischen Institutionen und Akteurinnen und Akteuren – insbesondere dem Bundestag, der Bundesregierung, dem nordrhein-westfälischen Landtag, der Landesregierung sowie den öffentlich-rechtlichen Medien – weniger Vertrauen entgegen. Die über 60-Jährigen, also diejenigen mit der längsten politischen Erfahrung, gewähren den Politikerinnen und Politikern mehr Vertrauen.

Die Befragten mit weiterführender Schulbildung (Abitur, Studium) haben ebenso ein etwas größeres Vertrauen in die Wissenschaft, das Rechtssystem bzw. die Gerichte, in die öffentlich-rechtlichen Medien, in den Bundestag und die Bundesregierung, in die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen sowie in die Parteien als diejenigen mit formal niedrigen oder mittleren Bildungsabschlüssen.

Ein deutliches Misstrauen gegenüber den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen äußern diejenigen, die der Meinung sind, ihren gerechten Anteil am Lebensstandard nicht zu bekommen.

Sie haben in alle Institutionen ein geringeres Vertrauen als die Zufriedenen. Für diese Gruppe muss von einer ausgeprägten Parteien- und Politikerverdrossenheit sowie von einer Institutionenverdrossenheit (Legislative und Exekutive) gesprochen werden.

Personen mit Migrationsbiographie vertrauen fast allen politischen Institutionen weniger als Personen ohne Migrationsbiographie. Besonders hoch sind die Differenzen beim Landtag in Nordrhein-Westfalen, bei der Bundesregierung und

den Politikerinnen und Politikern (jeweils –10 Prozentpunkte) sowie der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und dem Bundestag (jeweils –9 Prozentpunkte).

Bei der Einschätzung des Vertrauens in die öffentlichen Einrichtungen und Institutionen zeigt sich erneut die Sonderrolle der Anhängerinnen und Anhänger der AfD, die allen Einrichtungen bzw. Institutionen deutlich weniger vertrauen als der Durchschnitt aller Befragten. Besonders gering ist ihr Vertrauen zu den Politikerinnen und Politikern (6 %), zur Bundesregierung (8 %) und zum Bundestag (11 %), zu den Parteien und auch zu den öffentlich-rechtlichen Medien (15 %). Ein überdurchschnittlich großes Vertrauen in die Bundesregierung berichten die Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen (86 %) und der SPD (86 %) – nicht aber die der FDP und der CDU (beide 62 %).

Besonders misstrauisch gegenüber politischen Institutionen sind Menschen ab 30 Jahren, die häufig soziale Medien wie Facebook, Twitter und YouTube nutzen oder sich gar nicht aktiv über Politik informieren, während der Konsum „traditioneller“ Medien wie Fernsehen, Radio und Zeitungen sowie des sozialen Mediums Instagram eher das Vertrauen in die politischen Institutionen bestärkt.

Einordnung

Die Ergebnisse zeigen, dass nicht von einer allgemeinen Staats- oder Demokratieverdrossenheit gesprochen werden kann, aber bei einigen Bevölkerungsgruppen von Institutionen-, Parteien- und Politikerverdrossenheit.

Es herrscht ein gewisses Vertrauensgefälle zwischen den Exekutivorganen (z. B. Bundesregierung, Landesregierung und Polizei), der Judikative und den Institutionen im politischen Alltagsgeschäft

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

(z. B. Parteien sowie Politikerinnen und Politiker). Institutionen, die im politischen Alltag öffentlich sichtbar agieren, sind größerem Misstrauen ausgesetzt als Institutionen, die weniger im Licht der Öffentlichkeit stehen. Dies gilt insbesondere für die Parteien und Politikerinnen und Politiker: Der Anteil derer, die Parteien bzw. Politikerinnen und Politikern „(sehr) großes“ Vertrauen (Werte 1 und 2) entgegenbringen, ist mit 12 % bzw. 11 % allerdings deutlich geringer als bei allen anderen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen.

Ein gewisses Misstrauen ist gegenüber den Parlamenten und Regierungen, den Politikerinnen und Politikern sowie den Parteien erkennbar. In Schulnoten gesprochen, würden die meisten Menschen in Nordrhein-Westfalen den Politikerinnen und Politikern sowie den Parteien die Vertrauensnote „befriedigend“ geben. Das fehlende Vertrauen bzw. Misstrauen ist nicht förderlich für die Stabilität unserer Demokratie. Diese Menschen beteiligen sich auch seltener in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie stimmen zudem eher populistischen Vermutungen über das Handeln von Politikerinnen und Politikern zu oder zweifeln an der Meinungsfreiheit in Deutschland. Sie sehen die Gesellschaft immer mehr auseinanderfallen und glauben eher an Verschwörungsmethoden. Diese Einstellungen, insbesondere die Verschwörungsgläubigkeit, führen schließlich zu Veränderungen in der Wahrnehmung der politischen Institutionen und der Demokratie als solcher.

Das fehlende Vertrauen in politische Institutionen fördert den Rückzug aus den politischen (Beteiligungs-)Prozessen. Die misstrauischen Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich, wenn überhaupt, an Demonstrationen.




Ein politischer Bildungsauftrag lässt sich hier am deutlichsten für die Gruppe der 30- bis 44-Jährigen ableiten: Sie ist am stärksten politiker-, parteien- und institutionenverdrossen. Sie gilt es für die demokratischen Institutionen und Verfahren zurückzugewinnen. Politische Erwachsenenbildung ist hier gefragt. Dabei sind mehr als die Hälfte der Menschen zwischen 30 und 44 Jahren den Ergebnissen der Befragung zufolge vor allem für politische Bildungsangebote zu den Themen Umwelt- und Klimawandel sowie Schule, Bildung und lebenslanges Lernen zu begeistern. Dieses Erkenntnis kann die politische Bildung für sich nutzen und die Menschen mit Angeboten zu diesen Themen adressieren und erreichen. Dies gelingt für diese Altersgruppe über Diskussionsveranstaltungen, Vorträge und Lesungen, aber auch über Podcasts, Filme und Videos sowie digitale interaktive Angebote, z. B. Apps (Details in Kapitel 3.4.3, „Interesse an Formaten politischer Bildung“).

Es geht auch in diesem Fall um ein vertieftes Verständnis für politische Prozesse und ein Erzeugen von Selbstwirksamkeit durch politische Partizipation an und jenseits von Wahlen, um darüber Vertrauen in diese Prozesse, die Akteurinnen und Akteure und letztlich auch die Demokratie und ihre Werte und Normen zurückzugewinnen und zu festigen.



Auch Menschen mit Migrationsbiographie sollten gezielt adressiert werden.

Sie finden nach wie vor zu wenige Repräsentantinnen und Repräsentanten, die ihre Anliegen aufgreifen. Diese Repräsentantinnen und Repräsentanten müssen nicht ausschließlich aus der gleichen Community wie die Repräsentierten kommen, wichtig ist eine Vertretung ihrer Anliegen.

 Die Befähigung zur Selbstwirksamkeit kann durch politische Bildung unterstützt werden, indem Institutionen und Verfahren der formellen Partizipation sowie Möglichkeiten informeller Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess vermittelt und eingeübt werden. Konkrete Vorschläge dazu finden sich schon in den vorausgegangenen Kapiteln, z. B. in Kapitel 3.2.4 „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Einstellungen zur politischen Gemeinschaft“.

 Wichtig erscheint hier auch die Stärkung der Medienkompetenz vor allem bei den über 30-Jährigen in Bezug auf die Nutzung sozialer Medien. Mit interessanten Diskussionsveranstaltungen, Podcasts oder interaktiven Apps, Formaten, die diese Gruppe sich für politische Bildungsangebote gut vorstellen kann, kann auf die Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen Fakten und Fake News hingewiesen werden. Inzwischen gibt es auch frei verfügbare Informationsplattformen, Spiele und Apps, die dieses Thema nicht nur adressieren, sondern auch interaktiv zur Einübung von Medienkompetenz einladen.

3.2.6 Zufriedenheit mit den politischen Akteurinnen und Akteuren

Zufriedenheit mit dem Handeln der Regierung, des Parlaments und des politischen Spitzenpersonals stützt die Demokratie, indem sich aus positiven politischen Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die politischen Institutionen und Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber entwickelt.

Eine vorübergehende Unzufriedenheit schadet zwar deren Ansehen, aber zunächst nicht der Demokratie. Sie trägt jedoch im Rahmen demokratischer Willensbildungsprozesse zur Wahl oder Abwahl der entsprechenden Amtsträgerinnen und Amtsträger bei. Anhängerinnen und Anhänger der Oppositionsparteien sind selten wirklich zufrieden mit den amtierenden Regierungen, sodass aus der Anhängerkonstellation dieser Parteien ein natürliches Reservoir an Unzufriedenheit entsteht. Negative Bewertungen der politischen Akteurinnen und Akteure über einen langen Zeitraum können aber zu einer grundsätzlich ablehnenden Sicht auf die Parteien, Politikerinnen und Politiker und das politische System sowie

schlussendlich zu einer Abwendung der Bürgerinnen und Bürger von der Demokratie führen.

Um zu erfahren, ob die Befragten in Nordrhein-Westfalen mit ihren politischen Autoritäten zufrieden sind, wurden sie gefragt: „Und wenn Sie an das politische Geschehen in Nordrhein-Westfalen denken, wie zufrieden sind Sie dann mit der Arbeit?“

Im Juni 2023 sind 67 % der Befragten mit der Arbeit des Landtags in Düsseldorf, 64 % mit der Landesregierung und 59 % mit dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen zufrieden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Die über 60-Jährigen stellt die Arbeit der drei landespolitischen Institutionen etwas häufiger als den Durchschnitt aller Befragten zufrieden. Menschen mit Migrationsbiographie sind durchschnittlich über alle drei Institutionen um etwa 10 Prozentpunkte unzufriedener als Menschen ohne Migrationsbiographie. Eine deutlich geringere Zufriedenheit zeigt sich wiederum bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD (-42 Prozentpunkte gegenüber dem Durchschnitt) sowie bei denjenigen, die mit ihrem Anteil am Lebensstandard nicht zufrieden sind. Ihr Zufriedenheitswert mit der Arbeit der drei Institutionen liegt 32 Prozentpunkte unter dem Wert der mit ihrem Lebensstandard zufriedenen Menschen.

Die Unzufriedenen unter den AfD-Anhängerinnen und -Anhängern sowie unter den relativ Deprivierten überschneiden sich häufig, d. h., dass sich die Enttäuschung von der Arbeit des Landtags, der Landesregierung und des Ministerpräsidenten in das Bild sich benachteiligt fühlender Menschen fügt, die sich einer Partei zuwenden, die unser politisches System zumindest teilweise verändern möchte.

Einordnung

Die Zufriedenheit mit der Demokratie speist sich in einem hohen Maß aus der Zufriedenheit mit der Arbeit des Ministerpräsidenten, der Landesregierung und des nordrhein-westfälischen Landtags. Die Landesregierung und der Ministerpräsident steuern nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalen recht gut durch die aktuellen und längerfristigen Krisen. Das Vertrauen in politische Institutionen, insbesondere die Parteien und Politikerinnen und Politiker, unterstützt die Zufriedenheit mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie

ebenso wie eine ökonomische Zufriedenheit. Menschen, die eine Demokratie an sich für anerkennungswürdig halten, sind auch mit ihrem Funktionieren deutlich zufriedener als Menschen, die sich mit autoritären Institutionen und Verfahren anfreunden können.

Dies bedeutet, dass die Arbeit der Regierung in Nordrhein-Westfalen und der wahrgenommene Anteil am Lebensstandard der Bevölkerung über die Zufriedenheit mit der Demokratie entscheiden. Aber den politischen Institutionen der Demokratie vertraut ca. ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger nicht. Eine vollständige Zufriedenheit innerhalb der Bevölkerung kann nicht hergestellt werden, jedoch ist ein nicht unbedeutender Teil derart unzufrieden und misstrauisch, dass bei diesen Personen von einer Rückwirkung auf das Legitimitätsempfinden gegenüber der Demokratie und von einer Erosion der demokratischen Normen und Werte, insbesondere der Prinzipien einer repräsentativen Demokratie, auszugehen ist.

Eine Ursache dieser Entwicklung ist die Komplexität politischer Prozesse, die bei aller Fähigkeit der Politikerinnen und Politiker, ihre politischen Entscheidungen zu erklären⁵, von vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bewältigt werden kann. Politische Entscheidungsprozesse in der Demokratie werden im Alltag kaum erfahren, die Menschen wissen nicht, welchen Aufwand demokratische Entscheidungen erfordern und wie eine Folgenabschätzung funktioniert. Die Polykrise aus Klimakatastrophe, Krieg, Pandemie und Migration überfordert viele Menschen und kann durch „die Politik“ bislang nur unzureichend vermittelt werden.

5 Etwa die Hälfte der Befragten attestiert den Politikerinnen und Politikern, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern ihre politischen Entscheidungen erklären.

3.2.7 Bedeutung der politischen Einstellungen für die politische Kultur und die Demokratie in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat zweifellos eine weitgehend stabile demokratische politische Kultur. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt die demokratischen politischen Institutionen, Verfahren und Amtsträgerinnen und Amtsträger.

Das Vertrauen in politische Institutionen, Parteien und Politikerinnen und Politiker ist relativ hoch. Die meisten Menschen sind zufrieden mit der Demokratie, dem Landtag, der Arbeit der Landesregierung

und des Ministerpräsidenten. Das Krisenmanagement, die Alltagspolitik und die demokratische Ordnung gehen also an den meisten Menschen nicht vorbei.

Alternativen zur Demokratie

Aus dieser an sich positiven Zusammenfassung folgt aber nicht, dass alle Menschen in Nordrhein-Westfalen die Demokratie uneingeschränkt unterstützen. Die Zustimmung zur „Demokratie als dem politischen System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt“, wird teilweise von einer Akzeptanz und Toleranz gegenüber nicht demokratischen Staatsformen begleitet. Erst eine Bilanz aus diesen Einstellungen ergibt die tatsächliche, uneingeschränkte Unterstützung der Demokratie in Nordrhein-Westfalen.

Um diese Akzeptanz von nicht demokratischen Institutionen und Verfahren zu erfassen, wurden den Befragten folgende Statements vorgelegt: „Neben der Demokratie gibt es ja noch andere Staatsformen. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu möglichen anderen Staatsformen zu?“

a) Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

b) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

c) Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

Nur 12 % können sich einen Führer für Deutschland vorstellen; 74 % lehnen eine solche Regierungsform vollständig ab.

Nur 10 % stimmen zu bzw. stimmen eher zu, dass eine Diktatur im nationalen Interesse die bessere Staatsform wäre. 69 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen lehnen dies grundsätzlich ab. Die Ansicht, dass für Deutschland eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert, nötig wäre, akzeptieren 26 % der Befragten, 48 % lehnen dies vollständig ab.

Die Zustimmung zum Einparteiensystem (das die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“) als meistgenannter Systemvariante unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Befragtengruppen:

Inhaltsverzeichnis

- Vorwort
- Zusammenfassung der Ergebnisse
- 1 Auftrag, Fokus und Struktur
- 2 Aktuelle Entwicklungen und Trends
- 3 Ergebnisse der repräsentativen Befragung**
- 4 Ableitungen zur Weiterentwicklung

Die über 30-Jährigen unterstützen eine solche Vorstellung häufiger als die jüngeren Bürgerinnen und Bürger des Landes. Dies gilt auch für Menschen mit formal niedriger oder mittlerer Bildung häufiger als für Befragte mit Abitur oder Studium. Besonders deutlich ist die Abweichung bei denjenigen, die sich im rechten politischen Spektrum verorten: Fast die Hälfte von ihnen wünscht sich nur eine starke Partei für Deutschland. Und je ein Viertel wünscht sich oder würde akzeptieren, dass ein Führer das Land regiert, und ist der Meinung, dass eine Diktatur die beste Staatsform ist.

Einordnung

Zur Unterstützung der Demokratie durch die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen passen auch die Einstellungen einer großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die Alternativen zur Demokratie oder die Anwendung autoritärer Institutionen und Verfahren in der Demokratie ablehnen:

Ähnlich sieht es mit der Toleranz gegenüber einer Diktatur aus. Was sich die Menschen noch am ehesten vorstellen können, ist eine Einparteiensherrschaft als Alternative zum Mehrparteiensystem.

Die Wahrnehmung einer Benachteiligung kann eine Abneigung gegen die Demokratie als solche erzeugen. Wer sich benachteiligt fühlt, würde häufig eher nicht demokratischen Institutionen und Verfahren zustimmen:

Eine Diktatur wird von diesen Menschen eher akzeptiert als von Menschen, die sich nicht benachteiligt fühlen (15 % zu 10 %). Sie würden eher einen Führer akzeptieren (22 % zu 9 %) oder eine einzige starke Partei befürworten (43 % zu 22 %), also Staatsformen, die mit weniger Verhandlung, Kompromissen und Interessenausgleich einhergehen. Dies würde mit weniger Alternativen und Möglichkeiten einhergehen, selbst etwas an den eigenen Lebensumständen ändern zu können. Die Umfragedaten geben nicht Aufschluss darüber, inwieweit dies den Befragten klar ist.

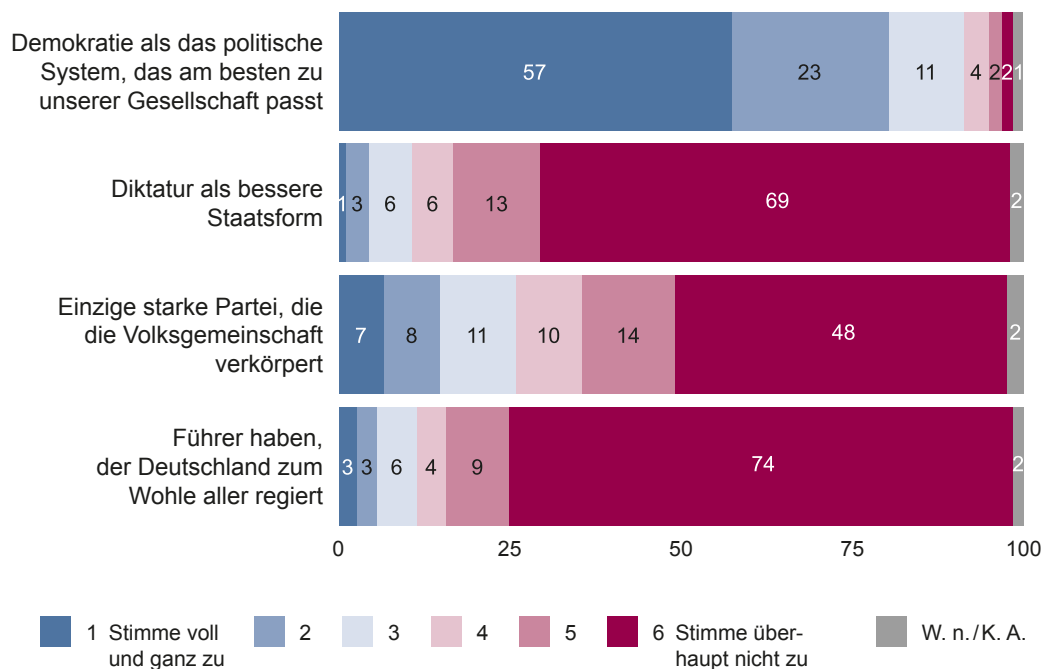


Abbildung 11: Zustimmung für Alternativen zur Demokratie



Politische Bildung kann darauf hinweisen und dazu einladen, verschiedene politische Systeme bzw. Staatsformen anhand unterschiedlicher gesellschaftlicher Fragestellungen zu betrachten. In analogen wie digitalen Spielen und über Apps können eigene Chancen und Möglichkeiten in verschiedenen politischen Systemen erfahrbar gemacht werden. **Wesentlich ist dabei vor allem, die Dilemma-Situationen und Folgen nicht demokratischer Systeme, die Einzelnen kaum oder keine Mitwirkung an Politik und Gesellschaft bieten, deutlich zu machen.**

Eine gewisse Sonderrolle kommt bei den Einstellungen zu autoritären Systemvarianten den Anhängerinnen und Anhängern der AfD zu. Von ihnen meint eine große Mehrheit von etwa zwei Dritteln (68 %), dass Deutschland eine starke Partei braucht. Etwa die Hälfte von ihnen (46 %) denkt, wir sollten einen Führer haben, und mehr als jede vierte Person (28 %) von ihnen sieht unter bestimmten Umständen eine Diktatur als die bessere Staatsform an. Besonders niedrig ist die Zustimmung zu allen drei Systemalternativen im Vergleich mit allen Parteien bei den Anhängerinnen und Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen.



Ihrem Selbstverständnis folgend zielt politische Bildung dabei mit all ihren Angeboten und Maßnahmen darauf ab, sich für demokratische Systeme, Werte und Prinzipien einzusetzen. Sie erläutert und veranschaulicht die Auswirkungen und Gefahren eines Parteiensystems, in dem eine einzige Partei die gesamte Politik im Staat bestimmt und keine Opposition möglich ist.

Diese Ergebnisse zeigen, dass trotz Ablehnung der Alternativen zur Demokratie bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen die Demokratie nicht alternativlos in den Köpfen aller Menschen verankert ist.

Je nach alternativer Regierungs- und Gesellschaftsform ist es für ca. ein Zehntel bis ein Viertel vorstellbar, autoritäre Elemente einzuführen, um politische und gesellschaftliche Probleme zu lösen. Die Gesellschaft zeigt sich in diesen Fragen polarisiert:

Eine politische Minderheit, zu der insbesondere Menschen gehören, die sich gegenüber anderen benachteiligt fühlen, pflegt Vorstellungen von politischer Herrschaft, die mit den Prinzipien einer Demokratie nicht vereinbar sind.

Problematisch für die Demokratie ist, dass bereits ein Viertel der Personen in mittleren Altersgruppen (30- bis 44-Jährige) einer Abschaffung des Mehrparteiensystems und ca. jeder Siebte unter den sehr jungen und jungen Menschen (14- bis 29-Jährige) unter bestimmten Umständen einer Diktatur nicht abgeneigt ist. Im Besonderen gilt dies für Menschen, die sich selbst im rechten politischen Spektrum verorten. In dieser Gruppe sind autoritäre und autokratische Alternativen bereits verbreitet und anerkannt.

Einstellungstypen

Aus diesen Einstellungen zu Demokratie und autoritären Alternativen lassen sich drei Einstellungstypen bilden: Die „Demokratinnen und Demokraten“, die ausschließlich eine Demokratie als legitim empfinden, ein Mischtyp, die „fragilen Demokratinnen und Demokraten“, die demokratische und autoritäre Einstellungen kombinieren, und ein Einstellungstyp, der ausschließlich nicht demokratische politische Systeme präferiert, die „Antidemokratinnen und -demokraten“.⁶ Schaut man sich das Ergebnis der Umfrage entlang dieser Typisierung an, fällt auf den ersten Blick positiv auf:

66 % der Befragten in Nordrhein-Westfalen bekennen sich ohne Abstriche zur Demokratie.

Sie äußern keine Sympathie für autokratische Systemvarianten. Etwa ein Viertel kann sich aber durchaus vorstellen, ein Einparteiensystem, eine Diktatur oder einen Führer in Deutschland zu haben, und 5 % bevorzugen grundsätzlich eine oder mehrere Formen von Autokratie gegenüber der Demokratie.⁷

Die absolute Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen steht damit gefestigt hinter der demokratischen politischen Ordnung.

Für eine stabile Demokratie ist der Anteil derjenigen, die sich zumindest autokratische Beimischungen vorstellen können, aus wissenschaftlicher Sicht zu hoch (Diamond, 1999: 65).

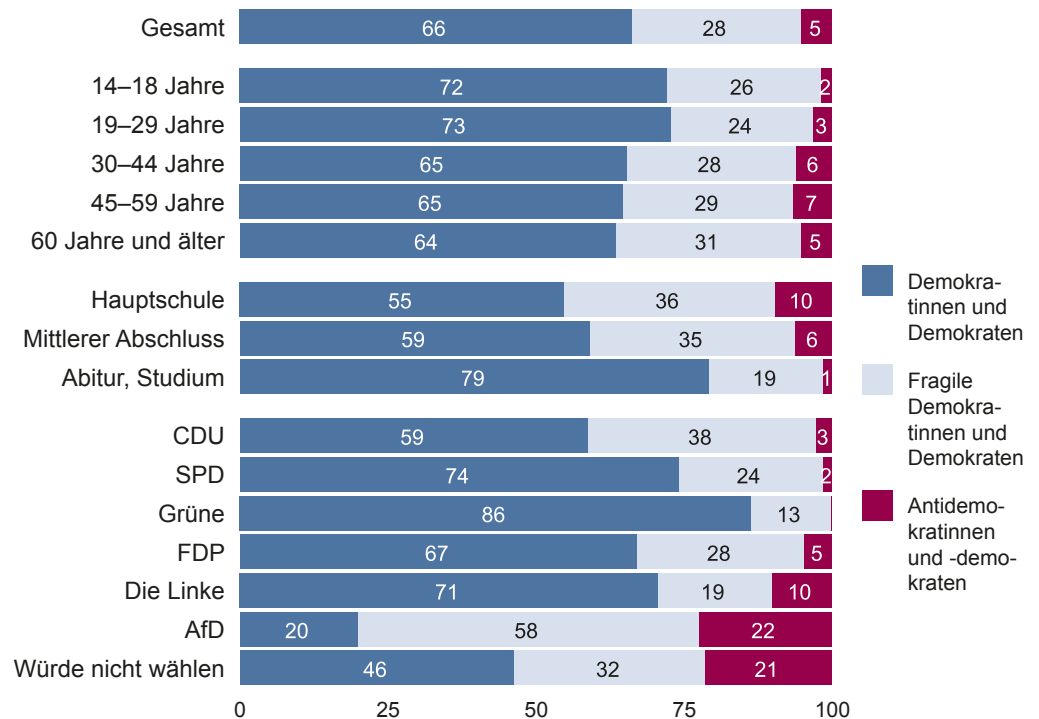


Abbildung 12: Einstellungstypen nach Alter (oben), Bildung (Mitte), Partei (unten)

6 Die Berechnung wird als Typisierung durchgeführt: Die Variablen werden als dichotome Variablen berechnet (Werte 1 bis 3 vs. Werte 4 bis 6), die Zustimmung oder Ablehnung abbilden. Für die Befragten wird über ein additives Verfahren das jeweilige Einstellungsmuster ermittelt und für die gesamte Stichprobe aufaddiert.
 7 Mehrfachantworten waren möglich.

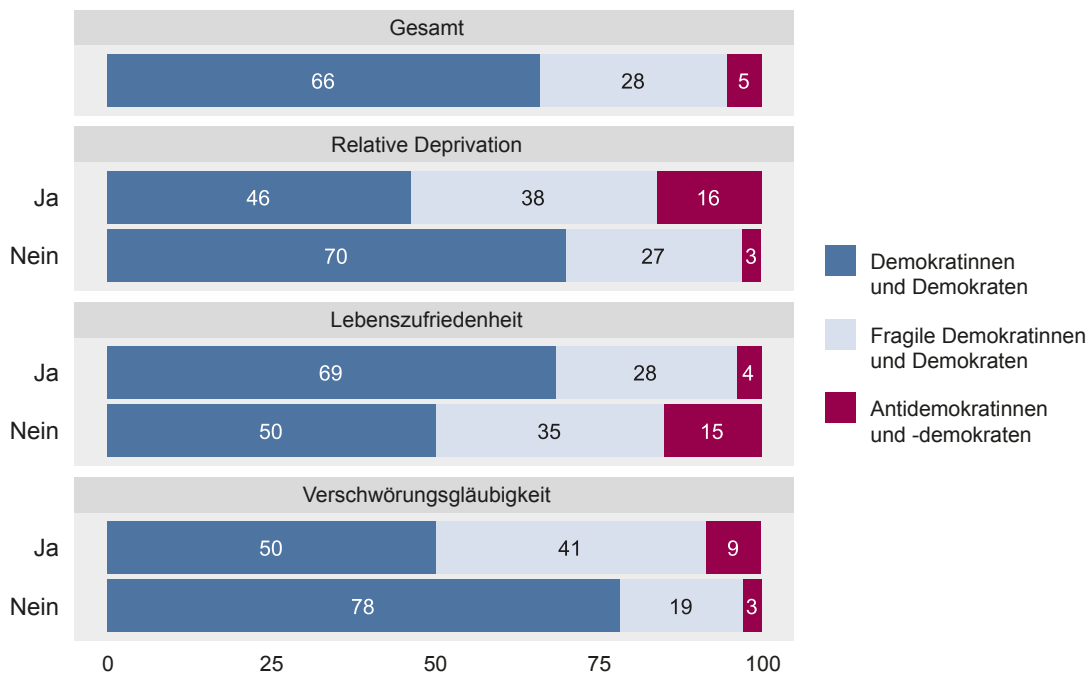


Abbildung 13: Einstellungstypen nach Deprivation, Lebenszufriedenheit und Verschwörungsgläubigkeit
Gruppenteilung ja (Ausprägungen 1–3), nein (Ausprägungen 4–6)

Dieser Personenkreis lehnt im Zweifelsfall Eingriffe in die demokratischen Rechte eher nicht ab oder ist bereit, sie einer bestimmten Personengruppe oder Minderheit abzusprechen.

Auffällig ist hier: Jüngere Menschen, Frauen und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss sprechen sich deutlich häufiger für eine Demokratie aus als für autokratische Beimischungen oder nicht demokratische Staatsformen. Die Zustimmung und Akzeptanz nicht demokratischer Staatsformen geht häufig mit einer Offenheit für Verschwörungsmythen und der Wahrnehmung einer persönlichen Benachteiligung gegenüber anderen einher.

Demokratinnen und Demokraten – zwei Drittel der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen – zeichnen sich durch eine grundsätzliche Unterstützung der Demokratie in Deutschland und Nordrhein-Westfalen aus und bilden das Fundament der Demokratie:

- Demokratinnen und Demokraten sehen die Garantie der Meinungs- und Pressefreiheit, die Rechtsstaatlichkeit und die freien Wahlen, die zu Machtwechseln führen können, als besonders wichtig für eine Demokratie an. Konflikte offen auszutragen, erscheint zwar am wenigsten bedeutungsvoll, wird aber immer noch von drei Vierteln der Demokratinnen und Demokraten als unabdingbar für die Demokratie genannt. Die grundsätzliche Durchsetzung nationaler Interessen als Ziel der Politik ist zwar auch etwa 45 % der Demokratinnen und Demokraten wichtig⁸, andere Merkmale von Autokratien werden aber mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.
- Sie unterstützen das demokratische politische System in Deutschland und Nordrhein-Westfalen durch ein breites Legitimitätsgefühl gegenüber der Demokratie als politischem System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt, aber auch gegenüber seiner

⁸ Zustimmungswerte 1 und 2 einer sechsstufigen Skala mit 1 = gehört unbedingt zu einer Demokratie und 6 = gehört auf keinen Fall zu einer Demokratie.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

konkreten Ausgestaltung im Grundgesetz. Sie lehnen jedwede autoritäre Umgestaltung ab. Ihr Demokratieverständnis entspricht den Kriterien einer liberalen Demokratie am meisten, sie sind am wenigsten bereit, Minderheitenrechte durch Volksabstimmungen einzuschränken und eine starke Führungsperson zu akzeptieren.

- Demokratinnen und Demokraten identifizieren sich mit der politischen Gemeinschaft und mit den räumlichen Einheiten Deutschland und Europa stärker als fragile Demokratinnen und Demokraten oder Antidemokratinnen und -demokraten.
- Sie übernehmen eher Ehrenämter und profitieren von der Ausbildung von brückenbildendem Sozialkapital, das sich auch in politisches Vertrauen überträgt.
- Demokratinnen und Demokraten haben auch das größte Vertrauen aller drei Gruppen in die demokratischen Institutionen und Amtsträgerinnen und Amtsträger, obwohl sie nicht unkritisch sind. Ihre Kritik richtet sich jedoch in den meisten Fällen nicht gegen die Demokratie, sondern gegen eine konkrete politische Maßnahme, eine Form der Amtsausübung oder die Arbeit einer Partei und bleibt innerhalb des Rahmens einer demokratischen Debatte.
- Sie nehmen mit hoher Wahrscheinlichkeit an Wahlen teil und trauen sich ein politisches Verständnis und eine wirksame Teilnahme am Willensbildungsprozess zu. Die Politikerinnen und Politiker nehmen sie stärker als responsiv wahr als fragile Demokratinnen und Demokraten oder Antidemokratinnen und -demokraten.
- Demokratinnen und Demokraten sehen die Gesellschaft seltener auseinanderdriften und lassen sich weniger von populistischen Aussagen überzeugen. Die Meinungsfreiheit sehen sie überhaupt nicht in Gefahr. Sie halten Minderheiten auch weniger für eine Bevölkerungsgruppe, die lediglich unter bestimmten Umständen zu dulden sei.

Demokratinnen und Demokraten sind deutlich seltener verschwörungsgläubig als fragile Demokratinnen und Demokraten und Antidemokratinnen und -demokraten – lediglich 5 % stimmen der Aussage, „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.“ voll und ganz zu.

- Demokratinnen und Demokraten nehmen sich seltener als benachteiligt wahr, insgesamt sind dies nur 12 %.
- Menschen mit Migrationsbiographie sind der Demokratie nicht grundsätzlich abgeneigter als Menschen ohne Migrationsbiographie.
- Zwei Eigenschaften der Demokratinnen und Demokraten fallen besonders auf: Es sind vor allem jüngere Menschen bis 29 Jahre und es sind vor allem Menschen mit Abitur oder Universitätsabschluss. Demokratie ist aber kein akademisches Projekt, sie muss auch die Menschen ohne Abitur ansprechen, mitnehmen, begeistern und zur Unterstützung animieren können.

Man könnte der Demokratie in Nordrhein-Westfalen demnach ein gutes Zeugnis ausstellen – wären da nicht die fragilen Demokratinnen und Demokraten, die im Zweifelsfall auch autoritäre Institutionen und Verfahren akzeptieren würden und deren Unterstützung sich die Demokratie im Notfall nicht völlig sicher sein kann. Zu dieser Gruppe gehört gut ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen:

- Fragile Demokratinnen und Demokraten schätzen alle verfassungsmäßigen und lebensweltlichen Aspekte als etwas weniger bedeutsam für die Demokratie ein als Demokratinnen und Demokraten, und mit den Regeln und Verfahren unserer Demokratie, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind, sind sie weniger zufrieden. Umso bedeutsamer ist, dass die fragilen De-

mokratinnen und Demokraten einige unverzichtbare Eigenschaften von Demokratien – Gewaltenteilung, Kompromissfähigkeit, Chancengleichheit und den Respekt vor Andersdenkenden – für weniger wichtig erachten als die Demokratinnen und Demokraten. Dieser Respekt für Andersdenkende wird häufig auf sich selbst bezogen und von der Gesellschaft eingefordert. Die Durchsetzung nationaler Interessen halten zwei Drittel für wichtig für eine Demokratie, und sie sind eher bereit, Minderheitenrechte per Volksabstimmung einzuschränken (36 %) und eine starke Führungsperson zu akzeptieren (51 %).

- Fragile Demokratinnen und Demokraten akzeptieren mindestens eine autoritäre Staatsform, weil sie denken, ihre persönlichen Probleme und die Herausforderungen der Gesellschaft könnten auf diese Weise besser gelöst werden. Hier zeigt sich, warum diese Gruppe für den Fortbestand der Demokratie nicht ungefährlich ist: Sie kann oder will in einer Demokratie autokratische Maßnahmen nicht ausschließen.
- Entsprechend haben fragile Demokratinnen und Demokraten auch nur ein geringes Vertrauen in die politischen Institutionen. Das Misstrauen richtet sich auf nahezu jede politische Institution, die Regierungen und Parlamente auf Bundes- und Landesebene, die Parteien sowie die Politikerinnen und Politiker, die Polizei, die Wissenschaft, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Landeszentrale für politische Bildung, aber besonders auf das Rechtswesen und die Gerichte.
- Fragile Demokratinnen und Demokraten sind eher Nichtwählende und sie übernehmen selten ein Ehrenamt. Dadurch bilden sie auch seltener brückenbauendes Sozialkapital (bridging social capital) aus.
- Fragile Demokratinnen und Demokraten ordnen sich im ideologischen Spektrum rechts der Mitte ein und sind der Meinung, dass Politikerinnen und

Politiker sich weder um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kümmern noch ihnen zuhören oder die politische Arbeit an ihre Wünsche anpassen. Vielmehr handelten sie im eigenen Interesse.

- Sich selbst nehmen fragile Demokratinnen und Demokraten im politischen Meinungsbildungsprozess als wenig wirksam wahr.
- Den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehen sie als gefährdet an.
- Fragile Demokratinnen und Demokraten haben eine klare Meinung zur Meinungsfreiheit: Sie sehen sie in hohem Maße als gefährdet an und meinen damit oftmals ihre eigene Meinung. Minderheiten sind nur willkommen, solange Deutschlands Traditionen gewahrt bleiben.
- Fragile Demokratinnen und Demokraten fühlen sich eher gegenüber anderen Menschen benachteiligt (relative Deprivation; 22 %), sind eher verschwörungsgläubig (15 % volle Zustimmung) und damit besonders schwer für demokratische Argumente zu erreichen. Verschwörungsgläubigkeit schafft kein brückenbildendes Sozialkapital. Im Gegenteil, sie bildet ein bindendes Sozialkapital (bonding social capital), das die Verschwörungsgläubigen enger zusammenschweißt und andere Menschen abgrenzt und ausschließt. Es vertieft damit die gesellschaftliche Spaltung.
- In der Regel gehören die fragilen Demokratinnen und Demokraten älteren Generationen (um die 50 Jahre) an, sie haben eine niedrige formale Bildung und sind männlich.

Im Ergebnis bedeuten diese Einstellungen, dass Enttäuschungen über die Leistungen der Amtsträgerinnen und Amtsträger auf das Vertrauen gegenüber politischen Institutionen und die Anerkennung der Grundlagen unserer Demokratie, das Grundgesetz, übergreifen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Dies gilt insbesondere für die Anhängerinnen und Anhänger der AfD: Sie sind zufrieden mit der Arbeit ihrer Partei, lehnen aber die Umsetzung der Demokratie im Grundgesetz eher ab und sind misstrauisch und unzufrieden gegenüber allen Institutionen und Amtsträgerinnen und Amtsträgern – nur der Arbeit der FDP in Nordrhein-Westfalen können sie etwas Positives abgewinnen.

Bei den fragilen Demokratinnen und Demokraten handelt es sich um Menschen, die mit der Demokratie in Deutschland offensichtlich unzufrieden sind: 37 % von ihnen nennen „Politik oder Politikerinnen und Politiker“ als größtes Problem in Deutschland nach der Inflation und Preissteigerung (40 %). In das kritische Bild passt auch die Wahrnehmung der allgemeinen Ausländerpolitik (15 %) und der Asylpolitik bzw. der Integration von Asylsuchenden und Geflüchteten (14 %) als problematisch. Die fragilen Demokratinnen und Demokraten liegen hier gleichauf mit den Antidemokratinnen und -demokraten. Die Bewertung der dringendsten Probleme durch die Gruppe der fragilen Demokratinnen und Demokraten zeigt, wie sich aus der spezifischen Problemwahrnehmung eine ablehnende Sicht auf das politische System und eine schleichende Abwendung von der Demokratie entwickeln. Diese Einstellungen machen die Gruppe der fragilen Demokratinnen und Demokraten anfällig für eine Akzeptanz nicht demokratischer Systemelemente wie eines Einparteiensystems, eines starken Führers oder gar der Staatsform einer Diktatur.

Die politischen Ansprüche der fragilen Demokratinnen und Demokraten werden nicht erfüllt. Mit ihrer politischen Zufriedenheit sind sie für Veränderungen im politischen System mobilisierbar. Ihr Legitimitätsempfinden gegenüber der Demokratie, d. h. ihre politische Unterstützung der Demokratie als solcher, ist brüchig. Es kann die Unzufriedenheit mit den politischen Leistungen nicht dauerhaft kom-

pensieren, aus der politischen Erfahrung erwächst kein Vertrauen in die politischen Institutionen. Fragile Demokratinnen und Demokraten nehmen die Demokratie als defizitär wahr und akzeptieren, wie gezeigt, „Reformen“ durch autoritäre Verfahren und Institutionen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind durchaus in der Lage, autoritäre von demokratischen Systemelementen zu unterscheiden. Umso wichtiger ist es, die Akzeptanz nicht demokratischer Institutionen und Verfahren als Gefährdung für die Demokratie ernst zu nehmen. Während die Antidemokratinnen und -demokraten kaum für die Demokratie zurückgewonnen werden können, bleibt es eine für den Schutz der Demokratie wichtige Aufgabe, die Gruppe der fragilen Demokratinnen und Demokraten nach Möglichkeit wieder fest in die demokratische Ordnung zu integrieren.

Die Antidemokratinnen und -demokraten, es sind insgesamt 5 % der Befragten in Nordrhein-Westfalen, zeigen ein geschlossen (rechts-)autoritäres Weltbild:

- Die Gruppe der Antidemokratinnen und -demokraten schätzt Machtwechsel durch Wahlen, die Gewaltenteilung und Kompromissfähigkeit im Vergleich zu den Demokratinnen und Demokraten und fragilen Demokratinnen und Demokraten besonders gering. Kennzeichnend ist, dass in dieser Gruppe die Chancengleichheit die geringste Zustimmung erfährt. Die Zustimmung zu einer starken Führungsperson ist die höchste aller Gruppen (59 %). Das Demokratieverständnis der Antidemokratinnen und -demokraten entspricht einer Obrigkeitsorientierung in einer hierarchischen Gesellschaft, in der man selbst zur überlegenen Gruppe gehört und diese Überlegen-

- heit auch nicht teilen möchte.
- Davon abgesehen, haben sie kaum ein Legitimitätsgefühl gegenüber der Demokratie als demjenigen „politischen System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt“. Ihre Einstellungen geben lediglich ein Verständnis, aber keine politische Unterstützung von Demokratie wieder.
 - Ziel der Politik sollte nach ihrer Ansicht das Durchsetzen nationaler Interessen sein. Ein Viertel würde Minderheitenrechte einschränken, knapp die Hälfte hält die Gewaltenteilung und die Kompromissfähigkeit in einer Demokratie für nicht so wichtig. Ein gutes Drittel nimmt an, in einer Demokratie bräuchte man eine starke Führungsperson.
 - Antidemokratinnen und -demokraten fühlen sich der politischen Gemeinschaft auf allen politischen Ebenen weniger verbunden als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deutschland oder Europa bieten ihnen als räumliche Einheiten einen geringeren Identifikationsanreiz als kleinere Einheiten wie Nordrhein-Westfalen oder ihre Gemeinde.
 - Ihr zivilgesellschaftliches Engagement ist nur schwach, sie bilden folglich dort auch kein brückenbildendes Sozialkapital aus, das ein politisches Vertrauen speisen könnte.
 - Eigentlich sind den Antidemokratinnen und -demokraten alle demokratischen Institutionen suspekt, dies gilt aber besonders für Politikerinnen und Politiker sowie Parteien.
 - Die Leistungen keiner Partei in Nordrhein-Westfalen außer der AfD vermögen sie zu überzeugen.
 - An Wahlen nehmen sie seltener teil, Antidemokratinnen und -demokraten halten sich selbst in der Demokratie nicht für politisch wirksam und die Politikerinnen und Politiker für nicht responsiv.
 - Die Gesellschaft nehmen sie als gespalten wahr, populistische Aussagen treffen ihre eigene Meinung gut, ebenso wie Verschwörungsmithen.

- In der Gruppe der Antidemokratinnen und -demokraten ist der Anteil der Verschwörungsgläubigen am höchsten – 27 % stimmen der Aussage „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.“ voll und ganz zu.
- Sie sind davon überzeugt, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu dürfen. Minderheiten werden nur geduldet, wenn sie die deutschen Traditionen nicht stören.
 - Antidemokratinnen und -demokraten sind eher in älteren, aber bevölkerungsstarken Jahrgängen zu finden (45–59 Jahre) und haben häufiger eine niedrige formale Bildung.
 - Der Anteil der relativ Deprivierten ist unter den Antidemokratinnen und -demokraten höher als unter den Demokratinnen und Demokraten und den fragilen Demokratinnen und Demokraten. Insgesamt 50 % geben an, dass sie nicht ihren gerechten Anteil am Lebensstandard bekämen, davon stimmen 18 % der Aussage voll und ganz zu.

Auch wenn die Antidemokratinnen und -demokraten nur einen relativ kleinen Anteil der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen ausmachen, so stellen sie doch eine Quelle ständiger Infragestellung der Demokratie dar und säen Zweifel an ihrer Angemessenheit.

Nimmt man die Anteile derjenigen zusammen, die sich teilweise bzw. durchgehend für nicht demokratische Institutionen und Verfahren aussprechen, liegt der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die die Demokratie nicht vollumfänglich unterstützen, bei 33 %. Dieser Anteil ist nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen deutlich zu hoch für eine langfristig stabile Demokratie.

Ursachen

Die relative Deprivation, das Gefühl, im Vergleich zu anderen nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu bekommen, hat einen weitreichenden Einfluss auf die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der politischen Gemeinschaft und auf die Einstellungen zu Demokratie.

Das in der relativen Deprivation enthaltene Konkurrenzdenken hat unmittelbare Auswirkungen auf die politische Unterstützung: Demokratinnen und Demokraten (12 %) äußern selten Gefühle der Benachteiligung gegenüber anderen, die höchsten Werte erreichen die Antidemokratinnen und -demokraten (50 %) und die fragilen Demokratinnen und Demokraten (22 %). Die Hälfte derjenigen, die ein demokratisches politisches System ablehnen, fühlen sich demnach um den gerechten Anteil am Lebensstandard betrogen und nehmen an, in einer Autokratie das zu bekommen, was ihnen zusteht. Bei den fragilen Demokratinnen und Demokraten ist diese Überzeugung ebenfalls vorhanden und untergräbt ihren Glauben an ein demokratisches politisches System.

Relativ deprivierte Menschen tun sich schwer, der pluralistischen politischen Gemeinschaft etwas Positives abzugewinnen, sie sehen die Gesellschaft vielmehr gespalten und sich selbst auf der Seite der Verliererinnen und Verlierer. Schuld sind die „Herrschenden und Mächtigen, die gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung handeln“ und sie daran hindern, ihre Meinung frei zu äußern. Verschwörungsmythen erleichtern es, in der globalisierten Gegenwart Erklärungen zu finden, die die Komplexität der Wirklichkeit reduzieren. Sie erzeugen aber auch ein gemeinsames Misstrauen gegenüber nahezu allen Institutionen der Demokratie. Die Verdrossenheit der Deprivierten ist so groß, dass von einer – zumindest

teilweisen – Abwendung von den demokratischen Institutionen und Prozessen gesprochen werden muss. In dieser Gruppe liegt ein hohes Gefährdungspotential für die Demokratie.

Diese Einstellungskomplexe sind schwer zu verändern, denn es sind ausnahmslos Wahrnehmungen und subjektive Gefühle, die für die Ablehnung der Demokratie verantwortlich sind. Objektive Gegebenheiten, wie ein relativ gutes Einkommen, ein hohes Bruttoinlandsprodukt oder ein hohes Wirtschaftswachstum haben nahezu keine Effekte auf diese Benachteiligungsgefühle. Politische Bildung kann v. a. durch die Erfahrung unterschiedlicher Lebenslagen im schulischen und gesellschaftlichen Nahbereich gegen Überzeugungen wirken, die in (sozialen) Medien häufig überspitzt dargestellt werden und zu Fehlwahrnehmungen anderer Gesellschaftsgruppen beitragen.

Verschwörungsmythen unterwandern die Demokratie und fügen ihr schweren Schaden zu. Sie bilden eigene Wirklichkeiten aus, von denen ihre Anhängerinnen und Anhänger so durchdrungen sind, dass sie kaum mehr von der tatsächlichen Wirklichkeit zu überzeugen sind (Nocun/Lamberty, 2021). Verschwörungsmythen bilden Brückenideologien zu Rassismus, Muslimfeindlichkeit, Sexismus, Antifeminismus und schließlich Extremismus (Kampf gegen die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung).

Menschen, die den Verschwörungserzählungen glauben, sprechen sich häufiger als andere für autoritäre Elemente in unserer politischen Ordnung aus und wenden sich von demokratischen Prinzipien ab.

Für die Demokratie ist es daher gefährlich, wenn Menschen Verschwörungsmy-

then glauben. Denn es sind immerhin 40 % der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen⁹, die zumindest etwas davon überzeugt sind, „dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Außerdem stimmen 63 % der Menschen zumindest teilweise zu, dass die Regierenden und die Menschen mit Macht in unserer Gesellschaft gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung handeln.

Die Eigenschaften der drei Typen politischer Einstellungen zur Demokratie haben gezeigt, dass formale Bildung einen großen Einfluss auf die politischen Kenntnisse, die Einstellungen und auch auf die Handlungen ausübt.

Empfehlung

Die Gruppe der fragilen Demokratinnen und Demokraten ist für ein eindeutiges Bekenntnis zum demokratischen Grundkonsens und die Wahl demokratischer Parteien nicht verloren: Ihr gehören viele Menschen an, die sich zunächst aus Enttäuschung und dem Gefühl, benachteiligt zu werden, teilweise von demokratischen Prinzipien abwenden. Eine direkte Ansprache, das Aufzeigen von Verfahren, die ihre politische Selbstwirksamkeit stärken, und nicht zuletzt eine Stärkung der persönlichen politischen Kompetenz, politische Willensbildung zu verstehen und sich daran beteiligen zu können, können sie wieder enger an die demokratische politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland binden.

Schulische und außerschulische politische Bildung und Medienkompetenz sind Maßnahmen, die es Fake Facts und Verschwörungsmethoden zumindest schwerer

Je niedriger die formale Bildung ist, desto eher fallen die Bürgerinnen und Bürger nicht demokratischen Haltungen und Überzeugungen anheim.

Auch das Alter spielt hier häufig eine Rolle. Jüngere Menschen unter 30 Jahren sind seltener davon überzeugt, „dass es geheime Organisationen gibt, die Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen“.

Unabhängig von allen anderen soziodemografischen Merkmalen weisen Menschen, die Anhängerinnen und Anhänger der AfD sind, bei dem abgefragten Verschwörungsmethoden eine deutlich höhere Zustimmung auf als die Anhängerinnen und Anhänger von CDU; SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP.

machen, Anhängerinnen und Anhänger für sich zu gewinnen und antidemokratische politische Einstellungen zu erzeugen. Viele Behauptungen aus dem Spektrum der Verschwörungsmethoden sind leicht zu überprüfen und zu widerlegen, sie gewinnen durch wiederholte Verbreitung in einschlägigen Foren und Gruppen der sozialen Medien an Überzeugungskraft, aber nicht an Wahrheitsgehalt. Politische Bildung – zuallererst schulische politische Bildung – trägt maßgeblich zur politischen Sozialisation der nachfolgenden Generationen bei und erreicht viele Menschen, solange sie noch nicht Verschwörungsmethoden glauben. Die Fähigkeiten zum Faktencheck, zur Diskussion und Argumentation, zur Anwendung demokratischer Normen, Werte, Verfahren und Institutionen werden schon im Kindesalter gebildet. Die praxisorientierte politische Bildung ist daher zu intensivieren. Politische Bildungslandschaften können diese Ansätze unterstützen.

⁹ Verschwörungsgläubige sind eher männlich und insbesondere ältere Menschen (60 Jahre und älter), Personen mit niedriger oder mittlerer Bildung, mit ihrem Leben Unzufriedene und Anhängerinnen und Anhänger der AfD.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

3.3 Politische Partizipation mit dem Fokus Wahl und Nichtwahl

Politische Partizipation ist ein wesentlicher Grundpfeiler der Demokratie. Schon dem Wortstamm nach bedeutet „Demokratie“, dass die Macht (griechisch „kratos“) vom Volk (griechisch „demos“) ausgeht. Die Demokratie beruht darauf, dass sich Bürgerinnen und Bürger aktiv in politische Prozesse und Entscheidungen einbringen. Demokratie lebt von politischer Teilhabe.

Die Teilnahme an Wahlen ist eine herausgehobene Form politischer Teilhabe. Auch wenn die Wahlbeteiligung – teilweise erheblich – sinkt, so bleibt sie das zentrale Beteiligungsinstrument der repräsentativen Demokratie. Und doch geht Beteiligung in der Demokratie über das Wählen hinaus. Bürgerinnen und Bürger können sich auf ganz unterschiedliche Weise, mit unterschiedlichem Aufwand und Zielen politisch einbringen (siehe vertiefend die folgende Infobox „Was ist politische Partizipation?“). Allen Formen der Partizipation ist gemeinsam, dass sie ein gewisses Niveau an Informationen und Informiertheit und damit an politischer Bildung voraussetzen.

Dieses Kapitel stellt die Einstellungen und Interessen zu unterschiedlichen Formen politischer Partizipation in Nordrhein-Westfalen und deren tatsächliche Nutzung dar. Dazu wurden die Menschen in Nordrhein-Westfalen nach dem tatsächlichen Gebrauch der verschiedenen Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung an Gesellschaft, Politik und Demokratie befragt. Vor dem Hintergrund der historisch niedrigen Wahlbeteiligung bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2022 ist die politische Beteiligung durch Wahlen ein eigener Schwerpunkt. Von besonderem Interesse sind dabei die Gründe und Motive der Wahlteilnahme und auch der Nichtwahlteilnahme sowie mögliche Maßnahmen, die zu einer höheren Wahlbeteiligung führen könnten.

Infobox: Was ist politische Partizipation?

Partizipation ist ein Grundpfeiler der Demokratie als Staats- und Lebensform. Dabei umfasst politische Partizipation Aktivitäten, die von Menschen in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger freiwillig mit dem Ziel ausgeführt werden, Einfluss auf das politische System und politische Entscheidungen zu nehmen (Verba/Nie,

1972: 2). Politisches Engagement wird analytisch von sozialem Engagement getrennt betrachtet: „Soziale Partizipation ist [...] ein Sammelbegriff für eine Beteiligungsform, die in der Regel öffentliches, kollektives Handeln ohne direkte politische Motivation beschreibt, aber immer über die private Sphäre hinausreicht“ (Roßteutscher,

2009: 163). Empirisch stehen soziale und politische Teilhabe in einem engen Zusammenhang: Menschen, die sozial eingebunden und freiwillig aktiv sind, können kommunikative und organisatorische Kompetenzen aufbauen, die es ihnen erleichtern, sich politisch einzubringen (Brady et al., 1995).

Zentrale Fragen der Partizipationsforschung sind einerseits die grundsätzliche Beteiligungsbereitschaft (wer partizipiert?) und andererseits die genutzten Formen der Partizipation (wie wird partizipiert?). Partizipationsmöglichkeiten unterscheiden sich insbesondere hinsichtlich der Ressourcen, die sie erfordern – etwa Zeit, Geld und Fähigkeiten (Brady et al., 1995). Diese sind in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich verteilt, weshalb Faktoren wie Alter, Bildung, Einkommen, Geschlecht und der sozialen Einbettung eine wichtige Rolle bei der Erklärung von Unterschieden in der Beteiligung zukommt. Dies gilt sowohl für die Beteiligung an Wahlen als auch für das breitere Spektrum der verschiedenen Formen politischer Partizipation. Dabei hängen auch Einstellungen wie das politische Interesse und die politische Selbstwirksamkeit eng mit der Partizipationsbereitschaft zusammen.

Formen der politischen Partizipation

Wahlen sind ein Kernelement repräsentativer Demokratien und haben daher eine besondere Bedeutung für die politische Teilhabe. Darüber hinaus steht ein breites, ausdifferenziertes Partizipationsrepertoire zur Verfügung (van Deth, 2014), zu dem zum Beispiel Unterschriftenaktionen, Petitionen und Demonstrationen gehören. Zudem findet politische Beteiligung

vermehrt digital bzw. digital gestützt statt – so haben sich etwa Petitionen ins Internet verlagert und sind so zugänglicher und verbreiteter geworden. Mit digital vernetzter Partizipation (Theocharis et al., 2019) über soziale Medien hat sich zudem eine neue Form der Beteiligung herausgebildet. Die Erweiterung des Repertoires der Partizipation und der erleichterte Zugang über digitale Kanäle führen allerdings nicht per se zu einer höheren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger (van Deth, 2009).

Ungleichheiten der Partizipation

Nicht alle Menschen beteiligen sich in gleicher Weise politisch. Bei einem großen Teil der Bürgerinnen und Bürger beschränkt sich die politische Partizipation auf die Stimmabgabe bei Wahlen. Politische Beteiligung abseits von Wahlen wird nur unregelmäßig praktiziert (van Deth, 2009). Für verschiedene Partizipationsformen zeigen sich dabei immer wieder ähnliche Muster: Ältere Menschen, Hochgebildete und Menschen mit höherem Einkommen bringen sich eher politisch ein als Jüngere, Personen mit niedrigerer formaler Bildung oder geringerem Einkommen. Zudem ist ein stabiler Geschlechtereffekt erkennbar (Heger et al., 2022): Frauen partizipieren eher in nicht institutionalisierten Formen und häufiger mittels Protest, während Männer eher institutionalisierte Wege der politischen Beteiligung wählen und solche, bei denen sie selbst sichtbar werden. Diese Ungleichheit entwickelt sich bereits in jungen Jahren durch unterschiedliche politische Sozialisationsprozesse junger Frauen und Männer (Pfanzelt/Spies, 2019) und wird später durch strukturelle Ungleichheiten noch verstärkt (Marien et al., 2010).

3.3.1 Politische Partizipation im Überblick

Politische Partizipation umfasst mehr als nur die Teilnahme an Wahlen. So wurden die Menschen in Nordrhein-Westfalen gefragt, welche weiteren Möglichkeiten der politischen Einflussnahme sie schon einmal genutzt haben.

Mehr als zwei Drittel (70 %) der Befragten in Nordrhein-Westfalen gaben dabei an, sich schon einmal an einer Petition oder Unterschriftenaktion beteiligt zu haben. Damit stellen Petitionen und Unterschriftenaktionen abseits der Wahlen die am weitesten verbreitete Form der politischen Partizipation dar.

Für 13 % der Personen, die angaben, bereits an einer Petition teilgenommen zu haben, stellte dies darüber hinaus die einzige Form politischer Beteiligung abseits von Wahlen dar.

Unterschriftensammlungen & Petitionen sind die meist genutzten Formen der Beteiligung jenseits von Wahlen.

Auch Volksbegehren/Volksentscheide oder Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheide und Demonstrationen sind gelegentlich genutzte Formen politischer Partizipation.

Mit jeweils 40 % haben schon deutlich weniger Befragte an einem Volksbegehren, Volksentscheid oder Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid oder an einer Demonstration teilgenommen.

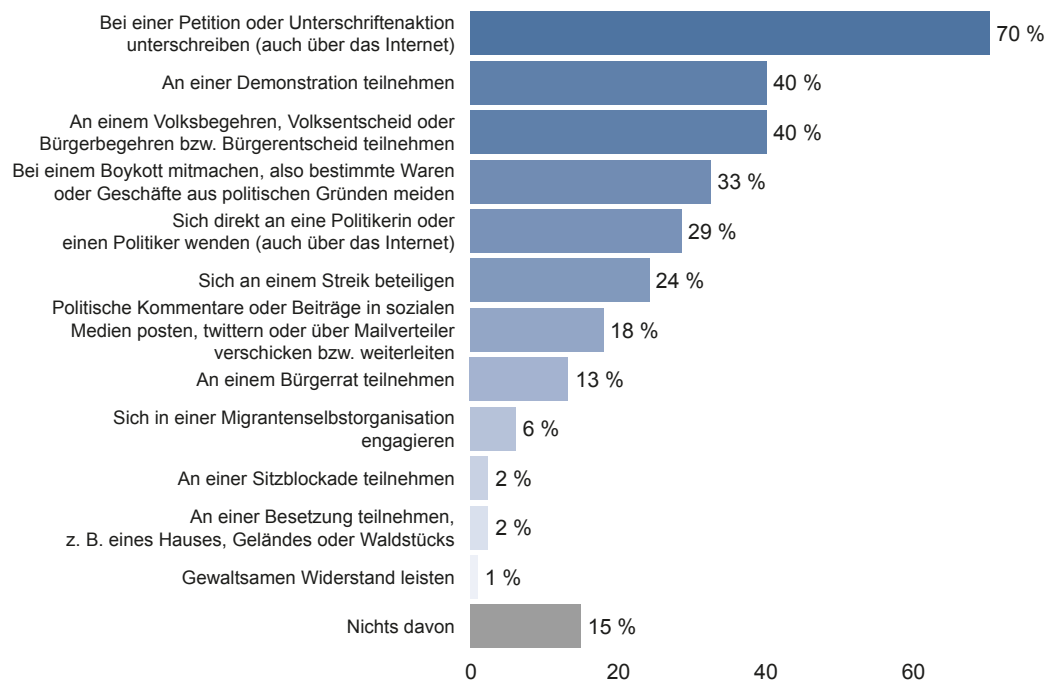


Abbildung 14: Nutzung von Möglichkeiten politischer Einflussnahme außerhalb von Wahlen

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Unterschriftensammlungen bleiben neben der Beteiligung an Wahlen der meistgenutzte Weg politischer Partizipation. Im Rahmen der Befragung zum ersten Demokratiebericht gaben 69 % an, diese Form der politischen Einflussnahme bereits genutzt zu haben. Jeweils ein Drittel hatte 2020 angegeben, bereits einmal an einem Volksbegehren oder einem Bürgerentscheid, einer genehmigten Demonstration sowie einem Boykott mitgemacht zu haben.



Ein Drittel (33 %) der Befragten hat bei einem Boykott mitgemacht, also bestimmte Waren oder Geschäfte aus politischen Gründen gemieden. Ähnlich viele (29 %) haben sich (online oder offline) direkt an eine Politikerin oder einen Politiker gewendet.

An einem Streik hat sich rund ein Viertel (24 %) der Befragten in Nordrhein-Westfalen beteiligt. 18 % der Befragten haben politische Kommentare oder Beiträge in sozialen Medien gepostet, getwittert oder über Mailverteiler verschickt bzw. geteilt. 13 % haben an einem Bürgerrat teilgenommen. 6 % haben sich schon einmal in einer Migrantenselbstorganisation engagiert. Dies entspricht der starken Prägung Nordrhein-Westfalens durch Migration.

An einer Sitzblockade oder einer Besetzung, z. B. eines Hauses, Geländes oder Waldstücks, haben hingegen jeweils 2 % der Befragten teilgenommen. Noch geringer ist die Angabe zum gewaltsamen Widerstand, die bei nur noch 1 % liegt.

15 % nutzten bisher keine der abgefragten Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme jenseits von Wahlen.

Unter dem Gesichtspunkt soziodemografischer Merkmale gibt es einige feststellbare Unterschiede:

Ein aus der Forschung bekanntes Muster unterschiedlicher Beteiligung von Männern und Frauen (siehe Infobox „Was ist politische Partizipation“, Kapitel 3.3, S. 80) zeigt sich auch in dieser Befragung: Männer kontaktieren häufiger als Frauen Politikerinnen oder Politiker und verfassen häufiger politische Kommentare oder Beiträge in sozialen Medien oder Mailverteilern.

In Bezug auf verschiedene Altersgruppen fällt auf, dass die jüngste Altersgruppe (14–18 Jahre) deutlich weniger breit partizipiert hat.

Gründe dafür liegen zum einen in der Art der Fragestellung: gefragt wurde, ob eine der Formen jemals (ohne Eingrenzung des Zeitraums) genutzt wurde – ältere Menschen können hier also auf einen längeren Zeitraum zurückblicken. Zum anderen richten sich viele Partizipationsangebote eher an Erwachsene. Manche Beteiligungsformen setzen Altersgrenzen wie die Volljährigkeit und/oder volle Geschäftsfähigkeit voraus und bleiben damit (minderjährigen) Kindern und Jugendlichen verwehrt. Auch können Eltern eine Mitsprache ausüben, ob und inwieweit sich Kinder und Jugendliche beteiligen können. Insofern erklärt sich, dass ca. ein Viertel der 14- bis 18-Jährigen noch keine der Möglichkeiten genutzt hat, um politisch Einfluss zu nehmen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

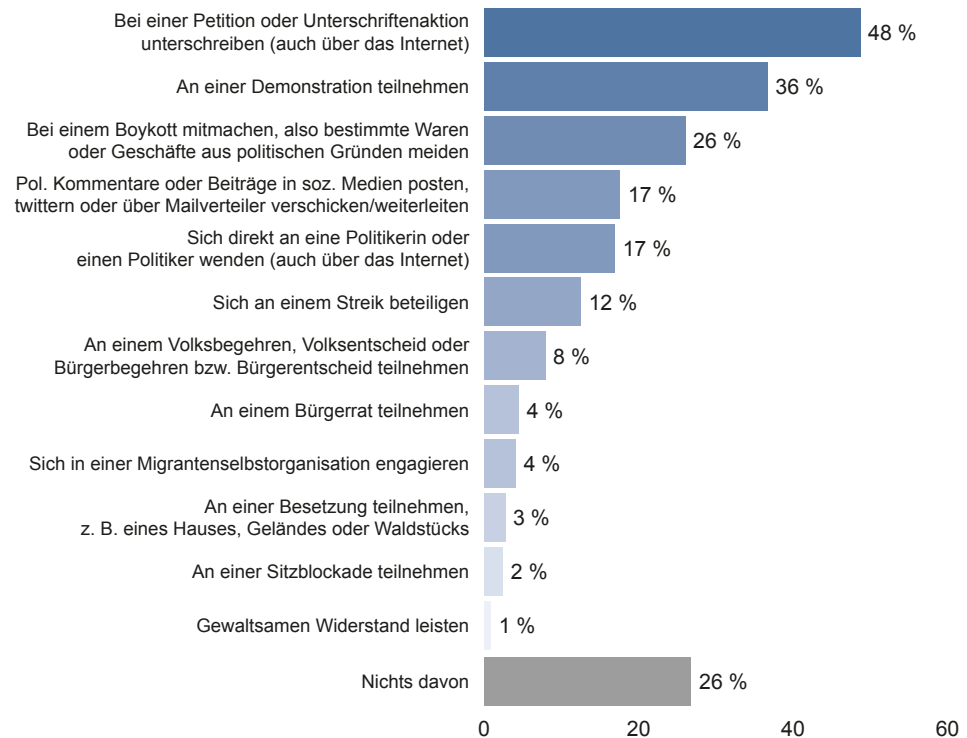


Abbildung 15: Nutzung von Möglichkeiten politischer Einflussnahme bei den 14- bis 18-Jährigen

Darüber hinaus sind sich die Altersgruppen in der Nutzung der Partizipationsformen recht ähnlich. Eine Ausnahme stellt hier nur die Teilnahme an Volksbegehren/-entscheiden bzw. Bürgerbegehren/-entscheiden dar. Diese ist in höheren Altersgruppen deutlich höher.

Umgekehrt nimmt der Anteil derjenigen, die politische Kommentare oder Beiträge in sozialen Medien oder Mailinglisten verfassen, mit steigendem Alter ab.

Da ältere Menschen erst spät im Lebensverlauf mit digitalen Technologien in Berührung gekommen sind, ist davon auszugehen, dass sich dies im Vergleich zu den jüngeren Alterskohorten in einer durchschnittlich schwächer ausgeprägten Digitalkompetenz niederschlägt.

Mit zunehmendem Alter wird zudem etwas häufiger als in den niedrigen und mittleren Altersklassen die Antwort „nichts davon“, also die Aussage, man habe keine der abgefragten Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen genutzt, angegeben. Insofern ältere Menschen im Laufe ihrer längeren Lebensbiografie mehr (Lebens-)Zeit für Beteiligung hatten, ist dies bemerkenswert.

Bei der Nutzung politischer Beteiligungsmöglichkeiten jenseits des Wählens zeigen sich zudem Unterschiede nach dem formalen Bildungsniveau: Die Beteiligung an Petitionen und Unterschriftenaktionen, Demonstrationen und Boykotten steigt mit dem formalen Bildungsabschluss.

Gleiches gilt für die Kontaktaufnahme mit Politikerinnen und Politikern sowie das Teilen von Kommentaren und politischen Beiträgen in den sozialen Medien. Auf etwa gleichem Niveau liegt die Beteiligung bei Volksbegehren, Volksentscheiden oder Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheiden und der Teilnahme an einem Bürgerrat.

Einordnung

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen greifen auf verschiedene Mittel und Wege politischer Partizipation zurück. Sie nutzen zwar nicht das gesamte zur Verfügung stehende Angebot, bringen sich aber über verschiedene Kanäle politisch ein:

Im Durchschnitt haben die Befragten bereits 3–4 (Mittelwert 3,5) der zuvor genannten Beteiligungsformen genutzt. Nur etwa jede fünfte Person (19 %), die sich schon jenseits von Wahlen politisch beteiligt hat, hat dies bisher nur auf eine Art und Weise getan.

Deutlich sticht hervor, dass Unterschriftensammlungen und Petitionen das meistgenutzte Instrument jenseits von Wahlen sind.

Dies ist allerdings auch das Instrument mit dem geringsten persönlichen Zeitaufwand. Insbesondere durch Petitionsplattformen im Internet sind die Kosten für diese in Reichweite und Einfluss begrenzte Form der politischen Beteiligung gesunken.

Demgegenüber werden radikalere Protestformen wie Sitzblockaden, Besetzungen und gewaltsamer Widerstand lediglich von sehr wenigen Befragten angegeben.

Dies erscheint in Anbetracht der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit für die Protestaktionen von Bewegungen wie die „Letzte Generation“ durchaus auffällig. Zwei Aspekte sind dabei zu bedenken: Erstens zeigt sich hier, dass es sich in Nordrhein-Westfalen um eine sehr kleine Gruppe handelt, die große Aufmerksamkeit generiert. Zweitens spielen insbesondere bei strafbaren Protestformen mit breitem (negativem) Medienecho Effekte der sozialen Erwünschtheit eine Rolle. So bekennen sich in der Befragung selbst Aktivistinnen und Aktivisten unter Umständen nicht dazu, eine eher radikale Form der Beteiligung schon genutzt zu haben.

Letztlich bestätigt auch diese Studie den immer wieder festgestellten Befund, dass die Teilnahme an vielen Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen mit dem formalen Bildungsniveau steigt.

3.3.2 Wahl und Nichtwahl

Wählen bzw. die Entscheidung zur Wahlbeteiligung gilt als wenig zeitintensiv und verursacht praktisch keine Kosten (Brady et al., 1995: 279). Wahllokale befinden sich fast immer in der Nähe des jeweiligen Lebensmittelpunktes und Wahlen finden zu einem bestimmten Zeitpunkt statt; die Briefwahl erfolgt über einen kurzen, aber klar definierten Zeitraum.

Informationen zur Wahl, mitunter sogar die Wahlprogramme der antretenden Parteien, gibt es auch in einfacher Sprache und die Wahlbenachrichtigung kommt unaufgefordert. Man benötigt also im Vergleich zu anderen Formen der politischen Beteiligung verhältnismäßig wenige Fähigkeiten und andere Ressourcen, um in Deutschland wählen zu gehen. Beim Wahlakt selbst handelt es sich um eine konventionelle, bewährte und erprobte Form der Beteiligung. Auch gibt es in Deutschland keine Wahlpflicht. Im Falle der Nichtwahl droht keine Strafe oder ein Bußgeld. Wählen ist in Deutschland jedoch ein gesellschaftlich und politisch erwünschtes Verhalten, Nichtwahl hingegen nicht gut angesehen.

Die Wahlforschung im Sinne der Suche nach Erklärungen für die Entscheidung zwischen Parteien ist ein zentraler Strang der politikwissenschaftlichen Forschung, der sich früh etabliert hat (vgl. Eilfort, 1993; Kleinhenz, 1995). Mit dem Rückgang der historisch eher hohen Wahlbeteiligung in Deutschland wurde der Erforschung der Nichtwahl in der jüngeren Vergangenheit der deutschsprachigen Wahlverhaltensforschung besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Die Erforschung der Nichtwahl trifft auf die Herausforderung, dass Angaben in Befragungen nicht zwingend vollständig sind und faktisch zutreffend sind. Dass Nichtwahl mit einem gesellschaftlichen Stigma versehen ist, ruft in Befragungen das Phänomen der sozialen Erwünschtheit hervor (Cabarello 2014).

Das heißt, dass die Befragten nicht zu geben möchten, dass sie sich nicht an der Wahl beteiligt haben, weil sie denken, dass dieses Verhalten nicht den sozialen Normen entspricht. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Forschung zwar Aussagen zu den bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern treffen kann, die sich aber nur bedingt auf die gesamte Gruppe übertragen lassen.

Das vom Landeswahlleiter veröffentlichte amtliche Wahlergebnis zur Landtagswahl vom Mai 2022 in Nordrhein-Westfalen vermittelt den gesicherten Wert der Nichtwahl: Von 12.965.858 Wahlberechtigten insgesamt haben 7.200.293 (55,5 %) als Wählerinnen und Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. In der Befragung zum Demokratiebericht 2023 haben von den 3.149 Befragten 2.566 angegeben, bei der Landtagswahl vom Mai 2022 wahlberechtigt gewesen zu sein. Hiervon haben nur 11 Befragte keine Angabe gemacht oder mit „weiß nicht“ geantwortet. Hingegen haben 2.115 Befragte gesagt, sie hätten gewählt, und 440, sie hätten nicht gewählt. Mit den 440 bekennenden Nichtwählenden in der Befragung zum Demokratiebericht wurde einerseits eine Fallzahl realisiert, die auch bei einer Bildung von Subgruppen belastbare statistische Aussagen ermöglicht. Andererseits beträgt (nach Anwendung der statistisch erforderlichen Gewichtungsfaktoren) der Anteil der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler 16 % und weicht damit deutlich vom amtlichen Wahlergebnis ab.

Aussagekräftige Forschungsergebnisse erfordern somit eine Kombination von Datenquellen. Historische Wahlbeteiligungsdaten sowie die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik der Landtagswahlen seit 2010 erlauben Aussagen über das tatsächliche Ausmaß der Wahlenthaltung. Die Daten der repräsentativen Umfrage für den zweiten Demokratiebericht geben wiederum einen detaillierten Einblick in das Profil derjenigen, die sich zur Wahlenthaltung bekennen. Insbesondere die Gründe der Wahlenthaltung und die politischen Einstellungen der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler

können nur über die Befragungen analysiert werden. Somit ergänzen sich die Datenquellen gegenseitig und helfen in ihrer Kombination, das Phänomen der Wahlenthaltung zu verstehen.

Zur Kontextualisierung der Analysen der repräsentativen Wahlstatistik und der repräsentativen Umfrage wird zunächst die Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen im Zeitverlauf eingeordnet und mit Wahlen in anderen Bundesländern sowie mit Kommunal-, Bundestags- und Europawahlen verglichen.

Infobox: **Wahlforschung und Erklärung von Nichtwahl**

Die Hauptströmungen der Wahlforschung – Rational Choice sowie sozialpsychologische und soziologische Ansätze (Cabarello, 2014) – geben bereits Hinweise zur Erklärung von Nichtwahl. Ergänzt werden sie durch institutionelle Ansätze, die sich auf die (Un-)Zufriedenheit mit institutionellen Rahmenbedingungen richten (ebd.).

Insgesamt wird eine Vielzahl von Einflussfaktoren für die Nichtwahl identifiziert, die in der Literatur jedoch keine einheitliche Bewertung erfahren (Stockemer, 2017). Oftmals findet sich der sozioökonomische Status als wichtige Erklärungsgröße in der Wahlforschung. Hier werden Faktoren wie Geschlecht, formaler Bildungsgrad, Einkommen, Berufsfeld, Schichtzugehörigkeit u. Ä. herangezogen. Wirtschaftlich benachteiligte Menschen und Menschen, die einen formal niedrigeren Bildungsgrad aufweisen, beteiligen sich danach seltener an Wahlen als Menschen, die ökonomisch bessergestellt sind oder zu den formal höher gebildeten Gruppen gehören (vgl. Eder, 2013; Renz, 1997; Schäfer, 2015 für Deutschland; Bhatti et al., 2019 für andere demokratische Staaten).

Dabei wird oftmals von einem Zusammenhang zwischen Bildungshintergrund, politischem Wissen und Nichtwahl ausgegangen: Der Einfluss des Bildungshintergrundes zeigt sich vor allem hinsichtlich eines besseren Verständnisses des politischen Systems, politischer Abläufe und der Wirkung der eigenen Wahlstimme (Kaeding et al., 2016). Aber auch rein formale bzw. technische Gründe wie das Fehlen der Wahlbenachrichtigung, eine plötzliche Krankheit am Wahltag etc. können entgegen der ursprünglichen Absicht im Ergebnis zu einer Nichtwahl führen (Schäfer, 2015).

Auf der Ebene der Bundesländer ist zudem die sogenannte Nebenwahlthese von erheblicher Relevanz. Ihr zufolge werden Landtagswahlen, ebenso wie Wahlen zum Europäischen Parlament oder Kommunalwahlen, von vielen Wahlberechtigten als weniger bedeutsam angesehen als beispielsweise Bundestagswahlen, was sich auch in der Medienberichterstattung widerspiegelt (Schäfer, 2015).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Historische Entwicklung der Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung von 55,5 % bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl vom 15. Mai 2022 ist die historisch niedrigste der Landesgeschichte.

Beginnend mit der ersten Landtagswahl 1947 steigerte sich die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum nordrhein-westfälischen Landesparlament von 67,3 % (1947) auf ein Niveau, das lange deutlich über 70 % lag. Aufgrund einer hohen allgemeinen Politisierung der Gesellschaft (zunehmende Polarisierung zwischen Anhängerinnen und Anhängern der sozialliberalen Regierungskoalition und denen der Unionsparteien) sowie der Zusammenlegung der Landtagswahl

mit den Kommunalwahlen erreichte die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl vom 4. Mai 1975 den bis heute gültigen Rekordwert von 86,1 %. Seitdem hat sich die Anzahl der Nichtwähler und Nichtwählerinnen bei Landtagswahlen sukzessive erhöht. Bis ins Jahr 2000 zeigt sich zudem eine stringent sinkende Wahlbeteiligung. Im Jahr 2000 erreichte sie ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Mobilisierungsschwäche der beiden bisherigen großen Volksparteien führte zu einem neuen und bis dahin historischen Tiefstand der Wahlbeteiligung von 56,7 % am 14. Mai 2000. Beide verloren zusehends an Binde- und Motivationskraft in eine schwindende Stammwählerschaft hinein.

Vergleich mit Wahlen im Mehrebenensystem:

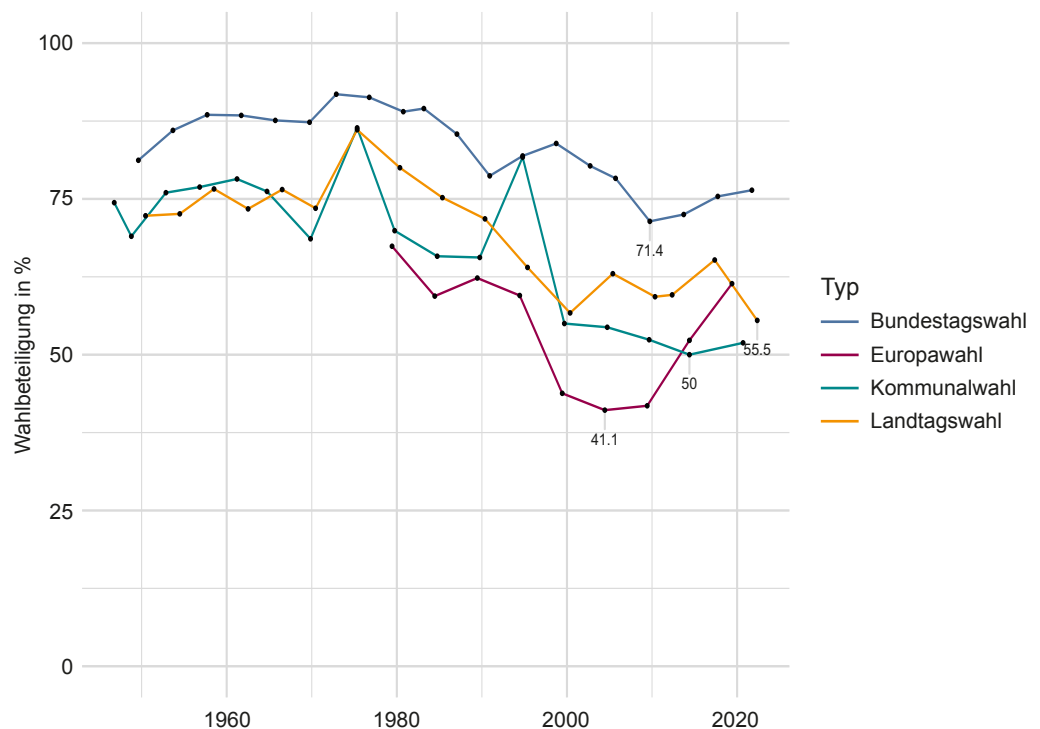


Abbildung 16: Nordrhein-westfälische Wahlbeteiligung im Mehrebenensystem im Zeitverlauf

Zuerst betraf dies in den 1980er und 1990er Jahren die Union, ab 1990 auch fortgesetzt die SPD. Mobilisierten die beiden großen Volksparteien bis 1990 noch rund 90 % und mehr der abgegebenen Stimmen für sich, sank dieser Wert 2022 auf nur noch ca. 62 %. Und auch seitdem ist – von zwei relativen „Ausreißern“ nach oben abgesehen (2005 und 2017) – eine negative Tendenz feststellbar.

Einordnung

Der historische Rückblick zeigt, dass die Wahlbeteiligung durchgehend von spezifischen politischen Ereignissen und Faktoren auf Bundes- wie auch auf Landesebene, mitunter durchaus in Wechselbeziehung zueinander, beeinflusst worden ist. Die nachlassende Bindekraft der Volksparteien hat einen Effekt auf die Höhe der allgemeinen Wahlbeteiligung.

Bei Kommunalwahlen lag die Wahlbeteiligung seit 1969 immer deutlich unter derjenigen bei Landtagswahlen. Ausnahmen sind die Kommunalwahlen von 1975 mit der zeitgleich durchgeführten Landtagswahl und jene von 1994 mit der parallel stattfindenden Bundestagswahl. Die Beteiligung an Kommunalwahlen hat sich unterhalb des Niveaus der Landtagswahlen eingependelt und liegt bei wenig mehr als 50 %. Ähnliches gilt für die seit 1979 abgehaltenen Wahlen zum Europäischen Parlament. Hier lag die Wahlbeteiligung bis 1994 mehr als 10 Prozentpunkte unter der bei Landtagswahlen, ehe sie zwischen 1999 und 2009 auf deutlich unter 50 % regelrecht einbrach (2004: 41,1 %). Insofern ist der historische Tiefstwert der Landtagswahl vom 15. Mai 2022 vorläufiger Endpunkt einer längeren Entwicklung.

Vergleich mit anderen Bundesländern

Dieser Negativtrend zeigt sich auch beim Vergleich der Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen mit derjenigen in den anderen Bundesländern. Legt man die Zeitspanne seit 2000 zu Grunde, so belegt Nordrhein-Westfalen bei der Reihung der Länder nach der durchschnittlichen Wahlbeteiligung mit im Durchschnitt 59,9 % Rang 11 von 16. Lediglich die ostdeutschen Länder Brandenburg (58,1 %, Rang 12), Thüringen und Sachsen (jeweils 56,9 %, Ränge 14 und 15) sowie Sachsen-Anhalt (54,7 %, Rang 16) liegen noch, unterbrochen von Bremen (57,6 %, Rang 13), dahinter. An der Spitze befindet sich hingegen Hessen (66,1 %) vor Schleswig-Holstein (65,7 %) und Berlin (65,3 %); Baden-Württemberg (63,3 %) und Bayern (62,8 %; fast gleichauf mit Mecklenburg-Vorpommern) liegen mit den Plätzen 6 bzw. 9 im Mittelfeld.

Die Wahlbeteiligung von 2022 ist nicht nur im nordrhein-westfälischen Längsschnitt, sondern auch im Ländervergleich ein Tiefpunkt.

So lag die Wahlbeteiligung am 8. Oktober in Bayern bei 73,3 % und damit knapp 18 % über der in Nordrhein-Westfalen 2022 (55,5 %). Zwar relativieren die unterschiedlichen Zeitpunkte der Wahlen die Aussagekraft des Ländervergleichs, doch ist die Differenz von knapp 17 Prozentpunkten so deutlich, dass dies nicht ausschließlich eine Frage der Datierung der Wahl sein kann.

Erhellend ist in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen. Diese lag in Nordrhein-Westfalen von 1949 an bis einschließlich 2013 mit nur zwei Ausnahmen über dem Bundesdurchschnitt (Korte, 2020: 137).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

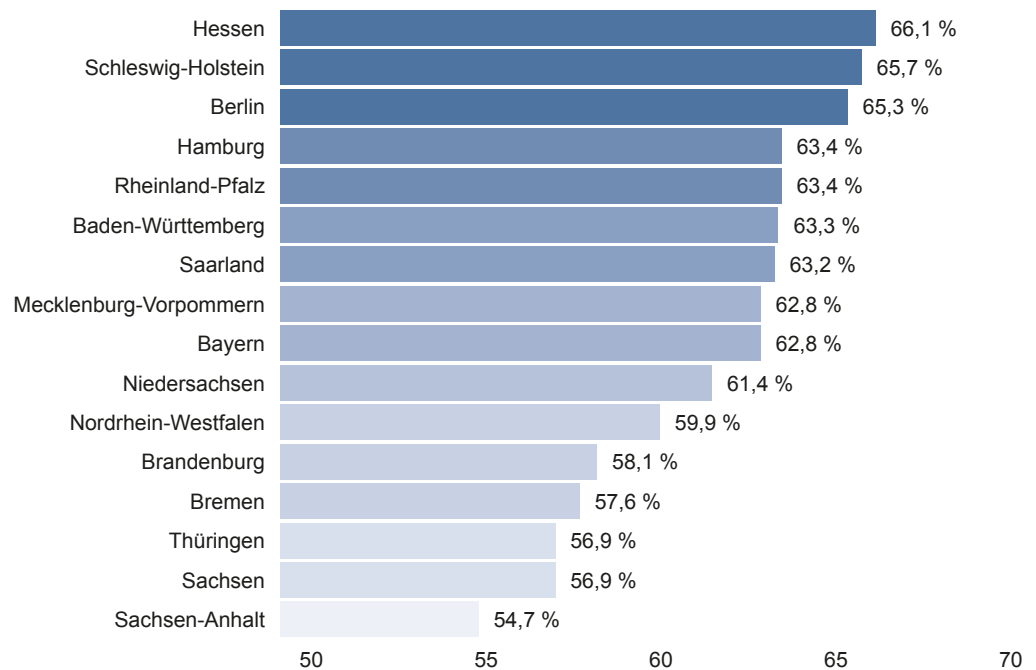


Abbildung 17: Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen (seit 2000)

Mit anderen Worten spiegelten nordrhein-westfälische Landtagswahlen lange Zeit das Wahlverhalten auf Bundesebene.

Einordnung

Die Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen sind nicht grundsätzlich „wahlmüder“ als jene in anderen Bundesländern.

Sie sind nur nicht ganz so interessiert am politischen Geschehen im eigenen Land (siehe Kapitel 3.2.2, „Allgemeines Interesse an Politik“, S. 35). Das erschließt sich aus der Frage nach dem politischen Interesse auf verschiedenen politischen Ebenen. Während 63 % der Befragten angeben, das politische Geschehen in Deutschland mit sehr starkem bzw. starkem Interesse zu verfolgen, geben dies für die Landespolitik lediglich 48 % an. Auf kommunaler Ebene waren dies 46 % und für Europa 42 %. Diese Werte korrespondieren mit der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen (und Europawahlen).

Es zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen also ein Vermittlungsproblem hinsichtlich der Bedeutung der Landespolitik und der Wichtigkeit von Landtagswahlen ab.

Dies mag nicht zuletzt an dem in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern wenig entwickelten bzw. geförderten Wissen über Geschichte und Gegenwart des eigenen Landes und seiner Institutionen liegen, wie Korte et al. (2023) aufzeigen. Um die Wichtigkeit und die Bedeutung zu vermitteln, kann jedoch auf ein bereits bekanntes und erprobtes Instrumentarium zurückgegriffen werden.

💡 Kurzfristig, also im zeitlichen Vorfeld anstehender Wahlen, bieten sich Publikationen – darunter auch solche in einfacher Sprache – sowie digitale Formate (Animationsfilme, Erklärvideos, Podcasts, Influencer-Aktionen) an, um auf die Wahl an sich, ihre Bedeutung, ihren formalen Ablauf und die generelle Sinnhaftigkeit einer Stimmabgabe aufmerksam zu machen.

Die Sozialstruktur der Nichtwahl

Um den Trend der zunehmenden Nichtwahl verstehen zu können, stellt sich die Frage, wer die Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind und welche Einstellungen hinter der individuellen Entscheidung der Nichtwahl stehen.

Dabei wird hier auch Bezug auf Daten der amtlichen Statistik genommen, da diese Informationen über die tatsächliche Verteilung der Wahlenthaltung über Altersgruppen, Geschlecht sowie deren geografische Verortung bereithält. Darüberhinausgehende Details über die Sozialstruktur der Nichtwahl liefert die für diesen Demokratiebericht durchgeführte Umfrage.

Sozialräume

Erste Anhaltspunkte für die Sozialstruktur der Nichtwahl können die Wahlergebnisse bieten, die vom Landeswahlleiter veröffentlicht werden. Sie beinhalten mit verschiedenen sozialräumlichen Bezugsgrößen (Gemeinden, Kreise/kreisfreie Städte, Wahlkreise, Landesergebnis) stets auch die Wahlbeteiligung. Wo die Wahlbeteiligung hoch und wo sie niedrig ist, lässt sich auf dieser Grundlage eindeutig sagen. Die Rangfolge der 128 Wahlkreise bei der Landtagswahl 2022 nach der Wahlbeteiligung wird von 23 Wahlkreisen angeführt, bei denen die Wahlbeteiligung bei über 60 % lag. Die ersten fünf Plätze belegen die Wahlkreise Köln II (68,8 %), Münster III – Coesfeld III (68,5 %), Essen IV (67,2 %), Münster I – Steinfurt IV (66,3 %) sowie Münster II (65,8 %). Bei 17 Wahlkreisen lag die Wahlbeteiligung hingegen unter 50 %: Die letzten fünf Plätze hinsichtlich der Wahlbeteiligung belegen die Wahlkreise Oberhausen I (46,1 %), Mönchengladbach I (45,9 %), Wuppertal I (45,4 %), Gelsenkirchen II (43,6 %) sowie Duisburg III (38,1 %).

Einordnung

Daraus ergibt sich kein starker Anhaltspunkt für einen wesentlichen Unterschied zwischen urbanen und ländlichen Räumen hinsichtlich der Wahlbeteiligung. Sowohl unter den Wahlkreisen mit starker als auch unter denen mit schwacher Wahlbeteiligung sind jeweils auch Großstädte. So lag auch insgesamt betrachtet die Wahlbeteiligung in den kreisfreien Städten mit 53,6 % unter den 57,2 % in den Kreisen – der Abstand von 3,6 Prozentpunkten ist eher moderat.

Bei der sozialräumlichen Betrachtung zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Indikatoren wie dem verfügbaren Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner oder der Arbeitslosenquote und der Wahlbeteiligung. Dieser Zusammenhang lässt sich herstellen, wenn die Wahlbeteiligung in Kreisen und kreisfreien Städten in Streudiagrammen abgetragen wird mit den ökonomischen Kennzahlen für diese sozialräumlichen Einheiten (vgl. Abbildung Nr. 18: Ökonomische Indikatoren und Wahlbeteiligung). Hier zeigt sich deutlich:

je höher die Arbeitslosigkeit, desto geringer die Wahlbeteiligung. Je höher das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner, desto höher die Wahlbeteiligung.

Dieser sozialräumliche Zusammenhang ist ein Hinweis darauf, dass der bei Teilhabe immer wieder anzutreffende positive Effekt des sozioökonomischen Status auch für die Wahlbeteiligung gelten könnte. Sozialräumliche Analysen gehen jedoch stets mit dem Risiko einher, schnelle und falsche Rückschlüsse auf individuelles Verhalten nahezu legen. Insofern können sie die individuelle Analyseebene nicht ersetzen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

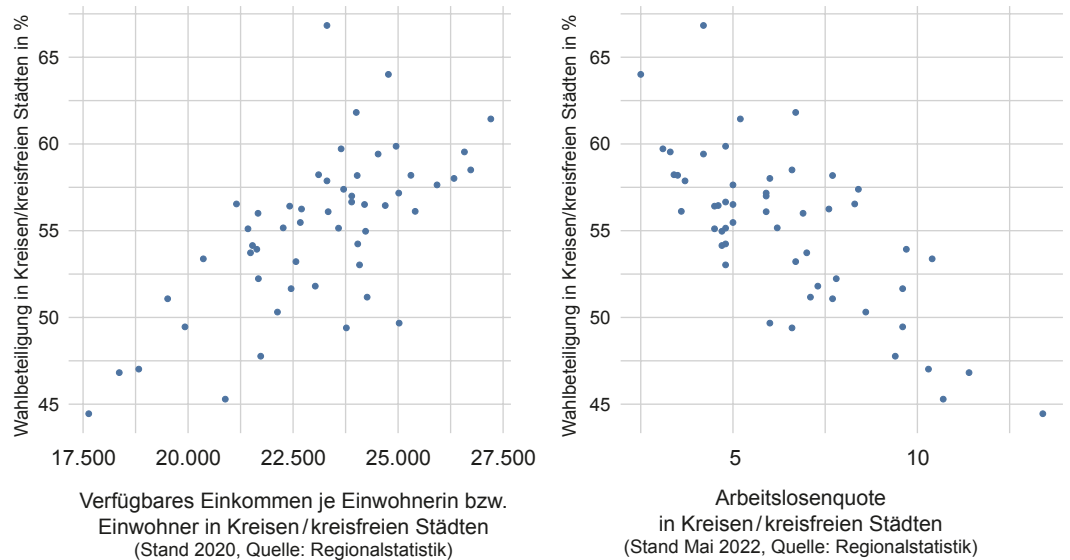


Abbildung 18: Ökonomische Indikatoren und Wahlbeteiligung

Von Interesse sind dabei neben der ökonomischen Lage von Individuen weitere soziodemografische Merkmale (wie Alter, Geschlecht, Bildung, Migrationsbiographie) sowie ihre politischen Orientierungen und Einstellungen. Die subjektive Dimension der Nichtwahl zu erfassen, war ein Schwerpunkt der Befragung, die für den Demokratiebericht durchgeführt wurde. Ohne eine solche Befragung können keine statistischen Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen einer Person und subjektiven Einstellungen hergestellt werden.

Geschlecht und Alter

Auch für die Merkmale des Geschlechts und des Alters kann ergänzend zur Erhebung für diesen Demokratiebericht die amtliche Wahlstatistik des Landes Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl 2022 als Datenquelle herangezogen werden. Diese basiert, anders als Umfragen, auf der Analyse der tatsächlich abgegebenen Stimmzettel in repräsentativen Wahlbezirken.

Die amtliche Wahlstatistik präsentiert die Ergebnisse nach Geschlechtern aufgeschlüsselt (§ 45 LWG). Bei der Betrachtung geschlechtsspezifischer

Unterschiede ist in der Gesamtschau kein nennenswerter Unterschied feststellbar. Die amtliche Wahlstatistik vermittelt allerdings, dass bei einer nach Alter aufgeschlüsselten Betrachtung für alle Altersgruppen unter 60 Jahren die Wahlbeteiligung der Frauen im Schnitt 1,5 Prozentpunkte höher ist als die der Männer. Bei den über 60-Jährigen kehrt sich dies um, hier ist die Wahlbeteiligung der Männer etwas höher als die der Frauen. Die Unterschiede bleiben insgesamt gesehen jedoch gering.

Beachtenswert ist, dass die Wahlbeteiligung insbesondere bei Frauen unter 35 Jahren deutlich über jener der gleichaltrigen Männer liegt

(21–24: 2,7 Prozentpunkte;
25–29: 2,5 Prozentpunkte;
30–34: 1,7 Prozentpunkte).

Den geringen geschlechtsspezifischen Unterschieden stehen ausgeprägte Unterschiede zwischen den Altersgruppen gegenüber. Für die amtliche Wahlstatistik sieht das Landeswahlgesetz vor, dass „höchstens zehn Geburtsjahresgruppen gebildet werden [dürfen], in denen jeweils mindestens drei Geburtsjahrgänge zusammengefasst sind“ (§ 45 Abs. 3). Umgesetzt wird dies mit den Altersgruppen, für die in

Abbildung Nr. 19: „Wahlbeteiligung nach Alterskohorten“ die Wahlbeteiligung an der Landtagswahl 2022 sowie der Mittelwert der Wahlbeteiligung der jeweiligen Altersgruppe an den Landtagswahlen von 2010, 2012 und 2017 dargestellt sind. Die nach Altersgruppen differenzierte Betrachtung der Wahlbeteiligung steht erst ab der Wahl von 2010 zur Verfügung. Der Mittelwert für 2010, 2012 und 2017 wird hier als Vergleichswert herangezogen, weil die Wahlbeteiligung 2017 mit 65,2 % deutlich höher als 2010 (59,3 %) und 2012 (59,6 %) war und der Abgleich mit mehreren Wahlen besser geeignet ist, um mittelfristige Trends sichtbar zu machen.

Die nach Altersgruppen differenzierte Auswertung der Wahlbeteiligung zeigt deutlich: Die Wahlbeteiligung steigt im Lebensverlauf. Ältere Menschen gehen eher zur Wahl als jüngere.

Einordnung

Für die Erklärung von Altersunterschieden gibt es zwei Ansätze. Zum einen zielt der Lebenszykluseffekt darauf ab, dass Menschen im Laufe ihres Lebens unterschiedliche Phasen durchlaufen und sich im Zuge dessen auch das politische Interesse und die Bereitschaft zur Beteiligung verändert. Zum anderen besagt der Generationeneffekt, dass die jungen Jahre für Menschen besonders prägend sind und sich hier auch die Rolle der Politik im persönlichen Leben definiert.

Geteilte politische Erfahrungen können dazu führen, dass eine Generation politischer oder weniger politisch ist. Welcher der beiden Effekte die Altersunterschiede in der Wahlbeteiligung erklärt, ist in der Forschung nicht eindeutig geklärt (Althoff, 2020). Es ist davon auszugehen, dass der Zusammenhang zwischen Alter und Wahlbeteiligung komplex ist und sowohl Lebenszyklus- als auch Generationeneffekte vorliegen bzw. miteinander interagieren (Schäfer, 2015).

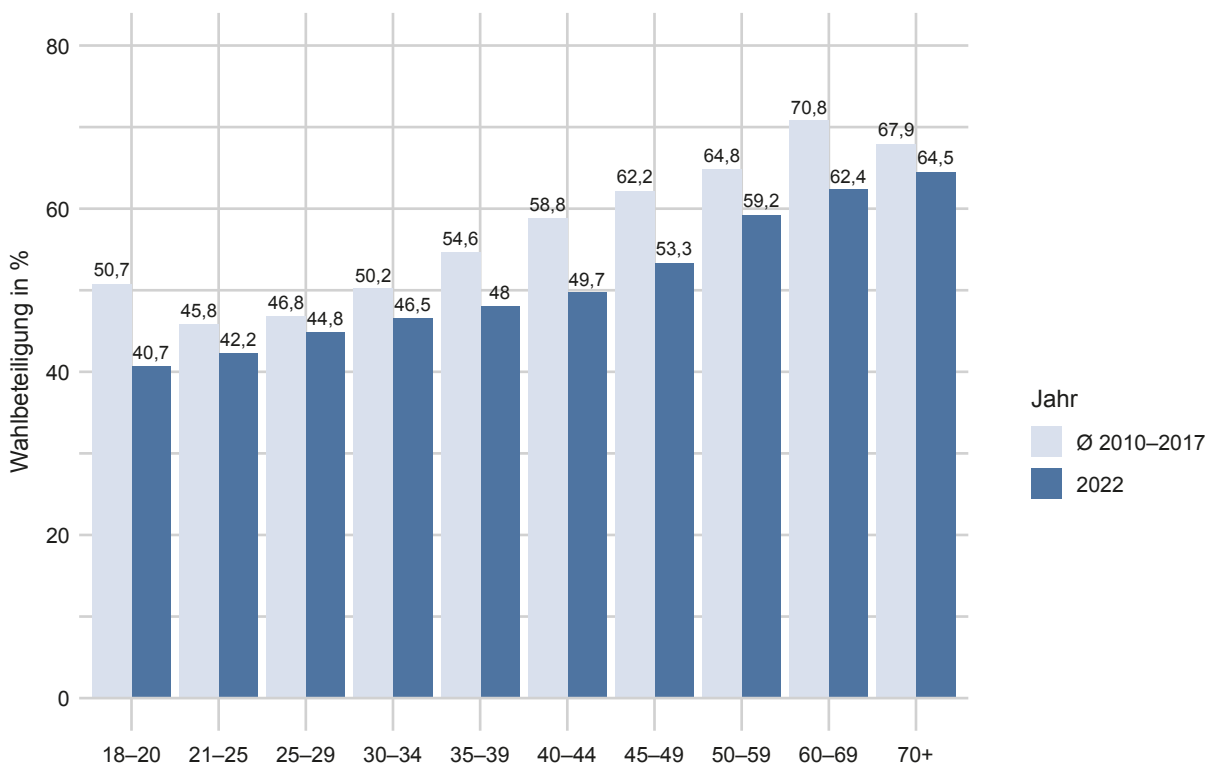


Abbildung 19: Wahlbeteiligung nach Alterskohorten

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Hiervon unabhängig ist abgeleitet aus der repräsentativen Wahlstatistik (Landesbetrieb IT.NRW, 2022: 11) festzustellen, dass die jüngeren Altersgruppen in absoluten Zahlen deutlich kleiner sind als die älteren. Die jüngste Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen ist gleichzeitig auch die mit der geringsten durchschnittlichen Gesamtzahl an Wahlberechtigten pro Jahrgang (ca. 123.000 Wahlberechtigte pro Jahrgang). Die 50- bis 59-Jährigen umfassen durchschnittlich 246.000 wahlberechtigte Personen pro Jahrgang und sind damit die zahlenmäßig größte Gruppe.

Durch die geringe Wahlbeteiligung innerhalb ihrer Gruppe reduzieren die jüngeren Wahlberechtigten über die relative Schwäche ihrer Kohorte hinaus zusätzlich ihr politisches Gewicht. Insgesamt haben in den Altersgruppen unter 45 Jahren mehr Personen nicht gewählt als gewählt. In Bezug auf die Altersgruppen zeigt sich demnach eine deutliche Schiefelage.

Ein weiteres Ungleichgewicht zeigt der Vergleich der Wahlbeteiligung der Altersgruppen bei den Landtagswahlen 2022 gegenüber den vorangegangenen Wahlen.

Die Wahlbeteiligung ist nicht gleichmäßig über alle Altersgruppen hinweg gesunken. Insbesondere bei der jüngsten Alterskohorte zwischen 18 und 20 Jahren ist mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung um 13,7 Prozentpunkte ein drastischer Einbruch zu verzeichnen.

Ihre Wahlbeteiligung lag 2017 bei 54,4 % (2012: 50,2 %) und 2022 bei nur 40,7 %. Vergleichbare starke Einbrüche der Wahlbeteiligung mit Rückgängen von über zehn Prozentpunkten gab es allerdings auch bei den mittleren Alterskohorten zwischen 35 und 49 Jahren.

Die Folgen der Pandemie sind mögliche Erklärungsansätze. Es wurden in Studien bereits negative Pandemieeffekte auf die Wahlbeteiligung (Picchio/Santolini, 2022; Scheller, 2021; Constantino et al., 2021) nachgewiesen.

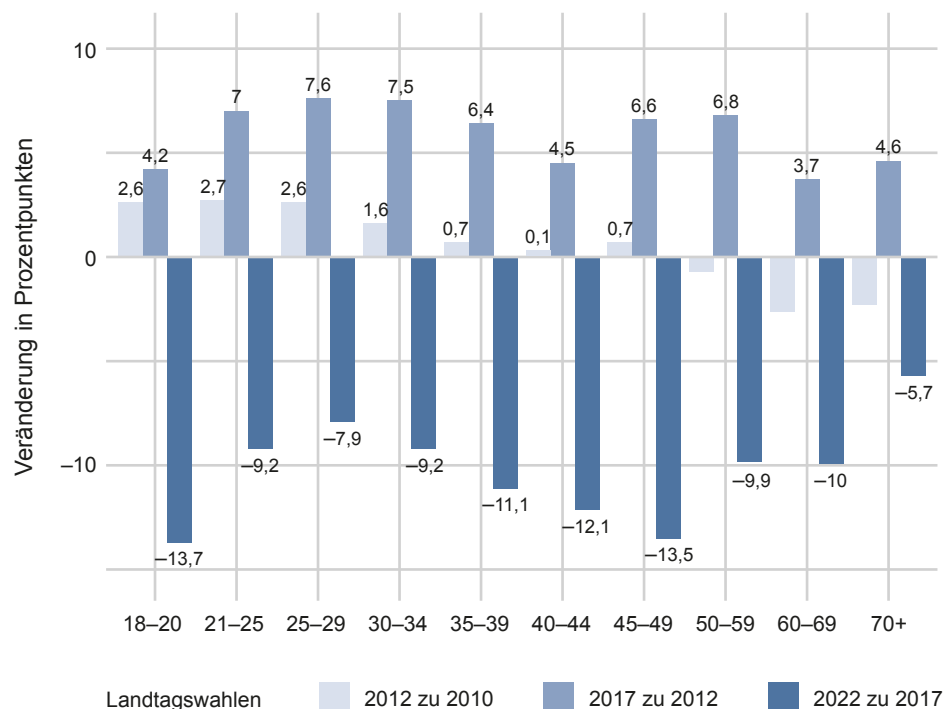


Abbildung 20: Veränderung der Wahlbeteiligung nach Alterskohorten in Prozentpunkten

Nicht aus dem Blick geraten darf zudem, dass die Altersgruppen von der Pandemie selbst und den Bemühungen um eine Kontrolle des Infektionsgeschehens unterschiedlich betroffen waren. Die jüngeren Altersgruppen waren wie ihre Eltern in vielerlei Hinsicht von den Schulschließungen, Unterrichtsausfällen und den Herausforderungen des Homeschooling betroffen. Für sie hatte das gerade auch Konsequenzen für den Politikunterricht.

Der aus der amtlichen Statistik hervorgehende überdurchschnittliche Anstieg der Wahlenthaltung auch bei der mittleren Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen verdient nicht weniger Beachtung. Die hier durchgeführte Befragung lässt keine Rückschlüsse darauf zu, ob eine in dieser Altersgruppe stärker ausgeprägte Unzufriedenheit unmittelbar auf die Krisenpolitik in der Zeit der Pandemie zurückzuführen ist. Doch ist für diese Altersgruppe, die oft die Rolle als Eltern hat und in der Mitte des beruflichen Lebens steht, eine stark ausgeprägte, für die Wahlbeteiligung folgenreiche Unzufriedenheit festzustellen.

Bildungsabschluss und Migrationsbiographie

Weitere Auswertungen zur Sozialstruktur der Nichtwahl können auf der Grundlage der Befragung zum Demokratiebericht gemacht werden. Die Befragung kann dabei allerdings nur bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler erfassen und kommt durch Effekte der sozialen Erwünschtheit zu deutlich geringeren Nichtwahlraten als die amtliche Wahlstatistik. Sie ist aber geeignet, Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und (Nicht-)Wahlbeteiligung sichtbar zu machen.

Der bei der amtlichen Wahlstatistik feststellbare insgesamt geringe Unterschied zwischen den Geschlechtern zeigt sich auch in den Ergebnissen der Befragung. Zwar liegt der Anteil bei den Frauen, die sich zur Nichtwahl bekennen, mit 17 %

etwas über dem entsprechenden Anteil bei den sich zur Nichtwahl bekennenden Männern (15 %), doch ist der Unterschied statistisch nicht signifikant.

Der grundsätzliche Zusammenhang ist, dass Bildungsabschlüsse für die Zugehörigkeit zur Gruppe der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler einen statistisch signifikanten Unterschied machen:

Bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler haben häufig einen eher niedrigen Bildungsabschluss.

Der Anteil der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler ist bei den Befragten mit mindestens Abitur mit 12 % statistisch signifikant niedriger als bei den Befragten mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Menschen, die einen Haupt- oder Realschulabschluss erlangt und eine Berufsausbildung abgeschlossen haben oder über keinen Abschluss verfügen, bleiben also häufiger der Urne fern. Dabei ist kein statistisch signifikanter Unterschied zwischen einem mittleren Abschluss (19 % bekennende Nichtwählende) und einem Hauptschulabschluss (18 % bekennende Nichtwählende) feststellbar.

Aus der Befragung geht des Weiteren ein nur geringfügiger Unterschied aufgrund der Migrationsbiographie von Befragten hervor:

Ein Anteil von 15 % der Personen mit Migrationsbiographie gibt an, nicht gewählt zu haben. Bei den Personen ohne Migrationsbiographie sind dies 16 %.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Einordnung

In der niedrigeren Wahlbeteiligung von Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen drückt sich der allgemeine Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status und politischer Beteiligung aus.

Der sozioökonomische Status wird dabei oft komplexer gemessen als bloß durch den Bildungsabschluss. So werden in der Forschung zur Erhebung des sozioökonomischen Status in der Regel verschiedene Variablen herangezogen, etwa höchster Bildungsabschluss, Einkommen, berufliche Stellung/Erwerbstätigenstatus oder subjektive Schichtzugehörigkeit (Selbsteinordnung der Befragten).

Ein derart umfassendes Maß konnte in der Befragung nicht realisiert werden. Dies erschien vertretbar, weil nach wie vor ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsabschlüssen, sozioökonomischem Status und Schichtzugehörigkeit besteht.

💡 Dies legt nahe, einerseits die ungleiche Verteilung der politischen Bildung in den unterschiedlichen Schulformen aufzulösen und die politische Bildung gerade in der nicht gymnasialen Bildung umfangreicher zu verankern.

Dabei geht es nicht nur um politisches Basiswissen beispielsweise über die Verfassung, das Staats- und Regierungssystem und das Parlament sowie die Parteien. Vielmehr müssen damit auch die sich aus dem Grundgesetz ergebenden Normen und Wertmaßstäbe sowie die Rechte und Pflichten verbunden werden.

Entscheidend sind vor allem auch die Ausbildung und Einübung von Fähigkeiten zur Partizipation an Demokratie, Politik und Gesellschaft, auch über Wahlen.

Andererseits geht es aber ebenso darum, wenn Schule dies nicht leisten konnte und es dadurch nicht gelungen ist, politisches Interesse zu wecken, oder mittler-

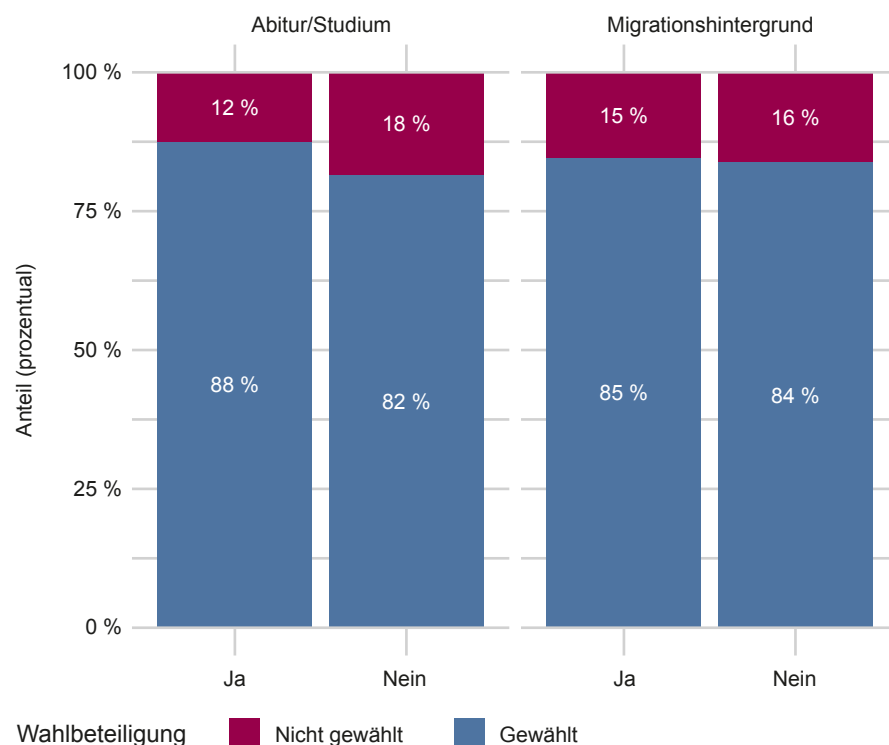



Abbildung 21: Wahlbeteiligung nach Bildungsabschluss und Migrationsbiographie

weile eine Enttäuschung bzw. ein Desinteresse an Politik vorliegen, die Menschen jeden Alters und in jeder Lebensphase weiterhin im Sinne der aufsuchenden politischen Bildung zu adressieren und sie nicht als von der Demokratie Abgewandte abzuschreiben.

 Dabei müssen die Angebote grundsätzlich zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt. Ein inzwischen von den Menschen vor Ort sehr gut angenommenes und von ihnen selbst mitgestaltetes Vorhaben sind die in den letzten Jahren

initiierten und sukzessive ausgebauten **Demokratiewerkstätten. Mit ihren speziellen Angeboten vor Ort erreichen sie gerade auch eher politikferne Menschen oder weniger politisch Interessierte.**

Sie nähern sich den Menschen vor Ort zunächst mit vermeintlich unpolitischen Themen des Alltags, verbinden diese erst in einem zweiten oder dritten Schritt mit der Bedeutung von Politik und Demokratie und bieten dann Möglichkeiten zur Erprobung und Erfahrung politischer Selbstwirksamkeit.

Exkurs: Wahlberechtigung und hypothetische Wahlbeteiligung

Das Thema der Nichtwahl nimmt diejenigen in den Blick, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Komplementär gibt es diejenigen, die nicht wahlberechtigt sind. Bei der Landtagswahl 2022 waren von einer Gesamtbevölkerung von 17,9 Millionen Personen rund 13 Millionen Menschen bzw. rund 72 % wahlberechtigt (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, 2022). Demgegenüber stehen knapp 30 % der Bevölkerung ohne Wahlrecht. Diese Gruppe setzt sich aus Kindern und Jugendlichen, die das Wahlalter noch nicht erreicht haben, und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zusammen.

So waren nach den Daten des Mikrozensus im Jahr 2019 16,8 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen aufgrund ihres Alters bei Landtagswahlen nicht wahlberechtigt. In diesem Kontext sind politische Vorschläge zu einer Absenkung des Wahlalters relevant. In elf Bundesländern, darunter auch Nordrhein-Westfalen, gilt bei Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren. In sechs Bundesländern dürfen 16-Jährige darüber hinaus ihre Stimmen bei Landtagswahlen

abgeben. Die Altersgrenze liegt in Nordrhein-Westfalen noch bei 18 Jahren, der Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen avisiert jedoch, das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Inwieweit junge Wählerinnen und Wähler bei einer Absenkung des Wahlalters von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, hat Folgen dafür, wie sich Repräsentationslücken im Zusammenhang mit Generationsunterschieden künftig entwickeln.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Der Anteil der Bevölkerung im Wahlalter, der aufgrund einer fehlenden deutschen Staatsangehörigkeit nicht wahlberechtigt war, belief sich auf 11,4 % (eigene Auswertung des Mikrozensus 2019). In der Gruppe der Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind die EU-Ausländerinnen und -Ausländer (4,6 %) und Drittstaatsangehörige (6,8 %) zu unterscheiden. Durch das Wahlrecht von Unionsbürgerinnen und -bürgern bei Kommunalwahlen (Art. 28 Abs. 1 Grundgesetz) sind die Ersteren zumindest bei Kommunalwahlen wahlberechtigt. Relevant ist dabei, dass die stärkere Migrationsprägung der urbanen Regionen und industriellen Zentren mit höheren Anteilen von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit einhergeht. So beläuft sich der Anteil der volljährigen, bei Landtagswahlen nicht wahlberechtigten Bevölkerung in den Städten mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf 16,8 %. Auf der Stadtteilebene werden deutlich höhere Werte erreicht. Auf diese politische Konsequenz der gestiegenen migrationsbedingten Diversität beziehen sich die kontroversen Debatten um eine Ausweitung des Ausländerwahlrechts sowie um Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts, um durch erleichterte Einbürgerungsverfahren mehr Menschen Zugang zum Wahlrecht zu geben.

Die Teilnehmenden der Befragung zum Demokratiebericht, die aufgrund des Alters oder aufgrund einer fehlenden deutschen Staatsangehörigkeit nicht wahlberechtigt waren, wurden gefragt: „Einmal angenommen, Sie wären wahlberechtigt gewesen: Hätten Sie dann an der Landtagswahl im Mai 2022 in Nordrhein-Westfalen auf jeden Fall, wahrscheinlich, wahrscheinlich nicht oder auf keinen Fall teilgenommen?“

Hätten sie wählen dürfen, geben nicht Wahlberechtigte ganz überwiegend an, sie wären zur Wahl gegangen.

In beiden Gruppen wurde weit überwiegend angegeben, dass ein hypothetisches Wahlrecht auf jeden Fall oder wahrscheinlich wahrgenommen worden wäre. Während offen ist, ob eine Ausübung des Wahlrechts tatsächlich erfolgen würde, zeugen die Antworten von einer hohen Wertschätzung für das Wahlrecht und das Wählen.

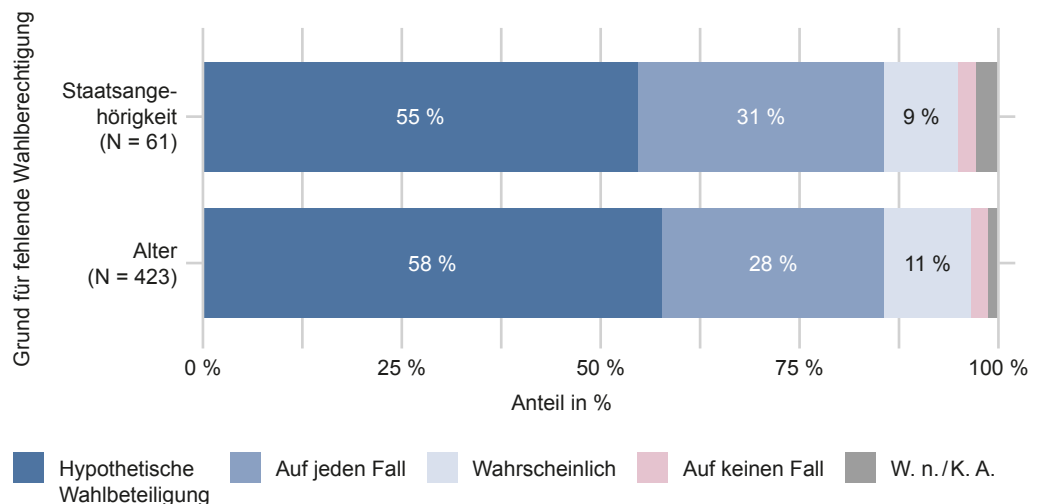


Abbildung 22: Hypothetische Wahlbeteiligung

Individuelle Gründe für die Wahlenthaltung

Während die Betrachtung sozioökonomischer Faktoren eine Ungleichverteilung der Wahlenthaltung in der Gesellschaft zeigt, erlauben diese noch keinen Rückschluss auf die tatsächlichen Gründe der Wahlenthaltung. Für den Demokratiebericht wurden die bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler deshalb direkt nach ihren individuellen Gründen der Wahlenthaltung gefragt. Die gegebenen Antworten wurden im Nachhinein den in Abbildung Nr. 23: „Gründe der Wahlenthaltung“ dargestellten Kategorien zugeordnet.

Zunächst fällt dabei auf, dass ein Viertel der Nichtwählerinnen und Nichtwähler keinen Grund nennen kann oder möchte.

Erklärt werden kann dieser Befund einerseits mit dem sozialen Ansehen des Wählens und der Erwünschtheit, das Desinteresse an Politik und Wahlen nicht

als solches zu benennen. Andererseits könnte dies als Fortführung des Desinteresses betrachtet werden. Qualitative Forschung in Fokusgruppen zeigt zudem, dass viele Teilnehmende an Gruppendiskussionen Schwierigkeiten haben, sich in Gesprächen über politische Themen auszudrücken und ihren Standpunkt zu formulieren (Korte et al., 2023).

Ein großer Teil der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler in der Befragung gibt sogenannte technische Gründe für die Wahlenthaltung an.

Darunter fallen Umstände, die Wahlberechtigte von der Wahl abhalten, obwohl sie eigentlich vorhatten zu wählen (Schäfer, 2015). So gaben 12 % an, am Wahltag erkrankt gewesen zu sein. Unter den 12 %, die unter die Kategorie „Sonstiges“ fallen, verbergen sich ebenfalls hauptsächlich technische Gründe, etwa

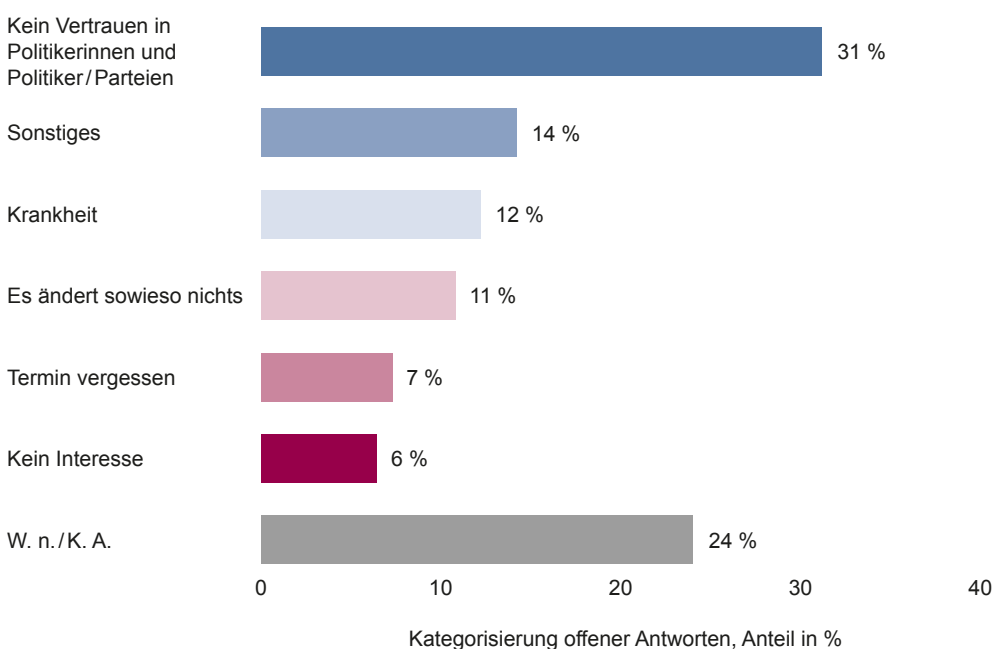


Abbildung 23: Gründe der Wahlenthaltung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

nicht zugestellte Briefwahlunterlagen, Abwesenheiten, Arbeit oder ein Umzug kurz vor der Wahl. Auch wenn das Vergessen des Wahltermins ein Hinweis für eine niedrige Relevanzzuschreibung sein kann, ist auch diese Kategorie eher diesen technischen Gründen der Wahlenthaltung zuzuordnen.


Fehlendes Vertrauen in Politik und das politische Personal ist der Hauptgrund zur Wahlenthaltung.

Der am häufigsten genannte Grund der Wahlenthaltung ist jedoch mit 31 % das mangelnde Vertrauen in Politik und das politische Personal. Dies wird in unterschiedlicher Intensität geäußert. Einige Befragte beklagen das Fehlen geeigneter Optionen („Konnte keine Partei mit voller Überzeugung wählen.“), wobei die Diskrepanzen zwischen den eigenen Überzeugungen und den vertretenen politischen Positionen als zu groß wahrgenommen werden. Oftmals werden Vertrauensverlust und Enttäuschung von der Politik explizit artikuliert, etwa in Äußerungen wie „Ich vertraue den politischen Wahlversprechungen nicht mehr.“ oder „Mir fehlt das Vertrauen in die Politik und in die Parteien.“

Ein nicht unerheblicher Teil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler spricht Wahlen sowie Politikerinnen und Politikern die Funktionsfähigkeit und Legitimität ab („Ich denke, es geht nicht mit rechten Dingen zu.“, „Ich glaube nicht, dass es faire Wahlen gibt.“).

Skepsis gegenüber der Politik kommt auch in den Antworten zum Ausdruck, die artikulieren, dass sich durch Wahlen ohnehin nichts ändern würde (11 % der Angaben).

Dies muss nicht als schlichte Resignation eingeordnet werden, sondern kann auch als Vorbehalt in Bezug auf den rational kalkulierten Nutzwert der Wahlbeteiligung verstanden werden. Eine solche Sicht kommt bei denjenigen, die sich zu ihrer Wahlenthaltung bekennen, auch in den Antworten auf die geschlossene Frage zum Ausdruck, ob es einen Unterschied mache, wer in Nordrhein-Westfalen regiert. Hier antworten von den bekennenden Nichtwählenden 30 % mit „nein“, während dies 11 % bei denjenigen sind, die bekunden, ihre Stimme abgegeben zu haben.

 **Es gibt bewährte und erprobte Instrumente, die – gerade im Umfeld von Wahlen – dabei helfen können, die Unterschiede zwischen den Parteien zu verdeutlichen, und damit der Begründung „es ändert sich sowieso nichts“ entgegenwirken. Dies ist vor allem der sogenannte Wahl-O-Mat, der in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung regelmäßig auch bei den Landtagswahlen zum Einsatz kommt. Sein Ziel besteht darin, zur Wahl zu motivieren, indem die Wahlberechtigten bzw. politisch Interessierten anhand der von den antretenden Parteien auf Grundlage ihrer Wahlprogramme selbst formulierten Thesen zu vorher ausgewählten relevanten Themen spielerisch herausfinden können, welches politische Angebot ihnen selbst am ehesten entgegenkommt.**

Zusammengenommen artikulieren also unter den bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern 37 % bei den offenen Antworten ohne Antwortvorgaben eine grundsätzliche Politikskepsis.

Davon zu unterscheiden sind diejenigen, die ein offen artikuliertes Desinteresse an Politik (6 % der Angaben) zum Ausdruck bringen.

Einordnung

Während bei Personen, die technische Gründe der Wahlenthaltung angeben, davon ausgegangen werden kann, dass diese in Zukunft wieder wählen gehen, sind die einstellungsbezogenen Gründe der Wahlenthaltung weit problematischer für die Demokratie. Die befragten Personen beginnen, sich von der Politik abzuwenden oder haben sich bereits so weit entfernt, dass sie kaum noch erreicht und politisch integriert werden können.

Mit dieser aus der Befragung gewonnenen Einschätzung korrespondiert ein Vertrauensverlust in Politik, politisches Personal und Wahlen.

Auch eine Fokusgruppenstudie zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl (Korte et al., 2023) hat dies herausgearbeitet und konkretisiert.

Wie in Kapitel 3.2.2 „Politisches Interesse und politische Herausforderungen“ (S. 35) bereits gezeigt wurde, orientieren sich die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens stark an der nationalen Politik und weniger an der Landespolitik.

In der politikwissenschaftlichen Literatur wird dies als „Nebenwahlthese“ (siehe Infobox: „Wahlforschung und Erklärung von Nichtwahl“, S. 87) vertreten. Dass aber ein schwach ausgeprägtes Interesse an Landespolitik nicht als Begründung der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler auftaucht, ist ein Indikator für Effekte sozialer Erwünschtheit. Für Personen, die grundsätzlich wählen gehen, wenn auch nur bei den Bundestagswahlen, ist anzunehmen, dass sie die Wahlnorm verinnerlicht haben und sich nicht zu ihrer Nichtwahl bekennen bzw. die wahren Gründe nicht offen benennen.

Die offene Frage zu den Gründen für Nichtwahl vermittelt einen ersten Einblick in das Nichtwahlphänomen. Eine systematische Analyse bekannter Schemata ermöglichen standardisierte Fragen zu den mit der Wahlenthaltung assoziierten politischen Einstellungen. Hier wird auf die analytisch relevanten und inhaltlich aussagekräftigen Erhebungsinstrumente zu politischem Interesse und Zufriedenheit mit der Demokratie zurückgegriffen, die bereits im Teil zur politischen Kultur (siehe Kapitel 3.2.3, S. 42) eingeführt wurden.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und Struktur

2 Aktuelle Entwicklungen und Trends

3 Ergebnisse der repräsentativen Befragung

4 Ableitungen zur Weiterentwicklung

Politische Einstellungen von Nichtwählerinnen und Nichtwählern

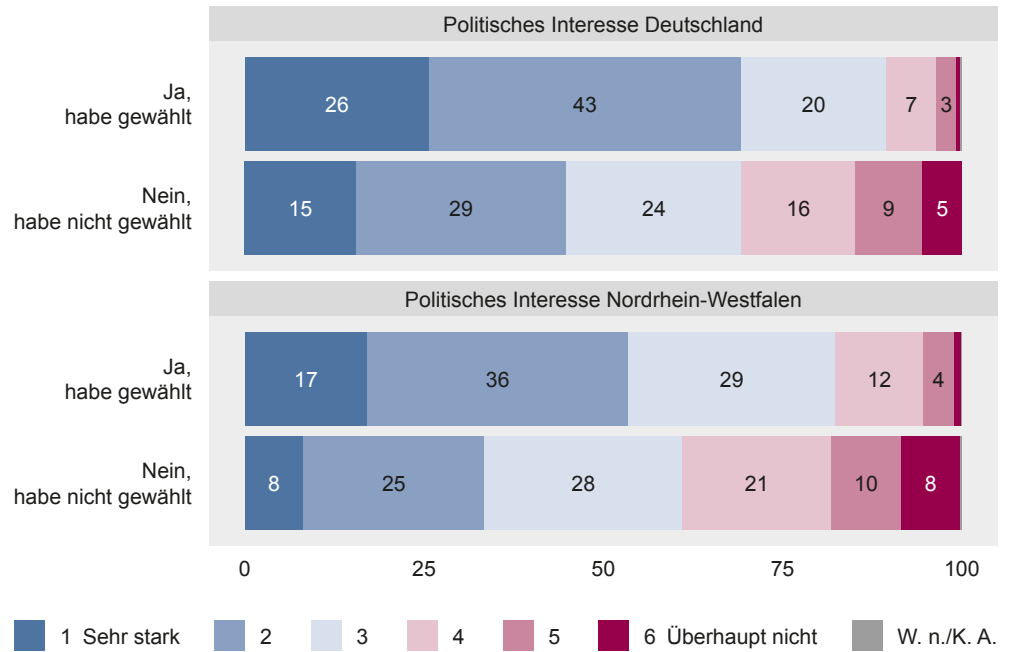


Abbildung 24: Politisches Interesse und Wahlbeteiligung

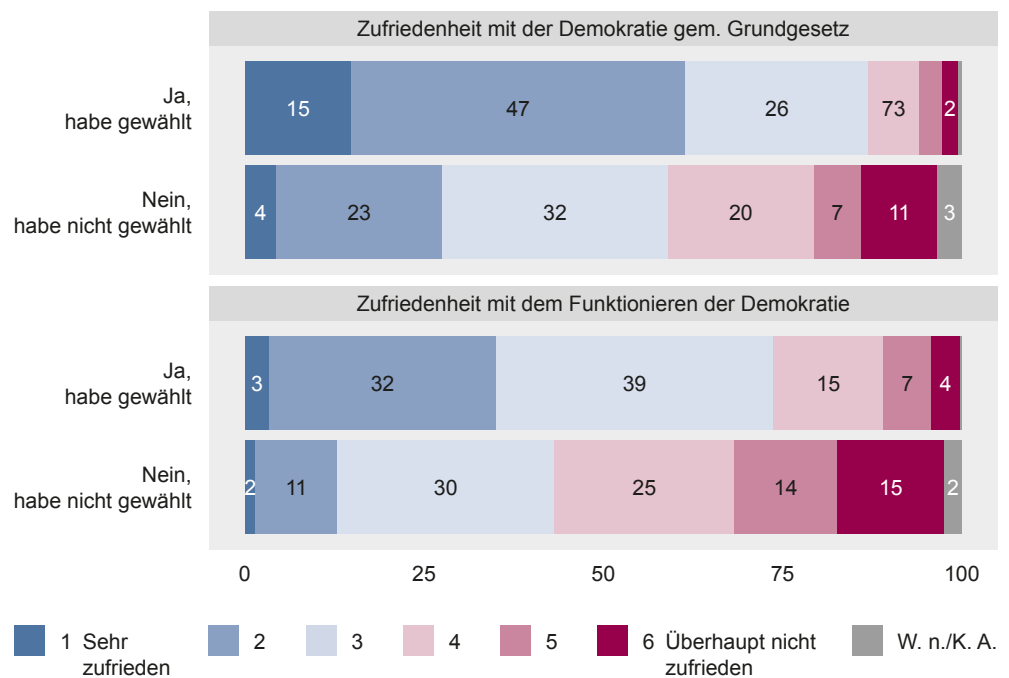


Abbildung 25: Demokratiezufriedenheit und Wahlbeteiligung

Bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler geben ein deutlich geringeres politisches Interesse als Wählerinnen und Wähler an.

Die Wählerinnen und Wähler haben hingegen eine deutlich positivere Sicht auf die Demokratie gemäß Grundgesetz (88 % zufrieden) und ihr tatsächliches Funktionieren (74 % zufrieden).

Für die Bundespolitik interessieren sich nur etwas mehr als zwei Drittel (68 %), während dies bei den Wählenden zu 89 % der Fall ist. Der Abstand ist auf Landesebene mit 21 Prozentpunkten gleich, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau (61 %/82 %).

Deutliche Unterschiede finden sich gerade auch in Bezug auf die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Demokratie. Lediglich 59 % der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind zufrieden mit der Demokratie, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist. Mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie sind sogar nur 43 % zufrieden.

Die Unterscheidung dieser Einstellungsdimensionen ermöglicht einen Rückbezug auf die in Kapitel 3.2 eingeführten Typen der Demokratinnen und Demokraten, der fragilen Demokratinnen und Demokraten und der Antidemokratinnen und -demokraten. Die Betrachtung nach Demokratie- und Einstellungstypen (zur Erläuterung der Demokratietypen siehe Kapitel 3.2.7, S. 72) zeigt, inwiefern sich die bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler tatsächlich von der Demokratie abwenden.

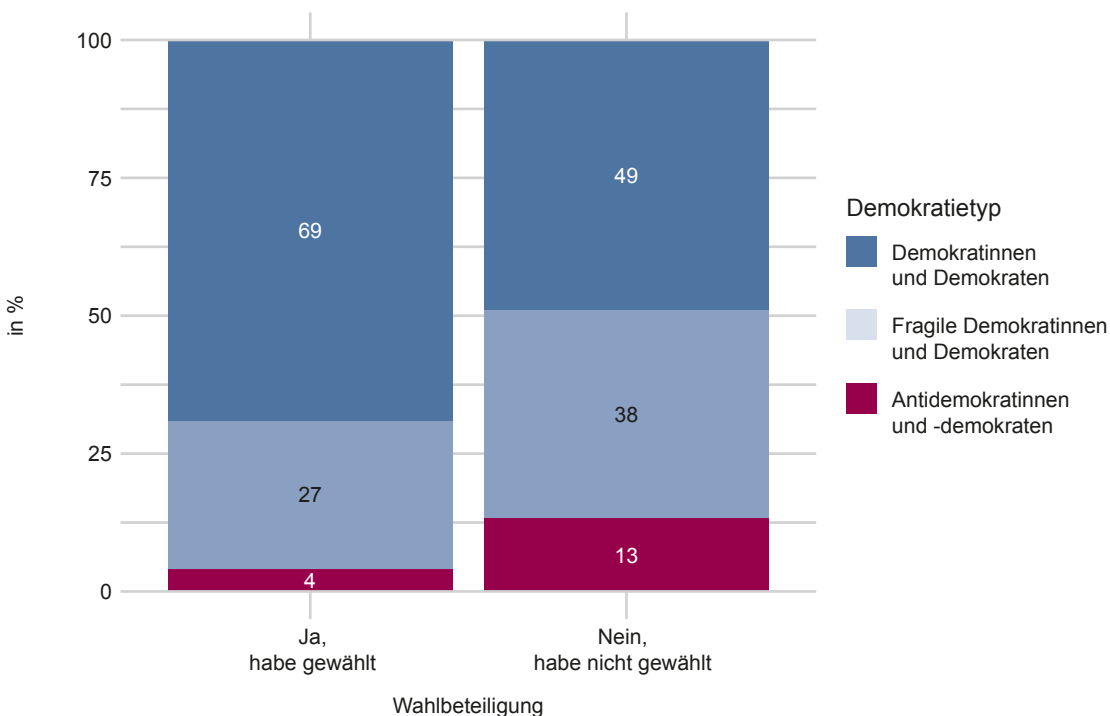


Abbildung 26: Demokratietyp und Wahlbeteiligung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Nichtwählende mischen demokratische und autoritäre Einstellungen und gelten somit als fragilen Demokraten.

Es wird deutlich, dass nur noch knapp die Hälfte (49 %) der Nichtwählerinnen und Nichtwähler zu den Demokratinnen und Demokraten zählen, also ausschließlich die Demokratie als legitim empfinden. Unter den Wählenden ist der Anteil mit 69 % deutlich höher. 38 % der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler mischen demokratische und autoritäre Einstellungen und müssen somit den fragilen Demokratinnen und Demokraten zugerechnet werden. Der Anteil derjenigen, die die Demokratie als politisches System ablehnen, liegt bei 13 %. Bei denjenigen, die sich an der Wahl beteiligt haben, ist der Anteil der Antidemokratinnen und -demokraten mit 4 % deutlich geringer.

Einordnung

Die Ergebnisse zeigen, dass die bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler nicht geradewegs in politische Apathie verfallen sind, sie politischen Themen aber eine geringere Relevanz beimessen als die Wählenden. Ähnlich argumentieren Korte et al. (2023), die bei Nichtwählerinnen und Nichtwählern eine „fehlende Politikpassion“ feststellen: Laut den Autorinnen und Autoren der Studie empfindet diese Gruppe die Politik als belastend, negativ besetzt und fürchtet ein hohes Konfliktpotential, weshalb politische Themen eher gemieden werden.

Kritische Einstellungen zu Politik und Parteien wurden bereits bei den offen abgefragten Begründungen für die Nichtwahl artikuliert und finden bei der systematischen Analyse von Einstellungsmustern mit standardisierten Fragen Bestätigung.

So gaben 37 % der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler Begründungen für ihre Wahlenthaltung an, die unter die Kategorien „kein Vertrauen in Politikerinnen und Politiker/Parteien“ und „es ändert sowieso nichts“ fielen; beide Kategorien der offenen Antworten bringen eine generelle Unzufriedenheit mit der Demokratie zum Ausdruck.

Ähnliche Befunde beschreiben auch Faus und Alin (2023: 24) – sie fassen zusammen: „Auch wenn die Demokratie und Wahlen an sich hohes Ansehen genießen, lassen sich andere Warnzeichen der Abwendung von Politik und ein politischer Vertrauensverlust erkennen.“ Nichtwahl ist kein Ausdruck von Vertrauen und Zufriedenheit. Nichtwahl ist Ausdruck von Desinteresse, fehlendem Vertrauen und Unzufriedenheit.

Der Anteil der mit der Demokratie Unzufriedenen ist, wie die Analyse der standardisierten Fragen vermittelt, noch einmal deutlich höher, als es die explizit genannten Begründungen vermuten ließen.

Die bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind nicht einfach nur politikferne Personen, die sich nicht mehr mit politischen Themen auseinandersetzen. Kennzeichnend ist vielmehr eine hohe Unzufriedenheit.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sie ohne weiteres offen sind, sich (wieder) der Demokratie und ihren Werten zuzuwenden.

Eine besondere Problemstellung ist, dass bei annähernd der Hälfte der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler Einstellungen feststellbar sind, die mindestens in Teilen autokratisch sind.

Bei diesen Menschen besteht das Potential und die Gefahr, dass sie sich über kurz oder lang vom demokratischen politischen System abwenden. Es ist zwar davon auszugehen, dass die demokratieskeptischen Einstellungen von den in der Umfrage identifizierbaren bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern

expliziter artikuliert werden als von den Personen im Dunkelfeld der nicht-bekennenden Nichtwählenden. Gleichwohl ist die Abkehr von der Wahlteilnahme ein Seismograph für demokratieskeptische Entwicklungstendenzen und ein Indikator für eine Ausbreitung demokratiefeindlicher Einstellungen.

Nichtwählende und ihre gesellschaftliche Einbettung

Die Teilnahme am politischen Geschehen wird auch dadurch geprägt, wie Bürgerinnen und Bürger ihre eigene Rolle in der Gesellschaft sehen und wie sie sozial eingebettet sind. Fühlen sie sich als Teil der politischen Gemeinschaft oder gesellschaftlich eher ausgeschlossen bzw. abgehängt? Im Folgenden werden Zusammenhänge zwischen der wahrgenommenen Stellung in der Gesellschaft, zivilgesellschaftlichem Engagement, dem Gefühl der Einsamkeit und der jeweiligen Wahlbeteiligung dargestellt.

Wie in Kapitel 3.2.1 (siehe S. 32) bereits dargestellt wurde, zeigt sich auch hier:

Das Gefühl, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten (relative Deprivation), hat Auswirkungen auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten.

Dies äußert sich auch in der Teilnahme an Wahlen.

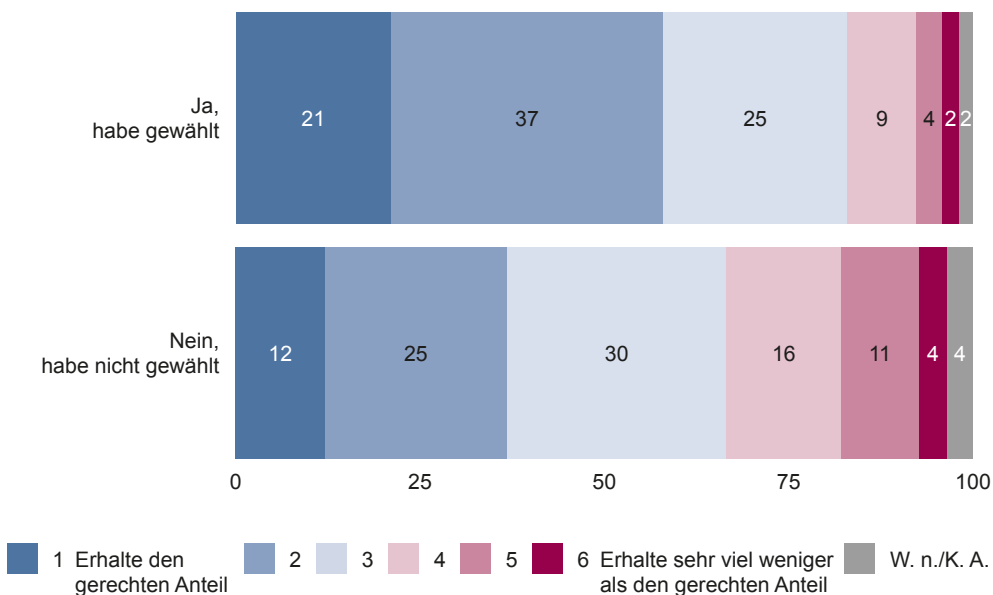


Abbildung 27: Relative Deprivation und Wahlbeteiligung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Nur wenig mehr als ein Drittel (37 %) der Nichtwählerinnen und Nichtwähler gibt an, den (nahezu) gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten. Bei den Wählenden beträgt der Anteil 58 %. Der erwartbare Zusammenhang zwischen relativer Deprivation und Wahlbeteiligung bestätigt sich:

Wird die eigene Stellung in der Gesellschaft als ungerecht wahrgenommen, wirkt sich negativ auf die Bereitschaft zur Wahlteilnahme aus.


Die Einbindung in die Gesellschaft zeigt sich nicht nur bei der Frage nach dem gerechten Anteil am Lebensstandard, sondern auch an konkreten Handlungen der Bürgerinnen und Bürger. So ist der Anteil der Wahlenthaltung unter denjenigen, die sich nicht ehrenamtlich engagieren, mit 18 % doppelt so hoch wie in der Gruppe der Engagierten (9 %). Die Bedeutung gesellschaftlicher Einbindung zeigt sich beim Einfluss der Einsamkeit:

Menschen, die häufiger einsam sind, beteiligen sich seltener an Wahlen. 24 % von ihnen haben sich nach eigenen Angaben nicht an der Landtagswahl beteiligt.

Bei den sozial stärker eingebundenen Bürgerinnen und Bürgern lag der Nichtwahlanteil hingegen nur bei 15 %.

Einordnung

Der positive Einfluss von zivilgesellschaftlichem Engagement für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und die Ausbildung von sozialem und politischem Vertrauen wurde in Kapitel 3.2.4 (S. 61) umfassend beschrieben.

 **Dabei hat zivilgesellschaftliches Engagement nicht nur den Effekt einer besseren sozialen Einbettung über den Austausch mit anderen Menschen und die gegenseitige Unterstützung, sondern kann auch dafür sorgen, dass spezifische Fähigkeiten erlernt und geübt werden, die für die politische Teilhabe wichtig sind.**

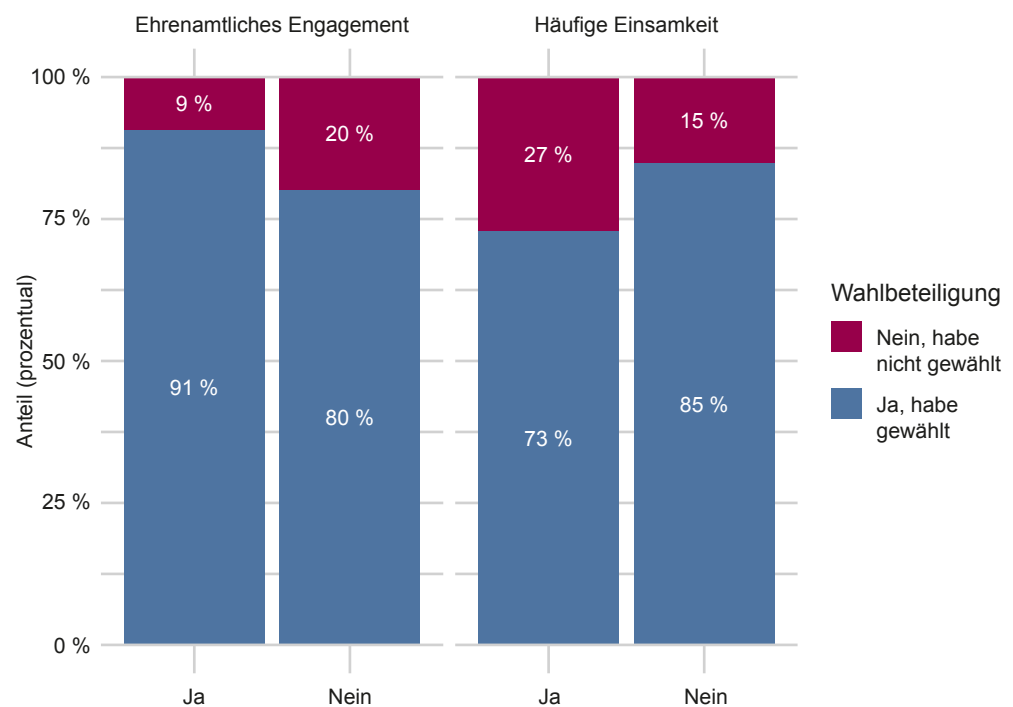


Abbildung 28: Wahlbeteiligung nach ehrenamtlicher Tätigkeit und Einsamkeit

Hierzu zählen zum Beispiel Fähigkeiten im Bereich der Organisation oder Kommunikation (Brady et al., 1995: 273). Ähnliche Effekte können auch bestimmte Arbeitskontexte oder die Mitgliedschaft in einer religiösen Glaubensgemeinschaft haben.

Mangelnde zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie das Gefühl einer gesellschaftlichen Benachteiligung haben demgegenüber einen negativen Einfluss auf die Bereitschaft, sich freiwillig einzubringen. Für diese Gruppen steigt das Risiko der Einsamkeit. Somit ist es nicht verwunderlich, dass diejenigen, die sich eher benachteiligt fühlen, sich nicht freiwillig engagieren und häufig einsam sind, sich auch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit der Wahl enthalten.

Gerade der Befund zum Zusammenhang zwischen Einsamkeit und Wahlenthaltung sollte ein Warnsignal sein, denn die Einsamkeit hat während der COVID-19-Pandemie ein besonderes Ausmaß angenommen (Ricco, 2020; Lepinteur et al., 2022; Ren und Stavrova, 2023). Hier gegenzusteuern kann dabei helfen, dass sich diese Menschen wieder der Gesellschaft zugehörig fühlen und sich für sie einsetzen.

Mobilisierung zur Wahl

Nachdem der Frage nachgegangen wurde, was die Merkmale und Einstellungen der (bekennenden) Nichtwählerinnen und Nichtwähler sind, werden im Folgenden Faktoren identifiziert, die für eine Teilnahme an Wahlen mobilisieren können.

Ein in der Wahlforschung etablierter, langfristiger Faktor zur Erklärung der Wahlentscheidung für eine Partei ist die als „Parteiidentifikation“ bezeichnete Bindung von Menschen an eine Partei (Schoen/Weins, 2014). Eine Parteiidentifikation ist nicht formeller Art. Wer sich mit einer Partei identifiziert oder mit ihr sympathisiert, kann formell Mitglied in einer Partei sein, eine Voraussetzung ist dies jedoch nicht. Die Parteiidentifikation kann vielmehr als eine Art emotionale Parteimitgliedschaft gesehen werden, die stark in Richtung der Wahl einer Partei wirkt und insofern auch einen spürbaren Effekt auf die Wahlbeteiligung hat. Das zeigt auch die hier durchgeführte repräsentative Befragung für Nordrhein-Westfalen.

Der Anteil der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler unter den Personen mit einer Parteiidentifikation ist mit 12 % deutlich geringer als bei Personen, die über keine solche Bindung an eine Partei verfügen (27%). Oder andersherum formuliert: Wer sich einer Partei verbunden fühlt, geht aller Wahrscheinlichkeit nach auch zur Wahl.

Der langfristige Trend kontinuierlich abnehmender Parteibindung (siehe Kapitel 3.3.2 „Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen“ – „Historische Entwicklung der Wahlbeteiligung“, S. 88) geht mit dem Trend zunehmender Nichtwahl einher. Insofern gewinnen nicht nur kurzfristige Faktoren an Bedeutung für die Wahl von Parteien; die Zahl der Wechselwählerinnen und Wechselwähler nimmt zu. Es ist auch von einer Diversifizierung der Gründe auszugehen, überhaupt zur Wahl zu gehen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

So wie die bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler gefragt wurden, was sie zur Wahlenthaltung bewogen hat, wurden die Wählenden in einer offenen Frage gebeten, die Gründe für ihre Wahlbeteiligung zu benennen. Die Antworten zeichnen ein differenziertes Bild der Motivation zur Wahl.

Ein Viertel der Menschen in NRW sieht Wählen als Bürgerpflicht an.

Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit sind für über ein Drittel der Menschen in NRW Gründe wählen zu gehen.

Mit 24 % der Antworten (siehe Abbildung Nr. 29: Gründe für Wahlbeteiligung) bringt ein knappes Viertel der Befragten einen Sinn für eine demokratische, staatsbürgerliche Pflicht zum Ausdruck. Vorstellungen ausgeübter Eigenverantwortung und der Selbstwirksamkeit führen mit 38 % die Rangliste der Wahlbeteiligungsgründe an (Antworten der Kategorie „Mitbestimmung/politische

Entscheidungen beeinflussen“). Die Ausübung des Wahlrechts als demokratisches Grundrecht steht mit 22 % an dritter Stelle. Antworten, die etwa nur eine bloße Routine zum Ausdruck bringen (Kategorie „gehe immer wählen“, 6 %), spielen eine untergeordnete Rolle.

Einordnung

Ein Gefühl der relativen Deprivation geht, wie herausgearbeitet wurde, oft mit Nichtwahl einher. Es kann aber auch ein Anreiz sein, das Wahlrecht auszuüben (vgl. Kasara/Suryanarayan, 2014):

Während sozialstrukturelle Differenzierungen weitestgehend keine signifikanten Gruppenunterschiede bezüglich der Gründe für die Wahlteilnahme hergeben, ist der Anteil der Deprivierten, die als Grund für ihre Wahlteilnahme eine Hoffnung auf Veränderung angeben (19 %), signifikant höher als bei denjenigen, die glauben, „den gerechten Anteil am Lebensstandard [zu] erhalten“ (7 %).

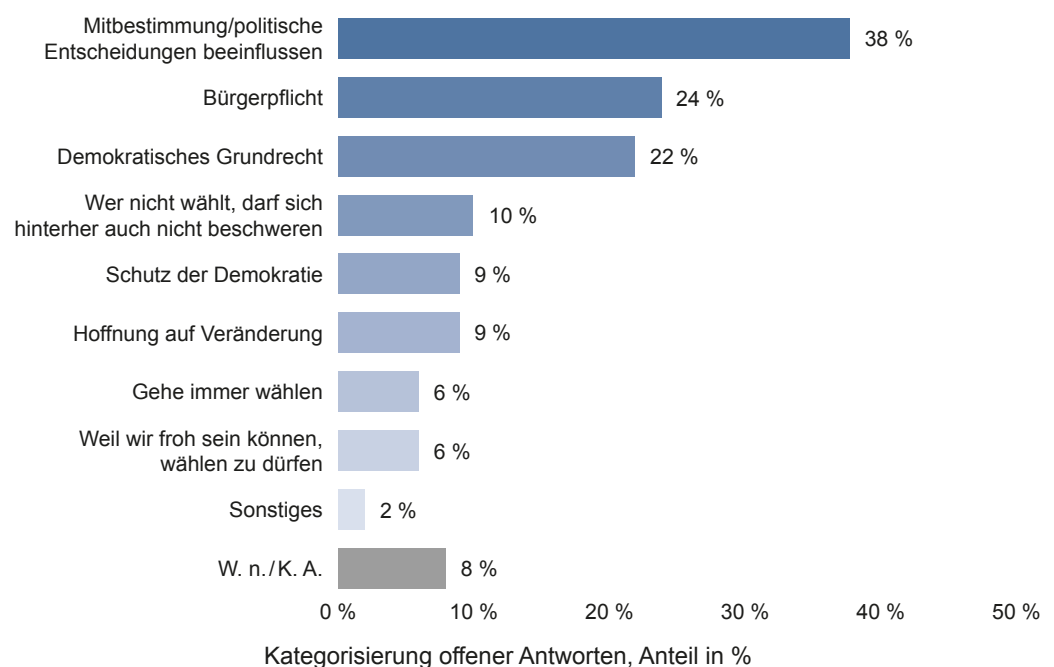



Abbildung 29: Gründe für Wahlbeteiligung

Dies erscheint als relevanter Ansatzpunkt: Ein im Sinne von Selbstwirksamkeit lebendiger Sinn dafür, die eigenen Geschicke in die Hand nehmen zu können, gerade auch durch die Ausübung des Wahlrechts, löst tendenziell einen Widerspruch von Deprivation und Abwendung von der Politik auf.

 **Insofern es gelingt, politisch Unzufriedene und Deprivierte als Zielgruppe anzusprechen, geht es darum, ihnen Wege aufzuzeigen, wie sie durch politische Beteiligung und auch durch die Beteiligung an Wahlen politisches Gestaltungspotential zurückgewinnen können.**

In diesem Zusammenhang spielt auch die wahrgenommene Responsivität der Politik eine Rolle. Hierzu wurde in der Umfrage die Zustimmung bzw. Ablehnung zu Aussagen erhoben, wie das Verhalten von Politikerinnen und Politikern gegenüber der Wählerschaft nach Wahlen gesehen wird. Das Antwortverhalten bringt zwar insgesamt Vorbehalte zum Ausdruck. Dennoch schätzen Wählerinnen und Wähler die Responsivität der Politik höher ein als diejenigen, die sich zu ihrer Wahlenthaltung bekennen: Sie sind um 10 Prozentpunkte zuversichtlicher, dass sich Politikerinnen und Politiker nach den Wahlen die Wünsche ihrer Wählerschaft anhören. Es stimmen gegenüber den Nichtwählerinnen und Nichtwählern 13 Prozent mehr zu, dass die Politik den Wählerinnen und Wählern ihre politischen Entscheidungen erklären würde. Ihre Zustimmung ist um 17 Prozentpunkte höher, dass Politikerinnen und Politiker die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen würden. Wie es unter dem Gesichtspunkt der Responsivität politisch Handelnden gelingt, den Bürgerinnen und Bürgern zuzuhören und Politik zu erklären, wandelt sich im Prozess der Digitalisierung. Aber die Kommunikationsverhältnisse zwischen Bürgerinnen und Bürgern sind formbar – durch diejenigen, die Politik machen, gestalten und vermitteln.

Das Ausmaß der Nichtwahl ist eine demokratische Herausforderung und es ist relevant, ob Nichtwählerinnen und Nichtwähler für den Gang zur Wahlurne zurückgewonnen werden können. In der Befragung zum Demokratiebericht wurde mit der in der Wahlforschung gängigen Frage um eine Auskunft zur Wahlabsicht gebeten: „Wenn nächsten Sonntag Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?“ Die Antwortmöglichkeit „würde nicht wählen“ war explizit vorgesehen, um gezielt auch eine Wahlenthaltung zu erfassen.

Unter dem Gesichtspunkt einer Steigerung der Wahlbeteiligung sind insbesondere die Antworten derjenigen relevant, die sich bei der rückblickenden Frage nach der Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2022 als bekennende Nichtwählerinnen und Nichtwähler gezeigt hatten. Zunächst ist festzustellen, dass nicht von einer überwiegend verfestigten Nichtwahl auszugehen ist. Knapp mehr als die Hälfte derjenigen, die sich zur Nichtwahl bei der Landtagswahl 2022 bekennen, nämlich 51 %, gaben zum Zeitpunkt der Befragung im Frühjahr 2023 an, einer Partei bei einer hypothetischen Wahl die Stimme geben zu wollen.

Mit gut einem Drittel (34 %) ist jedoch der Anteil derjenigen, die in der Nichtwahl verharren würden, als hoch einzustufen.

Nichtwahl resultiert nur zu einem kleinen Teil aus technischen Hindernissen, vor allem aber aus Unzufriedenheit, Desinteresse und Deprivation, die sich bei vielen in verfestigte Nichtwahl übersetzen.

Die Befragung wurde im Frühjahr 2023 durchgeführt. Kontroversen innerhalb der Bundesregierung (insbesondere rund um das Gebäudeenergiegesetz) waren mit Berichten über (weiter) steigende Unzufriedenheit mit der Politik verbunden. Insofern wären Anhaltspunkte für einen weiteren Anstieg der Nichtwahl naheliegend.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
bekennender Nichtwählerinnen und Nichtwähler
bei LTW 2022 (N = 440)

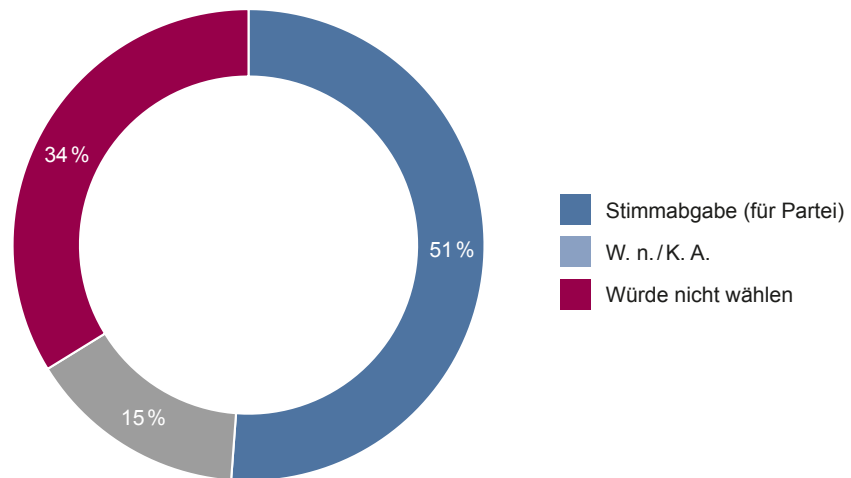


Abbildung 30: Wahlabsicht bekennender Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei der Landtagswahl 2022

In der Befragung bekundeten jedoch nur 2 % derjenigen, die eine Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2022 angegeben hatten, bei einer hypothetischen Wahl nicht wählen zu wollen. Werte, die bei einer tatsächlichen Wahl realisiert würden, könnten deutlich hiervon abweichen und höher liegen. Gleichwohl ergibt sich aus der Befragung kein Anhaltspunkt für einen weiteren, linearen Anstieg der Nichtwahl.

Das Recht zu wählen heißt Auswahlmöglichkeiten zwischen Parteien unterschiedlicher Ausrichtung zu haben. Die Befragung erfasst frühere Wahlentscheidungen nicht und ermöglicht keine Analyse eines Wechselwahlverhaltens. Sie gibt jedoch Hinweise zu Unterschieden des hypothetischen Wahlverhaltens bekennender Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Deutlich wird dabei, dass mit CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Parteien, die in der laufenden 18. oder früheren Wahlperioden für Nordrhein-Westfalen Regierungsverantwortung getragen haben, aus der Gruppe der bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwähler zwar Stimmen gewinnen können, doch

unterhalb der Anteile bei jener Gruppe, die angibt, auch 2022 gewählt zu haben. Die größte Differenz bei der Mobilisierung zwischen den Gruppen haben Bündnis 90/Die Grünen zu verzeichnen: Bei denjenigen, die nach eigenen Angaben 2022 gewählt haben, äußern 27 % eine entsprechende Wahlabsicht. Bei den bekennenden Nichtwählerinnen und -wählern ist das nur bei 19 % der Fall. Bei der FDP beschränkt sich dieser Unterschied auf einen Prozentpunkt. Als Partei, die keine Regierungsverantwortung getragen hat oder trägt, hat demgegenüber insbesondere die AfD Chancen auf relative Stimmenzuwächse durch eine Mobilisierung der (bekennenden) Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Ihr gelingt es am ehesten, diejenigen anzusprechen und zur Wahl zu bewegen, die unzufrieden mit der Demokratie sowie ihren Politikerinnen und Politikern sind.

Wahlabsicht bei hypothetischer LTW 2023 (Sonntagsfrage)	Bekennende Nichtwählerin/ bekennender Nichtwähler bei LTW 2022	
	Nein	Ja
CDU	28 %	23 %
Bündnis 90/Die Grünen	27 %	19 %
SPD	24 %	21 %
FDP	6 %	5 %
AfD	6 %	22 %
Andere	9 %	10 %

Abbildung 31: Wahlabsicht bei hypothetischer Wahl nach bekennender Nichtwahl bei LTW 2022 (Angaben in %)

3.3.3 Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung

Der Trend der sinkenden Wahlbeteiligung ist eine demokratische Herausforderung, die in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft umfassende Vorschläge und Diskussionen stimuliert hat.

In der Befragung zum Demokratiebericht wurde erhoben, wie die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung einschätzen. Geht es nach den Befragten, so verspräche eine automatische Verschickung der Briefwahlunterlagen am ehesten eine steigende Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen, gefolgt von einer praktisch zu gestaltenden „persönlichen Ansprache“ der Wahlberechtigten. Auch die Möglichkeit, die Stimme ortsunabhängig über das Internet abzugeben, hält die Mehrheit der Befragten für erfolgversprechend, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Weniger als die Hälfte erwartet dies von der Senkung des Wahlalters auf

16 Jahre. Und noch einmal deutlich höher ist die Skepsis hinsichtlich der Einführung einer Wahlpflicht.

Einordnung

Die genannten Optionen lassen sich grob zwischen technisch-administrativen Maßnahmen (automatische Verschickung von Briefwahlunterlagen, persönliche Ansprache, Internetwahl, Zusammenlegung der einzelnen Wahlen, Verlängerung der Wahlzeit auf mehrere Tage) und politischen Maßnahmen (Wahlrecht für Nichtdeutsche, Senkung des Wahlalters, Wahlpflicht) unterscheiden. Beiden Varianten gemeinsam ist die Frage, ob die einzelnen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Vorschläge für sich genommen oder auch gebündelt tatsächlich den gewünschten Effekt erzielen würden.

Geht man von der Annahme aus, dass die Nichtwahl überwiegend aus politischem Desinteresse oder gar einer ausgeprägten Unzufriedenheit bis hin zur Protesthaltung heraus erfolgt, vermögen rein technisch-administrative Reformen an diesen Motiven kaum etwas zu verändern. Politische Maßnahmen wie die Öffnung des Wahlrechts für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Jugendliche unter 18 Jahren haben zur Folge, dass ein möglicher quantitativer Anstieg der abgegebenen Stimmen auch mit einer Ausweitung des Kreises der Wahlberechtigten einhergeht.

Dem Zugewinn demokratischer Partizipationsrechte stünde somit ein unsicherer Effekt hinsichtlich der Wahlbeteiligung gegenüber. Insbesondere für die Absenkung des Wahlalters wurde die Bedeutung von Begleitmaßnahmen der politischen Bildung für den Erfolg der Maßnahme diskutiert (Faas und Leininger, 2020; Roßteutscher et al., 2022). Staatsrechtliche Fragen und Probleme (Definition des „Staatsbürgers“ nach dem Grundgesetz, Unterscheidung zwischen aktivem und passivem Wahlrecht etc.) wären zu klären. Der radikalen komplementären Maßnahme der Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht steht indes Artikel 38 Absatz 1 des Grundgesetzes entgegen, dass Wahlen frei sein müssen.

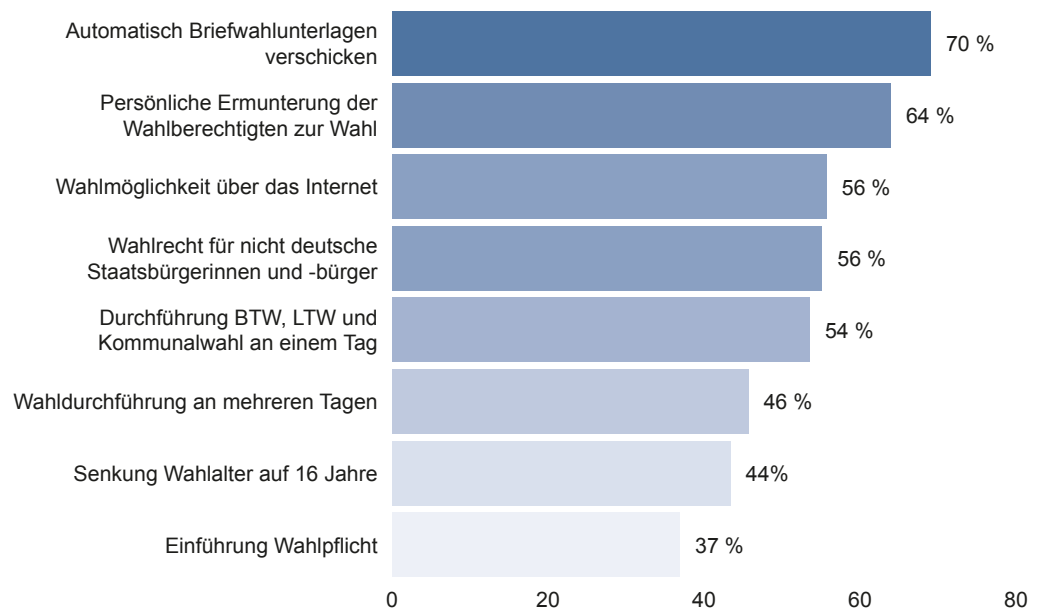


Abbildung 32: Zustimmung für Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung

3.4 Kenntnis, Nutzen und Erwartungen an Angebote der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen

Die bisherigen Ergebnisse haben das Interesse an gesellschaftlich und politisch diskutierten Themen sowie die Einstellungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen gegenüber Demokratie und Partizipation dargestellt. Dabei sind ein großes Interesse am politischen Geschehen im Land und ein Bewusstsein für aktuelle politische Themen bzw. Herausforderungen im Land wie Verkehr, Bildung, Preisanstieg und Inflation festgestellt worden.

Auch sind die Menschen deutlich überwiegend mit der Demokratie zufrieden. Leichte Unterschiede gibt es bei den Einstellungen mit Blick auf die Frage nach der Bedeutung und Relevanz konkreter Bestandteile unserer Demokratie wie Meinungsfreiheit und Chancengleichheit. Diese sind für fragile Demokratinnen und Demokraten und Antidemokratinnen und -demokraten weniger wichtig als für Demokratinnen und Demokraten (siehe Informationen zu den „Einstellungstypen“, Kapitel 3.2.7, S. 72). Ein bedenklicher Befund ist, dass etwa ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger unter gewissen Umständen auch autokratische Regierungsformen tolerieren würden, wobei diese noch zu den Demokratinnen und Demokraten zählen. Bei einem kleinen Teil der Bevölkerung (5 %) erfahren antidemokratische Prinzipien allerdings sogar eine hohe Zustimmung. Auch fällt auf, dass weitaus mehr Menschen angeben, bei der letzten Landtagswahl gewählt zu haben, als dies tatsächlich der Fall war. Als häufigster Grund, wählen zu gehen, wurde dabei die Mitbestimmung politischer Entscheidungen angegeben. Demgegenüber wurde als häufigster Grund, nicht wählen gegangen zu sein, angegeben, dass das Vertrauen in die Politik fehle.

Unter dem Gesichtspunkt der Demokratietypen ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlenthaltung bei den fragilen Demokratinnen und Demokraten und bei den Autokratinnen und Autokraten höher als bei den Demokratinnen und Demokraten.

Für die politische Bildung haben sich in den vorausgegangenen Kapiteln daraus bereits einige Anknüpfungspunkte ergeben, um Angebote und Maßnahmen so umzugestalten bzw. weiterzuentwickeln, dass gerade die Bürgerinnen und Bürger erreicht werden, die bisher weniger Interesse und Bereitschaft zur Partizipation an Demokratie, Politik und Gesellschaft zeigen oder drohen, der Demokratie ihre Unterstützung zu entziehen.

Insgesamt ist empirisch begründet festzustellen, dass Demokratie und Partizipation voraussetzungsvoll sind und nicht als gegeben angenommen werden können. Demokratie braucht – wie eingangs mit Bezug zu Oskar Negt erläutert wurde – politische Bildung. Interesse, Fähigkeiten und Kompetenzen sowie die tatsächliche Beteiligung müssen geweckt, erlernt und erprobt werden, um sich zu festigen und als notwendig und wirksam anerkannt zu werden.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Welche Grundlagen es hierfür mit Blick auf Wissen, Interessen und Kompetenzen gibt, wird in diesem Kapitel aufgezeigt. Dabei geht es einerseits um durch schulische Bildung bereits erworbenes Wissen und die Befähigung zu seiner Anwendung und andererseits auch ganz allgemein um das Interesse an, die Kenntnis von und

die Bereitschaft zu politischer Bildung. Anhand der konkreten Wünsche, Interessen und Erwartungen der Menschen an die Art, den Umfang und die Formate politischer Bildung lassen sich konkrete Impulse für neue und weiterentwickelte Angebote politischer Bildung ableiten.

3.4.1 Selbsteinschätzung zur erworbenen Demokratiekompetenz in der Schule

Demokratische Werte und demokratisches Verhalten müssen von jeder Generation und in jeder Lebensphase eingeübt und stetig erneuert werden. Demokratiebildung muss im frühkindlichen Alter beginnen und lebensbegleitend fortgeführt werden.

Es geht um politische Bildung im Sinne der Vermittlung und Kultivierung von Demokratiekompetenzen wie Kompromissfähigkeit, Selbstwirksamkeit und Achtsamkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Dazu gehört auch die Förderung einer demokratischen Kultur der Toleranz, der Offenheit und des Respekts, auch gegenüber Andersdenkenden.

Der politischen Bildung in der Schule kommt dabei eine zentrale Rolle zu, denn hier kommen ausnahmslos alle mit politischen Themen in Berührung. Freiwillige Angebote in der Jugend- und Erwachsenenbildung können dabei nur eine Ergänzung zum Politikunterricht sein (Detjen, 2015).

Die bereits dargestellten Ergebnisse der Umfrage zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen formalen Bildungsabschlüssen und dem Interesse an und der Bereitschaft zur Teilhabe an Demokratie, Politik und Gesellschaft. In den vorangegangenen Kapiteln wurde gezeigt: Je höher der höchste Bildungsabschluss der

Befragten ist, desto höher ist das Interesse am politischen Geschehen, desto höher ist der Zuspruch zur Demokratie als politisches System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt. Auch sind der Anteil ehrenamtlich Engagierter und das Interesse an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen höher. All dies sind jedoch Grundvoraussetzungen, um die Demokratie durch die Teilhabe der Menschen lebendig zu gestalten und zu bewahren. Die Vermittlung von Kompetenzen zur Partizipation erscheint insofern ebenfalls als Voraussetzung zur aktiven Teilhabe, und damit zum Erhalt und zur Stabilität unserer Demokratie. Schule ist hierfür ein zentraler Lern- und Erfahrungs-ort. Wichtige Grundlagen für politisches Wissen und Interesse einerseits und die Fähigkeit zur aktiven Partizipation an Demokratie und Gesellschaft durch selbstwirksame Beteiligung als demokratische Haltung andererseits werden dort gelegt.

Was den Umfang der politischen Bildung in der Schule angeht, schneidet Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich gut ab.

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Dass es gerade an Schulen, als „Orte, an denen Demokratie erlernt und gelebt werden kann“ (Landeszentrale für politische Bildung NRW, 2021: 65), ein Gefälle zwischen den Schulformen gibt, attestierte bereits der erste Demokratiebericht. Demokratierelevante Kompetenzen waren schon in diesem umso ausgeprägter, je höher der formale Bildungsabschluss der Befragten war. Er hat vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse in seinem dritten Handlungsfeld empfohlen, politische Bildung an allen Schulformen zu stärken und als Querschnittsaufgabe zu verstehen, die im gesamten Fächerspektrum angewandt wird und in der Schulkultur angemessene Beachtung findet.



Allerdings zeigt sich eine „bildungspolitische Ungleichbehandlung in der schulischen politischen Bildung“ (Gökbudak, Hedtke & Hagedorn, 2022). In Gymnasien findet der Politikunterricht mehr Raum als in den anderen Schulformen. Diese Unterschiede zwischen den Schulformen spiegeln sich in der Folge in den demokratierelevanten Kompetenzen wider.

Um zu erfahren, wie junge Menschen die Demokratiebildung und politische Bildung in der Schule erlebt haben, wurden sie im Zuge der Befragung für den zweiten Demokratiebericht nach ihrer persönlichen Einschätzung gefragt. Von Interesse waren dabei einerseits Umfang und Aktualität des Unterrichts, andererseits die erworbenen Kompetenzen. In Anlehnung an das Modell der Politikkompetenz wurde die Einschätzung von drei Dimensionen explizit untersucht: Politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und die Vermittlung von Fachwissen (Detjen et al., 2012).

Die Befragten wurden gebeten, an den Unterricht zu politischen Themen in ihrer Schulzeit zu denken und ihre Zustimmung zu verschiedenen Aussagen anzugeben.

Befragt wurden dabei nur Jugendliche und junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren, da für diese Altersgruppe der Erwerb demokratischer Kompetenzen in der

Schule noch aktuell ist oder nicht lange zurückliegt. Es wird daher von aktuellen Erfahrungen bzw. noch frischen Erinnerungen an die Schulzeit ausgegangen.

80 %
haben in der Schule viel über
Demokratie und wie sie
funktioniert gelernt

77 %
wünschen sich mehr politische
Themen im Unterricht

Mit insgesamt 80 % stimmt die große Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen der Aussage zu, in der Schule viel über die Demokratie in Deutschland und wie sie funktioniert gelernt zu haben.

Gleichzeitig hätte sich eine ebenfalls große Mehrheit (77 %) dennoch mehr politische Themen im Unterricht gewünscht. Dieser Wunsch ist bei Personen, die kein Abitur oder Studium anstreben bzw. absolviert haben, weiter verbreitet (81 %) als bei den (angehenden) Abiturienten (76 %).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und Struktur

2 Aktuelle Entwicklungen und Trends

3 Ergebnisse der repräsentativen Befragung

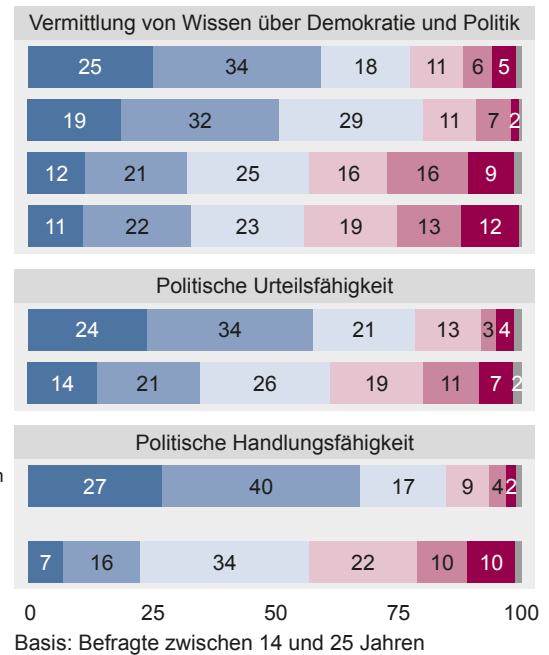
4 Ableitungen zur Weiterentwicklung

Ich hätte mir mehr politische Themen im Unterricht gewünscht.
 Ich habe viel über die Demokratie in Deutschland und wie sie funktioniert gelernt.
 Durch den Schulunterricht habe ich gelernt, mich selbstständig über Politik zu informieren
 Aktuelle politische und gesellschaftliche Themen wurden im Unterricht selten behandelt.

Ich habe gelernt, mir ein eigenes Urteil über politische Streitfragen zu bilden.
 Im Unterricht wurde oft zum Diskutieren über politische und gesellschaftliche Streitfragen ermutigt.

Ich kann meine Meinung oder Position zu pol. Themen in der Öffentlichkeit/unter Freunden gut vertreten.

Ich fühle mich gut vorbereitet, um mich in Politik oder Gesellschaft einzubringen, wenn ich etwas ändern möchte.



1 Stimme voll und ganz zu 2 3 4 5 6 Stimme überhaupt nicht zu W. n./K. A.

Abbildung 33: Politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und die Vermittlung von Fachwissen

Knapp zwei Drittel (61 %) stimmen der Aussage zu, dass sie im Unterricht oft zum Diskutieren über politische und gesellschaftliche Streitfragen ermutigt wurden.

Mehr als die Hälfte (56 %) der Befragten gibt demgegenüber an, dass aktuelle politische und gesellschaftliche Themen im Unterricht selten behandelt wurden.

Nur 12 % stimmen dem überhaupt nicht zu.

Trotz des vielfachen Wunsches nach mehr aktuellen politischen Themen im Unterricht, ist eine deutliche Mehrheit der Meinung, das theoretisch Erlernete zumindest in Teilen auch im realen Leben umsetzen zu können.

84 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen sind der Ansicht, dass sie ihre eigene Meinung oder Position zu politischen Themen in der Öffentlichkeit bzw. unter Freundinnen und Freunden gut vertreten können.

Und immerhin noch mehr als drei Viertel (79 %) der jungen Menschen geben an, gelernt zu haben, sich ein eigenes Urteil über politische Streitfragen zu bilden. Mit nur noch 58 % Zustimmung fällt die Überzeugung, gelernt zu haben, sich selbstständig über Politik zu informieren, deutlich ab.

Dies gilt auch für die Fähigkeit, sich politisch und gesellschaftlich einzubringen, hiervon sind nur noch 57 % überzeugt.

Einordnung

Wie einleitend dargelegt, bilden die gestellten Fragen verschiedene Dimensionen von politischer Bildung ab. Zunächst wurde nach dem Umfang und der Art von Demokratiebildung gefragt. Darüber hinaus bilden die Fragen drei Kompetenzdimensionen mit steigenden Anforderungen ab: beginnend mit der grundlegenden Vermittlung von Wissen über Demokratie und Politik sowie Informationen zu politischen Themen über das Erlernen der eigenen Urteilsfähigkeit zu gesellschaftlichen Fragestellungen und politischen

Sachverhalten bis hin zur Übersetzung dieser in kommunikative Handlungsfähigkeit, die die Artikulation und das argumentativ hinterlegte Eintreten für die eigene Position umfasst.

Umfang und Aktualität politischer Bildung in der Schule

Eine Einschätzung des Umfangs politischer Bildung in der Schule wurde mit den Antworten zur Aussage „Ich hätte mir mehr politische Themen im Unterricht gewünscht.“ erfasst. Der Aktualitätsbezug wurde mit der Aussage „Aktuelle politische und gesellschaftliche Themen wurden im Unterricht selten behandelt.“ erhoben.

Aus den Antworten wird deutlich, dass in der schulischen Praxis der Wunsch nach mehr in Aktualität und Häufigkeit der politischen Bildung besteht. Denn eine große Mehrheit von 77 % hätte sich mehr politische Themen im Unterricht gewünscht. Auch finden mit 56 % mehr als die Hälfte der Befragten, dass aktuelle politische und gesellschaftliche Themen im Unterricht selten behandelt wurden. Im Umkehrschluss ist also nur knapp die Hälfte der jungen Menschen mit der Aktualität der Themenauswahl zufrieden. Schülerinnen und Schüler sehen zudem auch einen generellen Ausbaubedarf bei der politischen Bildung in der Schule. Dies gilt insbesondere für Personen mit nicht gymnasialer schulischer Bildung.

Wie zuvor dargestellt interessieren sich Menschen mit formal niedrigerer Bildung über alle Altersklassen hinweg etwas weniger für Politik. Damit geht einher, dass die Zustimmung zur Demokratie als dem politischen System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt, mit dem Bildungsabschluss abnimmt. Menschen mit formal niedriger Bildung befürworten autoritäre Staatsformen häufiger. Zugleich ist hier der Wunsch nach mehr politischen Themen im Unterricht groß.



Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Ungleichbehandlung in der politischen Bildung zwischen den Schulformen aufzulösen und sie gerade in der nicht gymnasialen Bildung umfangreicher zu verankern.

Eine gute politische Grundbildung ist von zentraler Bedeutung für die Stabilität der Demokratie, denn sie ist wesentlich für die Ausbildung und Einübung von Fähigkeiten zur Partizipation an Demokratie, Politik und Gesellschaft. Demokratiekritische Einstellungen dürfen nicht als gegeben hingenommen werden.



Der ausgeprägte Wunsch nach mehr politischer Bildung bei allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist eine Chance, die genutzt werden kann.

Information und Wissen über Demokratie

Als Dimension des Kompetenzmodells wurde der Grad der Information über politische Themen und des Erlernens von Wissen über Demokratie mit Antworten zu den Aussagen „Durch den Schulunterricht habe ich gelernt, mich selbstständig über Politik zu informieren.“ und „Ich habe viel über die Demokratie in Deutschland und wie sie funktioniert gelernt.“ erhoben.

Hier fällt eine deutliche Diskrepanz auf. Einerseits ist der Großteil der jungen Befragten der Auffassung, viel über die Demokratie in Deutschland und wie sie funktioniert gelernt zu haben. Wie sie sich Informationen selbst beschaffen und damit ihr Wissen erweitern können, scheint hingegen nur unzureichend gelehrt worden zu sein. Weniger als zwei Drittel der Jugendlichen und jungen Menschen geben an, sich auf Basis des Erlernen selbstständig über Politik informieren zu können.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Dies deutet darauf hin, dass Kompetenzen wie die Fähigkeit, sich Informationen zu beschaffen, die für die politische Teilhabe notwendig sind, nicht ausreichend gelehrt und eingeübt werden.



Politische Bildung in der Schule steht vor der Herausforderung, dass sich im Zuge von Digitalisierung und der Bedeutung sich schnell wandelnder sozialer Medien die politischen Informationsräume im fortwährenden Umbruch befinden. Aber sie müsste gerade in dieser Hinsicht im Sinne von Demokratiebildung, die zur Partizipation befähigt, vertieft werden.

Eigene politische Urteilsfähigkeit

Eine Selbsteinschätzung der politischen Urteilsfähigkeit wurde mit der Zustimmung zur Aussage „Ich habe gelernt, mir ein eigenes Urteil über politische Streitfragen zu bilden.“ erhoben.

Die eigene Urteilsfähigkeit wird sehr viel besser eingeschätzt als die schulisch erlernte Informationsbeschaffungsfähigkeit.

Es muss als Diskrepanz erscheinen, dass nicht die Information über Themen und Zusammenhänge als Grundlage der eigenen Meinungsbildung und Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Diskursen angesehen wird. Angesichts der zunehmenden Verbreitung von Falschnachrichten und Desinformation gewinnt die Fähigkeit an Bedeutung, verlässliche und vielseitige Informationen zu beschaffen und Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Bei der Mediennutzung zeigt sich aber, dass diejenigen, die ihrer Einschätzung nach in der Schule gelernt haben sich zu informieren, auch mehr unterschiedliche Medien nutzen.

Sie informieren sich breiter und beziehen ihre Informationen aus mehreren Quellen. Dabei sind es vor allem Menschen mit Abitur oder Studium, die eher unterschiedliche Medien nutzen und die den Erwerb einer Informationsbeschaffungskompetenz der Schule zuordnen.

Auch hier scheint es daher einen Effekt des Bildungsgrads auf diese Dimension der Demokratiekompetenzen zu geben.



Informations- und Medienkompetenzen befähigen dazu, sich selbstständig umfassend zu informieren und dabei verschiedene Informationen und Quellen auch kritisch hinterfragend zu beurteilen. Sie sind daher schulformübergreifend zu stärken. Hierzu kann politische Bildung in Ergänzung zu oder in Kooperation mit schulischen Angeboten sowie eigenen außerschulischen Angeboten beitragen. Insofern ist die Vermittlung von Medienkompetenz im Sinne einer „digitalen Demokratiekompetenz“ als Teil der politischen Bildung zu begreifen.


Kommunikative Handlungsfähigkeit

Die Zustimmung zu der Aussage „Ich fühle mich gut vorbereitet, um mich in der Politik oder Gesellschaft einzubringen, wenn ich etwas ändern möchte.“ zielt schließlich auf die kommunikative Handlungsfähigkeit. Kommunikative Handlungsfähigkeit bildet zudem die Selbsteinschätzung „Ich kann meine eigene Meinung oder Position zu politischen Themen in der Öffentlichkeit/unter Freunden gut vertreten.“ ab. Es ist mit der aktiven Beteiligung an Diskursen im Austausch und im Aushandeln mit anderen Meinungen und Interessen die anspruchsvollste Dimension der Demokratiekompetenz angesprochen. Die Zustimmung ist dementsprechend etwas geringer. Bei der kommunikativen Handlungsfähigkeit zeigt sich wiederum ein deutlicher Effekt der unterschiedlichen Bildungsabschlüsse:

Bei denjenigen, die das Abitur anstreben oder bereits erreicht haben, geben über zwei Drittel an, dass sie im Unterricht zum Diskutieren angeregt wurden. Auch fühlen sich knapp zwei Drittel darauf vorbereitet, sich einzubringen. Von den jungen Menschen, die einen niedrigeren Abschluss anstreben oder haben, stimmt den beiden Aspekten nur etwa die Hälfte zu.

Beachtung verdient, dass sich 18- bis 25-Jährige etwas häufiger als die 14- bis 17-Jährigen gut vorbereitet fühlen, um sich in Politik oder Gesellschaft einzubringen. Insofern das Wahlalter zu Landtagswahlen zur nächsten Landtagswahl 2027 gesenkt

wird, ist gerade diese junge Gruppe der 14- bis 17-Jährigen darin zu stärken und zu unterstützen, sich in Politik und Gesellschaft einzubringen. Der sich daraus ergebende Ansatz ist offensichtlich:

 Für die Erstwählerinnen und Erstwähler sollten frühzeitig Angebote geschaffen werden. Die selbstständige Urteilsfindung und die Artikulation der eigenen Wünsche und Vorstellungen für die Zukunft sind früh zu entwickeln. Mögliche Instrumente sind interaktive Angebote, die auch in den von jungen Menschen bevorzugten digitalen Umgebungen stattfinden. So kann die aktive Teilhabe an gesellschaftlichen Debatten erprobt und erfahrbar gemacht werden.

3.4.2 Politische Selbstwirksamkeit und politische Partizipation

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wurden um ihre Einschätzung zu drei spezifischen Fragen gebeten, die Aufschluss darüber geben, wie stark die eigene politische Selbstwirksamkeit wahrgenommen wird.

**83 %
der Menschen sehen sich in der Lage, wichtige politische Fragen beurteilen zu können.**

Drei Viertel der Menschen trauen sich die aktive Teilnahme an Gesprächen zu politischen Fragen zu.

83 % der Befragten geben an, wichtige politische Fragen (weitestgehend) gut verstehen und einschätzen zu können. Ähnlich viele (72 %) trauen sich (teilweise)

zu, sich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.

Befragte mit formal höherem Bildungsabschluss schätzen ihre Fähigkeit, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können sowie sich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv beteiligen zu können, generell höher ein als jene mit niedrigeren Bildungsabschlüssen.

Diejenigen, die sich stärker für Politik im Allgemeinen interessieren, stimmen beiden Aussagen deutlich häufiger zu als die weniger am politischen Geschehen Interessierten.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

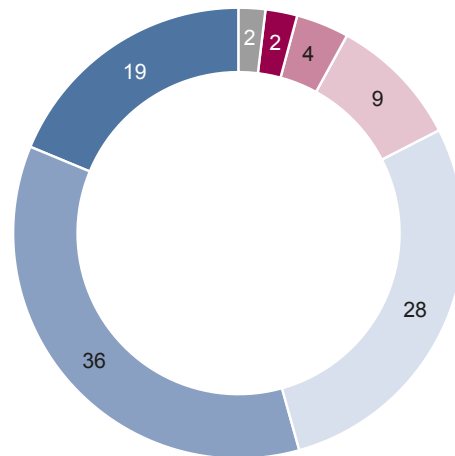
1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Wichtige politische Fragen kann ich
gut verstehen und einschätzen



Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch
über politische Fragen aktiv zu beteiligen

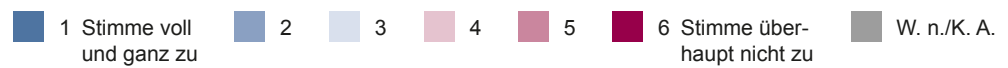
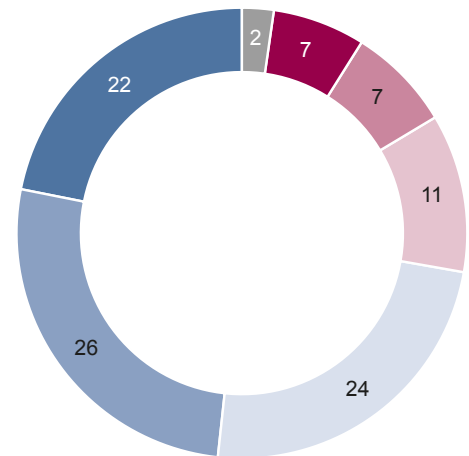


Abbildung 34: Politische Selbstwirksamkeit

Einordnung

Die Wahrnehmung politischer Selbstwirksamkeit steht sowohl mit dem Bildungsgrad als auch mit dem politischen Interesse in Zusammenhang:

Je höher der persönliche Bildungsabschluss und je größer das allgemeine politische Interesse, desto eher trauen Menschen sich zu, politische Fragen beurteilen und sich in Gesprächen über diese beteiligen zu können.

Politisch Interessierte schätzen wiederum ihre Selbstwirksamkeit höher ein als die Desinteressierten. Der enge Zusammenhang zwischen politischem Interesse, Selbstwirksamkeit und Teilhabe ist aus der Forschung bekannt (bspw. Reichert, 2016) und wird hier bestätigt.

Deutlich wird, dass eine schwach ausgeprägte (politische) Bildung sichtbare Konsequenzen für die politische Teilhabe von Menschen mit einem mittleren und niedrigen Bildungsabschluss hat.



Im Umkehrschluss kann die Förderung des politischen Interesses einen positiven Effekt auf die politische Selbstwirksamkeit haben, womit sich auch die Partizipationsbereitschaft erhöhen kann.

Ein zentraler Befund dieses Berichtes ist, dass v. a. in den nicht weiterführenden Schulen zu wenig politische Bildung im Sinne von kompetenzorientierter Demokratiebildung stattfindet. Der Unterricht trägt kaum zur Entwicklung politischer Selbstwirksamkeit der Schülerinnen und Schüler bei, vielmehr bedarf es einer demokratischen Bildung auf Augenhöhe (Feurich/Förster, 2022). Weiterhin erscheint es relevant, dabei auch auf die Bedeutung politischer Fragen hinzuweisen und die Bedeutung für das eigene Leben erfahrbar zu machen. Damit kann ein eigenes Interesse an diesen Fragen geweckt werden, das für politische Selbstwirksamkeit ebenso förderlich ist.

Gerade in Schulformen, die auf keinen weiterführenden Abschluss zielen, sollten Fähigkeiten und Kompetenzen, politische Fragen zu verstehen und zu beurteilen sowie auf dieser Grundlage sich selbst in politische Diskurse einzubringen, verstärkt gefördert und eingeübt werden.

Hinweise, wie dies gelingen kann, gibt bereits Kapitel 3.2.3 „Demokratieverständnis“ und „Einstellungen zu Demokratie“ (S. 44 und S. 50).



Eine stärker praxisorientierte schulische Bildung, mehr außerschulische Angebote für jüngere und auch ältere Menschen sowie Angebote auf kommunaler Ebene im näheren sozialen Umfeld der Menschen sind die Kernpunkte. Außerdem folgen in Kapitel 3.4.3 „Interesse an allgemeinen Themen und politischer Bildung“ (S. 127) weitere konkrete Anregungen, mit welchen Themen und Formaten politische Bildung die Menschen gezielt erreichen kann.

Exkurs: Wie junge Menschen zu Demokratie und Politik stehen

Für die Gruppe der sehr jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren sind überdurchschnittlich positive Einstellungen zur Demokratie, eine große Offenheit für Themen und Partizipation und ein breit gefächertes Interesse festzustellen. Daraus ergeben sich Potentiale für eine zielgerichtete Ansprache mit Themen und Formaten politischer Bildung. Außerdem zeigt sich ein politisches Bewusstsein und der Anspruch, die Zukunft durch Beteiligung selbst zu gestalten.

Lebenszufriedenheit

79 % der 14- bis 18-Jährigen sind mit ihrem Leben sehr zufrieden oder zufrieden.

Bei den jüngsten Befragten in dieser Studie zeigt sich eine sehr positive Grundstimmung. Die große Mehrheit ist mit dem eigenen Leben und den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen mindestens zufrieden. In keiner anderen Altersklasse ist der Wert der Zufriedenheit so hoch.

Die größten Probleme in Nordrhein-Westfalen

Häufiger als bei jeder anderen Altersklasse wird von etwa einem Drittel dieser Altersklasse die Bildungspolitik als größtes Problem benannt.

Die jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren benennen damit das Politikfeld, das sie als Schülerinnen und Schüler, Auszubildende oder Studierende im Alltag direkt betrifft.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Themeninteresse allgemein und in Bezug auf politische Bildungsangebote

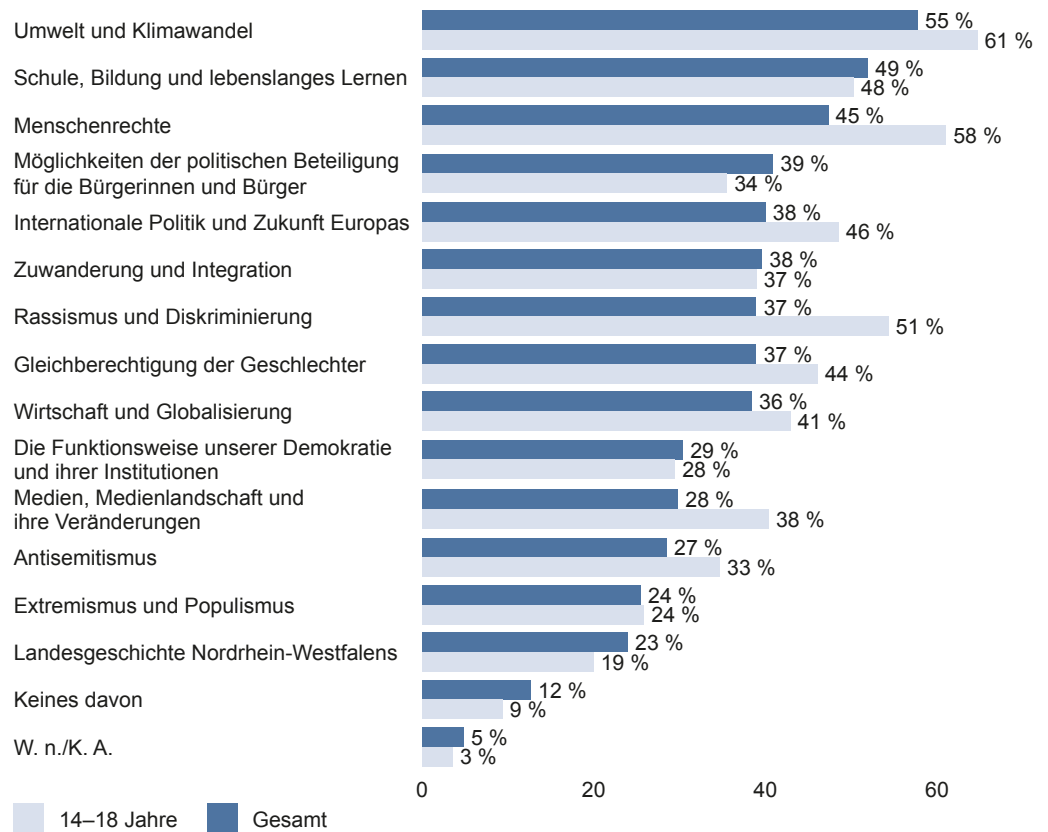


Abbildung 35: Themeninteresse in Bezug auf politische Bildungsangebote (14–18 Jahre)

Dies zeigt ein Problembewusstsein, das durch die Erfahrungen während der Pandemie geschärft worden sein dürfte.

Des Weiteren sind Verkehrsprobleme und Umweltpolitik, die noch von einem Fünftel als Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen angesehen werden, Themenfelder, die von den jungen Menschen benannt werden.

Politisches Interesse im Mehrebenensystem

Die Jüngeren benennen die politischen Gestaltungsprobleme auf der Landesebene, aber die Bundesebene ist die Ebene des politischen Geschehens, die die 14- bis 18-Jährigen deutlich am stärksten interessiert.

Damit geht einher, dass über ein Drittel mit Blick auf die größten Probleme in Deutschland die Umweltpolitik benennt. Für das Geschehen in Nordrhein-Westfalen interessieren sie sich dabei deutlich weniger als die Gesamtheit der Befragten.

Die Wahrnehmungen der Probleme und Herausforderungen durch die jungen Menschen übersetzen sich in persönliches Interesse an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen.

Sie wurden in einer offenen Frage ohne vorgegebene Antwortkategorien gefragt, für welche Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sie sich besonders interessieren.

Hier ist es zunächst das Themenfeld des Klima- und Umweltschutzes und des Tierschutzes, das von ca. einem Viertel der Befragten als besonders interessant bestimmt wird.

Sie benennen dieses auch etwas häufiger als die Menschen über 30. Dahinter folgen Wirtschaft und Finanzen sowie die Bildungs- und Schulpolitik.

Diese Themenfelder kehren wieder bei einer geschlossenen Frage zu Themen, bei denen die jungen Menschen sich die Teilnahme an einem Bildungsangebot vorstellen könnten.

Ganz vorne mit knapp zwei Dritteln der Befragten ist das Themenfeld Umwelt und Klimawandel. Wiederkehrend ist auch der Bereich Bildung und Schule mit knapp der Hälfte.

Neben den Themen ihres Alltags wie Bildung und Umwelt haben die jungen Menschen auch den Blick für das gesamtgesellschaftliche Wohl und die unserem Zusammenleben übergeordneten Dinge. Mehr als die Hälfte hat Interesse an Angeboten zu den Themenbereichen Menschenrechte, Rassismus und Diskriminierung sowie Internationale Politik und Zukunft Europas.

Junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren haben ein breites Interesse an Angeboten politischer Bildung.

Auch die auf die Demokratie bezogenen Bildungsangebote erfahren ein hohes Interesse.

Bei dem Interesse an Formaten politischer Bildung zeigt sich, dass neuere Formate hoch im Kurs stehen. Podcasts, Filme und Videos sowie digitale interaktive Angebote wie Apps kommen bei der Mehrheit gut an. Die Hälfte ist zudem auch an Exkursionen bzw. Ausflügen interessiert.

Mediennutzung

Die digitale Affinität der Jüngeren zeigt sich wenig überraschend in den Mustern ihrer Mediennutzung. In dieser Hinsicht weichen sie wie in kaum einer anderen Frage deutlich von anderen Altersklassen ab.

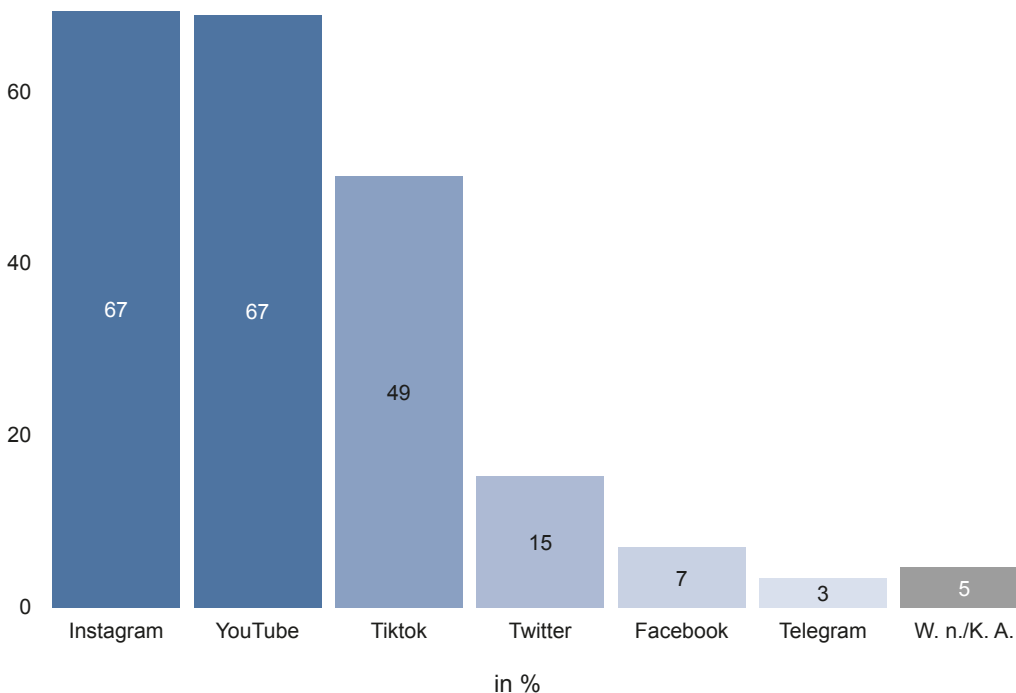


Abbildung 36: Nutzung sozialer Medien zur Information über politische Themen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Knapp drei Viertel informieren sich über politische Themen und Entscheidungen vor allem über soziale Medien.

Der Durchschnitt aller Befragten liegt bei einem Drittel. Die Nutzung sozialer Medien ist bei den Jüngeren deutlich breiter gefächert als bei den anderen Altersgruppen.

Die Hälfte der 14- bis 18-Jährigen informiert sich über Tiktok zu politischen Themen.

Es fällt auf, dass sich die Hälfte der jugendlichen Befragten über die Videoplattform Tiktok informiert, die ansonsten nur von einem Fünftel aller Befragten zur Information über politische Themen und Entscheidungen genutzt wird. Als häufigste Quelle politischer Information dienen zwei Dritteln dieser Gruppe YouTube und Instagram, die auch insgesamt von allen Altersklassen am häufigsten zur politischen Information über soziale Medien genutzt werden. Facebook wird von den 14- bis 18-Jährigen hingegen kaum noch als Informationsquelle genutzt.

Politische Selbstwirksamkeit

Die vorwiegend auf digitalem Wege stattfindende Information und Meinungsbildung steht einem Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit der 14- bis 18-Jährigen nicht im Wege. Sie ist nicht wesentlich schwächer ausgeprägt als bei der Gesamtheit der Befragten.

Die große Mehrheit traut sich zu, politische Fragen gut zu verstehen und einzuschätzen und sich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen. Darin kommt ein Anspruch der Jungen zum Ausdruck, sich selbst an Politik und Demokratie zu beteiligen und bei der Gestaltung mitzuwirken.

Politische Beteiligung jenseits von Wahlen

Die politische Beteiligung jenseits von Wahlen hat für die Jüngeren große Bedeutung. So hat knapp die Hälfte schon einmal an einer Petition oder Unterschriftenaktion teilgenommen.

Auch bei Demonstrationen oder dem Boykott bestimmter Waren oder Geschäfte aus politischen Gründen haben die jungen Menschen nach eigener Aussage schon mitgemacht. Dabei haben sie deutlich seltener als die über 18-Jährigen bereits einmal politische Beteiligungsmöglichkeiten genutzt. Die Gründe dafür liegen einerseits in der Art der Fragestellung: Gefragt wurde, ob eine der Formen jemals (ohne Eingrenzung des Zeitraums) genutzt wurde – ältere Menschen können hier also auf einen größeren Zeitraum zurückblicken. Ferner ist zu beachten, dass sie als nicht Volljährige ohne Zustimmung der Eltern eine Reihe politischer Beteiligungsformate wie die Unterzeichnung einer Petition oder die Teilnahme an einem Bürgerbegehren noch gar nicht nutzen durften oder konnten.

Wahlbereitschaft

Die Diskussion um eine Absenkung des Wahlalters wirft die Frage nach der hypothetischen Wahlbeteiligung auf.

Gefragt nach der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2022 gaben etwas weniger als zwei Drittel der 14- bis 18-Jährigen an, dass sie „auf jeden Fall“ zur Wahl gegangen wären.

Damit liegt der Wert zwar noch über der tatsächlichen Wahlbeteiligung, dennoch zeigt sich, dass die jungen Menschen ein Wahlrecht nicht automatisch wahrnehmen und zur Teilnahme animiert werden müssen.

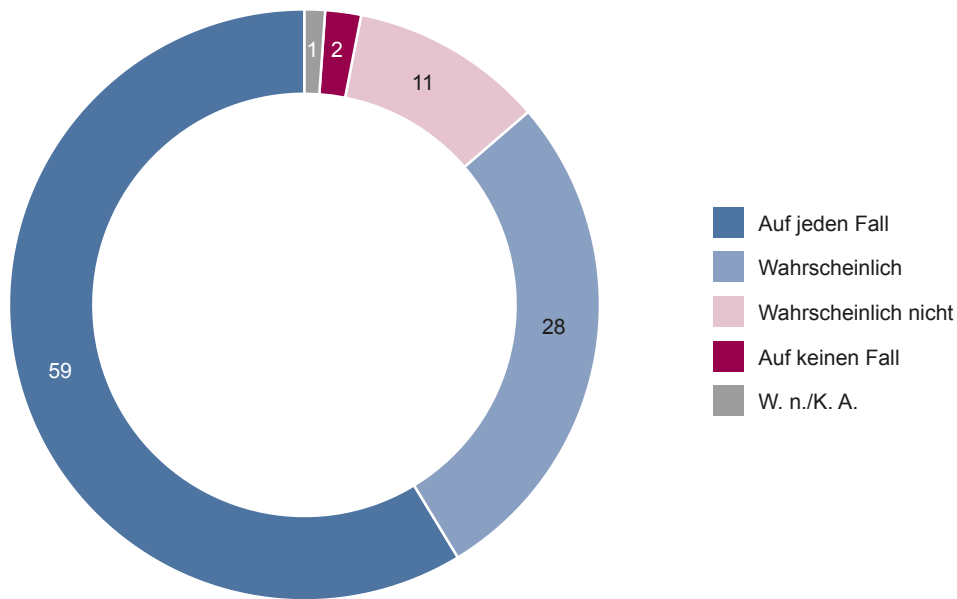


Abbildung 37: Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung unter 14- bis 18-Jährigen

Immerhin erklärt zudem gut ein Viertel, dass sie „wahrscheinlich“ zur Wahl gegangen wären. Gut jede bzw. jeder Zehnte hätte allerdings (wahrscheinlich) nicht an der Landtagswahl teilgenommen.

94 % der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren sind mit der Demokratie als politischem System zufrieden.

Damit ist der Anteil der potentiellen be-
kennenden Nichtwähler in dieser Gruppe
höher als bei allen Wahlberechtigten. Ob-
wohl davon auszugehen ist, dass sich die
Auseinandersetzung mit der Wahl verän-
dert, wenn die Personen wahlberechtigt
sind, bedarf es dennoch der Ansprache
und der Ermunterung zur Wahl. Das wird
auch zusätzlich notwendig, weil die Wahl-
beteiligung bei der Landtagswahl 2022
laut amtlicher Statistik (Kapitel 3.3.2
„Historische Entwicklung der Wahlbetei-
ligung“, S. 88) stark eingebrochen ist.

Demokratieverständnis und Zufriedenheit mit politischem System

Nahezu alle jungen Menschen zwischen
14 und 18 Jahren sind davon überzeugt,
dass die Demokratie als politisches Sys-
tem am besten zu unserer Gesellschaft
passt.

Auch ist die große Mehrheit mit der
Demokratie als dem politischen System
zufrieden, wie es im Grundgesetz veran-
kert ist, und mit der Demokratie, wie sie
tatsächlich ist. Die Zufriedenheit mit dem
Funktionieren der Demokratie fällt dabei
wie bei der Gesamtheit der Befragten
etwas niedriger aus. Dieses Ergebnis
entspricht den zuvor festgestellten
Interessen und Einstellungen der jungen
Menschen. Dass sie angeben, an politi-
schen Bildungsangeboten zu verschie-
denen Themen teilnehmen zu wollen,
und sie sich jenseits von Wahlen politisch
beteiligen, entspricht ihrem Zuspruch zur
Demokratie.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Institutionen- und Politikvertrauen

Der positive Zugang zur Demokratie bildet sich auch in der Zufriedenheit von mehr als zwei Dritteln der Befragten mit den politischen Institutionen in Nordrhein-Westfalen und im Bund sowie in dem im Vergleich zu allen anderen Altersklassen noch größeren Vertrauen in Politikerinnen und Politiker ab.

Bestandteile einer Demokratie und mögliche Alternativen


Mit Blick auf die Alternativen zur Demokratie lässt sich feststellen, dass die 14- bis 18-Jährigen diesen mit noch mehr Skepsis gegenüberstehen als die über 30-Jährigen Befragten. Sie sind seltener der Meinung, dass Deutschland jetzt eine einzige starke Partei brauche, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpere, und auch etwas seltener der Meinung, dass es einen Führer geben sollte, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

Einstellungen zu Populismus, Rassismus und Verschwörungsmythen

Der populistischen Aussage, dass die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung handeln, stimmt etwas mehr als die Hälfte der sehr jungen Menschen zu. Auch ist gut ein Drittel der Meinung, dass man in Deutschland nicht mehr frei seine Meinung äußern könne, ohne Ärger zu bekommen. Weit mehr als ein Drittel neigt zudem statt der Anerkennung eher einer Duldungshaltung gegenüber Minderheiten zu und stimmt zu, dass nur solange Deutschlands Traditionen bewahrt bleiben, wir Minderheiten erlauben können, so zu leben, wie sie möchten. Die Zustimmung zu Verschwörungsmythen ist bei den sehr jungen Befragten tendenziell ebenfalls


etwas geringer als im Durchschnitt aller Befragten. Dem Verschwörungsmythos, dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen, stimmt weniger als ein Drittel der jüngsten Befragten zu.

Im Vergleich zu den Befragten über 30 Jahren sind all diese Einstellungen bei den sehr jungen Menschen etwas schwächer ausgeprägt.

 Daraus kann für die politische Bildung die Chance und der Auftrag abgeleitet werden, dass gerade bei den jungen Menschen, die diese Einstellungen nur in einer Minderheit teilen, demokratische Einstellungen gefestigt werden können. So kann eine nachfolgende Generation heranwachsen, die in Zukunft die Stabilität der Demokratie unterstützt und mitträgt.

Zusammenfassung

Mit ihrem großen Interesse an Politik, verbunden mit dem Wunsch, sich in die für sie relevanten Themen einzubringen und dadurch etwas bewirken zu können, sind die jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren eine Chance für unsere Gesellschaft. Sie glauben an die Demokratie, an das, was sie ausmacht, und wollen an politischer Bildung auch zu demokratiebezogenen Themen teilnehmen. Sie sind, was unsere Demokratie braucht: Unterstützerinnen und Unterstützer, die für sie werben und sie auch im Alltag durch Beteiligung leben und erfahrbar machen.

 Die 14- bis 18-Jährigen sind eine zentrale Zielgruppe politischer Bildung. Sie selbst sind an einem Themenspektrum interessiert, das sie für wichtig halten. Und sie interessieren sich für politische Bildung. Es sind die Themen ihres Alltags und ihrer Zukunft.

Politische Bildung kann sie über die Informationswege und Formate erreichen, die sie auch im alltäglichen Leben nutzen. Vor allem sind das digitale Formate, die auf Instagram, Youtube und Tiktok funktionieren. Politische Bildung muss ihre Angebote auch in diese digitalen Räume verlegen. Gleichzeitig ist es notwendig, dass digitale Medienkompetenzbildung ein zentrales Bildungsfeld sein muss. Da sich Kinder und Jugend-

liche weitgehend online über Politik und Demokratie informieren, ist es wichtig, dass sie dies nicht einseitig tun und Quellen dabei auch kritisch hinterfragen können. Politische Bildung muss Formate entwickeln, die sich an beliebten Inhalten und Formaten orientieren und Medienkompetenz spielerisch Interesse weckend aufbereiten, ohne als belehrende Instanz aufzutreten.

3.4.3 Interesse an allgemeinen Themen und politischer Bildung

Welche Themen aus dem Bereich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens besonders interessant sind, wurde mit einer offenen Frage ermittelt. Die Ergebnisse werden in diesem Kapitel dargestellt.

Gefragt wurde auch ganz konkret, ob sich die Menschen zu ausgewählten Themenbereichen die Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen vorstellen können und welche Formate sie dabei besonders ansprechen.

In der Zusammenschau mit den auch abgefragten politischen Problemen zeigt sich so ein umfassendes Bild konkreter politischer Inhalte und gesellschaftlicher Themen, die für die Menschen relevant sind.

Politik und politische Bildung können dieses als Anhaltspunkt für die Gestaltung ihrer Programme, Projekte und Formate nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger gezielt und wirksam anzusprechen.

Die Frage zu den Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens besonders interessieren, wurde offen, d. h. ohne Antwortvorgaben gestellt.

Klima-, Umwelt- und Tierschutz, Wirtschaft und Finanzen sowie Bildungs- und Schulpolitik interessieren die meisten Menschen.

Vergleichsweise am häufigsten wurde zum Befragungszeitpunkt dabei der Klima-, Umwelt- und Tierschutz (22 %) genannt, gefolgt von Wirtschaft und Finanzen (17 %) und der Bildungs- und Schulpolitik (15 %).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Persönliches Interesse an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen

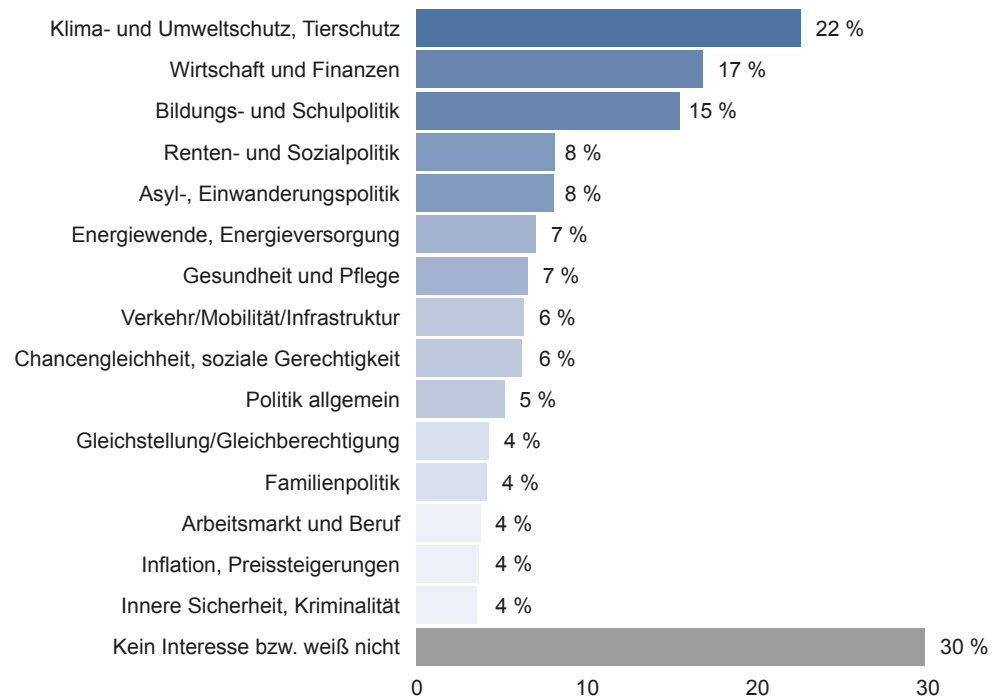


Abbildung 38: Interesse an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen (offene Antworten)

Alle weiteren Themen werden jeweils von deutlich weniger Befragten genannt: Jeweils 8 % nennen die Renten- und Sozialpolitik oder die Asyl- und Einwanderungspolitik als eigenen Interessenschwerpunkt. Von jeweils 7 % werden die Energiewende bzw. -versorgung oder der Bereich Gesundheit und Pflege angegeben. Die Bereiche Verkehr, Mobilität, Infrastruktur sowie Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind für jeweils 6 % von Interesse. Politik im Allgemeinen wird noch von 5 % genannt. Weniger Interesse erfahren mit 4 % die Bereiche Gleichstellung bzw. Gleichberechtigung, Familienpolitik, Arbeitsmarkt und Beruf sowie Inflation bzw. Preissteigerungen.

Auffällig ist aber, dass fast ein Drittel offen ohne Auswahlmöglichkeit kein spezielles Thema im Bereich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nennen kann, das sie besonders interessiert.

Einordnung

Die drei am häufigsten genannten Themenbereiche sind überwiegend deckungsgleich mit den genannten wichtigsten Problemen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen.

Der hier meistgenannte Themenbereich Klima-, Umwelt- und Tierschutz (22 %) wurde mit Blick auf die Probleme in Deutschland von 30 % der Befragten und insgesamt am zweithäufigsten genannt

Und auch in Nordrhein-Westfalen rangiert dieser Themenbereich bei der Frage nach den drängendsten Problemen mit 18 % weit oben, auf Platz 5. (Kapitel 3.2.2 „Wichtigste Probleme in Nordrhein-Westfalen und Deutschland“, S. 38).

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Auch im Rahmen der repräsentativen Befragung des ersten Demokratieberichtes orientierten sich die Themen, die für die Menschen von besonderem Interesse waren, an den benannten Herausforderungen im Land.



Die drei Top-Themen, für die sich die Menschen im Land interessieren, haben sich dabei nicht verändert. Schon 2020 lag die Bildungs- und Schulpolitik (15 %) in der Spitzengruppe, gefolgt von dem Bereich Umwelt-/Tierschutz (14 %) und Wirtschaft und Finanzen (13 %). Nur die Häufigkeit des Interesses an diesen Themen hat leicht zugenommen.

Auf den hinteren Plätzen hat zudem der Bereich internationale Politik und Zukunft Europas, zu dem auch der Krieg in der Ukraine zählt, die Corona-Pandemie abgelöst.

Wirtschaft und Finanzen (17 %) als am zweithäufigsten genannter Themenbereich von persönlichem Interesse befinden sich nicht unter den wichtigsten Problemen.

Weit oben bei den Problemen wurde allerdings sowohl mit Blick auf den Bund (Platz 1, 34 %) als auch auf das Land (Platz 3, 19 %) die Inflation bzw. der Preisanstieg genannt, der bei den die Menschen persönlich interessierenden Themen nur sehr selten genannt wurde. Da die Bereiche Wirtschaft und Finanzen sowie Inflation und Preisanstieg jedoch im gleichen Politikfeld liegen und auch im realen Leben miteinander verbunden sind, ist auch hier eine Korrespondenz zu sehen. Diese gibt es auch bei der

Bildungspolitik, die beim persönlichen Interesse mit 15 % auf Rang 3 liegt.

Sie liegt mit ebenfalls 15 % im Bund auf Rang 6 und im Land mit 22 % sogar auf Platz 2 der wichtigsten Probleme.

Diese Parallelen zwischen den Problem- und Interessenfeldern, ohne dass die Themen als Antwortmöglichkeiten vorgegeben worden sind, bringt ein ausgeprägtes und stringentes Problembewusstsein zum Ausdruck, das einhergeht mit Interesse an diesen Themen und ggf. auch an Lösungsmöglichkeiten.

Denn es gibt eine Reihe an Fragen und Themen, die die Menschen in Nordrhein-Westfalen als aktuelle Herausforderungen bzw. politisch zu bearbeitende Problemfelder identifizieren. Diese Themen werden, unabhängig von der Frage nach aktuellen Herausforderungen, auch als jene Themen benannt, für die sie sich persönlich interessieren.

Die Auswertung nach soziodemografischen Merkmalen ergibt, dass sich insbesondere das Interesse an Klima-, Umwelt- und Tierschutz und auch an Bildungs- und Schulpolitik ungleich verteilt. Diese Themen finden besonderes Interesse bei Menschen mit formal höherer Bildung (Abitur/Studium), Menschen, die ihren Lebensstandard als gerecht empfinden. Ein Drittel dieser Menschen interessiert sich für diese Themen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Im Umkehrschluss interessieren sich diejenigen, auf die die genannten Merkmale nicht zutreffen, also vor allem

Menschen mit formal niedrigerer Bildung und Menschen mit einer Unzufriedenheit über die persönliche Lebenssituation, weniger stark für diese Themen.

Dies sind gesellschaftliche Gruppen, die der ökologischen und ökonomischen Transformation besonders ausgesetzt sind, die weniger Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen haben, um darauf reagieren zu können und insbesondere um darauf Einfluss zu nehmen (Kurwan, 2023). Unzufriedene sind am ehesten noch an Themen mit wirtschaftlichem oder sozialem Bezug wie „Wirtschaft und Finanzen“, „Klima- und Umweltschutz, Tierschutz“, „Bildungs- und Sozialpolitik“, „Renten- und Sozialpolitik“ sowie „Inflation, Preissteigerungen“ interessiert. Diese Themenbereiche gehören hier zu den am häufigsten genannten Themen, für die ein Interesse bekundet wurde, wobei diese nur von weniger als 20 % dieser Gruppe benannt wurden.

Auf diese Personengruppe trifft zeitgleich aber auch zu, dass sie sich


im Vergleich auch allgemein weniger für Politik interessiert und im Vergleich etwas seltener mit der Demokratie als politischem System zufrieden ist.


Nicht alle Menschen streben die hohen formalen Bildungsabschlüsse an. Es ist die Aufgabe der politischen Bildung, gerade auch diesen Personengruppen passgenaue Angebote zu machen, um das Interesse an Politik und Demokratie zu wecken und durch Selbstwirksamkeitserfahrungen zu festigen.

Viele Befragte haben kein spezielles Thema im Bereich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft genannt, das sie besonders interessiert.

Dies kann auf die Art der Fragestellung zurückzuführen sein. Eine offene Frage ohne konkrete Antwortmöglichkeiten, die zur Auswahl angeboten werden, setzt eine Ausdrucksfähigkeit der Befragten voraus. Hingegen fällt es einfacher, das Interesse an Themen zu bestätigen oder zu verneinen, wenn diese einzeln abgefragt werden.

Die offenen Abfragen haben aber den Vorteil, dass sie zeigen, was die Menschen gerade besonders beschäftigt. Die politische Bildung kann dies für sich nutzen, um die Menschen mit Angeboten zu Themen, die sie besonders interessieren, gezielt zu erreichen.

 **Das Potential, besonders viele Menschen zu erreichen, bieten dabei vor allem jene Themen und Bereiche, die bei offenen Fragen besonders häufig benannt wurden.**

 **Darüber hinaus kann gerade für diejenigen ohne spezifisches Interesse eine niederschwellige politische Bildungsarbeit ein geeigneter Zugang sein, indem gezielt nicht an konkreten politischen Themen oder Problemen angesetzt wird. Die Empfehlung der aufsuchenden politischen Bildung, die die Menschen zunächst frei von Politik und Demokratie nach ihren Interessen, Wünschen und Vorstellungen fragt und erst darüber die Bedeutung von Demokratie und Partizipation vermittelt, wird hier bestätigt. Deshalb ist es wichtig, überhaupt erst einmal Interesse für ein (gesellschaftliches oder politisches) Thema zu wecken, wenn dies augenscheinlich nicht vorhanden ist.**

Darauf aufbauend und darauf bezogen kann dann zur Teilnahme an politischen Bildungsangeboten, die Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen, motiviert werden, um so für Politik, Demokratie und Partizipation zu werben.



Es geht hierbei vor allem darum, auf die Bedeutung dieser Themen für das eigene Leben hinzuweisen und den Einfluss darauf erfahrbar zu machen. Ein praktisches Beispiel dafür sind die Demokratiewerkstätten im Quartier.

Damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dann auch Eingang in Politik und Gesellschaft finden, müssen sie artikuliert werden.



Ziel muss es sein, dass die Menschen ihren Anspruch auf ihren Einfluss auch geltend machen. Politische Bildung kann hierzu nicht nur aufrufen, sie kann Partizipation zum Beispiel mit Diskussionsrunden in Form von Debattierwettbewerben oder interaktiven Spielen praktisch erfahrbar machen.

Interessenschwerpunkte für politische Bildungsangebote

Anschließend wurden den Befragten verschiedene Themenbereiche genannt und danach gefragt, zu welchen sie sich vorstellen können, an einem politischen Bildungsangebot teilzunehmen.

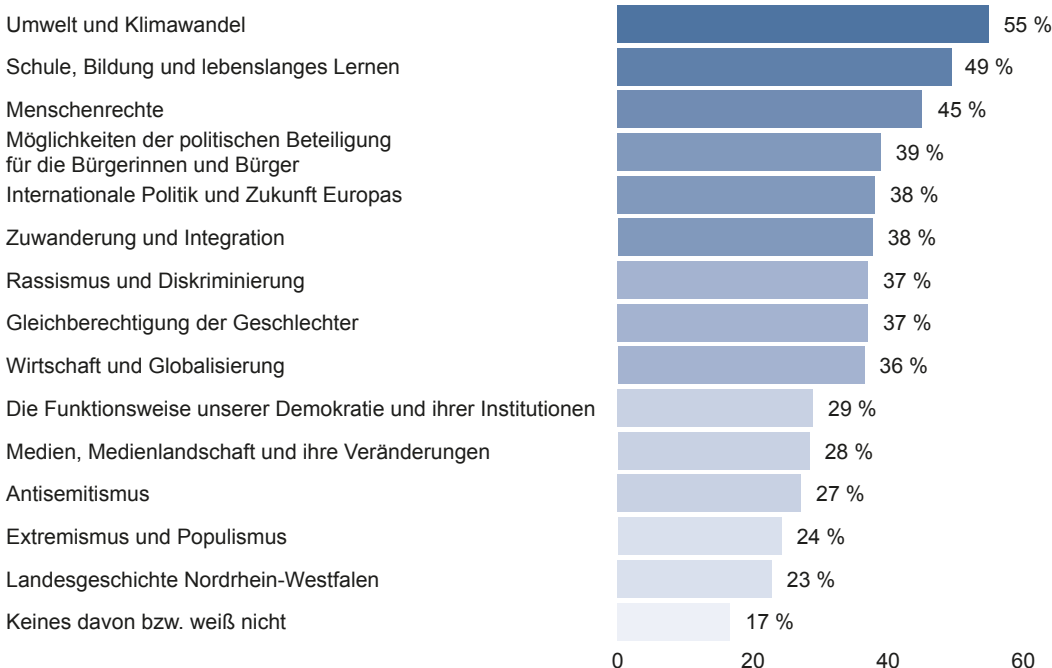


Abbildung 39: Themenspezifisches Interesse an politischen Bildungsformaten

83 %
können sich die Teilnahme an einem politischen Bildungsangebot vorstellen.

Umwelt & Klimawandel, Schule & Bildung und Menschenrechte sind als Themen politischer Bildung gefragt.

Politische Bildungsangebote zu den Themen Umwelt und Klimawandel (55 %), Schule, Bildung und lebenslanges Lernen (49 %) und Menschenrechten (45 %) stoßen am häufigsten auf Interesse. Die Möglichkeiten der politischen Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger (39 %), internationale Politik und Zukunft Europas (38 %) sowie Zuwanderung und Integration (38 %) bzw. Rassismus und Diskriminierung (37 %), Gleichberechtigung der Geschlechter (37 %) sowie Wirtschaft und Globalisierung (36 %) finden jeweils mehr als ein Drittel der Befragten als Bildungsangebote interessant.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung


Dass politische Bildungsangebote zur Funktionsweise der Demokratie und ihrer Institutionen (29 %), zu Medien, Medienlandschaft und ihren Veränderungen (28 %) oder zu Antisemitismus (27 %) Extremismus und Populismus (24 %) sowie zur Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens (23 %) von Interesse wären, äußert gut jede bzw. jeder Vierte.

17 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich bei keinem der genannten Themen vorstellen, an einem Bildungsangebot teilzunehmen.

Einordnung

Die Ausgangslage der politischen Bildung hinsichtlich der Ansprache der Menschen im Land über bestimmte Themen erscheint gut. Denn die große Mehrheit kann sich für mindestens ein Thema die Teilnahme an Angeboten politischer Bildung vorstellen. Es besteht also die Chance, die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen tatsächlich zu erreichen.


Analog zu den offen geäußerten Interessenschwerpunkten werden bei der Frage nach dem Interesse zur Teilnahme an Angeboten politischer Bildung die gleichen Themenbereiche ausgewählt.

 **Politische Bildungsarbeit kann sich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung daher gut an den Interessen der Menschen orientieren, da sie in diesen Bereichen auch zur Teilnahme an politischen Bildungsangeboten bereit sind und schon ein Eigeninteresse mitbringen.**

Darüber könnten dann auch weitere Themenfelder, die mit dem Thema von persönlichem Interesse verbunden werden, adressiert werden.


Auch die Menschen mit Migrationsbiographie interessieren sich für politische Bildung.

Insbesondere für die Bereiche „Politik in Deutschland“ und „Politik in Europa“ zeigen sie eine besondere Affinität.

 **Mit politischer Bildung kann so auch die Chance zur aktiven und beteiligungsorientierten Integration verbunden sein.**

Etwa die Hälfte der Menschen, die mit der persönlichen Lebenssituation eher unzufrieden sind, interessiert sich für Möglichkeiten politischer Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger. Politische Bildung kann damit themenbezogen zur Integration der Gesellschaft beitragen.

Außerdem treffen auch die Themen Umwelt und Klimawandel, Schule, Bildung und lebenslanges Lernen, Menschenrechte, Zuwanderung und Integration und Gleichberechtigung der Geschlechter bei etwa der Hälfte der Befragten auf Interesse.

 **Politische Bildung hat somit über viele Themen die Chance, Unzufriedene anzusprechen. Sie kann die Möglichkeit bieten, Beteiligung zu erproben und Erfahrungen zu schaffen, dass über Partizipation auch die eigene Lebenssituation beeinflusst und mehr Zufriedenheit geschaffen werden kann.**

Für die Gestaltung der Angebote politischer Bildung ist die Auswertung nach Altersgruppen besonders relevant.

Die unter 30-Jährigen bekunden ein Interesse an einem insgesamt breiteren Spektrum an Themen, mit denen politische Bildung sie erreichen kann.


Auf ein besonderes Interesse treffen bei den unter 30-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen Menschenrechte, Rassismus und Diskriminierung und Antisemitismus. Die Themen, die bei allen weiteren Altersklassen auf Interesse stoßen,

werden dabei auch von einem Großteil der unter 30-Jährigen genannt. Zentrale Themen für die 30- bis 59-Jährigen sind Schule, Bildung und lebenslanges Lernen, gefolgt von Umwelt und Klimawandel.

Deutlich wird, dass der Anteil derjenigen, die angeben, zu keinem der vorgeschlagenen Themen an einem Bildungsangebot teilnehmen zu wollen oder „weiß nicht“ antworten, mit dem Alter steigt.

Ein möglicher Grund hierfür ist, dass mit einer steigenden beruflichen und familiären Einbindung die Bereitschaft zur Teilnahme an zusätzlichen Bildungsangeboten aufgrund geringer werdender Zeitressourcen für freiwillige Aktivitäten neben Beruf und Familie sinkt.

Ein weniger breites Interesse und insgesamt eine geringere Bereitschaft zur Teilnahme zeigt sich auch bei Menschen mit formal niedriger und mittlerer Bildung. Dies legt auch an dieser Stelle einmal mehr nahe, dass die frühe Vermittlung der Relevanz und die Erprobung der Kompetenzen, die für die politische Teilhabe notwendig sind, nicht in allen Schulformen ausreichend stattfinden.

 Für Menschen mit geringem politischem Interesse und fehlender Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen braucht es indirekte Ansätze. Für unmittelbar mit politischen Themen verbundene Angebote fehlt der Anknüpfungspunkt. Ein Vorschlag kann daher sein, Wege abseits der üblichen Pfade politischer Bildung und neue Formate auszuprobieren, im Freizeitbereich im Sportverein, auf öffentlichen Veranstaltungen und Events wie Stadtfesten oder großen Festivals. Möglichkeiten bieten auch soziale Medien, die Information, Bildung und Unterhaltung verbinden. Es geht darum, dass politische Bildung und Bildungseinrich-

tungen auch in eher unpolitischen und ungezwungenen Kontexten Angebote machen, um Menschen zu erreichen, die sie sonst nicht erreichen, da sie nicht von selbst zu ihnen kommen.

Der Umfrage zufolge kann politische Bildung etwa jede Zehnte/jeden Zehnten in Nordrhein-Westfalen mit keinem ihrer Themen erreichen. Schaut man sich die soziodemografischen Merkmale dieser Personen näher an, so sind sie eher älter, haben eher einen Haupt- oder Real-schulabschluss und sind politisch wenig interessiert. Zudem neigen sie eher zu demokratiekritischen Einstellungen. Inwiefern sie durch konkrete Maßnahmen politischer Bildung zu erreichen sind, ist schwierig zu beurteilen, insbesondere da die Ressourcen politischer Bildung finanziell und personell begrenzt sind.

Interesse an Formaten politischer Bildung

Politische Bildung vermittelt ihre Angebote über eine Vielzahl unterschiedlicher Formate. Die Bandbreite hat sich gerade in den letzten Jahren durch die Corona-Pandemie im digitalen Bereich noch einmal erweitert. Welche Formate bei den Bürgerinnen und Bürgern am besten ankommen und nachgefragt werden, wird hier dargestellt.

Diskussionsveranstaltungen, Vorträge und Lesungen sind die beliebtesten Formate.

Gefragt nach verschiedenen Möglichkeiten, um sich zu politischen und gesellschaftlichen Themen zu informieren, äußern die Befragten am häufigsten, dass sie sich vorstellen können, an Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen oder Lesungen (52 %) teilzunehmen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der repräsentativen Befragung

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung

Podcasts, Filme oder Videos sowie Bücher zieht dafür jeweils knapp die Hälfte der Befragten (je 48 bzw. 46 %) in Betracht, gefolgt von digitalen interaktiven Angeboten wie Apps (44 %) und Exkursionen bzw. Ausflügen (41 %). In etwa jede dritte Person kann sich die Teil-

nahme an Workshops (34 %) oder interaktiven Angeboten wie z. B. einem Quiz oder Planspiel (30 %) vorstellen, um sich zu politischen oder gesellschaftlichen Themen zu informieren. Für jede zehnte Person (10 %) ist keines der genannten Formate vorstellbar.

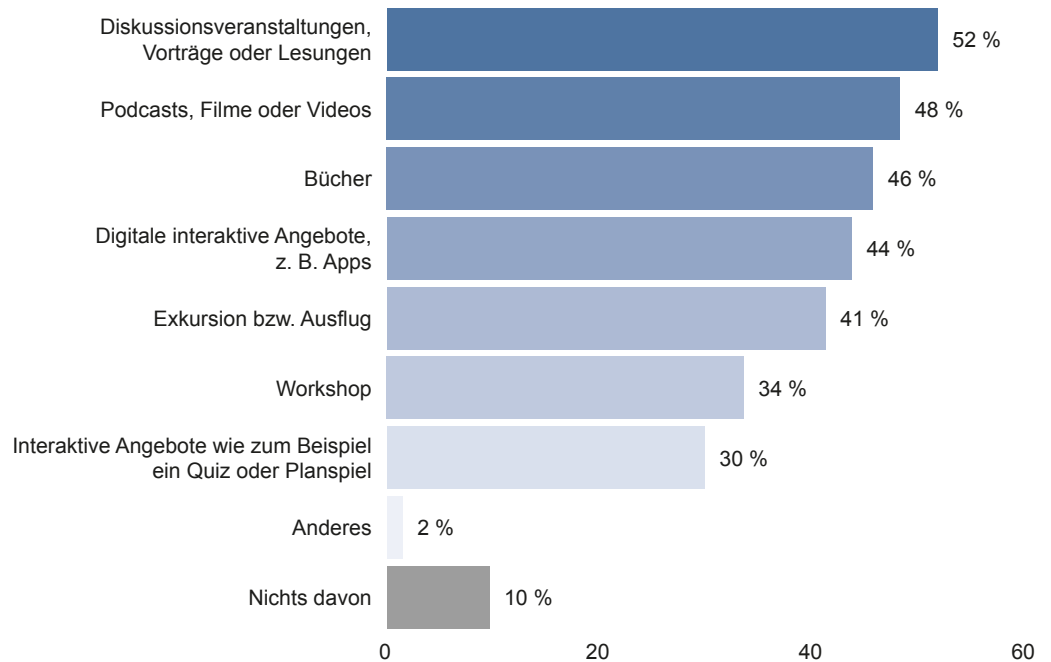


Abbildung 40: Interesse an Formaten politischer Bildung

Vergleich zum ersten Demokratiebericht:

Im Unterschied zum ersten Bericht wurde hier lediglich nach dem vorstellbaren Nutzen solcher Formate gefragt, die die Landeszentrale sowie die anerkannten Einrichtungen politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen nutzen. 2020 wurde nach dem tatsächlichen Nutzen und dem vorstellbaren Nutzen gefragt.



Im direkten Vergleich zum ersten Demokratiebericht ist dabei festzustellen, dass Vorträge und Diskussionsveranstaltungen leicht an Bedeutung zugenommen haben. Eine mögliche Erklärung ist, dass diese zum Zeitpunkt der Befragung für den ersten Demokratiebericht bedingt durch die Corona-Pandemie nicht stattfinden konnten und daher für den Moment aus dem Auge der Befragten geraten sind. Umgekehrt hat das Interesse an Lesungen und Büchern leicht abgenommen. Alle anderen Formate haben deutlich hinzugewonnen, am meisten die Podcasts und digitalen sowie interaktiven Angebote.

Einordnung

Die vielen unterschiedlichen Träger politischer Bildung können das gesamte Spektrum der Formate nutzen und wecken damit immerhin bei gut einem Drittel der Menschen in Nordrhein-Westfalen das grundsätzliche Interesse zur Teilnahme. Gerade mit Veranstaltungen vor Ort und Events erreicht politische Bildung viele Menschen. Nach der Corona-Pandemie gibt es offensichtlich wieder ein Interesse an persönlichen Interaktionen mit Menschen und gemeinsam gewonnenen Erfahrungen.

Gleichzeitig zeigt der Trend des stark steigenden Interesses an digitalen Angeboten wie Podcasts und auch digitalen interaktiven Angeboten, dass sich Menschen – trotz des Endes der Corona-Pandemie und der damit wieder analog zur Verfügung stehenden Angebote – vermehrt von digitalen Angeboten angesprochen fühlen. Will politische Bildung die Menschen erreichen, muss sie ihr Angebot auch in den Formaten an die Wünsche und Erwartungen der Menschen anpassen.

Unterscheiden lassen sich die Wünsche und Erwartungen entlang der Altersunterschiede der Menschen: Digitale und zeitunabhängige Angebote werden vor allem bei den unter 30-Jährigen und in etwas geringerem Maße bei den 30- bis 49-Jährigen wichtiger. Auch finden interaktive Angebote mit Event-Charakter, ob digital oder analog, bei den jungen Menschen unter 30 Jahren großen Zuspruch. Hingegen stoßen klassische Diskussionsveranstaltungen, Vorträge und Lesungen bei den jüngeren Befragten unter 29 Jahren auf weniger Interesse. Bei den Befragten über 45 Jahren zeigt sich hingegen, dass sie sich weniger eine Teilnahme an interaktiven Angeboten vorstellen können, unabhängig davon, ob analog oder digital.

Dies stellte sich bei der Ermittlung zur allgemeinen Mediennutzung zur Information über Politik ähnlich dar, sodass die Präferenzen der Altersgruppen beim Umgang mit Medien in allen Lebensbereichen stringent erscheinen. Die Aussagen sind insofern belastbare Anhaltspunkte für eine zielgruppenspezifische Ansprache.

Format	insgesamt	14- bis 18-Jährige	19- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%
Diskussionsveranstaltungen, Vorträge oder Lesungen	52	37	53	55	53	51
Podcasts, Filme oder Videos	48	72	72	62	43	26
Bücher	46	37	47	49	41	50
Digitale interaktive Angebote, z. B. Apps	44	60	62	57	38	27
Exkursion bzw. Ausflug	41	50	53	44	38	35
Workshop	34	32	44	35	36	25
Interaktive Angebote wie z. B. ein Quiz oder Planspiel	30	48	47	40	24	15
Nichts davon	10	7	2	5	11	16
Anderes	2	1	1	1	1	2

Abbildung 41: Interesse an Formaten politischer Bildung – nach Alter

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

**3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung**

4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung



Die politische Bildung kann dies in Kombination mit den zuvor erläuterten Themeninteressen für sich nutzen, um mit ausgewählten Formaten zielgerichtet Menschen zu adressieren.

Herausfordernd ist, dass Menschen mit formal niedriger Bildung sich von allen Formaten seltener angesprochen fühlen. Dies unterstreicht, dass eine solide Vermittlung von Kompetenzen zur Partizipation Voraussetzung für die aktive gesellschaftliche und politische Teilhabe ist.

Gleichzeitig geht damit aber auch der Auftrag einher, Formate zu entwickeln, die auch diese Menschen ansprechen und erreichen. Bei einigen Menschen muss politische Bildung das Interesse erst wecken und Kompetenzen und Fähigkeiten mit ihnen erlernen und erproben.



Um die Menschen dazu zu bewegen, kann politische Bildung versuchen, sie über politikferne Themen, die sie in

ihrem Alltag interessieren, zu erreichen. Dieser Vorschlag aus dem ersten Demokratiebericht, der in den hier erwähnten Demokratiewerkstätten bereits umgesetzt wird, wird hier insofern wiederholt und bestärkt.


Rund 10 % der Befragten können sich gar nicht vorstellen, überhaupt eines dieser Formate zu nutzen. So waren auch 17 % an keinem der abgefragten Themen interessiert. Für diese Personen wurde im vorherigen Kapitel bereits vorgeschlagen, über eher unpolitische Themen auf neutralen Wegen Interesse zu wecken und Formate zu wählen, die nicht offensiv als politische Bildung auftreten. Politische Bildung muss neue Wege der Ansprache finden, bei denen Mittler wie Influencerinnen und Influencer als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auftreten. Als Vermittlerinnen und Vermittler können sie als Schnittstelle zur politischen Bildung dienen und damit neue Zielgruppen erreichen.

Exkurs: Erreichbarkeit von Menschen mit fragilen demokratischen Grundüberzeugungen

Die sogenannten „fragilen Demokratinnen und Demokraten“ (siehe Kapitel 3.2.7 „Einstellungstypen“, S. 72) stellen die politische Bildung vor eine besondere Aufgabe: Diese Menschen haben sich noch nicht von der Demokratie abgewendet, grenzen die Demokratie aber auch nicht mehr vollständig von alternativen Staatsformen ab. Sie in ihren demokratischen Grundüberzeugungen zu bestärken und ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Demokratie zu gewinnen bzw. zurückzugewinnen, kann über Bildungsangebote gelingen.

Die Befragung zeigt, dass bei einem Teil der Menschen in Nordrhein-Westfalen die demokratischen Grundüberzeugungen und die Zufriedenheit mit dem demokratischen System eher schwach ausgeprägt sind.


Wenn die Neigung zu Alternativen zur Demokratie und die Offenheit für Verschwörungstheorien noch schwach ausgeprägt sind, geht die Forschung davon aus, dass diese Menschen von Politik, Gesellschaft und politischer Bildung noch zu erreichen sind. Detaillierte Charakteristika dieser Gruppe und Hinweise zum Forschungsstand finden sich in Kapitel 3.2.7 „Einstellungstypen“ , S. 72).

 **Man kann annehmen, dass diese Menschen über ihr persönliches Interesse an bestimmten Themen noch am ehesten für Demokratie zu begeistern und zu politischer Partizipation zu bewegen sind.**

Die Befragung ermöglicht Rückschlüsse auf Themenbereiche, die diese Menschen interessieren bzw. nicht interessieren. Insgesamt weichen die Themeninteressen nur wenig von denen der überzeugten Demokratinnen und Demokraten ab. Die Bildungs- und Schulpolitik als eines der drei Themen, die für die meisten Menschen im Fokus stehen, trifft bei Menschen mit fragiler demokratischer Grundüberzeugung auf verhältnismäßig geringe Resonanz.

Knapp ein Drittel der fragilen Demokratinnen und Demokraten macht auf die offene Frage nach Themen, die sie persönlich interessieren, keine Angabe. Für jeweils etwa ein Fünftel sind die Themen Wirtschaft und Finanzen sowie Klima-, Umwelt- und Tierschutz von persönlichem Interesse. In Bezug auf die Formate der politischen Bildung zeigt sich, dass die fragilen Demokratinnen und Demokraten etwas weniger bereit sind, an Bildungsangeboten teilzunehmen.

Darüber hinaus kristallisiert sich kein spezielles Format heraus, über das diese Menschen besonders gut erreichbar wären.

 **In der Zusammenschau der Ergebnisse zeigt sich, dass die Kopplung einer Wissensvermittlung zu spezifischen Themen mit Grundsätzen der Demokratie als Staats- und Lebensform erfolgversprechend ist. An konkreten Problemstellungen können die Funktionsweisen demokratischer Strukturen und ihre Notwendigkeit verdeutlicht werden. Sie gehen für jeden Menschen mit Freiheit, Sicherheit und der Chance zur Selbstwirksamkeit einher. Alternative, nicht demokratische und autoritäre Regierungsformen stehen im Widerspruch zu diesen Gütern. Die Demokratie hat Alleinstellungsmerkmale, deren Relevanz für das eigene und gemeinsame Leben politische Bildung verdeutlicht und erfahrbar macht.**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

**4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung**

4

Ableitungen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung

Aus der Befragung ergeben sich eine Reihe von Ableitungen, wie sich politische Bildung weiterentwickeln sollte. Interessen und Erwartungen der Menschen und ihre aktive Beteiligung am politischen Geschehen sollten dabei die zentrale Rolle spielen. Im Folgenden werden die Handlungsempfehlungen mit besonderem Schwerpunkt auf der politischen Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammengefasst:

Schwerpunkt 1: **Politisches Interesse und Einstellungen zur Demokratie**

Aufsuchende politische Bildung

Die wesentliche Empfehlung des ersten Demokratieberichtes, die aufsuchende politische Bildung weiter auszubauen und zu stärken, bleibt bestehen. Es zeigt sich, dass die Angebote grundsätzlich zu den Menschen kommen müssen und nicht umgekehrt.

Die Menschen können sich eine Teilnahme an politischen Bildungsangeboten vorstellen und sehr klar benennen, für welche politischen und gesellschaftlichen Themen sie sich besonders interessieren. Zum Erhebungszeitpunkt waren das vor allem die Themen Umwelt und Klimawandel, Schule, Bildung und lebenslanges Lernen sowie Wirtschaft und Finanzen.

Insbesondere die sehr jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren äußern neben dem Interesse an Themen ihres Alltags wie Bildung und Umwelt auch ein deutliches Interesse an Themen und Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Demokratie wie Menschenrechten, Rassismus und Diskriminierung sowie

internationaler Politik und der Zukunft Europas. Die politische Bildung muss entsprechend zu diesen Themen und Interessen Angebote entwickeln, um die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen.

Außerdem bekunden Menschen mit Migrationsbiographie im Vergleich zu Menschen ohne Migrationsbiographie ein höheres Interesse an Politik im Allgemeinen. Das gilt in besonderer Weise für die Bereiche „Politik in Deutschland“ und „Politik in Europa“. Die politische Bildung sollte auch dieses Interesse aufgreifen und vermehrt Angebote gezielt an Menschen mit Migrationsbiographie richten. So können Programme der politischen Bildung dazu beitragen, dass Menschen mit Migrationsbiographie sich aktiv in der Zivilgesellschaft engagieren und zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden, die andere Menschen für die Demokratie begeistern, und Menschen mit Migrationsbiographie befähigen, sich aktiv in gesellschaftlichen Initiativen oder auch politischen Parteien zu betätigen. Mit politischer Bildung können so auch die Chancen zur aktiven und beteiligungsorientierten Integration verbunden und diese Menschen als wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Demokratie gewonnen werden.

Menschen ohne ausgeprägtes politisches Interesse hingegen fühlen sich eher von Fragen nach ihren persönlichen Wünschen, Bedürfnissen und Vorstellungen angesprochen. Die Beschäftigung mit diesen Fragen kann genutzt werden, um die Bedeutung von demokratischer Partizipation für den einzelnen Menschen zu vermitteln, ohne die Adressatinnen und Adressaten mit zu viel theoretischem Wissen zu überfordern. Deshalb ist es wichtig, zunächst über persönliche Wünsche und Fragen zu den alltäglichen Herausforderungen an diese Menschen heranzutreten, um über die Hilfsangebote auch das Interesse für politische Themen zu wecken. So wird der unmittelbare Bezug vom politischen Geschehen auf das eigene Leben leichter sicht- und erlebbar.

Die Befragung hat gezeigt, dass sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen vor allem ihrer Gemeinde oder Stadt und den dort lebenden Menschen verbunden fühlen. Hier kann und sollte politische Bildung ansetzen, denn gerade im lokalen (politischen) Raum kann politische Partizipation an konkreten, alltagsnahen Themen eingeübt und erlebt werden.

Ein konkretes praktisches Beispiel aus der politischen Bildung sind die **Demokratiewerkstätten im Quartier**. Sie stehen sowohl für die lokale Präsenz politischer Bildung in herausfordernden Sozialräumen als auch für niederschwellige politische Bildungsangebote. Sie bieten die Chance zur aktivierenden Integration, insbesondere sozial benachteiligter Zielgruppen. Bürgerinnen und Bürgern wird die Möglichkeit eröffnet, eigene Erfahrungen einzubringen, sich aktiv zu beteiligen und so neue Erfahrungen zu machen. In der Folge werden die Menschen zufriedener, weil sie selbst aktiv ihre Lebenssituation positiv verändern. Politische Verfahren werden somit anhand konkreter Alltagsthemen verständlich. Das Interesse und die Nützlichkeit eigener Beteiligung wird geweckt und erlebt.

Ein weiteres niederschwelliges Beispiel aus dem Kulturbereich sind die „Dritten Orte“, die aus lokalen Initiativen entstehen und Raum für Kultur, Bildung und Begegnung schaffen. Sie vernetzen verschiedene lokale Angebote und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie zu ehrenamtlichem Engagement und identitätsstiftender Übernahme von Verantwortung einladen.



Gerade außerschulische Lernorte, Kultur- und Bildungsnetzwerke sowie Freizeiteinrichtungen erleichtern es, Menschen aus unterschiedlichen Lebenslagen mit ähnlichen Interessen zusammenzubringen und zur gemeinschaftlichen Gestaltung anzuregen.

Auf der politischen Ebene sind es zum Beispiel kommunale Bürgerräte, Kinder- und Jugendparlamente. Dort geht es in erster Linie um konkrete Fragen des lokalen Zusammenlebens, etwa sichere Verkehrswege und die Ausweitung von Freizeitmöglichkeiten wie Spielplätzen und Jugendeinrichtungen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

**4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung**

Handlungsempfehlungen:

- 1. Gezielte Ansprache der Menschen mit Alltagsthemen und hoher Aktualität, insbesondere von Jugendlichen zum Beispiel mit Themen und Fragen rund um Klimaschutz oder Bildung.**
- 2. Entwicklung von Programmen und Maßnahmen zur Integration für Menschen mit Migrationsbiographie.**
- 3. Ausweitung niederschwelliger Angebote vor Ort, etwa Demokratiewerkstätten im Quartier, Kooperationen mit Sportvereinen, Weiterbildungseinrichtungen, „Dritter Orte“ und weiterer Kultureinrichtungen.**
- 4. Förderung leicht zugänglicher und kommunaler Angebote, die an (politische) Beteiligung herantreten und diese ermöglichen, etwa sozialer oder kultureller Stadtteilprojekte, kommunaler Bürgerräte und Jugendparlamente.**

Vielfalt und Mitbestimmung erfahrbar machen!

Lebensumstände in einer Demokratie sind durch Partizipation und Mitbestimmung veränderbar. Gerade für Menschen, die mit ihrer persönlichen Situation unzufrieden sind und deshalb der Demokratie distanziert bis ablehnend gegenüberstehen, können Angebote der politischen Bildung ein Weg sein, sie für die Demokratie und ihre Prinzipien zu gewinnen bzw. zurückzugewinnen. Politische Bildung kann der Türöffner sein, politische Beteiligung (spielerisch) auszuprobieren, und so zur Erkenntnis führen, dass nur der, der mitmacht, auch seine eigene Lebenssituation für mehr Zufriedenheit beeinflussen kann.

Folge von instabilen politischen Systemen und autokratischen Regierungen mit einhergehender Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender sind Migrations- und Fluchtbewegungen, wie wir sie aktuell erleben. Daran kann politische Bildung anknüpfen, um aufzuklären und zu sensibilisieren.

Die Menschen, die aus diesen Ländern zu uns kommen, sind in gewisser Weise besondere Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die ihre Erfahrungen mit Gefahren und Folgen nicht demokratischer Strukturen und Systeme anschaulich teilen können.

Politische Bildung kann dazu einladen, verschiedene politische Systeme und Staatsformen anhand unterschiedlicher gesellschaftlicher Fragestellungen zu betrachten. In analogen Spielen und digitalen Apps können eigene Chancen und Möglichkeiten in verschiedenen politischen Systemen simuliert werden, indem Entscheidungssituationen und ihre Folgen nachempfunden werden. Wesentlich ist dabei, die Erfahrungen von Dilemma-Situationen in nicht demokratischen Systemen, die dem Einzelnen kaum oder keine Mitwirkung an Politik und Gesellschaft einräumen, miteinfließen zu lassen.

Beispiele, an die angeknüpft werden kann und die sich zur Ausweitung anbieten, sind Formate wie

- der jährliche **Jugendlandtag** des nordrhein-westfälischen Landtags,
- das **Abenteuer-Computerspiel „Leons Identität“** der Staatskanzlei und des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen und
- die europapolitischen Planspiele **„Europoly für Grundschulen“** und **„SOS Europa. Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU“** für weiterführende Schulen, die die Landeszentrale in Kooperation mit Einrichtungen politischer Bildung anbietet.

Dabei werden sowohl Chancen, Herausforderungen, Rechte, Regeln und auch Pflichten als auch die Folgen eigener Entscheidungen vermittelt. Sie verbinden zudem den schulischen und den außerschulischen Raum politischer Bildung. Gerade außerschulische Lernorte und Bildungnetzwerke können, wie oben erläutert, unterschiedliche Lebenslagen vermitteln

und damit den Blick und die Einstellungen zur gemeinsamen Gestaltung einer pluralen Gesellschaft positiv verändern.

Aus der Befragung wird deutlich, dass das Interesse und die Bereitschaft, sich für Politik und Demokratie einzusetzen, bei jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren besonders groß sind. Politische Bildung sollte sie als Unterstützerinnen und Unterstützer und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen. Nur eine Minderheit dieser Gruppe teilt demokratiekritische Einstellungen. Gemeinsam mit ihnen als Botschafterinnen und Botschafter der Demokratie können demokratische Einstellungen gefestigt werden. So kann eine nachfolgende Generation heranwachsen, die in Zukunft die demokratischen Werte lebt, die Demokratie unterstützt und mitträgt. Politische Bildung muss dazu vermehrt in sozialen Medien präsent sein, da sich die jüngeren Altersgruppen vor allem dort informieren. Als „Followerinnen und Follower“ und „Influencerinnen und Influencer“ können sie dort weitere Unterstützerinnen und Unterstützer, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen.

Handlungsempfehlungen:

- 1. Entwicklung von digitalen Formaten zur Ansprache von Jugendlichen und für die gemeinsame politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.**
- 2. Ausweitung des Angebotes von analogen und digitalen interaktiven Spielen mit politischen Bezügen.**

Schwerpunkt 2: Politische Beteiligung mit dem Fokus auf Wahlen und Berücksichtigung der Gründe einer Nichtwahl

Ziel muss es sein, dass die Menschen einen eigenen Anspruch auf Mitwirkung entwickeln, diesen als wirksam erachten und in politische Beteiligung umsetzen. Politische Bildung kann hierzu nicht nur aufrufen, sie kann Teilhabe auch praktisch erfahrbar machen und dabei helfen, sie einzuüben.

Befähigung zur Teilhabe – eigene Chancen gestalten!

Die Demokratie braucht Bürgerinnen und Bürger, die fähig und bereit sind, sich durch eigenverantwortliches Handeln an der Gestaltung und der Entwicklung ihres Gemeinwesens zu beteiligen. Politische Bildung als Demokratiebildung zielt in ihrem Kern auf die Realisierung dieser Mitentscheidung und Mitwirkung.

Die Ergebnisse des Berichtes zeigen deutlich, dass die Verbindung von Wissensvermittlung zu spezifischen Themen mit Grundsätzen der Demokratie als Staats- und Lebensform entscheidend ist. An konkreten Problemstellungen kann verdeutlicht werden, warum demokratische Strukturen notwendig sind und wie sie funktionieren.

Zu den zentralen Befunden dieses Berichtes gehört, dass Menschen mit einem niedrigen und mittleren Bildungsabschluss statistisch weniger politisch interessiert und weniger zufrieden mit der eigenen Lebenssituation sind. Diese Unzufriedenheit überträgt sich auch auf das politische System. Gerade bei den bekennenden Nichtwählerinnen und Nichtwählern ist der Anteil bei den Befragten mit niedrigeren Bildungsabschlüssen höher als bei Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen. Fähigkeiten und Kompetenzen, politische Fragen zu verstehen und

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

4 Ableitungen zur Weiterentwicklung

sich aufgrund politischen Sachverstands selbst in politische Diskurse einzubringen, müssen verstärkt gefördert und eingeübt werden.

Das gilt besonders vor dem Hintergrund einer steigenden Bedeutung digitaler Informations- und Kommunikationswege sowie politischer Themen und Bewegungen. Die kritische Reflexion medialer Berichterstattung – das betrifft den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ebenso wie weitere Medien, Nachrichtenportale und Informationsvermittlung durch soziale Medien –, die Fähigkeit zur Unterscheidung zwischen Sachinformation und Meinung, zwischen Verschwörungsmythos und Fakten sind die Grundvoraussetzungen für die Entwicklung politischer Urteilskraft. Diese wiederum bildet die Grundlage zum verantwortungsvollen Umgang mit der politischen Kommunikations- und Handlungskompetenz.

Wichtig ist die Erweiterung analoger Konzepte um eine digitale Komponente, denn auch Podcasts, Planspiele, Animationen, Apps und Influencer-Beiträge regen Nutzerinnen und Nutzer an, nachzudenken und mitzumachen.

Es gibt zudem bewährte und erprobte Instrumente im Umfeld von Wahlen. Dies ist vor allem der sogenannte Wahl-O-Mat, der in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung regelmäßig auch bei den Landtagswahlen zum Einsatz kommt. Sein Ziel besteht darin, zur Wahl zu motivieren. Alle politisch Interessierten können anhand von exemplarischen Fragen zum Alltag spielerisch herausfinden, welches Parteiprogramm am besten zu ihren Erwartungen passt.

Aus dem großen politischen Interesse und der positiven Einstellung gegenüber unserer Demokratie bei den jungen Menschen zwischen 14 und 18 Jahren leitet sich der Appell ab, frühzeitig Erstwählerinnen- und Erstwähler-Angebote zu schaffen.

Dass die jungen Menschen sich mehr politische Bildung wünschen, die auf Urteilsfähigkeit sowie Kommunikations- und Handlungskompetenz zielt, artikulieren sie selbst, indem sie in der Befragung angeben, sich in der Schule mehr davon zu wünschen. Politische Bildung sollte diesen Wunsch aufgreifen und die hohe Motivation, sich weiterzubilden, nutzen. Dazu sind vor allem digitale Angebote sinnvoll, um junge Menschen altersgerecht anzusprechen.

Handlungsempfehlungen:

1. Mehr analoge und digitale interaktive Veranstaltungen, die zur Erprobung politischer Beteiligung einladen, zum Beispiel Debattierwettbewerbe, Plan- und Rollenspiele für Jugendliche und junge Erwachsene.
2. Unterstützung und Aufbau von Möglichkeiten ehrenamtlicher und niederschwelliger lokalpolitischer Beteiligung, zum Beispiel in Bürgerforen und -räten.
3. Ausweitung der Maßnahmen zur Vermittlung, wie bedeutend Landespolitik und Landtagswahlen für Bürgerinnen und Bürger sind.
4. Sensibilisierung für Folgen von Nichtwahl, z. B. durch den Vergleich zu nicht demokratischen Systemen, etwa durch Videos und Animationsklips oder interaktive Rollenspiele.
5. Möglichkeit der Erprobung des Wählens, etwa durch Einsatz des Wahl-O-Mats, insbesondere für Erstwählerinnen und Erstwähler.

Schwerpunkt 3: **Kenntnis, Nutzen und Erwartungen an Angebote der politischen Bildung**

Wesentliche Grundlage ist schulische politische Bildung!

Die politische Bildungsarbeit sollte in allen Schulformen einen noch höheren Stellenwert und vor allem mehr Raum zum praktischen Erproben bekommen.

Die Befragung zeigt, dass das Interesse an Politik und die Unterstützung der Demokratie umso höher sind, je höher der erreichte Schulabschluss ist. Die Ergebnisse zeigen außerdem, dass in Schulformen, die einen höheren Bildungsabschluss anbieten, aktuelle Themen und politische Bildung einen höheren Stellenwert haben. Das ist insofern bedeutsam, als politische Bildung in der Schule der frühestmögliche Zeitpunkt von konkreter Demokratieförderung ist, da über die Schulpflicht alle Jugendlichen der Altersgruppe der 6- bis 18-Jährigen erreicht werden. Der klar geäußerte Wunsch nach mehr politischer Bildung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist eine Chance, die genutzt werden muss.

Die Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer politischer Bildung kann das in der Schulzeit vorhandene politische Interesse, das die Befragung belegt, aufnehmen, weiterentwickeln und festigen. Auch kann so dem Wunsch nach mehr politischer Bildung im Kontext Schule nachgekommen werden.

Handlungsempfehlung:

- 1. Engere Zusammenarbeit der außerschulischen politischen Bildung mit den Schulen, auch im Hinblick auf politische Medienkompetenz und Demokratiebildung.**

Mehr interaktive und digitale Formate sowie Angebote im freizeithlichen Kontext!

Die 14- bis 18-Jährigen sind eine zentrale Zielgruppe politischer Bildung. Sie sind überwiegend demokratisch eingestellt, interessieren sich für politische Bildung und zeigen eine große Bereitschaft zur politischen Beteiligung auch an Wahlen. Besonders beachtlich ist, dass sie zudem auch den Bedarf und den Wunsch nach politischen Bildungsangeboten äußern, die sich an ihren Interessen orientieren und sie bevorzugt über digitale Medien erreichen.

Politische Bildung ist daher gefordert, sie vor allem über die von ihnen genutzten digitalen Kanäle auf Instagram, YouTube und Tiktok anzusprechen. Entsprechend müssen Angebote in diese digitalen Räume verlegt oder zumindest dort präsentiert werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass Kompetenzen in (digitaler) Mediennutzung eine der Voraussetzungen für erfolgreiche politische Bildung sind. Da sich Kinder und Jugendliche weitgehend online über Politik und Demokratie informieren, ist es wichtig, dass sie dies möglichst umfassend tun und dabei Quellen kritisch hinterfragend beurteilen. Politische Bildung muss Formate entwickeln, die sich an beliebten Inhalten orientieren, relevante Kanäle nutzen und Medienkompetenz spielerisch aufbereiten, ohne als belehrende Instanz aufzutreten.

Jugendliche formulieren zudem den Anspruch, sich selbst an Politik und Demokratie beteiligen und bei der Gestaltung mitwirken zu wollen. Eine große Mehrheit der 14- bis 18-Jährigen sagt, dass sie sich selbst zutraut, sich aktiv an gesellschaftlichen und politischen Fragen zu beteiligen. Politische Bildung sollte sie daher sowohl ansprechen als auch einbinden und mitgestalten lassen. Das kann zum Beispiel über eine Abfrage von Themenwünschen oder die aktive Teilnahme in Diskussionsrunden oder in Podcasts erfolgen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Zusammenfassung
der Ergebnisse

1 Auftrag, Fokus und
Struktur

2 Aktuelle
Entwicklungen
und Trends

3 Ergebnisse der
repräsentativen
Befragung

**4 Ableitungen zur
Weiterentwicklung**

Für Menschen mit geringem politischem Interesse und fehlender Bereitschaft zur Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen sind eher indirekte Ansätze erfolgversprechend. Für unmittelbar mit politischen Themen verbundene Angebote fehlt ihnen der Anknüpfungspunkt. Ein Vorschlag ist daher, Wege abseits der üblichen Pfade politischer Bildung und neue Formate auszuprobieren: im Freizeitbereich, zum Beispiel im Sportverein, auf öffentlichen Veranstaltungen und Events wie Stadtfesten oder großen Festivals.

Gerade mit Veranstaltungen im gewohnten Umfeld kann politische Bildung ihr fernstehende Menschen erreichen. Nach der Corona-Pandemie gibt es offensichtlich wieder ein großes Interesse an persönlicher Begegnung und gemeinsamen Erlebnissen. Diskussionsveranstaltungen, Vorträge und Lesungen sind die beliebtesten Formate.

Insbesondere digitale und zeitlich flexibel nutzbare Angebote werden vor allem bei den unter 30-Jährigen und bei den 30- bis 49-Jährigen wichtiger. Da die Skepsis gegenüber dem demokratischen System besonders in der mittleren Altersgruppe ausgeprägt ist, sollte diese Gruppe dort angesprochen werden, wo die Erfolgsaussichten am größten sind.

Die politische Bildung kann all die Erkenntnisse zu den Formaten politischer Bildung, die sich bei den Altersgruppen durchaus unterscheiden, in Kombination mit den zuvor erläuterten Themeninteressen für sich nutzen, um die Menschen mit ausgewählten Formaten und Themen zielgerichtet zu erreichen.

Handlungsempfehlungen:

- 1. Ausweitung des digitalen Angebotes in Form von Podcasts, Videos und Apps neben dem Weiterführen weiterhin beliebter klassischer Formate wie Vorträgen, Lesungen und Exkursionen.**
- 2. Niederschwellige Präsentation der Angebote auch im Freizeitbereich, etwa im Sportverein, auf öffentlichen Veranstaltungen wie Stadtfesten oder Festivals.**
- 3. Junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren als wichtige Zielgruppe mit digitalen sowie interaktiven Angeboten ansprechen, die sie selbst mitgestalten können, wie zum Beispiel Podcasts, Diskussionsveranstaltungen und verschiedenste Mitmachaktionen zum Beispiel zu Themen wie Menschenrechten und Diversität.**

Literaturverzeichnis

- Almond, G./Verba, S. (1963):** The Civic Culture, Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton, Princeton University Press.
- Althoff, M. (2020):** Der Nichtwähler. Ein noch immer „unbekanntes Wesen“. Politische Vierteljahresschrift (61), 151–74.
- Bhatti, Y./Dahlgard, J. O./Hansen, J. H./Hansen, K. (2019):** Core and Peripheral Voters. Predictors of Turnout across Three Types of Elections, Political Studies 67(2), 348–66. <https://doi.org/10.1177/0032321718766246> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Bouju, Aimie (2022):** **Parlamentarische Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft:** Innerparteiliche Selektionsprozesse von Bundestagskandidatinnen und -kandidaten mit Migrationsgeschichte. Promotion. Universität Duisburg-Essen, <https://doi.org/10.17185/dupublico/75202>.
- Brady, H. E./Verba, S./Schlozman, K. L. (1995):** Beyond SES. A Resource Model of Political Participation, American Political Science Review 89(2), 271–294. <https://doi.org/10.2307/2082425>, [zugegriffen am 13.11.2023].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021):** Jahrhunderthochwasser 2021 in Deutschland, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/337277/jahrhunderthochwasser-2021-in-deutschland/> [zugegriffen am 21.03.2023].
- Cabarello, C. (2014):** Nichtwahl, in: J. W. Falter und H. Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 437–88. https://link.springer.com/10.1007/978-3-658-05164-8_10 [zugegriffen am 13.11.2023].
- CDU NRW/Bündnis 90/Die Grünen NRW (2022):** Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen. Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022–2027, https://www.cdu-nrw.de/sites/www.neu.cdu-nrw.de/files/zukunftsvertrag_cdu-grune.pdf [zugegriffen am 03.04.2023].
- Constantino, S./Cooperman, A./Moreira, T. (2021):** Voting in a Global Pandemic. Assessing Dueling Influences of Covid 19 on Turnout, Social Science Quarterly 102(5), 2210–2235. <https://doi.org/10.1111/ssqu.13038> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Decker, O./Kies, J./Heller, A./Brähler, E. (2022):** Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen, Psychosozial-Verlag.
- Deth, J. W. van (2009):** **Politische Partizipation**, in: V. Kaina und A. Römmele (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, 141–161. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6 [zugegriffen am 13.11.2023].
- Deth, J. W. van (2013):** **Politisches Interesse**, in: J. W. van Deth und M. Tausendpfund (Hrsg.): Politik im Kontext. Ist alle Politik lokale Politik? Wiesbaden, Springer Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19249-9_10 [zugegriffen am 13.11.2023].
- Deth, J. W. van (2014):** A conceptual map of political participation, Acta Politica 49(3), 349–367. <https://doi.org/10.1057/ap.2014.6> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Detjen, J. (2015):** Politische Bildung. Bildungsaufgabe und Schulfach, <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193595/bildungsaufgabe-und-schulfach/> [zugegriffen am 03.06.2023].
- Detjen, J./Massing, P./Richter, D./Weißenö, G. (2012):** Politikkompetenz – ein Modell, Wiesbaden, Springer Fachmedien.
- Diamond, L. (1999):** Developing Democracy toward Consolidation, Baltimore, John Hopkins University Press.
- Easton, D. (1965):** A Systems Analysis of Political Life, New York, John Wiley & Sons.
- Eder, C. (2013):** Warum haben Sie nicht gewählt? Eine Analyse der Bundestagswahl 2009, in: T. Faas, K. Arzheimer, S. Roßteutscher und B. Weißels (Hrsg.): Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden, Springer VS, 17–39.
- Eilfort, M. (1993):** Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn, Verlag Ferdinand Schöningh.
- Eiperle, J. (2022):** Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ausgewählte Zugänge zu einem komplexen Forschungsfeld, in: W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt am Main, Debus Pädagogik und Wochenschau Verlag, 241–256.
- Elkins, D./Simeon, R. (1979):** A Cause in Search of Its Effect, or What Does Political Culture Explain? Comparative Politics 11(2), 127–145.
- Esser, F./de Vreese, C. H. (2007):** Comparing Young Voters' Political Engagement in the United States and Europe, American Behavioral Scientist 50(9), 1195–1213. <https://doi.org/10.1177/0002764207299364> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Faas, T./Hohmann, D. (2015):** Mobilisierung bei Nebenwahlen. Ein Feldexperiment zu Mobilisierungspotenzialen von Wahlkämpfen anlässlich der Kommunalwahl 2014 in Rheinland-Pfalz, Mainzer Beiträge zur empirischen Politikforschung 1(2015).
- Faas, T./Leininger, A. (2020):** Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters, OBS-Arbeitspapier 41.
- Faus, J./Alin, S. (2023):** Wahl ohne Wähler_innen? Eine Analyse der Hintergründe der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2022 in Nordrhein-Westfalen und die Implikationen für politische Bildung, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Feurich, A./Förster, M. (2022):** Demokratie erfahren – demokratisch handeln, in: W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt am Main, Debus Pädagogik und Wochenschau Verlag, 52–61.

- Florack, K. S. (2021):** Coronakratie, Frankfurt am Main, Campus Verlag.
- Fuchs, D. (2002):** Das Konzept der politischen Kultur. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: D. Fuchs, E. Roller und B. Wessels (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West, Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, 27–49.
- Gille, M. (2022):** Demokratievorstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener, in: W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt am Main, Debus Pädagogik und Wochenschau Verlag, 232–240.
- Gökbudak, M./Hedtke, R./Hagedorn, U. (2022):** 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich, <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2967744> [zugegriffen am 04.05.2023].
- Heger, K./Leißner, L./Emmer, M./Strippel, C. (2022):** Politische Partizipation in Deutschland. Weizenbaum Report 2022, <https://doi.org/10.34669/wi.wr/3> [zugegriffen am 10.03.2023].
- Himmelmann, G. (2022):** Demokratie als Lebensform, Gesellschaftsform und Herrschaftsform – Herausforderungen für die Demokratie, Aufgaben für die Pädagogik, in: W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt am Main, Debus Pädagogik und Wochenschau Verlag, 62–71.
- Kaeding, M./Haußner, S./Pieper, M. (2016):** Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung, Wiesbaden, Springer VS.
- Kasara, K./Suryanarayan, P. (2014):** When do the rich vote less than the poor and why? Explaining turnout inequality across the world, *American Journal of Political Science* 59(3), 613–627. <https://doi.org/10.1111/ajps.12134> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Kenner, S./Lange, D. (2022):** Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe, in: W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt am Main, Debus Pädagogik und Wochenschau Verlag, 43–51.
- Kerres, P. M. (2023):** Digitalisierungsschub durch Corona? Eine wissenschaftliche Perspektive, <https://www.empirische-bildungsforschung-bmbf.de/de/Digitalisierungsschub-durch-Corona-Eine-wissenschaftliche-Perspektive-2060.html> [zugegriffen am 10.03.2023]
- Kleinhenz, T. (1995):** Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Korte, K.-R./Fröhlich, M. (2009):** Politisches System und Regierungsforschung, in: K.-R. Korte und M. Fröhlich (Hrsg.): Politik und Regieren in Deutschland, Paderborn, Verlag Ferdinand Schöningh, 9.
- Korte, K.-R. (2016):** Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Schwalbach, Wochenschau Verlag.
- Korte, K.-R. (2020):** Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Schwalbach. Wochenschau Verlag.
- Korte, K. R./Schwanholz, J./Rakers, J./Höpfner, T./Alma, Z./Hebestreit, R. (2023):** Die Vermessung des Nicht-Wähler-Marktes zur Landtagswahl am 15. Mai 2022 in Nordrhein-Westfalen – das Profil der Nicht-Wähler*innen in NRW, Unveröffentlichter Projektbericht im Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen.
- Kuhn, H. P. (2022):** Demokratische Einstellungen von Jugendlichen, in: W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik, Frankfurt am Main, Debus Pädagogik und Wochenschau Verlag, 267–280.
- Kurwan, J. (2023):** Klimagerechtigkeit, <https://www.bpb.de/themen/klimawandel/dossier-klimawandel/515255/klimagerechtigkeit/> [zugegriffen am 17.07.2023].
- Lamberty, P. (2020):** Verschwörungserzählungen. Zwischen Theorien und Mythen, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/318159/zwischen-theorien-und-mythen-eine-kurze-begriffliche-einordnung/> [zugegriffen am 11.06.2023].
- Landesbetrieb IT.NRW (2022):** Landtagswahl 2022. Ergebnisse nach Alter und Geschlecht in Nordrhein-Westfalen, <https://webshop.it.nrw.de/gratis/B819%20202251.pdf> [zugegriffen am 17.06.2023].
- Landesbetrieb IT.NRW (2023 a):** 220600 Personen aus der Ukraine zogen von Januar bis November 2022 nach NRW, <https://www.it.nrw/220-600-personen-aus-der-ukraine-zogen-von-januar-bis-november-2022-nach-nrw-113169> [zugegriffen am 07.06.2023].
- Landesbetrieb IT.NRW (2023 b):** NRW-Inflationsrate liegt im Januar 2023 bei 8,3 Prozent, <https://www.it.nrw/nrw-inflationsrate-liegt-im-januar-2023-bei-83-prozent-105883> [zugegriffen am 13.07.2023].
- Landesregierung NRW (2020):** Erster bestätigter Corona-Fall in Nordrhein-Westfalen nachgewiesen, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/erster-bestaetigter-corona-fall-nordrhein-westfalen-nachgewiesen> [zugegriffen am 09.07.2023].
- Landesregierung NRW (2022):** Ministerpräsident Hendrik Wüst empfängt den Botschafter der Ukraine Oleksii Makeiev, <https://www.land.nrw/pressemitteilung/ministerpraesident-hendrik-wuest-empfaengt-den-botschafter-der-ukraine-oleksii> [zugegriffen am 10.04.2023].
- Landeszentrale für politische Bildung NRW (2021):** Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW.
- Landeszentrale für politische Bildung NRW (2022 a):** NRW-Verfassungsschutz warnt vor „Neuen Staatsfeinden“. Sind die Sorgen vor einem „heißen Herbst“ in NRW berechtigt?, <https://www.politische-bildung.nrw.de/themen/was-bewegt-nrw/details/nrw-verfassungsschutz-warnt-vor-neuen-staatsfeinden-sind-die-sorgen-vor-einem-heissen-herbst-in-nrw-berechtigt> [zugegriffen am 17.05.2023].
- Landeszentrale für politische Bildung NRW (2022 b):** Kohleausstieg bis 2030 beschlossen. Ist der NRW-Kohlekompromiss gelungen?, <https://www.politische-bildung.nrw.de/themen/was-bewegt-nrw/details/kohleausstieg-bis-2030-beschlossen-ist-der-nrw-kohlekompromiss-gelungen/> [zugegriffen am 10.05.2023].

- Landeszentrale für politische Bildung NRW (2023 a):** „Lützerath bleibt!“. Ist der Protest gegen die Räumung des Braunkohledorfs legitim?, <https://www.politische-bildung.nrw.de/themen/was-bewegt-nrw/details/luetzerath-bleibt-ist-der-protest-gegen-die-raeumung-des-braunkohledorfs-legitim> [zugegriffen am 19.07.2023].
- Landeszentrale für politische Bildung NRW (2023 b):** Homepage der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, <https://www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/wir-ueber-uns> [zugegriffen am 09.06.2023].
- Landtag NRW (2019):** Landtag Nordrhein-Westfalen 17. Wahlperiode. Drucksache 17/6245, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-6245.pdf> [zugegriffen am 13.07.2023].
- Lepinteur, A./Clark, A./Ferrer-i-Carbonell, A./Piper, A./Schröder, C./D'Ambrosio, C. (2022):** Gender, Loneliness and Happiness during COVID-19, *Journal of Behavioral and Experimental Economics* 101, <https://doi.org/10.1016/j.socec.2022.101952> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Lipset, S. M. (1981):** *Political Man, The Social Bases of Politics*, Baltimore, Johns Hopkins.
- Maier, J. (2000):** *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen*, Wiesbaden, VS Springer.
- Marien, S./Hooghe, M./Quintelier, E. (2010):** Inequalities in Non-institutionalised Forms of Political Participation: A Multi-level Analysis of 25 countries, *Political Studies* 58(1), 187–213. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/j.1467-9248.2009.00801.x>
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2022):** Landtagswahl 2022. Rund 13 Millionen Wahlberechtigte, darunter 785.900 Erstwählerinnen und Erstwähler, <http://www.im.nrw/landtagswahl-2022-rund-13-millionen-wahlberechtigte-darunter-785900-erstwaehlerinnen-und> [zugegriffen am 20.06.2023].
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2023 a):** Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz – TIntG), § 4 Abs. 1, https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=32920230726133548929 [zugegriffen 02.10.2023]
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2023 b):** Homepage Verfassungsschutz NRW, <https://www.im.nrw/themen/verfassungsschutz> [zugegriffen am 23.07.2023].
- Negt, O. (2004):** Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen, in: K. Hufer, K. Pohl und I. Scheurich (Hrsg.): *Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung*, 196–213.
- Nocun, K./Lamberty, P. (2021):** *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*, Köln, Bastei Lübbe.
- Norris, P. (2011):** *Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited*, Cambridge, Cambridge University Press.
- Pfanzelt, H./Spies, D. C. (2019).** The Gender Gap in Youth Political Participation. Evidence from Germany, *Political Research Quarterly* 72(1), 34–48. <https://doi.org/10.1177/1065912918775249> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Picchio, M./Santolini, R. (2022):** The COVID-19 Pandemic's Effects on Voter Turnout. *European Journal of Political Economy* 73(1), <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2021.102161> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Pickel, G. (2002):** *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?*, Wiesbaden, Springer VS.
- Pickel, S. (2016):** Konzepte und Verständnisse von Demokratie in Ost- und Westeuropa, in: S. Schubert und A. Weiß (Hrsg.): *Demokratie jenseits des Westens. PVS-Sonderheft 51*, Baden-Baden, Nomos, 318–342.
- Pickel, S./Pickel, G. (2015):** Politische Kultur in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: H. Lauth, M. Kneuer und Gert Pickel (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden, Springer VS, 541–556.
- Pickel, G./Pickel, S. (2021):** Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst vor seinem Schwund. Analysen zu Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen Zusammenhalts am Beispiel Sachsen, in: S. Kailitz, G. Pickel und T. Genswein (Hrsg.): *Sachsen zwischen Integration und Desintegration, Politisch-kulturelle Heimaten*, Wiesbaden, Springer VS, 111–144.
- Pickel, G./Pickel, S./Yendell, A. (2020):** Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?, in: O. Decker und E. Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken*, Gießen, Psychosozial-Verlag, 89–90.
- Pickel, S./Pickel, G./Gittner, N./Celik, K./Kiess, J. (2022):** Demokratie und politische Kultur, in: O. Decker, J. Kies, A. Heller und E. Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?*, Gießen, Psychosozial-Verlag, 185–208.
- Pratto, F./Sidanius, J./Stallworth, L. M./Malle, B. F. (1994):** Social Dominance Orientation. A Personality Variable Predicting Social and Political Attitudes, *Journal of Personality and Social Psychology* 67(4), 741–763.
- Putnam, R. (1993):** *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton, Princeton University Press.
- Putnam, R. (2000):** *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York, Simon and Schuster.
- Pye, L./Verba, S. (1965):** *Political Culture and Political Development*, Princeton, Princeton University Press.
- Reichert, F. (2016):** How Internal Political Efficacy Translates Political Knowledge Into Political Participation. Evidence from Germany, *Europe's Journal of Psychology* 12(2), 221–241. <https://doi.org/10.5964/ejop.v12i2.1095> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Ren, D./Stavrova, O. (2023):** Does a Pandemic Context Attenuate People's Negative Perception and Metaperception of Solitude?, *International Journal of Psychology* 58(2), 134–42. <https://doi.org/10.1002/ijop.12885> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Renz, T. (1997):** Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise. Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 28(4), 572–91.

-
- Ricco, J. P. (2020):** Isolation, Loneliness, Solitude. The COVID-19 Pandemic Has Brought Us Too Close Together, *Canadian Journal of Cultural Studies* 41, 164–172. <https://doi.org/10.3138/topia-020> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Roßteutscher, S. (2009):** Soziale Partizipation und Soziales Kapital, in: V. Kaina und A. Römmele (Hrsg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 163–180.
- Roßteutscher, S./Faas, T./Leininger, A./Schäfer, A. (2022):** Lowering the Quality of Democracy by Lowering the Voting Age? Comparing the Impact of School, Classmates, and Parents on 15- to 18-Year-Olds' Political Interest and Turnout, *German Politics* 31(4), 483–510.
- Roth, R. (2022):** Engagementforschung, in: W. Beutel, M. Gloe, G. Himmelmann, D. Lange, V. Reinhardt und A. Seifert (Hrsg.): *Handbuch Demokratiepädagogik*, Frankfurt am Main, Debus Pädagogik und Wochenschau Verlag, 281–290.
- Schäfer, A. (2015):** *Der Verlust politischer Gleichheit*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Scheller, D. S. (2021):** Pandemic Primary. The Interactive Effects of COVID-19 Prevalence and Age on Voter Turnout, *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 31(1), 180–90. <https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1924728> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Schoen, H./Weins, C. (2014):** Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: J. Falte und H. Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden, Springer VS, 241–329.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN u. Freie Demokraten (FDP) (2021):** Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, S. 117, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> [zugegriffen am 02.10.2023].
- Statista (2023):** Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153854/umfrage/zufriedenheit-mit-der-demokratie-in-deutschland/> [zugegriffen am 17.06.2023].
- Stockemer, D. (2017):** What Affects Voter Turnout? A Review Article/Meta-Analysis of Aggregate Research, *Government and Opposition* 52(4), 698–722.
- Theocharis, Y./Moor, J./Deth, J. W. (2019):** Digitally Networked Participation and Lifestyle Politics as New Modes of Political Participation, *Policy & Internet* 28(2), 1–17. <https://doi.org/10.1002/poi3.231> [zugegriffen am 13.11.2023].
- Verba, S./Nie, N. H. (1972):** *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*, Harper & Row.
- Wagner, U./Dick, R. v./Zick, A. (2000):** Sozialpsychologische Analysen und Erklärungen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 32/2000, 59–79.
- Werz, N./Koschkar, M. (2016):** *Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte*, Wiesbaden, Springer VS.
- Zick, A./Küpper, B. (2021):** Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte, in: F. Schröter (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn, Verlag J.H.W. Dietz, 181–212.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation	31
Abbildung 2:	Vergleich des eigenen Lebensstandards	32
Abbildung 3:	Interesse für das politische Geschehen nach Ebene	36
Abbildung 4:	Wichtigstes Problem (Top 10) in Nordrhein-Westfalen (links) und Deutschland (rechts)	38
Abbildung 5:	Bestandteile einer Demokratie	45
Abbildung 6:	Zustimmung zur Demokratie als dem am besten geeigneten politischen System für unsere Gesellschaft	51
Abbildung 7:	Zufriedenheit mit dem politischen System in Deutschland	53
Abbildung 8:	Zufriedenheit mit dem Funktionieren des politischen Systems	55
Abbildung 9:	Ehrenamtliches Engagement – nach Vereinigungstyp	61
Abbildung 10:	Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen	64
Abbildung 11:	Zustimmung für Alternativen zur Demokratie	70
Abbildung 12:	Einstellungstypen nach Alter (oben), Bildung (mitte), Partei (unten)	72
Abbildung 13:	Einstellungstypen nach Deprivation, Lebenszufriedenheit und Verschwörungsgläubigkeit	73
Abbildung 14:	Nutzung von Möglichkeiten politischer Einflussnahme außerhalb von Wahlen	82
Abbildung 15:	Nutzung von Möglichkeiten politischer Einflussnahme bei den 14- bis 18-Jährigen	84
Abbildung 16:	Nordrhein-westfälische Wahlbeteiligung im Mehrebenensystem im Zeitverlauf	88
Abbildung 17:	Durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen (seit 2000)	90
Abbildung 18:	Ökonomische Indikatoren und Wahlbeteiligung	92
Abbildung 19:	Wahlbeteiligung nach Alterskohorten	93
Abbildung 20:	Veränderung der Wahlbeteiligung nach Alterskohorten in Prozentpunkten	94
Abbildung 21:	Wahlbeteiligung nach Bildungsabschluss und Migrationsbiographie	96
Abbildung 22:	Hypothetische Wahlbeteiligung	98
Abbildung 23:	Gründe der Wahlenthaltung	99
Abbildung 24:	Politisches Interesse und Wahlbeteiligung	102
Abbildung 25:	Demokratiezufriedenheit und Wahlbeteiligung	102
Abbildung 26:	Demokratiety und Wahlbeteiligung	103
Abbildung 27:	Relative Deprivation und Wahlbeteiligung	105
Abbildung 28:	Wahlbeteiligung nach ehrenamtlicher Tätigkeit und Einsamkeit	106
Abbildung 29:	Gründe für Wahlbeteiligung	108
Abbildung 30:	Wahlabsicht bekennender Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei der Landtagswahl 2022	110
Abbildung 31:	Wahlabsicht bei hypothetischer Wahl nach bekennender Nichtwahl bei LTW 2022 (Angaben in %)	111
Abbildung 32:	Zustimmung für Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung	112
Abbildung 33:	Politische Urteilsfähigkeit, politische Handlungsfähigkeit und die Vermittlung von Fachwissen	116
Abbildung 34:	Politische Selbstwirksamkeit	120
Abbildung 35:	Themeninteresse in Bezug auf politische Bildungsangebote (14–18 Jahre)	122
Abbildung 36:	Nutzung sozialer Medien zur Information über politische Themen	123
Abbildung 37:	Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung unter 14- bis 18-Jährigen	125
Abbildung 38:	Interesse an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen (offene Antworten)	128
Abbildung 39:	Themenspezifisches Interesse an politischen Bildungsformaten	131
Abbildung 40:	Interesse an Formaten politischer Bildung	134
Abbildung 41:	Interesse an Formaten politischer Bildung – nach Alter	135

Anhang

Politische Bildungsangebote der für politische Bildung zuständigen Ressorts der Landesregierung

Konkrete neue und veränderte Vorhaben, Maßnahmen und Angebote politischer Bildung aus allen in der Landesregierung zuständigen Ressorts werden im Anhang dargestellt. Diese Liste ist als Fortsetzung des Anhangs des ersten Demokratieberichtes zu verstehen.

Im Folgenden wird die im ersten Demokratiebericht begonnene detaillierte Beschreibung der einzelnen Maßnahmen der Landesregierung unter dem Stichwort „Politische Bildung“ fortgeführt. Dazu werden hier neue Maßnahmen sowie solche, deren Charakteristika sich verändert haben, vorgestellt. Die Textbeiträge wurden im Wesentlichen von den zuständigen Ressorts verfasst.

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

- **„Demokratiebildung und politische Bildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW“:**

Vertiefung und Verstetigung des gemeinsamen Projekts der Landesjugendämter der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe (LWL) und Rheinland (LVR)

In der ersten Phase des Projekts von 2021 bis 2022 wurde eine Entwicklungswerkstatt zur Erarbeitung und Aufbereitung von alltagstauglichen Methoden der Demokratiebildung im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit mit 15 Trägern von Jugendwerkstätten/Beratungsstellen der Jugendsozialarbeit durchgeführt. Im 154-seitigen Abschlussbericht wurden die Erfahrungen ausgewertet und differenzierte methodische Arbeitshilfen für die Praxis zur Verfügung gestellt (<https://www.demokratiebildung-jsa.lwl.org/de/>). Daneben wurden drei eintägige Workshops zur Sicherung und Systematisierung von politischer Bildung in den Strukturen landesgeförderter Jugendsozialarbeit angeboten.

Auch die Weiterentwicklung der Ansätze mit drei neuen Teilprojekten (1/2022–12/2023) wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans NRW gefördert.

Grundlage des Konzeptes ist die Anerkennung benachteiligter Jugendlicher in der Jugendsozialarbeit (JSA) als berechnigte Mitbestimmende bei der Gestaltung der gemeinsamen Lebensführung in den Einrichtungen. Darüber hinaus wird anerkannt, dass sie selbst fähig und bereit sind, sich in Kommune, Staat und Gesellschaft an Demokratie zu beteiligen. Das gelingt, wenn man ihre konkreten lebensweltlichen Betroffenheiten mit ihnen entdeckt und zusammen aufgreift. Geht man in Sprache und (jugendkulturellem) Kommunikationsstil auf sie ein, entfalten sie motiviert Projekte der demokratischen Mitgestaltung ihrer Einrichtung und betreten mit ihren Anliegen in für sie machbarer Weise gesellschaftliche Öffentlichkeit. Das zeigten die Bausteine der ersten Phase.

Die Teilprojekte der zweiten Phase vertiefen und verstetigen diesen Ansatz in der Praxis. Sie fördern die Wahrnehmung der demokratischen Partizipationsrechte der Jugendlichen, ihre politisch-öffentliche Artikulation, eine diskursive Ausfechtung von Entscheidungen und deren mitverantwortliche Umsetzung. Dazu wird im Projekt der Ansatz des „gesellschaftlich-demokratischen Engagements von Benachteiligten“ (die sogenannte GEBE-Methode) genutzt.

Folgende methodische Schritte sind im Projekt vorgesehen:

Im Rahmen von Online-Beratungsgruppen sollen Fachkräfte aus Jugendwerkstätten Begegnungen mit Jugendlichen reflektieren, um in den alltäglichen Handlungsweisen der Jugendlichen Themen des Politischen zu entdecken und diese so aufzugreifen, dass die Jugendlichen die Umsetzung ihrer Interessen demokratisch mitbestimmen und mitverantwortlich angehen können.

In Workshops werden modellhaft Methoden der Demokratiebildung für die Anwendung in Beratungsstellen der Jugendsozialarbeit erarbeitet. Dabei sollen Möglichkeiten entwickelt werden, wie auch in (individuellen) Settings von Beratung Demokratiebildung eröffnet werden kann. Zu den (teils sehr belastenden) Lebens-, Ausbildungs- und Integrationsproblemen der Jugendlichen werden nicht nur Bewältigungsansätze erarbeitet, sondern auch Deutungen und Infragestellungen der Jugendlichen zu Regelungen der gesellschaftlichen Lebensführung entdeckt und zum Thema gemacht.

Abschließend geht es um die strukturelle Verankerung von Demokratiebildung bei den Trägern der Jugendsozialarbeit. Dabei wird davon ausgegangen, dass Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit nur gelingen kann, wenn Träger und Fachkräfte dafür Strukturen, Bedingungen und methodische Ansätze schaffen.

Um die strukturelle Verankerung von demokratischer Partizipation in Einrichtungen zu fördern, sollen durch einen Qualitätsentwicklungsprozess Rahmenbedingungen demokratischer Partizipation der Jugendlichen und der Mitarbeitenden erarbeitet und erprobt werden. Es sollen Gelingensbedingungen im Sinne einer Empfehlung für die landesgeförderte Jugendsozialarbeit identifiziert, auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüft und zusammengestellt werden.

- **„Gemeinsam MehrWert – vielfältige Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen“:**

Zum 1. März 2023 wurde das ehemalige Landesprogramm „Wertevermittlung, Demokratiebildung und Prävention sexualisierter Gewalt in der und durch die Jugendhilfe“ (siehe S. 74 im ersten Demokratiebericht) inhaltlich weiterentwickelt und auch Kommunen ohne eigenes Jugendamt zugänglich gemacht. Dabei wurden – neben den Erkenntnissen der Wissenschaft – vor allem die Rückmeldungen aus der Praxis und der Fachkräfte, die im Rahmen zahlreicher Abfragen und Werkstattgespräche gewonnen wurden, einbezogen.

Insbesondere für junge Geflüchtete ist es zentral, dass sie Teilhabe und Partizipation am gesellschaftlichen Leben erfahren, um so gut in Nordrhein-Westfalen anzukommen und sich zu integrieren. Dabei ist es wichtig, mit den jungen Menschen wertschätzend und positiv über unterschiedliche Normen, Werte und Grundsätze in den Dialog zu treten, sie zu begleiten und zu unterstützen.

Die Schwerpunkte des neuen Landesprogramms „Gemeinsam MehrWert – vielfältige Arbeit mit jungen geflüchteten Menschen“ sind:

- Demokratiebildung, politische Bildung, Wertedialog
- Sexuelle Bildung & Prävention sexualisierter Gewalt

Darüber hinaus wurde das Thema „Vielfalt – Diversität“ explizit als Querschnittsthema in das Programm aufgenommen.

Das weiterentwickelte Landesprogramm soll den Fokus von jungen geflüchteten Menschen bewusst noch mehr auf die Gesamtgesellschaft ausweiten, um gesellschaftliche Teilhabe, Mitbestimmung und Wohlbefinden von jungen Geflüchteten als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu unterstützen. Dabei soll der Lebenssituation von jungen geflüchteten Menschen, die mehrfach von existenziellen Unsicherheiten und Diskriminierungen geprägt ist, mit Beziehungsarbeit und Unterstützung – insbesondere im Rahmen von Dialogen – begegnet werden. Die jungen geflüchteten Menschen mit ihren vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen sollen dabei nach Möglichkeit die Projekte nicht nur inhaltlich bereichern, sondern auch mitgestalten.

Das neue Landesprogramm soll ein Programm für alle jungen Menschen im Alter von 6 bis 27 Jahren sein, die in NRW beheimatet sind (ganz gleich ob sie Deutsche, in Deutschland geboren oder zugezogene Menschen sind) und für Vielfalt und Zuwanderung sensibilisiert werden sollen. Dabei sollen die besonderen Bedarfe von jungen geflüchteten Menschen berücksichtigt werden. Weiterhin sind Maßnahmen der direkten Arbeit mit den jungen Menschen, aber auch Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte sowie Öffentlichkeitsarbeit und Kooperationsmaßnahmen förderfähig.

Ferner hat sich gezeigt, dass die Kooperation und Zusammenarbeit aller mit der migrationsbezogenen Arbeit befassten Stellen und Organisationen für die Umsetzung der Projekte vor Ort notwendig ist. Dieser Punkt wurde daher auch im neuen Landesprogramm aufgenommen. An der Umsetzung des Programms werden ebenfalls weiterhin neben den Kommunen freie Träger vor Ort beteiligt sein. Die Steuerungsfunktion übernehmen die Kommunen.

Die bisherige Beteiligung der Kommunen in NRW an der Ausschreibung zum neuen Landesprogramm ist groß. Das zeigt, dass weiterhin ein Bedarf an Projekten

für junge geflüchtete Menschen in den o. g. Bereichen besteht. Auch die hohen Zuzugszahlen von geflüchteten jungen Menschen aus der Ukraine und anderen Ländern insbesondere im Jahr 2022 machen Projekte und Maßnahmen für junge Geflüchtete vor Ort weiterhin dringend notwendig.

• Förderung der Jugendbeteiligung:

Nach Einschätzung des Jugendministeriums ist die Jugendbeteiligung/Jugendpartizipation als Teil einer einmischenden Jugendpolitik ein zentrales Element der demokratischen Weiterentwicklung der Gesellschaft, und damit ein wichtiges Feld der politischen Bildung. Die Jugendbeteiligung ist dabei gleichzeitig ein wichtiges Zukunftsfeld unserer Gesellschaft, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern bedeutet einerseits, Übungsfelder für demokratische Prozesse anzubieten, und andererseits, Kindern und Jugendlichen mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen. Der Anteil junger Menschen an der Gesellschaft wird seit Jahren kleiner. Es ist daher notwendig, dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Einflussnahme junger Menschen gestärkt werden. Sie müssen mitwirken können an der zukünftigen Gesellschaft, denn sie sind diejenigen, die in wenigen Jahren in dieser Gesellschaft Verantwortung tragen. Dabei kann eine gelingende Jugendbeteiligung die Demokratie nachhaltig und dauerhaft befördern.

Im Rahmen einer eigenständigen Jugendpolitik werden neue Politikansätze gestaltet, die das Ziel haben, die Anforderungen der Gesellschaft an Jugendliche mit ihren Bedürfnissen und Interessen in eine Balance zu bringen. Ziel ist, dass sämtliche Akteurinnen und Akteure, die sich mit jugendrelevanten Themen beschäftigen, die Sichtweisen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen wirkungsvoll einbeziehen.

Um diese Ziele umsetzen zu können, ist es wichtig, die guten und nachhaltigen Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit in NRW zu stärken und weiterzuentwickeln. Eine zentrale Rolle spielt hierbei u. a. der Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen, für dessen Neuaufstellung alle fünf Jahre die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesetzlich festgeschrieben ist und in dem das Handlungsfeld Einmischende Jugendpolitik/Jugendbeteiligung eine wichtige Rolle spielt. Für die Förderung entsprechender Projekte stehen darin im Haushaltsjahr 2023 über 1,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Landesregierung hat sich darüber hinaus für die 18. Legislaturperiode das Ziel gesetzt, die Kinder- und Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen weiter und nachhaltig zu stärken. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Angelegenheiten, die sie betreffen, soll verbindlich festgeschrieben werden. Dazu soll auch das Wahlalter für Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen auf 16 Jahre abgesenkt werden.

Ein Fokus der Einbindung liegt auf der kommunalen Ebene, denn dort gestalten junge Menschen ihre Lebenswelten mit und beteiligen sich an Erhalt und Weiterentwicklung einer Infrastruktur, die sie persönlich betrifft. Um eine umfassende Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, wurde beim Landesjugendamt Westfalen-Lippe im Jahr 2014 die „Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW“ eingerichtet, die aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplanes gefördert wird. Die Servicestelle hat u. a. die Aufgabe, Informationen, Beratungen und Vernetzungsangebote für die Kommunen und Jugendämter zur Beteiligungsthematik anzubieten und politische Entscheidungsträger in der Kommune für die Partizipationsthematik zu sensibilisieren. Zusammen mit den über 80 kommunalen Kinder- und Jugendgremien in Nordrhein-Westfalen können so wichtige Impulse für eine Stärkung der Jugendbeteiligung vor Ort geschaffen werden und gleichzeitig kann damit ein wichtiger und verlässlicher Beitrag zur Demokratiebildung erbracht werden.

Bedarfe und Interessen junger Menschen müssen vermehrt Berücksichtigung finden und Kinder und Jugendliche insbesondere in Zukunftsfragen aktiv einbezogen werden. Insbesondere die Beteiligungsformen – vor Ort – müssen weiter ausgebaut und zielgruppengerecht ausgestaltet werden. Dafür wird auch eine Änderung der Gemeindeordnung geprüft.

Gleichzeitig hat die neue Landesregierung in ihrem Zukunftsvertrag beschlossen, gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen einen „Aktionsplan Jugendbeteiligung“ zu erarbeiten und umzusetzen. Damit erhält Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen einen weiteren wichtigen Impuls.

Zunehmend spielen auch digitale Beteiligungsformen und -formate eine wichtige Rolle, da hierdurch der Zugang der Kinder und Jugendlichen zu verschiedenen Themenstellungen erleichtert und ihre Einbindung niederschwelliger gestaltet werden kann. So können auch Kinder und Jugendliche partizipieren, die über die klassischen Be-

teiligungsformen nur selten erreicht werden. Um Chancen digitaler Beteiligungsformen sicher nutzen zu können, sind allerdings Voraussetzungen zu schaffen, die den Kindern und Jugendlichen einen reflektierten Umgang mit Medien und deren Nutzung erlauben und sie in die Lage versetzen, digitale Inhalte und Angebote bewerten und einordnen zu können.

Um die Möglichkeiten digitaler Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene zu unterstützen, fördert das Jugendressort in den Jahren 2021–2023 das Projekt „Qualifizierungsangebote zur digitalen Jugendbeteiligung für Fachkräfte in NRW“, das die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) mit Unterstützung der Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW durchführt.

Mit Inkrafttreten des Landeskinderschutzgesetzes NRW wurde die Bedeutung der Wahrung und Förderung der Kinderrechte in den Angeboten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt. Dies trägt zu Demokratiebildung bei.

- **„Gehört werden!“:**

Das Jugendministerium fördert seit Anfang 2017 aus Mitteln des Kinder- und Jugendförderplans die Fachstelle „Gehört werden!“. Ziel ist die Entwicklung von Beteiligungsstrukturen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in NRW. Die Kinder und Jugendlichen, die außerhalb ihrer Familie leben, sollen bei der Gestaltung dieser konkreten politischen Beteiligungsformen mit ihren Wünschen und Interessen ernst genommen und einbezogen werden.

Mit Unterstützung der Fachstelle wurde mit „Jugend vertritt Jugend“ eine Vertretung der Kinder und Jugendlichen in Einrichtungen gewählt, die sich praktisch für deren Rechte einsetzt. „Jugend vertritt Jugend“ ist Ausdruck einrichtungsübergreifender Partizipation junger Menschen in NRW. Beispielsweise hat sich „JvJ“ auch mit dem Thema „Bekleidungs-geld“ für junge Menschen in stationären Einrichtungen und Pflegefamilien befasst und sich in entsprechenden Arbeitsgruppen für eine Erhöhung der Bekleidungs-pauschale eingesetzt. Die Kostenheranziehung junger Menschen in Einrichtungen, für deren Abschaffung sich JvJ mit einer Petition an den Deutschen Bundestag einsetzte, ist durch eine Änderung des SGB VIII inzwischen gestrichen. Im Jahr 2023 findet erstmals das jährliche Bundesnetzwerktreffen landesweiter Interessensvertretungen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe in NRW statt.

- **Qualifizierung pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen:**

In der frühpädagogischen Praxis bildet die Partizipation einen Grundstein für die Demokratiebildung. Die Beteiligung von Kindern und Familien in Kindertageseinrichtungen ist eine wichtige Säule für die demokratische Bildung. Ein weiterer zentraler Aspekt der Demokratiebildung ist der Umgang mit Kinderrechten. Kinder erfahren und lernen in verschiedenen Situationen über ihre Rechte als Individuen in einer vielfältigen Gesellschaft. In vielen Kindertageseinrichtungen gehört es zur pädagogischen Arbeit, sich mit verschiedenen Glaubensrichtungen auseinanderzusetzen. Diese Ausführungen zeigen, dass die Qualifizierung des Kitapersonals für die Demokratiebildung in der frühen Bildung unverzichtbar ist. Der Anspruch an das Kitapersonal in Bezug auf Demokratiebildung erfordert eine hohe Selbstreflexionsfähigkeit und eine kritische Überprüfung von (oft unbewussten) Normen, Vorurteilen und Vorstellungen über das Kind. Daher sind Maßnahmen zur Förderung der Demokratiebildung in der frühen Bildung ein kontinuierlicher Prozess. Um die Qualifizierung des pädagogischen Personals in diesem Sinne zu unterstützen, sind seit dem Haushaltsjahr 2022 Fortbildungen zum Anti-Bias-Ansatz förderfähig aus Mitteln des Landes zur Qualifizierung des pädagogischen Personals.

- **Förderung von Migrantenselbstorganisationen:**

Das Landesprogramm zur Förderung von MSO zielt deshalb darauf, MSO ausgehend von ihren unterschiedlichen Bedarfen zu unterstützen, und umfasst daher eine Anschub-, Einzelprojekt- und Partnerprojektförderung. Es werden für jede Förderphase inhaltliche Schwerpunkte definiert, die aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Anforderungen berücksichtigen. Hierunter fallen als wichtige Themen auch, gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu verbessern und Räume für Partizipation zu schaffen.

- **„Demokratieschule“:**

Der nordrhein-westfälische Landtag bietet in Zusammenarbeit mit dem für Integration zuständigen Ressort das Format „Demokratieschule – Besuchsprogramm für Geflüchtete“ einmal monatlich an. Grundlage war ein Kabinettsbeschluss in der 17. WP, der besagt, dass alle Ressorts sich beim Thema Wertevermittlung, Auseinandersetzung mit Demokratie und Toleranz engagieren. Es ist eine gesamtheitliche Aufgabe, dafür zu sorgen,

dass die Menschen, die zu uns kommen, unsere Demokratie kennenlernen. Teilweise kommen sie aus Ländern, in denen sie wenig Vertrauen in die staatlichen Organe haben bzw. diese teilweise als repressiv erleben. Nicht selten wird diesen Menschen auch unterstellt, dass sie eine antidemokratische Haltung mitbringen. Dem will das für Integration zuständige Ressort entgegenreten.

- **Förderung der historisch-politischen Bildung:**

Die Gleichstellungsabteilung hat gemeinsam mit der Abteilung Heimat des MHKBD (damals MHKBG) Denkmäler für zwei der vier Mütter des Grundgesetzes, Helene Weber und Frieda Nadig, in ihren jeweiligen Heimatstädten gefördert. Im Rahmen des von MKJFGFI geförderten Projekts FrauenOrte des FrauenRats NRW sollen bis Ende 2025 ca. 50 FrauenOrte in NRW entstehen. Gedenktafeln sollen an die Leistungen und das Leben einer Auswahl bemerkenswerter Frauen aus NRW erinnern.

- **Im Bereich der Islamismusprävention:**

Die Integrationsabteilung fördert verschiedene Projekte zivilgesellschaftlicher Träger, die darauf abzielen, Kindern und insbesondere Jugendlichen im schulischen und außerschulischen Kontext Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit den demokratischen Grundwerten unserer Gesellschaft zu bieten. So werden beispielsweise Jugendliche zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet, die in Schulen oder anderen Einrichtungen Workshops mit Jugendlichen durchführen oder als Beraterinnen und Berater zur Verfügung stehen. Themen wie Gleichberechtigung, Gewalt, Ehre, Rollenbilder, Zwangsheirat, Religion, Verschleierung/Kopftuch, Antisemitismus und LSBTIQ* sind Bestandteile von verschiedenen Formaten.

Ministerium für Schule und Bildung

- **Landesprogramm Kinderrecheschulen:**

Seit 2016 konnten über 100 Grundschulen in Nordrhein-Westfalen am Landesprogramm Kinderrecheschulen teilnehmen. 30 Schulen haben zudem das Format eines Pädagogischen Tages zum Thema Kinderrechte wahrgenommen. Das Programm befördert die Ausbildung und Weiterentwicklung sozialer Kompetenzen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung. Gefördert wird eine Schulkultur, die Verantwortungsübernahme, Selbstwirksamkeit und Partizipation in den Mittelpunkt

rückt. Im Sommer 2018 ging das Kooperationsprojekt EDUCATION Y e. V. als Träger des buddY-Programms Kinderrecheschulen in eine zweite Kooperationsphase bis 2023.

- **Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten:**

Seit dem Schuljahr 2018/2019 unterstützt das Land die Schulen in Nordrhein-Westfalen bei der Durchführung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten. Mit dem Haushalt 2018 wurden zu diesem Zweck 250.000 Euro zur Verfügung gestellt. Seither wurden die Fördermittel in mehreren Schritten auf ca. 1,8 Mio. Euro erhöht. Ein Bericht der Landesregierung an den Landtag zeigt, dass dieses Programm von den Schulen hervorragend angenommen wird. Die Nachfrage nach diesen Mitteln ist weiterhin grundsätzlich hoch, Einschränkungen gab es aufgrund der Corona-Pandemie.

- **Bildungspartnerschaften:**

Bildungspartner NRW, eine vertragliche Zusammenarbeit des Ministeriums für Schule und Bildung des Landes NRW und der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, unterstützt seit 2005 die systematische und dauerhafte Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Bildungs- und Kultureinrichtungen. Inzwischen gibt es über 1.800 solcher registrierter Bildungspartnerschaften zwischen 1.475 nordrhein-westfälischen Schulen und mehr als 450 außerschulischen Bildungspartnern (Stand: Februar 2023).

Archive, Gedenkstätten und Museen in NRW sind attraktive Partner für Schulen und machen Angebote zur Demokratiebildung, zur historisch-politischen Bildung und zur Erinnerungskultur. Im Bereich „Archiv und Schule“ gibt es mittlerweile 121 Bildungspartnerschaften, im Bereich „Gedenkstätte und Schule“ sind es 92 Bildungspartnerschaften mit 23 NS-Gedenk- und Erinnerungsorten und im Bereich „Museum und Schule“ sind 296 Bildungspartnerschaften registriert. Die Verankerung und Entwicklung von Bildungspartnerschaften in Schulen sind zudem Bestandteil der staatlichen Lehrerfortbildung (Programm „Kooperation mit Bildungspartnern“).

- **Demokratietag:**

Der erste Demokratietag wurde in Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit dem Ministerium für Schule und Bildung und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. im November 2011 in Hamm umgesetzt.

Die Demokratietage vernetzen die Bundesländer untereinander und schaffen eine gemeinsame Plattform für Austausch und Diskussion. In diesem Jahr wurden mit ca. 200 Schülerinnen und Schülern sowie Lehr- und Fachkräften unter dem Motto „Jetzt erst recht! – Demokratie lernen in Europa“ aktuelle Fragen und Inhalte der Demokratie im Kontext von Schule als Lebens- und Lernort diskutiert.

- **Beratungsstelle SABRA:**

Die „Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit – Beratung bei Rassismus und Antisemitismus“ (SABRA) ist ein Ansprechpartner für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern und unterstützt Schulen beim Umgang mit Antisemitismus. Das Aufgabenprofil der SABRA umfasst neben u. a. der Erstberatung die Unterstützung bei akuter Diskriminierung sowie eine Interventionsunterstützung und systemische Beratung für Schulen in Nordrhein-Westfalen. Zu den weiteren Aufgaben von SABRA gehört, bei der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen gegen Antisemitismus das Ministerium für Schule und Bildung, die Schulaufsichtsbehörden, die Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement sowie die Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen zu beraten.

- **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage:**

Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten. Kern des Programms ist das Engagement der Schülerinnen und Schüler. Die Schulgemeinschaft setzt sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt und für eine rassismussensible Schule ein. Die Schulen thematisieren hierfür in unterrichtlichen oder außerunterrichtlichen Projekten Schwerpunkte wie Alltagsrassismus, Ausgrenzung, Extremismus oder Antisemitismus und machen so auf demokratiefeindliche sowie diskriminierende Verhaltensweisen aufmerksam. Alle Schulen in Nordrhein-Westfalen können Mitglied des Netzwerks werden und erklären ihre Bereitschaft, sich aktiv gegen Diskriminierung einzusetzen. Träger des Landesnetzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in Nordrhein-Westfalen sind neben dem Ministerium für Schule und Bildung die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Landesverband Nordrhein-Westfalen), die Landesstelle Schulpsychologie und Schulpsychologisches Krisenmanagement (LaSP) und das DGB-Bildungswerk e. V. Nordrhein-Westfalen.

- **Schule der Vielfalt:**

„Schule der Vielfalt“ ist ein Antidiskriminierungsprogramm und Schulnetzwerk mit dem Ziel, die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt im Schulwesen zu fördern. Initiiert wurde das Programm im Jahr 2008 von SCHLAU NRW und der Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule und TRANS* in NRW. Seit 2012 wird „Schule der Vielfalt“ auf Landesebene als Kooperationsprogramm zwischen dem Schulministerium, Rosa Strippe e. V. und rubicon e. V. gemeinsam mit SCHLAU NRW durchgeführt. Durch Projektschulen, Beratungs- und Vernetzungsstrukturen, Kooperationen im Bereich der Lehrkräfteausbildung und -fortbildung, Veranstaltungen, Praxismaterialien und weitere Unterstützungsangebote zum Themengebiet der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt leistet es einen wichtigen Beitrag gegen Diskriminierung und für ein respektvolles und demokratisches Miteinander. Seit dem ersten Demokratiebericht ist das Programm deutlich gewachsen. Es konnten 40 weitere Projektschulen hinzugewonnen werden, sodass aktuell insgesamt 82 Schulen aus ganz Nordrhein-Westfalen an dem Programm teilnehmen (Stand: Oktober 2023).

- **Geschlechtersensible Bildung:**

Vielfältige Maßnahmen der geschlechtersensiblen Bildung tragen zu einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter bei. Hierzu zählt die Broschüre „Pädagogische Orientierung für eine geschlechtersensible Bildung an Schulen in Nordrhein-Westfalen“, die vom Ministerium für Schule und Bildung gemeinsam mit der Qualitäts- und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule (QUA-LiS NRW) veröffentlicht und umfassend implementiert wurde. Geschlechtersensible Bildung wird außerdem in Richtlinien und Lehrplänen, im Lernmittelzulassungsverfahren sowie in der Lehrkräfteausbildung und -fortbildung berücksichtigt. Im Januar 2023 wurde ein Erlass zu einem landesweiten Fortbildungsangebot für Schulen im Bereich der geschlechtersensiblen Bildung veröffentlicht. Darüber hinaus führt die QUA-LiS NRW regelmäßig Fachtagungen zur geschlechtersensiblen Bildung durch und stellt im Internetportal für geschlechtersensible Bildung, das kontinuierlich weiterentwickelt wird, Informationen und Praxismaterialien bereit.

Ministerium für Kultur und Wissenschaft

• Soziokulturelle Zentren:

Aus dem Kulturbereich sind vor allem die derzeit 78 soziokulturellen Zentren im Bereich der Demokratiebildung tätig und von Relevanz. Sie wurden im ersten Bericht auch als Akteure benannt. Allerdings ist der Demokratiebericht bei den 78 Zentren der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur NRW nicht bzw. nur kaum bekannt.

Die politische Bildung/Demokratiebildung gehört bei den soziokulturellen Zentren seit Beginn ihrer Gründungsgeschichte zur kontinuierlichen und aufsuchenden Arbeit. Soziokulturelle Zentren machen regelmäßig Angebote der politischen und kulturellen Bildung und bieten politischen Initiativen Raum für ihre ehrenamtliche Arbeit.

Konkret gefördert werden solche Projekte mit Landesmitteln aus dem Kulturretat durch die allgemeine Projektförderung für soziokulturelle Zentren und Initiativen, im Programm „Kulturelle Bildung in der soziokulturellen Praxis“ sowie in der Konzeptförderung Soziokultur. Die Programme werden vom Verband Soziokultur NRW abgewickelt, der auch die Antragstellenden berät und Wissenstransfer organisiert. Zudem hat die Corona-Krise auch in der Soziokultur einige Veränderungsprozesse angestoßen:

- Digitale Ausstellungsprojekte, die sehr vernetzt und international funktionieren
- Outdoor-Aktivitäten im öffentlichen Raum, sozial-räumliche Quartiersarbeit
- Audiowalks zur Geschichte von Kulturhäusern, Stadtteilen und Erinnerungsorten

Die **Programme** „Allgemeine Projektförderung und Transkultur“, „Kulturelle Bildung in der soziokulturellen Praxis“, „Konzeptförderung Soziokultur“ und „Kooperationsförderung“ haben seit 2020 einen neuen Stellenwert erhalten und sind seitdem stetig mit weiteren Mitteln ausgestattet worden. Damit verbunden sind auch neue Möglichkeiten und eine Intensivierung der Vernetzung von kultureller und politischer Bildung.

• Projekt „politisiert euch“:

Seit 2022 gibt es das Kooperationsprojekt „politisiert euch!“ mit elf soziokulturellen Zentren, die ihre Erfahrungen politischer Arbeit austauschen, qualifizieren und sichtbarer machen wollen. Veranstaltungstipps zu

Lesungen, Workshops, Diskussionen, Filmvorführungen und Ausstellungen werden ausgetauscht. Ziel ist es auch, gemeinsame Veranstaltungen zu planen, um Zentren, die über wenig personelle Ressourcen verfügen, Möglichkeiten der aktiven Mitwirkung im Netzwerk zu geben. Dies funktioniert mit hybriden und digitalen Angeboten. Als solidarische AG „politisiert euch!“ wollen die Zentren außerdem gemeinsame Bildungsk Kooperationen eingehen, zum Beispiel beginnt im April 2023 eine zweijährige Bildungspartnerschaft mit der Villa Merländer in Krefeld. Die Villa Merländer als außerschulischer Lernort wird die elf soziokulturellen Zentren bei der Entwicklung und Durchführung durch Beratung und Workshops unterstützen. Die Sichtbarkeit wird durch Veranstaltungen mit begleitenden Workshops in den Zentren und Social-Media-Aktivitäten hergestellt. Das Projekt wird finanziert mit Mitteln des Landes NRW aus der Konzeptförderung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft.

• Forschung zur Demokratiebildung:

Der Bildung von Demokratiefähigkeit von Anfang an – in Kindergärten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen – kommt weiterhin eine zentrale Bedeutung zu. Dies beginnt schon in der fröhpädagogischen Praxis, da schon hier Partizipation einen Grundstein für die Demokratiebildung bildet. Mit diesem Wissen ist die Beteiligung von Kindern und Familien in Kindertageseinrichtungen einmal mehr eine wichtige Säule für die demokratische Bildung.

Auf dem Bildungsweg werden alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erreicht. Wenn sie auf diesem Weg den persönlichen und gesellschaftlichen Wert demokratischen Handelns sowohl kognitiv erfahren als auch emotional erleben und daran aktiv partizipieren, trägt dies dazu bei, unsere Demokratie zu erhalten und zu stärken.

Der Förderung und Kultivierung einer demokratischen Haltung und Handlung beim pädagogischen und lehrenden Personal im gesamten Bildungsbereich kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Dieser Anspruch erfordert jedoch eine hohe Selbstreflexionsfähigkeit und eine kritische Überprüfung von (oft unbewussten) Normen, Vorurteilen und Vorstellungen. Daher sind Maßnahmen zur Förderung der Demokratiebildung als ein kontinuierlicher Prozess zu verstehen, der den gesamten Bildungsbereich umfassen muss.

Auch vor diesem Hintergrund fördert und unterstützt die Landesregierung Forschungsvorhaben, die auf die Ausbildung und Förderung der Bildung von persönlicher und systemischer Demokratiekompetenz in unserer zunehmend digitalen und transkulturellen Gesellschaft zielen. Ein interdisziplinäres Beispiel ist das Forschungsprojekt „Demokratiefähigkeit bilden“, in dem Partnerinnen und Partner der Universitäten Duisburg-Essen, Paderborn und Wuppertal, der Deutschen Sporthochschule Köln, der Evang. Kliniken Essen-Mitte, des Pädagogisch-Theologischen Instituts der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Föderation Türkischer Elternvereine in Niedersachsen kooperieren. Ziel ist es, Unterstützungsangebote zu entwickeln, mit denen Leitungskräfte in Hochschulen und Lehrende in Schulen demokratiefördernde Haltungen und Fähigkeiten fächerübergreifend verkörpern und vermitteln können. Grundgedanke ist eine kooperative und selbstreflektive Lernumgebung, deren Erfahrungen auf herausfordernde Alltagssituationen übertragen werden. Perspektiv sollen diese Lehr-Lern-Module dann auch für die Weiterbildung insbesondere von Lehrkräften und pädagogischem Personal sowie für andere Bildungs- und Ausbildungsbereiche z. B. im Polizei- und Rettungsdienst und für Freizeitliche Trainingsumgebungen bspw. in Sportvereinen weiterentwickelt werden. Es ist wichtig, zukünftig alle Sozialisationsbereiche aus der Perspektive der politischen Bildung in den Blick zu nehmen.

Landeszentrale für politische Bildung

• Demokratiewerkstätten:

Mit dem handlungsleitenden Motto „demokratie leben“ setzt sich die Landeszentrale für politische Bildung seit Jahren für die aktive Vermittlung und Kultivierung von Demokratie als Lebensform ein. Übergeordnetes Ziel aller Maßnahmen, Angebote und Förderungen ist es, darauf hinzuwirken, die Menschen dazu zu befähigen, sich eigenständig und die Breite des gesellschaftlichen Diskurses umfassend zu informieren sowie sich gegen Demokratiefindlichkeit und für gesellschaftliche Teilhabe einzusetzen. Mit dem Aspekt, im Rahmen einer niederschweligen lebensweltlichen Demokratiebildung eine demokratische Haltung zu fördern, arbeiten die Demokratiewerkstätten im Quartier. Im ersten Demokratiebericht werden sie bereits als erfolgreiche Kooperation hervorgehoben, da sie „Menschen (...) bei der Artikulation und Umsetzung ihrer eigenen Interessen unterstützen“ und sie so erfahren, selbst mit dem eigenen Handeln

etwas bewirken zu können. Damit fördern Werkstätten politische Beteiligung ganz konkret vor Ort. Und das Netz der bisher acht Wertstätten wächst. In diesem Jahr (2023) haben zwei weitere Demokratiewerkstätten ihre Arbeit vollständig aufgenommen: im Rheinischen Revier in Erkelenz sowie in Ostwestfalen-Lippe in Detmold. In den beiden neuen Werkstätten sollen mit einem ländlichen Raum im Strukturwandel in Erkelenz bewusst neue Bezugsräume bzw. mit der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler und Menschen postsowjetischer Herkunft in Detmold bewusst neue Zielgruppen in den Blick genommen werden. Die Nachfrage nach und der Bedarf an weiteren Demokratiewerkstätten wachsen in vielen Orten. Für 2024 befindet sich derzeit eine neue Werkstatt in Dortmund in Planung.

• Politische Bildung und Theater:

Systematisiert und gefestigt wurde ferner die Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung mit Theatern. Im November 2021 hat die Landeszentrale gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Schauspielhaus Düsseldorf das Symposium „Initiativ werden für Demokratie. Politische Bildung und Theater gemeinsam!“ durchgeführt. Auf Basis der Erkenntnisse des Symposiums wurden 2022 die Grundsätze der Förderung von Theaterprojekten erstellt, die einen konzeptionellen Rahmen setzen. Der Förderauftrag für die Haushaltsjahre 2023/2024 wurde Anfang 2023 erstellt. Von den 17 eingereichten Projekten wurden acht zur Förderung empfohlen und werden gefördert. Für das Ende des Jahres 2023 ist eine Evaluation dieser geförderten Projekte geplant.

• Digitales Medientool „Was bewegt NRW?“:

Mit „Was bewegt NRW?“ informiert die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen online auf ihrer Homepage sowie auf den eigenen Social-Media-Kanälen seit August 2021 über die wichtigsten politischen Streitfragen in Nordrhein-Westfalen. Zum jeweiligen Thema werden die wesentlichen Positionen kompakt zusammengefasst und journalistisch eingeordnet gegenübergestellt. Ziel von „Was bewegt NRW?“ ist es, eine kritische, faktenbasierte und differenzierte Meinungs- und Urteilsbildung zu unterstützen und in unserem Bundesland eine sachliche Debattenkultur auch über die Grenzen der eigenen Filterblase hinaus zu ermöglichen.

- **Fachtagungen im Themenfeld Extremismus:**

Im Jahr 2022 konnten nach einer längeren Pause bedingt durch die Corona-Pandemie wieder Fachtagungen durchgeführt werden. Dazu gehörten die Fachtagung „Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland“ und weitere Themen wie das Verhältnis von Islam und Islamismus sowie antimuslimischer Rassismus.

Im Rahmen der Extremismusprävention spielen das Thema Gleichstellung und ihr grundgesetzkonformes Verständnis in der Gesellschaft eine wichtige Rolle. So ist das Thema Antifeminismus in jüngerer Zeit im Kontext verschiedener Extremistinnen und Extremisten verstärkt in den Fokus geraten. Die von der Landeszentrale für politische Bildung jährlich durchgeführte Landesdemokratiekonferenz im Jahr 2022 hat sich diesem Schwerpunktthema gewidmet.

Gemeinsam mit dem Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Landeszentrale zudem die Fachtagung „Delegitimierte Demokratie“ durchgeführt. Dabei diskutierten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung, aus der politischen Bildungsarbeit und auch betroffenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern Strukturen und Mechanismen einer Radikalisierung der sogenannten Mitte durch rechts- und linksextremistische Kräfte. Mit der Fachtagung „Die Grenzen des Sagbaren“ am 29. September 2023 haben die Landeszentrale und der Verfassungsschutz NRW unter anderem daran angeknüpft und mit der Frage nach den Grenzen demokratischer Diskurse und Diskussionen auch die Bedeutung von Moral und Verantwortung als Grundsätze unseres Zusammenlebens diskutiert. Angebote, die dieses Thema weiter vertiefen und spezifizieren, darunter auch zum Linksextremismus, sind für 2024 und 2025 geplant.

- **Weiterbildungen für politische Bildnerinnen und Bildner:**

Ziel ist es, politische Bildnerinnen und Bildner im Umgang mit demokratiefeindlichen Einstellungen zu professionalisieren. Die Landeszentrale hat dazu seit 2021 eine aus fünf Modulen bestehende Weiterbildung zum Thema Antisemitismus entwickelt und durchgeführt. Gleichzeitig wurden politische Amtsträgerinnen und Amtsträger 2022 in einem gemeinsamen Workshop mit dem Verfassungsschutz NRW zum „Demokratischen Sprechen“ im Umgang mit Verschwörungserzählungen und persönlichen Angriffen geschult.

- **Fortbildungsangebote für unterschiedliche Zielgruppen:**

Die Angebote werden ständig evaluiert und weiterentwickelt. Seit Erscheinen des letzten Berichts wurden zum Beispiel in Kooperation mit dem Institut der Feuerwehr und dem Ministerium des Innern Fortbildungsveranstaltungen für Angehörige der Feuerwehr entwickelt und durchgeführt.

Seit 2023 gibt es zudem ein Angebot für Menschen in der Untersuchungshaft, Jugendliche im Arrest sowie inhaftierte Straftäterinnen und Straftäter. Es wurde in Kooperation mit Integrationsbeauftragten des Strafvollzugs sowie politischen Bildnerinnen und Bildnern aus Nordrhein-Westfalen entwickelt. Damit kann Personen im Strafvollzug oder im Arrest ein adäquates Angebot politischer Bildung zur Verfügung gestellt werden.

Große Resonanz erzielten Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler wie beispielsweise ein Jugendkongress im Jahr 2023 anlässlich des 30. Jahrestags des Brandanschlags von Solingen. Die Jugendlichen konnten sich mit Fragen der Erinnerung an Opfer rechtsextremer Gewalt sowie der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichem Rassismus beschäftigen. Außerdem wurden im Jahr 2022 erfolgreich 20 neue Teamerinnen und Teamer zur Anleitung und Durchführung von Europa-Planspielen mit Schulklassen ausgebildet.

- **Prävention und Strukturen der Beratung, insbesondere der Opfer- und Ausstiegsberatung:**

Unter der Leitung der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) das integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landes Nordrhein-Westfalen kontinuierlich weiter, um es an aktuelle Entwicklungen und Problemlagen anzupassen. Im Jahr 2022 konnte auf Basis einer neuen Maßnahmenerhebung aller Ressorts ein Monitoringbericht auf den Weg gebracht werden. Auf Grundlage dieses Berichts wird im Jahr 2023 die weitere Entwicklung des integrierten Handlungskonzepts in enger Abstimmung mit den Mitgliedern der IMAG fortgesetzt. Fortgeführt wird auch die 2022 begonnene verstärkte inhaltliche Zusammenarbeit der IMAG mit dem Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Die Weiterentwicklung des Handlungskonzepts erscheint insbesondere mit Blick auf Intersektionalität, den Anstieg antisemitischer Bedrohung und den Einfluss der digitalen Medien

notwendig. Dass Rassismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen und Wirkungsweisen ein zentrales gesamtgesellschaftliches Thema ist, hat nicht zuletzt der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) belegt. Vorstellungen der Ungleichwertigkeit, diskriminierendes Handeln oder Hassreden betreffen viele Menschen negativ und werden auch über soziale Medien schnell verbreitet. Hier bestimmen rechte Netzwerke teilweise bereits den Diskurs. Mit einer intersektionalen Perspektive auf unterschiedliche Diskriminierungsformen zeigt sich zudem, dass zu konstruierten „Anderen“ auch Frauen und queere Menschen, politisch Andersdenkende und politische Mandatsträgerinnen und -träger, muslimisch gelesene Menschen oder Menschen mit Behinderung gehören, die verbale und physische Gewalt, Hass und Bedrohungen erleben. Diskreditiert und bedroht werden oft auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und der Wissenschaft. So sind zentrale Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022, dass die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie in Deutschland zwar zugenommen hat und rechtsextreme Einstellungen zum Teil deutlich zurückgegangen sind. Gleichzeitig angestiegen und weit verbreitet ist aber der Hass auf Migrantinnen und Migranten, Frauen, Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden sowie andere Gruppen in Deutschland. Zudem lassen sich in Folge der Pandemie verstärkte Wünsche nach Autorität feststellen. Eine fehlende gesellschaftliche Auseinandersetzung kann so Türöffner sein für die weitere Verbreitung rechter Ideologien und rassistischer Haltungen bis in die Mitte der Gesellschaft. Auch hier sollen Maßnahmen des Handlungskonzepts ansetzen.

Auf Basis der Ergebnisse der 2020/2021 von der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung durchgeführten Evaluation der Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen (Mobile Beratung, Opferberatung und Ausstiegsberatung) sollen formulierte Lücken in der Präventionsarbeit gezielt bearbeitet und Angebote und Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus erweitert oder zusätzlich initiiert werden. Mit der Verabschiedung des Haushalts 2023 wurden die Beratungsstrukturen auf Initiative der regierungstragenden Fraktionen und durch Beschluss des Landtags bereits mit zusätzlichen Mitteln gestärkt. Dies zeigt, wie wichtig auch dem Landtag dieses Angebot ist.

Staatskanzlei

- **Videospiel „Leons Identität“:**

Das gemeinsam mit dem Ministerium des Innern entwickelte **Spiel** gibt es seit 2020. In dem Online-Adventure-Game werden Jugendliche spielerisch über extremistische Einflüsse im Internet aufgeklärt. Zum Spiel gibt es seit 2022 begleitendes Unterrichtsmaterial für den schulischen, fächerübergreifenden Einsatz. Es steht didaktisch-methodisch aufbereitet auf der Materialseite des MSB zum kostenlosen Download zur Verfügung. <https://msb.xn--broschren-v9a.nrw/leons-identitaet>. Seit diesem Jahr steht das Videospiel als mobile Anwendung/App für die Nutzung auf iOS-Geräten zur Verfügung, was den Einsatz in Lernszenarien im schulischen Kontext deutlich vereinfacht.

- **#DigitalCheckNRW:**

Das Ankerprojekt der Landesregierung im Bereich Medienkompetenzförderung für Erwachsene, der #DigitalCheckNRW, greift die Themen Informations- und Nachrichtenkompetenz auf. Der #DigitalCheckNRW ist ein einfach zugänglicher und kostenloser Selbsttest im Internet und ist seit 2022 in insgesamt fünf Sprachen verfügbar – neben Deutsch auch in Englisch, Arabisch, Türkisch und Russisch. Seit Januar 2023 gibt es zudem ein Angebot in Leichter Sprache. Neben dem Ergebnis liefert der Online-Test passende Weiterbildungsangebote – vor Ort oder auch online. Es geht vor allem um Lernangebote im Bereich #Digitalweiterwissen. Das soll den Check für weitere Zielgruppen niederschwellig nutzbar machen. Gegen Ende des Jahres wird der #DigitalCheckNRW in Kooperation mit dem Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen um den Bereich Cybersicherheit innerhalb der Testfragen und edukativen Angebote erweitert. 2022 wurden alle sechs Kompetenzbereiche des #DigitalCheckNRW um Aspekte aus dem Themenbereich KI erweitert.

- **NewsCheckNRW:**

Mit dem NewsCheckNRW hat die Staatskanzlei NRW eine reine Online-Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer entwickeln lassen. NewsCheckNRW bietet ihnen die Möglichkeit, sich komprimiert, umfassend und kostenlos über die Arbeit und die Rahmenbedingungen der Medien zu informieren. Das Seminar bereitet auf die Teilnahme an Medienkompetenzprojekten der Verlage und anderer journalistischer Anbieter vor, steht aber genauso

allen anderen Interessierten offen. Der NewsCheckNRW befähigt dazu, Nachrichtenkompetenz an Kinder und Jugendliche zu vermitteln, und bietet zahlreiche Anregungen für den Unterricht: newscheck.nrw. Entwickelt wurde er von der Raufeld Medien GmbH.

- **„Digitale Informations- und Nachrichtenkompetenz aktivieren“ (DINA):**

Gefördert wird als Modellprojekt eine Sammlung von Lehr- und Lernmaterialien für Bildungsformate, die das Grimme-Institut zum Thema Digitale Informations- und Nachrichtenkompetenz zusammengestellt hat. Die Materialien adressieren Lehrende im außerschulischen Bereich wie der Erwachsenen- und Weiterbildung. Sie stehen – in Form einer anpassbaren PowerPoint-Präsentation – frei zum Download zur Verfügung: <https://www.grimme-akademie.de/projekte/aktuell/p/d/dina>

- **„Selbstbestimmt und fair am Dialog im Netz teilhaben – jede Meinung zählt!“:**

Das gemeinsame Projekt des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW und der Landesanstalt für Medien NRW hat das Angebot „Handyvideos selbst gemacht“ erarbeitet. Im Rahmen eines Modellprojektes wird es durch die Förderung des Landes kostenfrei an Volkshochschulen in ganz Nordrhein-Westfalen angeboten. Die Teilnehmenden lernen, wie sie Videobeiträge mit dem eigenen Smartphone erstellen und diese sicher veröffentlichen können. Dabei erleben sie auch, wie Inhalte recherchiert werden und Information entsteht – und werden so resistenter gegen Falschmeldungen und Desinformation.

- **„Train the Trainer – Qualifizierung digitaler Themenchampions für ältere Menschen in NRW“:**

Im Projekt werden ehrenamtliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren – sogenannte Themenchampions – qualifiziert, die ihr Wissen dann in den langjährig bestehenden Netzwerken des Vereins ZWAR e. V. weitergeben, der für dieses Projekt mit dem Verein „Verbraucher Initiative e. V.“ kooperiert. Primäre Zielgruppe des Projektes sind interessierte Personen insbesondere aus der Phase des Vorruhestands und des beginnenden Ruhestands (60 bis 75 Jahre).

- **„Kein Azubi ohne Digi“:**

Im Jahr 2021 haben über 1.000 Auszubildende ein interaktives 6×60-Minuten-Online-Live-Training zu Themen wie Desinformation und Techniken der Gegenrecherche, der Funktionsweise von Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen, der Rolle des professionellen Journalismus in einer demokratischen Gesellschaft sowie rechtlichen Grundlagen der Online-Kommunikation wie Urheber- und Persönlichkeitsrechten absolviert. Die Staatskanzlei hat das Projekt der BG3000 Service GmbH und der IHK Mittlerer Niederrhein gefördert. Zurzeit wird das Projekt im IHK-Bezirk Düsseldorf gefördert und durchgeführt.

- **„Aktionsplan gegen Desinformation“:**

Seit 2022 wird nun unter der Federführung der Staatskanzlei des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und der Landesanstalt für Medien NRW der im Koalitionsvertrag angekündigte „Aktionsplan gegen Desinformation“ gemeinsam mit den Ressorts der Landesregierung erarbeitet. Ziel ist, die demokratische Gesellschaft resilienter insbesondere gegen politisch motivierte Desinformation zu machen. Ein zentrales Handlungsfeld wird dabei absehbar die Förderung der Medienkompetenz sein. Dazu werden zunächst alle Maßnahmen der Landesregierung zusammengestellt, um daraus ein weitergehendes Handlungskonzept mit verschiedenen Themenfeldern zu erstellen. So sollen auch evtl. offene Bedarfe identifiziert werden, um gezielt neue Maßnahmen entwickeln zu können.

- **„Entschlossen weltoffen! – Gemeinsam für Demokratie und Respekt im Sport“:**

Die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen positioniert sich gemeinsam mit dem Landessportbund Nordrhein-Westfalen (LSB) entschieden gegen Demokratiefindlichkeit und engagiert sich für Respekt, Weltoffenheit und gesellschaftliche Teilhabe. Der LSB NRW bietet seit Anfang des Jahres 2017 über „Entschlossen weltoffen!“ Angebote an, um die im Sport Tätigen in die Lage zu versetzen, diskriminierende, menschenverachtende und demokratiefeindliche Verhaltensweisen zu erkennen, zu benennen und zu handeln. Ziele von „Entschlossen weltoffen!“ sind, zu den aufgeführten Themen eine Sensibilisierung anzustoßen, Vermittlung von Handlungskompetenzen zu fördern und durch Qualifizierung und Beratung die freiwillig Engagierten und hauptamtlich

Tätigen sowie Verantwortlichen im organisierten Sport in NRW zu unterstützen. Vereine, Vorstände, ehren- und hauptamtliche Vereinsmitarbeitende sowie Kreis-/Stadt-sportbünde und Sportfachverbände in NRW können zu den „Entschlossen weltoffen!“-Themen eine Auskunft bei Fragen und bedarfsorientierte Unterstützung bei Veranstaltungen, Qualifizierungen und Beratung bekommen. Konkrete Angebote:

- Haltungstraining Sport „Ernst macht doch nur Spaß! – Haltung zeigen, aber wie?“
- Online-Seminar „Rassismus im Sport – (K)ein Thema für mich?!“
- Kurz & Gut Seminar „Achtsam statt neunmalklug – damit Ausgrenzung im Sport(verein) keine Chance hat!“
- Beratung bei konkreten menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Anlässen im Sport
- Broschüre „Entschlossen weltoffen!“

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

- **„In Zukunft inklusiv – Mit politischer Partizipation zum Kreis für alle“:**

Das Projekt der Landesarbeitsgemeinschaft SELBST-HILFE NRW wird vom MAGS NRW als Folgeprojekt für das Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ seit dem 1. Mai 2022 und bis zum 30. April 2025 gefördert. Das neue Projekt nimmt zum einen konkret die vier Kreise in Nordrhein-Westfalen ins Visier, die bisher noch keine Form der Interessensvertretung aufweisen. In enger Zusammenarbeit mit dem Kreis unterstützt das Projekt dort die konkrete Entwicklung von Strukturen vor Ort. Ziel ist es, bei Projektende in allen 53 Kreisen und kreisfreien Städten (und damit flächendeckend in Nordrhein-Westfalen) mindestens eine Vertretungsform etabliert zu haben, die eine Strahlkraft auch in die kreisangehörigen Kommunen entwickelt und so auch in der Fläche wirkt. Mit der Projektarbeit auf Kreisebene wird somit gleichzeitig die Entwicklung partizipativer Strukturen in kreisangehörigen Gemeinden und Städten gefördert. Weiterhin liegt ein Fokus des Projektes auf einer praxisbezogenen Dokumentation und Berichterstattung, in der wichtige Erkenntnisse NRW-weit nutzbar gemacht werden. Angestrebt wird eine vielfältige Informations- und Wissensvermittlung online wie offline. Das vermittelte Wissen speist sich neben den Erkenntnissen aus dem laufenden Projekt aus dem bereits vorhandenen Wissensschatz der Vorgängerprojekte sowie der wissenschaftlichen Untersuchungen.

Ministerium des Innern

- **Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW):**

Die Ausstellung über die Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus im Bildungszentrum Selm-Bork ist umgesetzt und fest in mannigfaltigen Fortbildungsveranstaltungen integriert. Im Rahmen des Programms „Förderung demokratischer Resilienz in der Polizei NRW durch NS-Gedenkstättenbesuche“ wurde in Kooperation mit den Gedenkstätten ein didaktisches Konzept entwickelt. Auf Grundlage dieses Konzepts können Organisationseinheiten der Polizei Workshops in den kooperierenden Gedenkstätten buchen. Neben der Fortentwicklung bestehender Angebote werden im Fortbildungskatalog des LAFP NRW zwei neue Veranstaltungen unter dem Titel „Politik und Gesellschaft“ angeboten. In der politologischen Veranstaltung werden Entwicklungen des politischen Extremismus betrachtet, in der soziologischen Veranstaltung der gesellschaftliche Wandel sowie neue soziale Bewegungen.

- **Deutsche Hochschule der Polizei:**

Das Projekt „Koordinierungsstelle Politische Bildung und Polizei“ wird in diesem Jahr in das neu einzurichtende Fachgebiet „Polizeigeschichte und Politische Bildung“ an der DHPol übergehen.

- **Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen (IdF NRW):**

Das IdF NRW ist fachspezifisch für die Führungskräfteaus- und -fortbildung für die Feuerwehren im Land zuständig. Themen wie politische Bildung oder Demokratiebildung finden indirekt über einen Werteansatz und ein grundlegendes demokratisches Verhalten sowie entsprechenden Umgang und entsprechendes Miteinander in der Aus- und Fortbildung statt. Inhaltliche Bezüge zur politischen Bildung/Demokratiebildung ergeben sich in der Aus- und Fortbildung naturgemäß bei techniklastigen Veranstaltungen wie z. B. vorbeugendem Brandschutz, bei Fortbildungen für Brandschutztechnikerinnen und -techniker sowie Gerätewartinnen und Gerätewarte weniger als bei Führungslehrgängen wie Gruppen- und Zugführerlehrgängen oder bei den feuerwehrtechnischen Laufbahnausbildungen inkl. Personal- und Mitarbeiterführung.

Neu aufgenommen worden sind spezielle Fachtagungsformate zum Thema „Extremismusprävention“, die die Landeszentrale für politische Bildung, der Verfassungsschutz NRW und das IdF NRW gemeinsam veranstalten. 2022 haben vier Veranstaltungen der Tagungsreihe „Extremismusprävention“ für Führungskräfte der Feuerwehr am IdF NRW stattgefunden. Sie setzen die Maßnahmen fort, die die Landeszentrale für politische Bildung, der Verfassungsschutz NRW und die Feuerwehr Düsseldorf seit 2020 gemeinsam erprobt hatten. Die Tagungen „Extremismusprävention“ sind seit November 2021 landesweit ausgerichtet und am IdF NRW in Münster angesiedelt. Alle bisherigen Veranstaltungen umfassen Fachvorträge, die Einstiegsmotive in den Rechtsextremismus und den Islamismus beleuchten, Feindbilder analysieren und Methoden extremistischer Gruppierungen aufzeigen, mit denen insbesondere junge Menschen angesprochen werden. Hinzu kommt ein Beitrag, der ausgrenzende, pauschalisierende und verletzende Sprüche im Alltag (Stammtischparolen) in den Blick nimmt und mit den Teilnehmenden Möglichkeiten erörtert, ihnen entgegenzutreten. Den Abschluss der Veranstaltungen bildet jeweils das Gespräch mit einer Aussteigerin oder einem Aussteiger aus dem Rechtsextremismus, die oder der anhand seines Lebensweges von persönlichen Motiven und Erfahrungen der Radikalisierung berichtet.

Seit 2022 beteiligt sich der Verfassungsschutz NRW darüber hinaus an Qualifizierungen für Einheitsleiterinnen und Einheitsleiter der freiwilligen Feuerwehr, die das IdF NRW neu konzipiert hat. In den Themenblock „Feuerwehr als weltoffene, wertegebundene und aufgeschlossene Institution“ bringt der Verfassungsschutz NRW eine Seminareinheit ein, die vor allem einer rechtsextremistischen Agitation und den Erscheinungsweisen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in scheinbar modernen, subtilen Formen kritisch nachgeht. Auch im Rahmen des Seminars für Einheitsleiterinnen und Einheitsleiter findet das Gespräch mit einer Aussteigerin oder einem Aussteiger aus dem Rechtsextremismus statt. Zudem beteiligt sich der Verfassungsschutz NRW an internen Fortbildungen zur Extremismusprävention für die Beschäftigten des Instituts der Feuerwehr NRW. Durch den vertrauensvollen Austausch aller Projektbeteiligten konnten Dozierende des IdF NRW im Mai 2022 zu VIR-Trainerinnen und -Trainern qualifiziert werden, um ein ausgeweitetes Veranstaltungsangebot für die Zielgruppe „Feuerwehr“ am IdF NRW etablieren zu können. Die beschriebenen Qualifizierungsformate sind regulärer Bestandteil des IdF-Veranstaltungskatalogs.

Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz NRW setzt fortlaufend Angebote und Maßnahmen im Bereich der Extremismusprävention um.

- **Fachtagungen:**

Der Verfassungsschutz NRW ist regelmäßig Ausrichter oder Kooperationspartner von Fachtagungen, die aktuelle Fragen des Extremismus aufgreifen und analysieren. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung NRW fanden zuletzt zum Beispiel die Tagungen „Delegitimierte Demokratie? Strukturen und Mechanismen einer Radikalisierung der ‚Mitte‘“ im November 2022 und „Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland. Erkennen – Benennen – Handeln“ (auch in Zusammenarbeit mit der Service- und Beratungsstelle SABRA) im September 2022 in Düsseldorf sowie „Gewalt – Dynamik. Rechtsextreme Aktivitäten im Kampfsport“ im Juni 2021 in Dortmund statt.

- **Fortbildungen und Qualifizierung:**

- **Islamismusprävention:**

Da der Islamismus und der extremistische Salafismus insbesondere Lehrkräfte an Schulen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit vor Herausforderungen stellen, können diese Zielgruppen nach einer pandemiebedingten Unterbrechung beim Verfassungsschutz NRW zukünftig wieder kostenlose Module wie z. B. Theaterstücke und verschiedene Workshops buchen, mit denen das Thema im Unterricht, in Arbeitsgruppen oder Projektwochen behandelt werden kann.

- **Umgang mit Verschwörungsmythen:**

Im November 2022 führten die Landeszentrale für politische Bildung und der Verfassungsschutz NRW ein zweitägiges gemeinsam konzipiertes Kommunikationstraining zum Umgang mit Verschwörungsmythen durch. Im Nachgang fanden zwei weitere Termine als interne Fortbildung im Verfassungsschutz NRW, unter anderem für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aussteigerprogramme, statt.

- **Beiträge:**

im Themenheft „Sind wir die Guten? Kulturpädagogik und Extremismus“ (Heft 40) der Zeitschrift „infodienst – das Magazin für kulturelle Bildung“ zum Aussteigerprogramm „Spurwechsel“ und zu rechtsextremistischen Angeboten, die gezielt auf junge Zielgruppen zugeschnitten sind.

Damit zeigt der Verfassungsschutz NRW Gefahren auf und schult diese Zielgruppe im Umgang mit Rechtsextremismus.

- **Projekt „Kommunen gegen Extremismus“:**

Das Projekt ist von sechs auf acht Landkreise und drei kreisfreie Städte angewachsen und strebt eine Ausweitung auf weitere Kommunen an.

- **„Wegweiser“ und Online-Zugang von Wegweiser:**

Das landesweite Präventionsprogramm „Wegweiser“ wurde im Jahr 2021 aufgrund veränderter thematischer Bedarfe und des damit einhergehenden angepassten Beratungsangebots in „Wegweiser – Gemeinsam gegen Islamismus“ umbenannt. Sechs der Wegweiser-Beratungsstellen sind im Rahmen eines Pilotprojekts neben ihren originären Aufgaben auch zuständig für den Themenbereich „Graue Wölfe“. Mit dem Online-Zugang von Wegweiser ergänzt das neue, digitale Angebot seit November 2023 die bisherige analoge Beratungsstruktur des Programms. Durch die Wegweiser Website mit Chatfunktion rücken die Bedürfnisse und die Lebensrealität der jungen Menschen somit noch stärker in den Fokus der Prävention.

- **Intervenierende Prävention:**

Im Bereich der intervenierenden Prävention betreibt der Verfassungsschutz NRW die drei Aussteigerprogramme „Spurwechsel“ (im Bereich Rechtsextremismus), „API“ (Islamismus) und „Left“ (deutscher und auslandsbezogener Linksextremismus sowie auslandsbezogener Extremismus), die sich in erster Linie an ausstiegswillige Extremistinnen und Extremisten richten. Auch Personen, die sich schon selbstständig in einen Ausstiegsprozess begeben haben und deren Distanzierung weit fortgeschritten ist, bieten die Aussteigerprogramme den Raum, diesen Prozess nachhaltig zu festigen.

- **Projekt „VIR“:**

Darüber hinaus zählt der Verfassungsschutz NRW zum Trägerkreis des Projekts VIR („Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“), eines Qualifizierungskonzepts für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind. Inzwischen haben sich VIR-Fortbildungen auch als Online-Formate bewährt, zuerst erfolgreich er-

probt wurden sie durch VIR-Trainerinnen und -Trainer aus dem Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz. Die jährliche Vernetzungstagung für VIR-Trainerinnen und -Trainer am 20. Oktober 2022 in der Sportschule Hennef setzte den fachlichen Schwerpunkt auf die politische, historische und kulturelle Bildung, die VIR-Vernetzungstagung am 23. Oktober 2023 im Heinrich-Schmitz-Bildungszentrum in Dortmund auf „Online-Radikalisierung und Online-Prävention“. Die Veranstaltungen nahmen diese Themen jeweils aus den Perspektiven von Wissenschaft und Fachpraxis in den Blick.

- **Öffentlichkeitsarbeit:**

Der Verfassungsschutz NRW setzt darauf, viele Zielgruppen passgenau zu erreichen, etwa bei Auftritten auf Messen (zum Beispiel gamescom) sowie Vorträgen und Veranstaltungen. Neben der Veröffentlichung des jährlichen Verfassungsschutzberichts, der einen Überblick über alle verfassungsschutzrelevanten Themen gibt, prüft der Verfassungsschutz regelmäßig neue und geeignete Formate.

- **Videospiel „Leons Identität“:**

Dazu gehört das Videospiel „Leons Identität“, mit dem Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Rechtsextremismus sensibilisiert werden. Das Videospiel soll dazu beitragen, rechtsextremistische Ideologie zu erkennen und die politische Urteilsfähigkeit junger Menschen zu schulen. Zugleich fördert das Spiel die Medienkompetenz und festigt das Demokratieverständnis. Dabei soll „Leons Identität“ auch Personen an das Thema heranführen, die bislang wenig Nähe zum Bereich der politischen Bildung hatten. Das Videospiel entstand in Kooperation mit der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen. Für den Einsatz in Schulen und der Jugendarbeit entwickelte das Ministerium für Schule und Bildung pädagogisches Begleitmaterial.

- **Social-Media-Kampagne „Jihadi Fool“:**

In der Salafismusprävention setzt der Verfassungsschutz NRW auch auf die Video- und Social-Media-Kampagne „Jihadi Fool“. Die 75 Videos der Kampagne sind auf der Plattform „YouTube“ online abrufbar. Mit der Kampagne wendet sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an ein breites Publikum mit einem Schwerpunkt bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen und lädt zur Auseinandersetzung mit salafistischer Internetpropaganda und Extremismus ein.

Mit Humor und Satire soll Aufmerksamkeit erzielt und mit Hintergrundvideos sensibilisiert werden. Die Videos erklären, wie Extremismus erkennbar, was genau am extremistischen Salafismus bzw. Islamismus problematisch und weshalb die Demokratie schützenswert ist. Die Hintergrundformate sollen künftig für die pädagogische Arbeit, etwa an Schulen, nutzbar gemacht werden.

- **Zusammenarbeit mit der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg 1933–1945:**

Die Gedenkstätte, die zum Kreismuseum Wewelsburg gehört, veröffentlichte im August 2021 die erweiterte Neuauflage des Bandes „Mythos Wewelsburg. Fakten und Legenden“. Der Band wurde im August 2022 auch in englischer Übersetzung publiziert. Diese beinhaltet zwei Publikationen des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen zur Verwendung der „Schwarzen Sonne“ als Symbol im nationalen und internationalen Rechtsextremismus.

- **Ausstellung über die Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus:**

Im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) in Selm-Bork wurde die Ausstellung über die Polizei in der Zeit des Nationalsozialismus mittlerweile in mannigfaltigen Fortbildungsveranstaltungen integriert.

Ministerium der Justiz

- **Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW (ZIK):**

Das im Jahr 2018 eröffnete Zentrum für Interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW (ZIK) wurde durch das Ministerium der Justiz NRW eingerichtet, um gesellschaftliche Herausforderungen an den Rechtsstaat zu erkennen und die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz in den Bereichen Diversität, Nichtdiskriminierung, interkulturelle Kompetenz und Extremismusprävention sowie im Umgang mit Antisemitismus, Rassismus und weiteren Ungleichwertigkeitsideologien zu fördern.

Zu den Aufgaben des ZIK gehören Entwicklung und Steuerung von Fort- und Weiterbildungen in den benannten Themenbereichen. Das ZIK steht im engen fachlichen Austausch mit anerkannten Akteurinnen und Akteuren

aus dem Bereich der (Erwachsenen-)Bildung, der politischen Bildung und der historisch-politischen Bildungsarbeit und stellt – unter Berücksichtigung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und der justizinternen Bedarfe – eine zielgruppenspezifische und ganzheitliche Wissensvermittlung zu den Themenbereichen sicher.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des ZIK lag in der jüngeren Vergangenheit auf dem Bereich des Antisemitismus, in dem das ZIK durch Anpassung und Weiterentwicklung der bestehenden Fort- und Weiterbildungskonzepte, die die Bekämpfung des Antisemitismus bereits als Gegenstand haben, sowie durch die Entwicklung neuer Formate und durch neugeschlossene Partnerschaften mit renommierten Bildungsträgern im Bereich der Antisemitismusarbeit (z. B. der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen, der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem, Israel, der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit Beratung bei Rassismus und Antisemitismus, Düsseldorf) auf aktuelle Herausforderungen reagiert hat. Das ZIK nimmt dabei sowohl die Sensibilisierung aller Justizbedienstete für antisemitische Einstellungen und Diskriminierungen als auch die Professionalisierung der Strafrechtspflege in den Blick.

Des Weiteren berät das ZIK und bietet konzeptuelle Unterstützung in den oben genannten Themenfeldern. Für die Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Münstereifel hat das ZIK das Modul „Demokratie- und Rechtsstaatsbildung“ konzipiert, in dem den Studierenden Kompetenzen insbesondere in den Bereichen Diversität, interkulturelle Interaktion, Extremismusprävention und Nichtdiskriminierung vermittelt werden. Der Sensibilisierung für Stereotype und Vorurteile sowie für verschiedene Dimensionen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kam dabei eine zentrale Rolle im Fortbildungskonzept zu. Ziele dieses Moduls sind ein professioneller, diskriminierungssensibler Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt, die Stärkung des Selbstverständnisses der Studierenden als Teil und „Gesicht des Rechtsstaats“ und die Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat und in die Justiz.

Das ZIK wurde zudem damit betraut, die Justiz NRW in ihren Bemühungen zu unterstützen, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu fördern und Bürgerinnen und Bürgern die Rechtsordnung zugänglicher und verständlicher zu machen. Ein weiterer, wichtiger Teil der rechtsstaatsstärkenden Arbeit ist die Pilotierung diversitätsorientierter Organisationsentwicklung in Justizbehörden in NRW.

Das ZIK plant, sein Aufgabenprofil um Kompetenzen und Prozesswissen in der justiziellen Diversitätsförderung deutlich auszubauen.

- **Rechtskunde-Arbeitsgemeinschaften:**

Das Ministerium der Justiz bietet seit vielen Jahren als wesentliches Element der Demokratie- und Rechtsstaatsbildung und um Verständnis und Akzeptanz für das Wesen und die Ordnungsaufgabe des Rechts zu wecken, freiwillige Rechtskundearbeitsgemeinschaften an nordrhein-westfälischen Schulen an. Derzeit finden in den neunten und zehnten Klassen der Sekundarstufe I der allgemein bildenden Schulen und an zahlreichen Berufskollegs in Abstimmung mit dem Ministerium für Schule und Bildung freiwillige Rechtskundeangebote statt. Darüber hinaus werden im Rahmen der Maßnahmen zur Unterstützung der Integration geflüchteter Menschen in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2016 „Basiskurse Rechtskunde für jugendliche Geflüchtete“ an weiterführenden Schulen und Berufskollegs angeboten. Es ist zudem beabsichtigt, das erfolgreiche Pilotprojekt „Rechtskundearbeitsgemeinschaften an Grundschulen“ möglichst flächendeckend auszuweiten, um Kinder im Alter von 9 bis 10 Jahren kindgerecht an den Rechtsstaat und seine Errungenschaften heranzuführen.

Fragebogen der repräsentativen Umfrage

Lebenszufriedenheit

1. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer persönlichen Lebenssituation: sehr zufrieden, zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden, nicht zufrieden, überhaupt nicht zufrieden?
2. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit den heutigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen: sehr zufrieden, zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden, nicht zufrieden, überhaupt nicht zufrieden?
3. Was sind Ihrer Meinung nach zurzeit die drei wichtigsten Probleme in Deutschland?
4. Und was sind Ihrer Meinung nach zurzeit die drei wichtigsten Probleme in Nordrhein-Westfalen?

Politisches Interesse

5. Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, eher stark, eher nicht, nicht, überhaupt nicht?
6. Wie stark interessieren Sie sich für das politische Geschehen auf einer Skala von: sehr stark, stark, eher stark, eher nicht, nicht, überhaupt nicht?
 - a) In Europa
 - b) In Deutschland
 - c) In Nordrhein-Westfalen
 - d) In Ihrer Stadt oder Gemeinde
7. Wenn Sie sich in Nordrhein-Westfalen über die politischen Geschehnisse informieren wollen, welche Informationswege nutzen Sie hauptsächlich?
 - Fernsehen oder Radio (inklusive Mediatheken)
 - Zeitungen (gedruckt oder online)
 - Soziale Medien wie Facebook, Twitter, Instagram und YouTube
 - Persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten, Bekannten oder Arbeitskollegen
 - Fachliteratur, Zeitschriften oder Magazine
 - Podcasts
 - Ausländische Medien
 - Sonstiges:
 - Nichts davon, informiere mich nicht aktiv

8. Welche sozialen Medien im Internet nutzen Sie, um sich über die politischen Geschehnisse zu informieren?
 - Facebook
 - Twitter
 - Instagram
 - Tiktok
 - Telegram
 - YouTube
 - Andere, und zwar:

Politische Kultur

9. Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt? Nutzen Sie folgende Skala: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu?
10. Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was eine Demokratie ausmacht. Gehören folgende Aspekte Ihrer Ansicht nach zu einer Demokratie: gehört unbedingt zu einer Demokratie, gehört zu einer Demokratie, gehört eher zu einer Demokratie, gehört eher nicht zu einer Demokratie, gehört nicht zu einer Demokratie, gehört auf keinen Fall zu einer Demokratie?
 - a) Dass durch Wahlen Machtwechsel möglich sind
 - b) Dass eine Gewaltenteilung besteht, also die grundsätzliche Trennung und Unabhängigkeit von Regierung, Parlament und Gerichten
 - c) Dass Konflikte offen ausgetragen werden
 - d) Dass bei politischen Entscheidungen Kompromissfähigkeit herrscht
 - e) Dass Andersdenkende respektiert werden
 - f) Dass Meinungsfreiheit und Pressefreiheit garantiert werden
 - g) Dass Chancengleichheit besteht, also gleiche Aufstiegschancen und Teilhaberechte für alle, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Alter oder Ähnlichem
 - h) Dass Rechtsstaatlichkeit besteht, also dass Gesetze für alle Bürger und auch für die Regierung und die Verwaltung verbindlich gelten

- i) Dass es eine starke Führungsperson im Land gibt, die sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss
 - j) Dass Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung eingeschränkt werden können
 - k) Dass die Regierungsmehrheit über die Besetzung hoher Richterämter wie z. B Bundesverfassungsrichter bestimmen kann
 - l) Dass das Ziel der Politik grundsätzlich die Durchsetzung „nationaler Interessen“ sein sollte
11. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit der Demokratie in Deutschland, also mit unserem gesamten politischen System, so wie es im Grundgesetz festgelegt ist: sehr zufrieden, zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden, nicht zufrieden, überhaupt nicht zufrieden?
 12. Und wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in Deutschland, so wie sie tatsächlich funktioniert: sehr zufrieden, zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden, nicht zufrieden, überhaupt nicht zufrieden?
 13. Neben der Demokratie gibt es ja noch andere Staatsformen. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu möglichen anderen Staatsformen zu: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu?
 - a) Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform
 - b) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert
 - c) Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert
 14. Inwieweit bringen Sie folgenden öffentlichen Einrichtungen und Institutionen in Deutschland Vertrauen entgegen: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, eher großes Vertrauen, weniger Vertrauen, kein Vertrauen, gar kein Vertrauen?
 - a) Bundesregierung
 - b) Landesregierung in Nordrhein-Westfalen
 - c) Bürgermeister Ihrer Stadt bzw. Gemeinde
 - d) Bundestag
 - e) Landtag in Nordrhein-Westfalen
 - f) Rechtssystem oder Gerichte
 - g) Polizei
 - h) Wissenschaft
 - i) Öffentlich-rechtliche Medien
 - j) Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
 - k) Parteien
 - l) Politiker
 15. Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der folgenden Parteien in Nordrhein-Westfalen: sehr zufrieden, zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden, nicht zufrieden, überhaupt nicht zufrieden?
 - a) Der SPD
 - b) Der Grünen
 - c) Der FDP
 - d) Der CDU
 - e) Der AfD
 - f) Der Linken
 16. Bezogen auf das politische Geschehen in Nordrhein-Westfalen, wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit folgender Institutionen: sehr zufrieden, zufrieden, eher zufrieden, eher nicht zufrieden, nicht zufrieden, überhaupt nicht zufrieden?
 - a) Des Landtags von Nordrhein-Westfalen
 - b) Der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen
 - c) Des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen
 17. Und wenn Sie jetzt noch einmal an Ihre persönliche Lebenslage denken, im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Würden Sie sagen, dass Sie persönlich den gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten: erhalte mehr als den gerechten Anteil, erhalte den gerechten Anteil, erhalte eher den gerechten Anteil, erhalte weniger als den gerechten Anteil, erhalte sehr viel weniger als den gerechten Anteil?

Wahlen und politische Beteiligung

 18. Waren Sie bei der letzten Landtagswahl im Mai 2022 in Nordrhein-Westfalen wahlberechtigt: ja, nein? [AB 18 JAHRE]
 19. Haben Sie an der Landtagswahl 2022 teilgenommen: ja, habe gewählt, nein, habe nicht gewählt? [WAHLBERECHTIGTE]
 20. Angenommen, Sie wären wahlberechtigt gewesen: Hätten Sie an der Landtagswahl im Mai 2022 in Nordrhein-Westfalen teilgenommen: auf jeden Fall, wahrscheinlich, wahrscheinlich nicht, auf keinen Fall? [NICHT WAHLBERECHTIGTE]
 21. Warum sind Sie bei der Landtagswahl 2022 zur Wahl gegangen? [WÄHLER]

22. Warum sind Sie bei der Landtagswahl 2022 nicht zur Wahl gegangen?
[WAHLBERECHTIGTE NICHTWÄHLER]
23. Warum wären Sie bei der Landtagswahl 2022 zur Wahl gegangen, wenn Sie wahlberechtigt gewesen wären? [HYPOTHETISCHE WÄHLER]
24. Warum wären Sie bei der Landtagswahl 2022 nicht zur Wahl gegangen, wenn Sie wahlberechtigt gewesen wären?
[HYPOTHETISCHE NICHTWÄHLER]
25. Wie schätzen Sie die Rolle der Landesregierung ein? Macht es für Sie einen Unterschied wer Nordrhein-Westfalen regiert: sehr großer Unterschied, großer Unterschied, eher großer Unterschied, eher kein Unterschied, überhaupt kein Unterschied?
26. Wenn nächsten Sonntag Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?
- CDU
 - Grüne
 - SPD
 - FDP
 - AfD
 - Die Linke
 - Andere Partei, und zwar ...
 - Weiß nicht.
 - Würde nicht wählen.
 - Bin nicht wahlberechtigt.
27. Wenn die Wahlbeteiligung niedrig ist, wird das zum Teil als Problem gesehen. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen werden verschiedene Maßnahmen diskutiert. Inwieweit stimmen Sie folgenden Maßnahmen zu: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu?
- a) Menschen, die nicht deutsche Staatsbürger sind, aber lange in Deutschland leben, sollten wählen dürfen.
- b) Das Wahlalter bei Bundes- und Landtagswahlen sollte auf 16 gesenkt werden.
- c) Es sollte eine Wahlpflicht eingeführt werden.
- d) Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen sollten an einem Tag durchgeführt werden.
- e) Es sollte bei Wahlen die Möglichkeit geben, die Stimme über das Internet abzugeben.
- f) Die Wahl sollte nicht nur an einem Tag, sondern an mehreren Tagen durchgeführt werden.
- g) Die Briefwahlunterlagen sollen automatisch an jeden Wahlberechtigten verschickt werden.
- h) Die Wahlberechtigten sollten persönlich zur Beteiligung ermuntert werden.
28. Neben politischen Wahlen gibt es weitere Möglichkeiten für die Bürger, politischen Einfluss zu nehmen. Haben Sie die folgenden Beteiligungsmöglichkeiten schon einmal genutzt?
- Bei einer Petition oder Unterschriftenaktion unterschreiben (auch über das Internet).
 - An einem Volksbegehren, Volksentscheid oder Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheid teilnehmen.
 - An einer Demonstration teilnehmen.
 - Sich direkt an einen Politiker wenden (auch über das Internet).
 - An einem Bürgerrat teilnehmen.
 - Sich in einer Migrantenselbstorganisation engagieren.
 - Sich an einem Streik beteiligen.
 - Bei einem Boykott mitmachen, also bestimmte Waren oder Geschäfte aus politischen Gründen meiden.
 - An einer Sitzblockade teilnehmen.
 - An einer Besetzung teilnehmen, z. B. eines Hauses, Geländes oder Waldstücks.
 - Gewaltamen Widerstand leisten.
 - Politische Kommentare oder Beiträge in sozialen Medien posten, twittern oder über Mailverteiler verschicken bzw. weiterleiten.
 - Nichts davon.
29. Sind Sie in Ihrer Freizeit in einem Verein, einer Partei, einer Bürgerinitiative oder einer anderen Organisation ehrenamtlich tätig: ja, nein?
30. In welchen der folgenden Vereine oder Organisationen sind Sie in Ihrer Freizeit aktiv tätig?
- In einem kulturellen Verein.
 - In einem Sportverein.
 - In einer Gruppe oder Initiative, die für den Umwelt-, Klima- oder Tierschutz eintritt.
 - In einer Gewerkschaft oder beruflichen Interessensvertretung.
 - In einer politischen Partei.
 - In einer Kirche oder religiösen Vereinigung.
 - In einer Bürgerinitiative.
 - In einer anderen Vereinigung oder Gruppe.
 - Nichts davon.
 - Weiß nicht/keine Angabe.

31. Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu, unabhängig davon, ob Sie ab und zu auch andere Parteien wählen, und wenn ja, welcher?

- CDU
- CSU
- SPD
- AfD
- FDP
- Die Linke
- Grüne
- Andere Partei, und zwar
- Nein, keiner Partei

Angebote der politischen Bildungsarbeit

32. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu Ihrer Schulzeit zu: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu? [14–25 JAHRE]

- Durch den Schulunterricht habe ich gelernt, mich selbstständig über Politik zu informieren.
- Ich habe viel über die Demokratie in Deutschland und wie sie funktioniert gelernt.
- Ich habe gelernt, mir ein eigenes Urteil über politische Streitfragen zu bilden.
- Ich kann meine eigene Meinung oder Position zu politischen Themen in der Öffentlichkeit/unter Freunden gut vertreten.
- Ich fühle mich gut vorbereitet, um mich in der Politik oder Gesellschaft einzubringen, wenn ich etwas ändern möchte.
- Ich hätte mir mehr politische Themen im Unterricht gewünscht.
- Aktuelle politische und gesellschaftliche Themen wurden im Unterricht selten behandelt.
- Im Unterricht wurden oft zum Diskutieren über politische und gesellschaftliche Streitfragen ermutigt.

33. Für welche Themen aus dem Bereich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft interessieren Sie sich persönlich besonders?

34. Zu welchen der folgenden Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft können Sie sich vorstellen, an einem politischen Bildungsangebot teilzunehmen?

- Die Funktionsweise unserer Demokratie und ihrer Institutionen.
- Möglichkeiten der politischen Beteiligung für die Bürger.
- Medien, Medienlandschaft und ihre Veränderungen.
- Schule, Bildung und lebenslanges Lernen.
- Menschenrechte.
- Zuwanderung und Integration.
- Internationale Politik und Zukunft Europas.
- Wirtschaft und Globalisierung.
- Umwelt und Klimawandel.
- Rassismus und Diskriminierung.
- Extremismus und Populismus.
- Antisemitismus.
- Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen.
- Gleichberechtigung der Geschlechter.
- Keins davon.

35. Welche der folgenden Möglichkeiten könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, einmal zu nutzen bzw. daran teilzunehmen, um sich zu politischen und gesellschaftlichen Themen zu informieren?

- Exkursion bzw. Ausflug.
- Workshop.
- Interaktive Angebote wie zum Beispiel ein Quiz oder Planspiel.
- Diskussionsveranstaltungen, Vorträge oder Lesungen.
- Digitale interaktive Angebote, z. B. Apps.
- Bücher.
- Podcasts, Filme oder Videos.
- Anderes, und zwar...
- Nichts davon.

Responsivität

36. Viele Menschen verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, um unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala zwischen 1 (links) und 10 (rechts) einordnen?

37. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen jeweils zu: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu?

- Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

- b) Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Bürger denken.
 - c) Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.
38. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Meinungen zu: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu?
- a) Nach den Wahlen hören sich die Politiker die Wünsche Ihrer Wähler an.
 - b) Nach den Wahlen erklären die Politiker den Wählern ihre politischen Entscheidungen.
 - c) Nach den Wahlen berücksichtigen die Politiker die Wünsche der Bürger.
39. Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu: stimme voll und ganz zu, stimme zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme nicht zu, stimme überhaupt nicht zu?
- a) Die Gesellschaft fällt eigentlich immer mehr auseinander.
 - b) Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.
 - c) In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.
 - d) Nur solange Deutschlands Traditionen bewahrt bleiben, können wir Minderheiten erlauben, so zu leben, wie sie möchten.
 - e) Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Soziodemografie

40. In welchem Jahr sind Sie geboren?
41. Sind Sie: männlich, weiblich, divers, keine Angabe?
42. Sind Sie zurzeit erwerbstätig? Sind Sie ...
- Voll erwerbstätig.
 - Teilzeitbeschäftigt.
 - In Altersteilzeit.
 - Geringfügig erwerbstätig, in einem Minijob.
 - In einem „Ein-Euro-Job“ (bei Bezug von Arbeitslosengeld II).
 - Gelegentlich oder unregelmäßig beschäftigt.
 - In einer beruflichen Ausbildung/Lehre.
 - In Umschulung.
 - Im freiwilligen Wehrdienst/Bundesfreiwilligendienst,
 - Nicht erwerbstätig.

43. Zu welcher der folgenden Gruppen gehören Sie?
- Schüler(in) an einer allgemeinbildenden Schule.
 - Student(in).
 - Rentner(in), Pensionär(in), im Vorruhestand.
 - Arbeitslos.
 - Hausfrau, Hausmann.
 - In Mutterschafts-, Erziehungsurlaub, Elternzeit oder sonstiger Beurlaubung.
 - Aus anderen Gründen nicht erwerbstätig.
 - Nichts davon trifft zu.
44. Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie? [NICHT SCHÜLER]
- Ohne Haupt-/Volksschulabschluss.
 - Haupt-/Volksschulabschluss.
 - Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife.
 - Abschluss der polytechnischen Oberschule (8./10. Klasse).
 - Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule.
 - Abitur, Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife.
 - (Fach-)Hochschulstudium.
 - Anderer Schulabschluss.
45. Welchen höchsten Schul- bzw. Bildungsabschluss streben Sie derzeit an? [SCHÜLER]
- Kein Abschluss.
 - Haupt-/Volksschulabschluss.
 - Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife.
 - Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule.
 - Abitur, Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife.
 - (Fach-)Hochschulstudium.
 - Anderer Schulabschluss.
46. Wo sind Sie hauptsächlich bzw. die meiste Zeit zur Schule gegangen? [NICHT SCHÜLER]
- In Nordrhein-Westfalen.
 - In einem anderen Bundesland in Deutschland.
 - Außerhalb Deutschlands.
47. Welcher Religions- oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?
- Einer christlichen Religionsgemeinschaft.
 - Einer muslimischen Religionsgemeinschaft.
 - Einer anderen Religionsgemeinschaft.
 - Keiner Religionsgemeinschaft.

-
48. Wie viele Personen leben insgesamt (ständig) in Ihrem Haushalt? Zählen Sie sich selbst dazu?
49. Leben Sie in Ihrem Haushalt mit einem Partner zusammen: ja, nein?
50. Haben Sie eigene Kinder bis 18 Jahre, die bei Ihnen im Haushalt leben: ja, nein?
51. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?
- Nur die deutsche.
 - Die deutsche und eine andere.
 - Nur eine andere.
52. Sind Sie selbst oder Ihre Eltern nach 1955 nach Deutschland eingewandert: ja, nein?
53. Wo sind Sie geboren?
- Deutschland.
 - Anderes Land:
54. Wo ist Ihre Mutter geboren?
- Deutschland.
 - Anderes Land:
55. Wo ist Ihr Vater geboren?
- Deutschland.
 - Anderes Land:
56. Wie stark interessieren Sie sich für das politische Geschehen in Ihrem Herkunftsland bzw. im Herkunftsland Ihrer Eltern: sehr stark, stark, eher stark, weniger stark, nicht, überhaupt nicht?
57. Wie verbunden fühlen Sie sich mit den folgenden politischen Ebenen und den dort lebenden Einwohnern: sehr verbunden, verbunden, eher verbunden, weniger verbunden, nicht verbunden, überhaupt nicht verbunden?
- a) Ihrem Stadtteil bzw. Ihrem Ortsteil und seinen Einwohnern.
 - b) Ihrer Stadt bzw. Ihrer Gemeinde und den Einwohnern.
 - c) [IM RUHRGEBIET] dem Ruhrgebiet und seinen Einwohnern.
 - d) Nordrhein-Westfalen und seinen Einwohnern.
 - e) Deutschland und seinen Einwohnern.
 - f) [MIT MIGRATIONSHINTERGRUND] Dem Herkunftsland Ihrer Eltern bzw. Großeltern und seinen Einwohnern.
 - g) Der Europäischen Union und ihren Einwohnern.
58. Wie häufig kommt es vor, dass Sie sich persönlich einsam fühlen?
- Häufig.
 - Hin und wieder.
 - So gut wie nie.

**Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen**

im Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 896-4844
Telefax 0211 896-4262

info@politische-bildung.nrw.de
www.lpb.nrw

Instagram/Facebook/YouTube: @lpbnrw